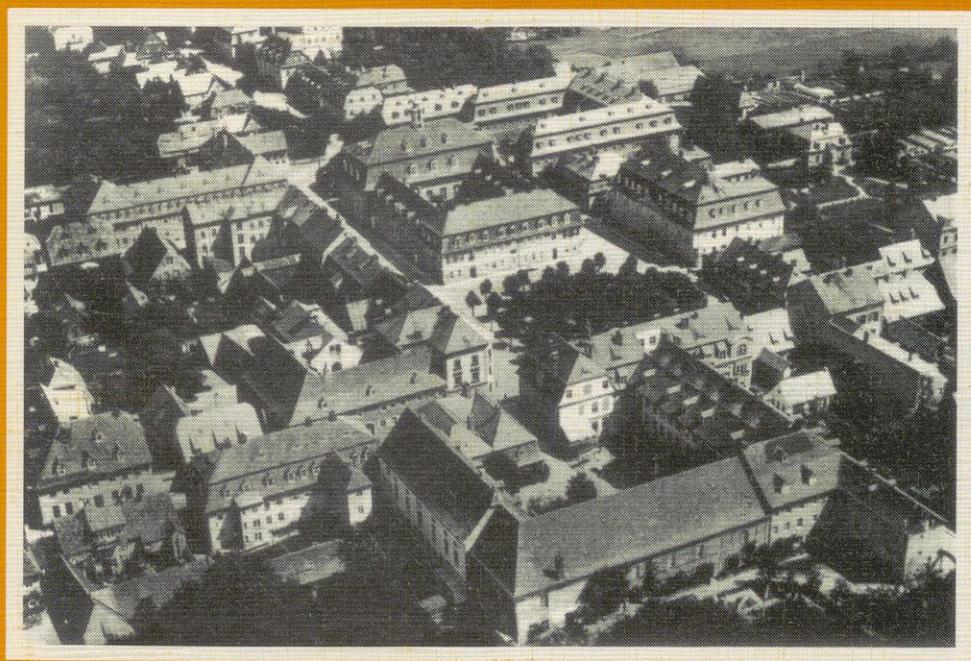


200

UNITAS FRATRUM

Zeitschrift für Geschichte und Gegenwartsfragen der Brüdergemeine



Heft 40

✓ 21

Unitas Fratrum

Heft 40

Herrnhuter Verlag Kämpfelfeld

Herausgegeben von
Helmut Bintz, Karl-Eugen Langerfeld,
Dietrich Meyer, Hans-Beat Motel, Paul Peucker,
Hellmut Reichel, Hans Schneider

Unitas Fratrum

Zeitschrift für
Geschichte und Gegenwartsfragen
der Brüdergemeine

Heft 40

Herrnhuter Verlag Königsfeld

Redaktion: Pfarrer Dr. Helmut Bintz
D 73087 Bad Boll, Mörikeweg 19/1

American Editor: The Rev. Otto Dreydoppel, Jr.
Director of Moravian Studies
Moravian Theological Seminary
1200 Main Street, Bethlehem, PA 18018, USA

© 1996 Herrnhuter Verlag Königsfeld
ISBN 3-931956-00-8

Ausgegeben Februar 1997

Umschlagbild:
Ansicht von Herrnhut um 1935

»Unitas Fratrum« wird im Auftrag des Vereins für Geschichte und Gegenwartsfragen der Brüdergemeine herausgegeben. Jährlich erscheinen 2 Hefte mit fortlaufender Numerierung.

Der Mitgliedsbeitrag von 48 DM im Jahr umfaßt die Lieferung von »Unitas Fratrum« frei Haus und berechtigt zum Besuch von Veranstaltungen des Vereins, vor allem seiner Jahrestagungen. Anmeldungen zum Beitritt werden an die Geschäftsstelle D 78126 Königsfeld, Zinzendorfplatz 3, erbeten.

For American Subscriptions and Inquiries: Librarian J. Thomas Minor, Moravian College, Bethlehem, Pa. 18018, USA.

Die Konten des Vereins: Postgiroamt Karlsruhe 1192 72-750 oder bei der Bank für Kirche und Diakonie Duisburg, Konto 10.11843.014 (BLZ 350 601 90).

Einzelhefte besorgt der Buchhandel oder der Herrnhuter Verlag, Zinzendorfplatz 3, 78126 Königsfeld.

Zum vorliegenden Heft

Die klassische Zeit der erneuerten Brüdergemeine 1722–1760 steht naturgemäß im Zentrum des Interesses unserer Zeitschrift. Wir gehen aber auch der Erforschung von Ereignissen und Entwicklungen der jüngsten Vergangenheit nicht aus dem Wege (vgl. Nr. 35 und 38). Das vorliegende Heft ist ausschließlich der Geschichte der Brüdergemeine im 20. Jahrhundert gewidmet. Ein im Raum der Europäisch-Festländischen Brüder-Unität bestehender Arbeitskreis für Brüdergeschichte hat sich der Zeit von 1918 bis 1945 zugewandt und legt Ergebnisse seiner Forschungen vor.

Ergänzend dazu hat Paul Peucker die Geschichte der Brüdergemeine Zeist in den Niederlanden während des Zweiten Weltkriegs beschrieben. Die Gemeinde Zeist, die in diesem Jahr ihr 250jähriges Bestehen feiert, gehört zur Europäisch-Festländischen Unitätsprovinz und benutzte bis gegen das Ende des Zweiten Weltkrieges Deutsch als Kirchensprache. Die Besetzung der Niederlande durch deutsche Truppen brachte sie in eine besonders prekäre Situation.

Die Zeit des Nationalsozialismus war für die Brüdergemeine in Europa eine Zeit der Herausforderung und der Prüfung. Sie wurde von einzelnen Gemeinden und Mitgliedern unterschiedlich erfahren. Irrtum und Einsicht, Scheitern und Bewährung stehen nebeneinander. Das Heft will uns helfen, die jüngste Vergangenheit nicht zu vergessen, sondern aus ihr zu lernen.

Der Einführung in das vorliegende Heft seien noch einige Mitteilungen aus der Redaktion beigelegt. Mit diesem Heft darf ich mich als geschäftsführender Schriftleiter der Untias Fratrum verabschieden. Ich habe die Hefte 29 (1991) bis 40 (1996) redaktionell betreuen dürfen. Die Arbeit hat mir Freude gemacht. Doch bin ich dankbar, diese Aufgabe jetzt in jüngere Hände übergeben zu können. Auf Wunsch der Redaktion hat sich unser Redaktionsmitglied, Dr. Paul Peucker, bereit erklärt, die Schriftleitung von Heft 41 ab zu übernehmen. Dr. Peucker, in Zeist/Niederlande beheimatet, ist Mitglied der Leitung des Unitätsarchivs in Herrnhut und seit Februar 1996 von Zeist nach Herrnhut verzogen. Manuskripte und Anfragen, die die Gestaltung der Unitas Fratrum betreffen, bitte ich in Zukunft an ihn senden zu wollen. Ich selbst bleibe weiterhin Mitglied der Gesamtedaktion, die mit dem Herausgeberkreis identisch ist.

Erneut in die Redaktion tritt – ebenfalls von Heft 41 an – das Gründungsmitglied der Unitas Fratrum, Pfarrer Hans-Beat Motel, ein. Wir sind dankbar, daß mit ihm auch die Unitätsdirektion erneut im Kreis der Herausgeber vertreten ist.

Bad Boll, im November 1996

Helmut Bintz

Inhaltsverzeichnis

Vorbemerkung	7
Arbeitsbericht	8
<i>Gertrud Bühler</i> Geschichtlicher Überblick 1919–1935	11
<i>Hellmut Reichel</i> Die Situation der Kirche und der Kirchenkampf bis Frühjahr 1935	21
<i>Joachim Knothe</i> Die Europäisch-Festländische Brüder-Unität und die Zusammensetzung der Synode 1935	33
<i>Hellmut Reichel</i> Vorgeschichte der Synode 1935	39
Protokoll der Verhandlungen über ein »Wort der Synode« mit Anlagen	53
<i>Hellmut Reichel</i> Die Aufnahme des »Wortes der Synode« und die Verhandlung dazu auf der Synode 1937	89
<i>Hans-Christoph Hahn</i> Rückschauende Betrachtung zur Synode von 1935	93
<i>Paul Peucker</i> Die Zeister Brüdergemeinde im Zweiten Weltkrieg	111
<i>Paul Peucker</i> Bibliographische Übersicht der neuerschienenen Veröffentlichungen über die Brüdergemeinde 1995	147
Buchbesprechung	159
Personen-, Orts- und Sachindex	162

Arbeitsbericht

Die Bedeutung der Herrnhuter Synode von 1935 für das Selbstverständnis unserer Gemeinde damals und heute hat bereits so viele Diskussionen ausgelöst, daß man von einer zweiten Phase ihrer Wirkungsgeschichte in unserem Jahrhundert sprechen kann. In sie möchten wir nun auch die Leser dieser Dokumentation einbeziehen.

Angesichts unseres heutigen Wissens über die Verbrechen der NS-Diktatur erscheint allerdings vielen die grundsätzlich unpolitische Haltung der Gemeinde kaum mehr als diskussionswürdiger Gegenstand, sondern erscheint als Versagen.

Aber aufhorchen läßt uns zumindest ein Satz des damaligen Unitätsdirektors O. Uttendörfer, weil er auch uns heute in Frage stellt: »Unsere Gemeinde muß erst wieder **l e r n e n** zu bekennen.«

Will dieser Satz auf eine Glaubenskrise dieser Generation hinweisen? Dies Mißverständnis beweist, wie notwendig die historisch-kritische Untersuchung und Kommentierung aller Dokumente ist. Fast gleichlautende christozentrische Äußerungen auch derer, die gegensätzliche Handlungsziele vertraten, beweisen ihre Glaubenstreue.

Die Zurückhaltung dieser Gemeingeneration gegenüber kontroversen Bekenntnisformeln und Verwerfungsurteilen ist vielmehr ein Gründungselement unserer Gemeinde aus der Zeit der Konfessionskämpfe des 17. und 18. Jahrhunderts, aus denen sie einen Auftrag zu christlich versöhnendem Ausgleich herleiteten.

Diese Tradition veranlaßte die Synodalen von 1935 zur Abgrenzung gegenüber den Verwerfungssätzen der Barmer Thesen. Aber aus diesem seit Zinzendorf praktizierten Geist entsprang auch die offene Solidaritätserklärung der Synodalen für »das Volk Israel« in ihrem 'Wort der Synode'. Diese Erklärung wird bei der Verlesung des Gesamt-Textes vor dem Plenum folgendermaßen erläutert:

»Absatz 2 betont die Heilswirksamkeit Gottes in seinem Volk Israel für die gesamte Menschheit, ein Stück der Gottesoffenbarung, zu dem wir uns gerade jetzt um der Wahrheit willen bekennen müssen. Die ganze Geschichte Israels zeigt nicht speziell die Verlorenheit dieses Volkes, sondern die Verlorenheit des ganzen Menschengeschlechts ...« (s. S. 73).

Das ist eine Absage an die herrschende Substitutionstheorie mit ihrer Lehre von Gottes Verwerfung seines Volkes Israel.

Trotzdem wurde in unserem Kreis die christliche Pflichttreue der Synodalen angezweifelt. Wüssten wir doch, sie hätten unsere Tradition politischer Enthaltsamkeit durchbrochen und Formen des Widerstands gegen Unrecht und Gewalt des NS-Staates gefunden. – Zur Klärung unserer Urteile dienten uns stets historische Einführungsreferate, wie sie auch dieser Dokumentation beigegeben sind. Aber gerade an dieser streng wissenschaftlichen Arbeitsmethode flammte der Konflikt erst recht auf. Der Vorwurf lautete: Indem alle Entscheidungen auf diese Weise in die historischen, soziologischen und kulturellen Zeitumstände eingeordnet werden, wird die individuelle Verantwortlichkeit der Entscheidungsträger bis zur Unkenntlichkeit relativiert.

Zu diesen Zweifeln an der Angemessenheit der Untersuchungsmethode kamen Zweifel an unserer persönlichen Urteilskompetenz: Neigten wir als die Töchter, Söhne, Schüler oder Kollegen der damals Verantwortlichen nicht eher dazu, ihre Entscheidungen zu legitimieren als sie zu kritisieren? – Aber auch diese Zweifler mußten sich prüfen, aus welchen Quellen sich ihr Anspruch speiste, Revolutionäre und Märtyrer zu Vätern und Lehrern zu haben und an diesem Anspruch die Lebensrealität zu messen.

Zur Überwindung dieser Konflikte trug unter anderem die Ausweitung unserer Diskussionsrunde bei: einmal auf Mitglieder des Vereins für Geschichte und Gegenwartsfragen der Brüdergemeine bei ihrer Jahrestagung in Ebersdorf 1993, zum anderen auf Jungtheologinnen und -theologen beim brüderischen Studienseminar in Neugnadenfeld 1995. Dadurch wurden wir genötigt, eine neue Form der Darbietung des Synodenprotokolls zu entwickeln, die unsere Aufmerksamkeit von der Fixierung auf das umstrittene Endergebnis der Synode verlagerte auf den Prozeß ihrer Lösungssuche, vom WAS? auf das WIE? der Entscheidungsfindung.

Um das Fehlen einer Textgrundlage für unsere Gäste zu ersetzen, erfanden wir eine Art szenischer Präsentation, in der wir alle Redebeiträge der Synodalen mit verteilten Rollen in der Ich-Form vortrugen – nach bühnengerechtem Aufruf jedes Redners durch den Vorsitzenden. Eine Schautafel veranschaulichte gleichzeitig die verschiedenen Phasen der Debatte und deren Argumentationsstruktur.

Auf diese Weise wurde der Ernst der kontroversen Standpunkte hervorgehoben: *Hier* die Berufung der Laiengruppe auf undogmatische, persönlich verantwortete Herzenswahrheiten – *dort* der Aufruf zur Verteidigung der bedrohten Bibelwahrheit in exakt theologischer Sprache. *Hier* die Mahnung des Finanzdirektors zur Verantwortung der Gemeinde für die wirtschaftlich Abhängigen – *dort* der Ruf zur Verantwortung »für die Seelen und für das Volk«. Als ein Synodaler schon mit dem Austritt drohte, tauchten hier und dort in den Redebei-

trägen die Vokabeln auf, die schließlich zu einer Lösung führten, welche dem Identitätsbewußtsein dieser Gemeingeneration entsprach und sie zur Abgrenzung von den Verwerfungssätzen der Barmer Thesen führte: »ohne Polemik« – »nicht aus Streitlust« – »allein aus werbender Liebe« – »allen zu dienen«.

Die Debatten und ihre Frucht, das Wort der Synode, lassen heutige Leser nacherleben, wie sich diese Generation unserer Gemeinde der Aufgabe bewußt wurde und sich ihr stellte, »sich nicht irremachen zu lassen ... durch Zeitströmungen«, sondern »gerade jetzt« – »zu bekennen« und »zu bezeugen«.

Wie weit diese Lösung inhaltlich noch dem heutigen Selbstverständnis unserer Gemeinde entspricht, das muß gemeinsam ermittelt werden. Vorbildhaft aber bleibt die damals verwirklichte Form eines herrschaftsfreien Diskurses mit seinen Voraussetzungen: brüderlich-schwesterliche Gesinnung, geistige Kraft und Disziplin und ein hohes Maß an Übung, die die 200jährige Geschichte einer basisdemokratischen Verwaltungs- und Synodalstruktur den Herrnhutern abverlangt hat.

Aber als inhaltliches Fazit bleibt uns die Einsicht: Dem politischen Ernstfall war – und ist? – unsere Gemeinde nicht gewachsen. Der Frage nach den Ursachen: »Wie war das alles nur möglich?«, die vor allem viele ausländische und junge Geschwister beunruhigt, müssen wir weiter nachgehen. Eins ist uns jedoch gewiß: daß unsere Gemeinde keine Form des Widerstandes gefunden hat, haben wir als Schuld vor Gott und vor den Opfern zu bekennen.

Der Rückblick auf unsre bisherige Arbeit zeigt, daß ein offenes Austragen der Konflikte die beste Schule der Erkenntnis und Selbsterkenntnis ist. Dem dürfen wir nicht ausweichen um einer kostenlosen Einmütigkeit willen, die dem Ernstfall doch nicht standhalten kann.

Heidi Kampe, geb. Goerlitz

Geschichtlicher Überblick 1919–1935

von
Gertrud Bühler

Vorbemerkung

Dieser Überblick ist bewußt nicht kritisch, von unserem heutigen Kenntnisstand ausgehend, verfaßt worden, sondern so, wie es der damalige Zeitgenosse zum großen Teil gesehen und erlebt hat.

Die Brüdergemeine rekrutierte sich, sozial gesehen, in erster Linie aus dem mittleren Bürgertum: Bildungsbürger (Pfarrer und Lehrer) und Handwerker. Sie hatte wenig Verbindung mit dem Bauerntum und kaum mit der Arbeiterschaft der aufkommenden Industrie. Politisch zeigten die Brüder kein sonderliches Interesse, ein pietistisches Erbe; sie dachten kaisertreu und national, teils konservativ, teils nationalliberal – nicht nationalistisch.

Konservativ hieß, im Sinne von Adolf Stöcker (1835–1909), ein Bündnis zwischen Monarchie und Volkskirche zu befürworten. Die Ständegesellschaft wurde als eine von Gott gegebene Ordnung angesehen, in die sich die Arbeiter als vierter Stand einfügen sollten. Diese Haltung entsprang weniger, der Not der Arbeiter Einhalt zu gebieten, als vielmehr einer anti-sozialdemokratischen Gesinnung.

Nationalliberal bedeutete, im Sinne von Friedrich Naumann (1860–1919), die Lebenssituation der bis dahin noch nicht integrierten Arbeiter verbessern zu wollen. Naumann plädierte für ein soziales Kaisertum, das sich auf die Arbeiter stützte. Im Laufe der Jahre wuchs für ihn allerdings der Nationalstaat zum vorrangigen Ziel. »Was nützt die beste Sozialpolitik, wenn die Kosaken kommen.«¹ Er trat für die Trennung von Staat und Kirche ein, wobei der christliche Glaube ein selbstverständliches Element des deutschnationalen Selbstverständnisses sein sollte.

Der große Umbruch vollzog sich in den Jahren 1917–1919. Als Fakten sind zu nennen:

1 Hilfe, 1. Jahrgang 1895, Nr. 28, 1.

- 1917 Eintritt der USA in den Krieg
Russische Oktoberrevolution
- 1918 Waffenstillstand, Aufrufung der Republik durch die SPD
- 1919 Weimarer Verfassung auf der Basis der ersten Reichstagswahl, Unterzeichnung des Friedensvertrages

Die sozialpsychologische Situation der Bevölkerung läßt sich folgendermaßen umreißen:

- Man war nationalbewußt; der Versailler Vertrag wurde als nationale Schande angesehen. »Welche Hand müßte nicht verdorren, die sich und uns in diese Fessel legt.«²
- Trotz der Einführung der Republik blieb ein Großteil des Bürgertums monarchistisch eingestellt. Dabei ist zu beachten, daß seit Luther der Landesherr auch der weltliche Herr der evangelischen Kirche war.
- Das bedeutet: Man fühlte antidemokratisch und wählte antisozialdemokratisch, denn die SPD hatte die Republik ausgerufen; außerdem galt die SPD als unchristlich.

Wie stellte sich die Brüdergemeine zu diesem Umbruch?

Selbstverständlich war die Brüdergemeine politisch kein einheitlicher Block. In der Zeitschrift »Herrnhut« werden recht unterschiedliche Meinungen vertreten. Als Frage stellt sich einmal: Soll man sich in der Brüdergemeine überhaupt mit Politik befassen? Welche Partei entspricht am ehesten den Ansichten der Brüdergemeine?³ In Artikeln vom 6. und 20.6.1919 apostrophiert S. Ballein die SPD als »Utopie und Luftkonstruktion ... Es gibt zwischen Christi Reich und Satansherrschaft keine neutrale Zone«, und W. Jannasch beurteilt sie als »die völlig ins Diesseitige und Materielle hineingeratene sozialistische Zukunftshoffnung, von Christen zu bekämpfen«. Dagegen wirbt W.E. Schmidt dafür, daß man die Zwietracht im deutschen Volke nicht fortsetzen dürfe, sondern »die sozialen Unterschiede müssen an Bedeutung verlieren«, »... alles sträubt sich gegen diese pessimistische Stimmung gegenüber der sozialdemokratischen Hälfte unseres Volkes. Die Sozialdemokraten selbst wehren sich dagegen, mit dem demonstrierenden Großstadtmob gleichgesetzt zu werden.«⁴ Aus dem politischen Frauenwahlrecht, das 1919 eingeführt wurde, ergab sich die andere Frage, ob in der Brüdergemeine auch das kirchliche Wahlrecht für die Schwestern

2 Scheidemann, SPD, auf einer Kundgebung am 12.5.1919. – H.A. Winkler: Weimar 1918–1933, Verlag Beck, München 1993, 91.

3 Herrnhut vom 20.12.1918.

4 Herrnhut vom 2.5.1919.

Gültigkeit erhalten sollte: »Durch den demokratischen Stimmzettel, der nirgendwo in der Bibel vorgezeichnet ist ..., wird es so werden, daß nicht mehr der Geist Gottes und die Salbung der Heiligen ordnen, bauen und vollenden können, sondern die stimmberechtigte Volksmasse – männlich und weiblich – wird volksgerecht und volksbequem die Kirche regieren wollen.« Zur Wahlberechtigung und »Wählbarkeit der Frauen zur Leitung der Kirche finden wir in der Bibel keinen Anhalt« (August Weber). Dagegen: »Ist nicht die Meinung und der Rat einer älteren Schwester oft höher einzuschätzen als der eines jungen Bruders?« – »Ist es ein Fehler, wenn Verantwortungsgefühl, Pflichtbewußtsein und Interesse am Wohl und Wehe der Gemeinde auch bei den Schwestern in größerem Maße wie bisher wachgerufen wird?« – »So sehe ich Gottes Wirken auch in der Frauenbewegung.«⁵

Das Krisenjahr 1923, die »vermiedene Katastrophe«⁶

Im Januar besetzten die Franzosen das Ruhrgebiet, weil die Deutschen mit ihren Reparationslieferungen, u.a. mit Holzlieferungen, im Rückstand waren. Der Rapallo-Vertrag 1922 hatte die Franzosen geschockt, Poincaré befürchtete, daß die Deutschen auf den Sturz der Nachkriegsordnung hinarbeiteten. Außerdem hoffte er, doch noch die Abtrennung des Rheinlandes von Deutschland zu erreichen. Die deutsche Regierung rief zum Widerstand auf: »Erst Brot, dann Reparationen!« Doch im Herbst mußte Stresemann diese Politik als erfolglos abbrechen, denn die Regierung konnte die Streikenden nicht mehr bezahlen.

Die Inflation erreichte ihren Höhepunkt (Verschuldung des Reiches im Nov. 1922 840 Mrd., im April 1923 8,4 Bill. und im Juni 1923 22 Bill. Mark). Dabei verlor das Bürgertum am meisten. Das bedeutete für viele Mitglieder der Brüdergemeinde den wirtschaftlichen Abstieg. Infolge dieser Notlage eskalierten die allgemeinen Unruhen, die politischen Morde häuften sich. In Sachsen und Thüringen wurden kommunistische Volksfrontregierungen ausgerufen, der Reichspräsident ließ den Ausnahmezustand erklären und die Reichswehr in diese Länder einrücken. In München ließ Hitler »seine Männer« zur Feldherrenhalle marschieren. Das »Ermächtigungsgesetz« trat zum ersten Mal vom 13. Oktober 1923 bis zum 31. März 1924 in Kraft.

Nach diesem Tiefpunkt verliefen die Jahre 1924–1928 verhältnismäßig ruhig. Aufgrund von Krediten aus den USA erholte sich die deutsche Wirtschaft langsam, und so verloren auch die radikalen Parteien ihren Rückhalt im Volk.

5 Herrnhut vom 28.2.1919.

6 H.A. Winkler, a.a.O., 186.

Stresemann war als Außenminister erfolgreich (Henry Kissinger nennt ihn den einzigen Staatsmann der damaligen Zeit).

- 1925 im Locarno-Vertrag anerkannten die Deutschen ihre Westgrenze als endgültig. Briten und Italiener garantierten das Abkommen.
- 1926 wurde Deutschland in den Völkerbund aufgenommen; damit hatte es die politische Gleichberechtigung zurückerlangt.
- 1929 wurde im Young-Plan die Endsumme der Reparationen festgelegt. Die jährlichen Zahlungen wurden gegenüber dem Dawes-Plan von 1924 zwar zurückgeschraubt, sollten aber bis 1988 geleistet werden. 1932 wurden die Zahlungen jedoch auf drei Jahre ausgesetzt und anschließend gar nicht mehr geleistet.

Den großen Rückschlag brachte die Weltwirtschaftskrise 1929/30. Die Produktion ging enorm zurück. 1929 betrug das Volkseinkommen 73 Mrd. RM, 1932 nur noch 45,2 Mrd. RM; die Arbeitslosenzahl erreichte 1932 ihren Höhepunkt mit 5,5–6 Millionen. Die Demokratiefeindlichkeit wuchs erneut, die extremen Parteien KPD und NSDAP bekamen mächtigen Zulauf. 1930 versagte die SPD ihrem eigenen Kanzler Müller die Gefolgschaft; Anlaß war die Reform der Arbeitslosenunterstützung, deren Beitrag von 3,5 auf 4% erhöht werden sollte. Brüning übernahm die Regierung, die er ohne Mitwirkung der Parteien in drei Tagen zusammenstellte. Er war von Anfang an gewillt, sich auf § 48 der Reichsverfassung zu stützen, d.h. der Reichspräsident konnte die Funktionen des Reichstages übernehmen. Dadurch fielen ihm z.B. das Budgetrecht und der Erlaß von Gesetzen zu. Damit waren die Parteien praktisch ausgeschaltet; sie hatten es nicht vermocht, sich in Notzeiten zusammenzuraufen und politische Verantwortung zu übernehmen. Brüning hoffte durch »sachliche Politik« zu überzeugen und regierte mit den berüchtigten Notverordnungen, schaffte es aber nicht, die Wirtschaft schnell in Gang zu bringen. Auf Betreiben der ostelbischen Großagrarien wurde er im Sommer 1932 von Hindenburg entlassen. Brüning war sowohl der stärkste Kanzler, weil vom Reichstag unabhängig, wie auch der schwächste, weil allein vom Wohlwollen des Reichspräsidenten abhängig.

Das Jahr 1932 war ein Jahr starker politischer Unruhen mit Mordanschlägen von rechts und links. Während des kurzen Zwischenspiels der Kanzlerschaften von Papen und Schleicher wurde mehr taktiert und intrigiert als regiert. Nach langem Sträuben berief der greise Reichspräsident von Hindenburg Hitler, den Führer der stärksten Partei, zum Reichskanzler. Damit war die Weimarer Demokratie untergegangen.

Ohne sich die sozialpsychologische Situation von 1932 zu vergegenwärtigen, versteht man kaum, warum das deutsche Volk dem Nationalsozialismus relativ widerstandslos zugestimmt hat.

- Das Selbstbewußtsein der Deutschen war schwer angeschlagen
- durch den verlorenen Krieg (Dolchstoßlegende, Kriegsschuldfrage, Reparationen);
 - durch die wirtschaftliche Not, besonders des Mittelstandes, Arbeitslosigkeit;
 - durch den gefährdeten inneren Frieden; man befürchtete einen Bürgerkrieg sowie, daß durch eine Revolution der KPD »russische Verhältnisse« geschaffen würden.
 - aus Angst vor dem neuen Phänomen der Verstädterung, denn Deutschland hatte sich inzwischen zu einem modernen Industriestaat entwickelt. Emotional sehnte man sich jedoch zurück zur ländlichen Idylle (Slogan von »Blut und Boden«). In den Großstädten sah man den »Sündenpfuhl«, den Verfall der Moral; einerseits sprach man von den »Golden Twenties«, andererseits vom »Kulturbolschewismus«.

Im ganzen fühlte man sich unsicher, hatte die Orientierung verloren und fürchtete ein allgemeines Chaos.

Dagegen das »Dritte Reich«!

Am 30. Januar marschierten in Berlin Tausende von uniformierten Fackelträgern, die »braunen Bataillone«, im gleichen Schritt und Tritt durch das Brandenburger Tor und vermittelten ein Bild von Ordnung und Geschlossenheit. Am »Tag von Potsdam«, dem 21. März, verbeugte sich in der Garnisonskirche unter Glockengeläute der Gefreite Hitler – nicht in Uniform, sondern im zivilen schwarzen Cut – vor dem greisen Generalfeldmarschall. Der »historische Händedruck« wurde als Zeichen der Versöhnung zwischen dem alten und dem neuen Deutschland und der Überwindung der Klassen inszeniert. Neben den Hakenkreuzfahnen wehten die alten Fahnen des Kaiserreichs schwarz – weiß – rot.⁷ Der Rundfunk wurde zum ersten Mal als Propagandamittel eingesetzt. Eine glänzende Show lief ab. Damit wurden die Bedürfnisse des Volkes nach Prestige und Orientierung, nach Zusammengehörigkeit und Selbstachtung befriedigt. Hitler hatte sich durch den gezeigten »Respekt« und die »Demut« vor dem Feldherren des Weltkriegs viel Sympathie gewonnen. Ein weiterer Faktor, der die Bevölkerung positiv gegenüber der neuen Regierung stimmte, war Hitlers »Legalitätstaktik«. Er begann jede Maßnahme mit einem legalen Anschein, z.B. wurde noch in der Nacht nach dem Reichstagsbrand am 28. Februar die »Verordnung zum Schutz von Volk und Staat«⁸ erlassen – damit konnten sofort

7 Der 21. März war bewußt gewählt worden als Tag des Frühlingsanfangs und als Tag, an dem 1871 Bismarck den ersten deutschen Reichstag eröffnet hatte.

8 Man beachte die euphemistische Formulierung!

mißliebige Regimegegner, besonders aus der KPD und SPD, in Haft genommen werden. Dies wurde vom Volk als Maßnahme in extremer Notlage toleriert.

Nach der Reichstagswahl am 4. März wurde in der ersten Sitzung des neuen Reichstages das »Ermächtigungsgesetz« mit Mehrheit beschlossen. Daß sich das Parlament damit selbst auf vier Jahre außer Kraft setzte, glaubte man mit der allgemeinen Situation rechtfertigen zu können. Damit hatte Hitler, obwohl nur noch zwei weitere Parteigenossen im Kabinett saßen, nicht nur die Exekutive, sondern auch die Legislative in der Hand. Die »Machtergreifung« war abgeschlossen.

Die zweite Phase der »Gleichschaltung« begann. Sie sollte die Klassenunterschiede aufheben und die Volksgemeinschaft stärken; in Wirklichkeit hieß das, man wollte alle in die gleiche ideologische Richtung bringen.

Bis zum Aufnahmestopp am 1. Mai traten viele in die NSDAP ein, z.T. aus Opportunismus, z.T. aber auch aus dem ehrlichen Wunsche, bei dem Neuaufbau mitzuhelfen. – Hinter vorgehaltener Hand bespöttelte man sie als »Märzgefalle-
ne«. –

Der 1. Mai wurde zum »Tag der nationalen Arbeit« erhoben. Die „Arbeiter der Faust und der Stirn« marschierten nach gemeinsamem Gottesdienst auf und unterliefen damit den »klassenkämpferischen Feiertag« der SPD. Sofort am nächsten Tag wurden die freien Gewerkschaften liquidiert, ihre Häuser besetzt und ihr Kapital beschlagnahmt. Um alle Deutschen zusammenzuführen, wurde am 24.10.1934 per Gesetz die »Deutsche Arbeiterfront« gegründet, der die Arbeiter, Angestellten und Unternehmer anzugehören hatten. Damit war ein Großteil der berufstätigen Bevölkerung unter Kontrolle.

Gleichzeitig wurde der Einparteien-Staat geschaffen. Noch im März 1933 wurde die KPD verboten und das Reichsbanner, ein Wehrverband der SPD, lahmgelegt. Im Juni wurde auch die SPD im ganzen verboten, während sich die rechts gerichteten Parteien, wie DVP und DNVP, und das katholische Zentrum im Laufe des Sommers selbst auflösten. Für die Katholiken wurden die Oberhirten der Kirche zum Wortführer. Seit April führte von Papen im Namen der Reichsregierung mit dem Vatikan Verhandlungen, die mit einem Konkordat im Juli abschlossen: Die Kirche solle ihren Einfluß im Schul- und Vereinswesen behalten, dafür durften sich die katholischen Geistlichen nicht mehr politisch betätigen. – Allerdings hielt dieser Vertrag die National-Sozialisten nicht lange davon ab, doch in die kirchliche Sphäre einzugreifen.

Mit einem Gesetz gegen die Neubildung von Parteien war die Gleichschaltung der Parteien abgeschlossen. Als einzige Partei war nur noch die NSDAP erlaubt; dort hatte die legale Willensbildung des Volkes stattzufinden. Am 1.

Dezember 1933 wurden Rudolf Hess und Ernst Röhm als Führer der Parteiorganisationen in die Regierung aufgenommen.

In ähnlicher Weise ging man auf dem Gebiet der Kultur vor: Im Mai wurden in einer spektakulären Aktion »undeutsche Bücher« verbrannt. Für die Presse wurden einheitliche Sprachregelungen erlassen. Das Reichskulturkammergesetz vom 22.9.1933 schloß »alle Schaffenden« zu »einer Kultureinheit« zusammen. »Die deutschen Künstler sollen sich unter dem Patronat (des Staats) geborgen fühlen und das beglückende Gefühl zurückgewinnen, daß sie im Staate unentbehrlich sind« (aus einer Göbbelsrede). Rund 250 Schriftsteller und Gelehrte verließen das Land.

Gleichschaltung der Verwaltung:

Das deutsche Kaiserreich war rechtlich ein Bund der Fürsten, die mit beschränkter Selbständigkeit an der Spitze ihrer Länder verblieben. Nach der Revolution 1918 wurde das föderale System beibehalten; modernisiert wurde insofern, als die Regierungen des Reiches bzw. der Länder von den entsprechenden Parlamenten gewählt wurden.

1933/34 wurden mit den Gesetzen zur »Gleichschaltung der Länder mit dem Reich« und zum »Neuaufbau des Reiches« in den Ländern Reichskommissare zur Wahrnehmung polizeilicher Befugnisse ernannt, sodann national-sozialistische Länderregierungen mit einem Reichsstatthalter anstatt eines Ministerpräsidenten eingesetzt und die Hoheitsrechte der Länder auf das Reich übertragen.

Der letzte Schritt zur Gleichschaltung erfolgte mit der Niederschlagung der sogenannten »Röhm-Revolte«, wobei es sich um den Machtkampf zwischen SA und Militär handelte. Hitler stellte sich auf die Seite der Reichswehr, denn sie benötigte er in seiner zukünftigen Politik.

Anschließend ernannte sich Hitler zum obersten Gerichtsherrn – »der Führer schützt das Recht« (C. Schmitt) – und hatte damit die drei Gewalten Exekutive, Legislative und Judikative in seiner Hand.

Nach dem Tode Hindenburgs am 2.8.1934 wurde die Reichswehr auf die Person Hitlers vereidigt. Nun war Hitler offiziell Führer, Staatsoberhaupt und Oberbefehlshaber der Reichswehr.

Von 1935 an verschoben sich die Schwerpunkte national-sozialistischer Politik. In der Außenpolitik verfolgte Hitler die Ziele, den »Versailler Diktatfrieden« zu zerreißen und »Lebensraum im Osten« zu schaffen.⁹ Deshalb verließ Deutschland im Oktober 1933 die Abrüstungskonferenz und trat aus dem Völ-

⁹ Da die Außenpolitik im Rahmen dieser gesamten Arbeit keine besondere Rolle spielt, wird sie hier nicht weiter dargestellt.

kerbund aus. Am Samstag vor dem »Heldengedenktag« im März 1935 wurde die allgemeine Wahlpflicht eingeführt, und auf den gleichen Tag ein Jahr später erfolgte der Einmarsch der Wehrmacht in das entmilitarisierte Rheinland. Damit war das Ziel, die Ordnung von Versailles aufzuheben, erreicht, ohne daß das Ausland eingeschritten wäre.

Ein weiterer Schwerpunkt lag auf der Judenverfolgung:

Der Haß auf die Juden war ein Grundmotiv der Weltanschauung Hitlers. Schon in »Mein Kampf« schrieb er: »Indem ich mich der Juden erwehre, kämpfe ich für die Werke des Herrn.« Als jüdisch galt für ihn alles, was er ablehnte: Demokratie, Bolschewismus, Sozialdemokratie, Liberalismus, Kapitalismus, Zinsknechtschaft, Pressefreiheit, moderne Kunst, Antimilitarismus, Internationalismus und noch vieles mehr. Den Juden sah er als den »Spaltpilz der Völker« an, er sei nicht schöpferisch. Die systematische Ausschaltung begann im April 1933 mit einem Boykott jüdischer Geschäfte und dem »Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums«, nach dem die nicht-arischen Beamten in den Ruhestand versetzt wurden. Auf den Protest von Hindenburg wurden die Juden, die sich im Krieg um Deutschland verdient gemacht hatten, von der Maßnahme ausgenommen – bis zum Tode Hindenburgs. Mit dem »Reichserbhof-« und »Schriftleitergesetz« im Herbst 1933 wurden die Juden aus weiteren Berufen ausgeschlossen.

Die zweite Phase begann mit dem »Gesetz zum Schutz des deutschen Blutes und der deutschen Ehre«, das auf dem Nürnberger Parteitag 1935 verkündet wurde:

- Eheschließung zwischen Ariern und Nicht-Ariern wurde verboten. Bereits geschlossene Ehen wurden ungültig.
- Außerehelicher Verkehr mit Nichtariern war verboten.
- Juden durften keine weibliche Angestellte unter 45 Jahre in ihrem Haushalt beschäftigen.
- Sie durften keine deutsche Flagge zeigen.
- Sie durften kein aktives und passives Wahlrecht ausüben.

Gleichzeitig wurde Rassentrennung in den Schulen befohlen. In Schulen und Hochschulen wurde der Unterricht der Rassenlehre obligatorisch. Der Antisemitismus war als Grundlage des völkischen Staates anzusehen. Da aber die Juden in der Außenhandelspolitik noch nicht entbehrlich waren, man außerdem gegenüber dem Ausland eine gewisse Rücksicht nehmen mußte, glaubten viele Juden nicht, daß die Verfolgung zu ihrer völligen Vernichtung führen solle. So verließen bis Ende 1937 nur 118 000 Deutschland, wobei ihr Vermögen als »Reichsfluchtsteuer« eingezogen wurde.

Von deutscher Seite wurde nirgends öffentlicher Widerstand geleistet, auch nicht vom Ausland. Die Olympiade 1936 in Berlin war ein großer Erfolg. Kein Ausländer verließ Berlin, als Hitler dem Farbigen Jesse Owens, der die Goldmedaille im 100 m und im 200 m Lauf, im Weitsprung und in der 4x100 m Staffel errungen hatte, bei der Siegerehrung nicht die Hand reichte.

So war 1935 das Deutsche Reich, allen negativen Erscheinungen zum Trotz, ein angesehener Staat; in der neuen Volksgemeinschaft waren »Ruhe und Ordnung« eingeleitet. Es wurde wieder »regiert« und nicht nur »geschwätzt« wie in der Weimarer Zeit – so empfand es wenigstens ein nicht geringer Teil der Bevölkerung.

Hitler hatte, im Gegensatz zum französischen Revolutionsbegriff von der Umkehr aller Verhältnisse, eine »legale Revolution« im Namen bürgerlicher Normen gegen die bürgerlichen Normen durchgeführt.

Daten zum National-Sozialismus

- | | | |
|-------|------------|--|
| 1933: | 30.01. | Hitler zum Reichskanzler ernannt; Koalitionskabinett |
| | 27.02. | Reichstagsbrand |
| | 28.02. | »Verordnung zum Schutz von Volk und Staat« |
| | 05.03. | Reichstagswahl; NSDAP erhält 43,9% |
| | 07.03. | Verbot der KPD |
| | 21.03. | »Tag der nationalen Erhebung« in Potsdam |
| | 24.03. | Ermächtigungsgesetz |
| | 31.03. | »Vorläufiges Gesetz zur Gleichschaltung der Länder mit dem Reich« |
| | 01.04. | Boykott jüdischer Geschäfte |
| | 07.04. | Zweites Gleichschaltungsgesetz (Reichsstatthalter als Sonderkommissare) |
| | | »Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtums« |
| | 01.05. | Tag der nationalen Arbeit |
| | 02.05. | Auflösung der Gewerkschaften |
| | 10.05. | Verbrennung von »undeutschen« Büchern |
| | 22.06. bis | |
| | 05.07. | Verbot bzw. Selbstauflösung der verschiedenen Parteien |
| | 14.07. | Gesetz gegen Neubildung von Parteien, nur NSDAP ist erlaubt |
| | 22.11. | Reichstagswahlen nach dem Austritt aus dem Völkerbund; NSDAP 92% |
| | 01.12. | »Gesetz zur Sicherung der Einheit von Staat und Partei.« Hess und Röhm zu Mitgliedern der Reichsregierung ernannt. |
| 1934: | 30.01. | Gesetz zum »Neuaufbau des Reiches«. Landesparlamente aufgehoben, Landesregierungen unterstehen der Reichsregierung |

- 30.06. Niederschlagung der »Röhmrevolte«. Hitler »oberster Gerichtsherr«
 02.08. Tod von Hindenburg. Vereidigung der Reichswehr auf Hitler. Hitler ist »Führer der Partei, Staatsoberhaupt und Oberbefehlshaber der Reichswehr«
 1935: 16.03. Einführung der allgemeinen Wehrpflicht
 15.09. Nürnberger Gesetze: »Reichsbürgergesetz« und »Gesetz zum Schutz des deutschen Volks und der deutschen Ehre«

Wahlergebnisse zum deutschen Reichstag in einzelnen Brüdergemeinen in %

	Dt. Reich	Herrnhut	Königsfeld	Kleinwelka	Gnadau	Niesky
<i>Sozialdemokratische Partei Deutschlands</i>						
1930	24,5	4,4	5,8	?	?	?
1932	21,5	5,3	4,3	?	?	?
1933	18,3	4,5	?	12,8	14,9	26,0
<i>Christlich Sozialer Volksdienst</i>						
1930	0	39,5	28,0	?	?	?
1932	0	26,6	13,7	?	?	?
1933	0	23,5	?	9,4	5,1	4,8
<i>Deutsche Volks-Partei</i>						
1930	4,5	13,8	27,7	?	?	?
1932	1,1	8,4	5,7	?	?	?
1933	1,0	6,8	?	?	2,7	0
<i>Deutschnationale Volkspartei (Schwarz – Weiß – Rot)</i>						
1930	7,0	7,0	13,6	?	?	?
1932	7,2	16,9	21,3	?	?	?
1933	8,0	19,0	?	18,0	22,6	9,8
<i>Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei</i>						
1930	18,3	19,4	12,6	?	?	?
1932	37,2	42,4	44,2	?	?	?
1933	32,9	43,1	?	50,1	46,9	45,8

Die Situation der Kirche und der Kirchenkampf bis Frühjahr 1935

von
Hellmut Reichel

Drei Vorbemerkungen:

1. Der Nationalismus war in kirchlichen Kreisen sehr verbreitet, auch in der Brüdergemeine. Das wußte Hitler sehr gut und versuchte es auszunützen, indem er in seinen Reden nach der »Machtübernahme« am 30.01.1933 gerade auch kirchliche Kreise ansprach, etwa in seiner Rede am 1.2.33: »So wird es die nationale Regierung als ihre oberste und erste Aufgabe ansehen, die geistige und willensmäßige Einheit unseres Volkes wieder herzustellen ... Sie wird das Christentum als Basis unserer gesamten Moral, die Familie als Keimzelle unseres Volks- und Staatskörpers in ihren festen Schutz nehmen.« Und schloß: »Möge der allmächtige Gott unsere Einsicht segnen und uns mit dem Vertrauen unseres Volkes beglücken. Denn wir wollen nicht kämpfen für uns, sondern für Deutschland.« Ähnliche Töne hörte man in seiner Rede vor der Wahl am 5.3.33. Entsprechend konnte im Parteiprogramm der NSDAP die Aussage verstanden werden, die Partei stehe »auf dem Boden des positiven Christentums«¹

¹ Artikel 24 des Parteiprogramms der NSDAP, daß die Partei »auf dem Boden des positiven Christentums stehe« konnte sehr verschieden gedeutet werden. Die »Deutschen Christen« legten es 1932 so aus: »1) Ablehnung des liberalen Geistes der jüdisch-marxistischen Aufklärung, 2) Überwindung der aus jüdisch-marxistischem Geist geborenen Humanität ... 3) Betonung eines kämpferischen Glaubens ... 4) Reinigung und Erhaltung der Rasse ... 5) Kampf gegen religions- und volksfeindlichem Marxismus und seine christlich-sozialen Schleppenträger aller Schattierungen ... 6) Neuer Geist für unsere amtlichen und privaten Stellen der Kirchenleitung ... 7) Bereinigung der kleinen evangelischen Landeskirchen zu einer starken evangelischen Reichskirche ...«

Hitler sagte in seiner Wahlrede am 10.2.33 am Schluß: »Ich rede nicht nur vom Christentum, nein, ich bekenne auch, daß ich mich niemals mit den Parteien verbinden werde, die das Christentum zerstören.« Seine Wahlrede am 4.3.33, die er von Königsberg aus hielt, schloß: »Herrgott, laß uns niemals wankend werden und feige sein, laß uns niemals die Pflicht vergessen, die wir übernommen haben!« und schließlich: »Wir

2. Die evangelische Kirche in Deutschland war keineswegs eine Einheit, wie Hitler wohl zunächst annahm. Sie bestand aus 28 Landeskirchen, die seit 1922 im Evang. Kirchenbund zusammengeschlossen waren. Die größte Gruppe von diesen war in der Altpreußischen Union (APU) zusammengefaßt. So war der Präsident des preußischen Oberkirchenrates, D.H. Kapler, zugleich Vorsitzender des Kirchenbundes. Eine Art Synode war der alle drei Jahre tagende »Kirchentag«. Innerhalb des Deutschen Evangelischen Kirchenbundes gab es schon starke Tendenzen zu einem engeren Zusammenschluß.

3. Der Zusammenschluß evangelischer Nationalsozialisten zur »Glaubensbewegung Deutsche Christen« (DC) beteiligte sich bei den Kirchenwahlen im November 1932 unter Führung von Joachim Hossensfelder und gewann dabei höchstens ein Drittel der Stimmen. Im Frühjahr 1933 wuchs sie stark an. Vom 3.–5.4.1933 hielt sie in Berlin ihre Reichstagung, auf der sie lautstark in die Öffentlichkeit trat; durch die Teilnahme von Ministerpräsident Göring und Reichsinnenminister Frick bekam sie auch offiziellen Charakter. Gauleiter Kube, der Vorsitzende der nationalsozialistischen Fraktion im preußischen Landtag, kündigte in der durch Radio übertragenen Rede an, man werde alle Mittel, die durch den Kirchenvertrag mit dem Staat gegeben seien, einsetzen, damit »der Umstellung in unserem Volke auf dem Gebiet der Kirchenpolitik Rechnung getragen« werde.² Die Forderungen wurden mit den Stichworten Gleichschaltung der Kirche, Einführung des Führerprinzips in einer Reichskirche und artgemäße Verkündigung bereits klar umrissen. Diese Tagung wurde zum Auslöser einer Neuordnung der Evangelischen Kirche, die sehr bald zum Kirchenkampf führte.

Theologisch war die Bewegung sehr unterschiedlich geprägt. Die volksmissionarische Ausrichtung imponierte gerade auch pietistischen Kreisen. Viele sahen »in der Glaubensbewegung Deutsche Christen eine kraftvolle Einigungsbewegung, die den nationalen Aufbruch religiös vertiefen, den deutschen Protestantismus aus seiner Zersplitterung herausreißen, alte, verkrustete Traditionen überwinden und den Mut zu neuen Wegen und Formen finden würde« (RGG³ II, 106).

alle sind stolz, daß wir durch Gottes gnädige Hilfe wieder zu wahrhaften Deutschen geworden sind«, worauf im Radio der Choral erklang: »Wir treten zum Beten vor Gott den Gerechten ...« (Klaus Scholder, Die Kirche und das Dritte Reich, Band I, Berlin 1986, 257f, 282ff).

² Scholder, Die Kirchen und das Dritte Reich, Band I, 2. Aufl., Berlin 1986, 367.

I. Phase des Kirchenkampfes

Der Anstoß zu einer Neuordnung der Evangelischen Kirche wurde rasch aufgenommen. Man einigte sich in den kirchlichen Gremien, daß noch vor Fertigstellung einer Verfassung für die Deutsche Evangelische Kirche ein Reichsbischof gewählt werden sollte. Die Deutschen Christen wollten dieses Amt für Ludwig Müller³, den Königsberger Wehrkreispfarrer, den Hitler zu seinem Vertrauensmann bestimmt hatte. Als es am 26.5.33 zur Abstimmung der Kirchenvertreter kam, wurde aber Friedrich von Bodelschwingh mit 91:8 Stimmen zum Reichsbischof erkoren.⁴ Diese Wahl nahmen die Deutschen Christen nicht hin; es war klar, daß es damit zum Kampf kommen würde. D. Kapler sah sich mit 66 Jahren einem solchen Kampf nicht mehr gewachsen, er trat zurück. Einen Nachfolger wollte man vor Fertigstellung der neuen Verfassung noch nicht wählen, darum bat man den rheinischen Generalsuperintendenten D. Stoltenhoff um die kommissarische Leitung.

Dies wurde vom preußischen Kultusminister Rust zum Anlaß genommen, staatlicherseits einzugreifen. Er setzte den Leiter der Kirchenabteilung in seinem Ministerium, Dr. Trendelenburg, ab und berief an seine Stelle Dr. August Jäger mit der Begründung, der Staatsvertrag mit dem Land Preußen sei verletzt worden, da der Minister bei der Personalentscheidung nicht befragt worden sei. Damit war ein Deutscher Christ berufen, der bis zum Herbst 1934 die radikale Gleichschaltung der Kirche durchzusetzen versuchte und »zur Unterdrückung und Zerstörung der evangelischen Kirche mehr beitragen sollte als irgend ein anderer«⁵. Als die Nachricht von seiner Ernennung die in Eisenach versammelten Kirchenführer am 24.6.33 erreichte, trat Bodelschwingh zurück.⁶

Am 26.6. griff Jäger von Staats wegen in die Kirche ein: er beurlaubte die Generalsuperintendenten der APU und setzte an ihre Stelle Staatskommissare ein. Die Gremien löste er auf und ließ sie zu 80% mit Deutschen Christen besetzen. Dagegen klagte der preußische OKR beim Staatsgerichtshof in Leipzig.

³ Hitler hatte am 22.4.33 Ludwig Müller empfangen und mit ihm die Fragen seiner Kirchenpolitik besprochen. Als D.H. Kapler am 25.4. empfangen wurde, erklärte er ihm: »Sein amtlicher Mittelsmann in den evangelisch-kirchlichen Dingen sei Frick, zu seinem persönlichen Berater in diesen Fragen habe er heute Wehrkreispfarrer Müller ernannt«, Scholder, a.a.O., 381, 384.

⁴ Nur Württemberg, Mecklenburg-Schwerin und Hamburg stimmten für Müller.

⁵ August Jäger, ein 46jähriger Landgerichtsrat aus Wiesbaden, der seit Mai Leiter des Kirchenkreises Groß-Wiesbaden der DC war.

⁶ Scholder, a.a.O., 444.

Als Reichspräsident von Hindenburg von der Situation unterrichtet worden war, wandte er sich an Hitler, woraufhin Jägers Verordnungen zunächst zurückgenommen wurden. Es müsse ein Kompromiß gesucht werden.

Am 11. Juli kam es zum Abschluß der Verfassung der Deutschen Evangelischen Kirche, die in der Kabinettsitzung der Reichsregierung am 14.7. angenommen wurde. Sie trug mit der Konzentration auf das Führerprinzip das Zeichen der Zeit. Im Blick auf die Besetzung des Bischofsamtes erklärte Hitler, er könne sein Placet erst nach einer Volksbefragung geben. So wurde eine Kirchenwahl für den 23.7.33 kurzfristig angesetzt.⁷ Eine ordnungsmäßige Vorbereitung war gar nicht möglich; auch war klar, daß hierfür die Parteiorganisationen mobilisiert würden. So wurde vielfach von der Möglichkeit Gebrauch gemacht, den DC ohne Wahl 2/3 oder 3/4 der Sitze in den Gremien zuzugestehen.⁸ So kam es dazu, daß sie in fast allen Gremien mit wenigen Ausnahmen die entscheidende Mehrheit bekamen.

In der APU war das oberste Gremium die Generalsynode; sie wurde zum 5.9.33 einberufen. Die Beschlüsse wurden Schlag auf Schlag ohne weitere Verhandlung gefaßt; Einwände der Opposition wurden gar nicht zugelassen. Ludwig Müller wurde als Landesbischof der APU gewählt. »Er vertritt unbeschadet der Befugnisse des Kirchensenats die Evangelische Kirche der altpreußischen Union.« So lautete § 1.⁹ Statt der Generalsuperintendenturen wurden zehn »historische« Bistümer geschaffen: Brandenburg, Camin, Berlin, Danzig, Königsberg, Breslau, Köln-Aachen, Münster, Magdeburg-Halberstadt und Merseburg-Naumburg. – Ein zweites Gesetz ordnete die Rechtsverhältnisse der Geistlichen und Kirchenbeamten; es enthielt den Arierparagraphen: »Wer nichtarischer Abstammung oder mit einer Person nichtarischer Abstammung verheiratet ist, darf nicht als Geistlicher oder Beamter der allgemeinen Verwaltung berufen werden.«¹⁰ Darauf verließ die Opposition den Saal.

Die Frage der Durchsetzung des Arierparagraphen, wie er im Staat bereits galt, wurde zum entscheidenden Punkt, an dem es zur Scheidung in der Kirche

⁷ Am 14.7.33 wurden die landeskirchlichen Vertreter in Berlin vom Staatssekretär Pfundtner in Kenntnis gesetzt, daß im Reichskabinett die Verfassung der Deutschen Evangelischen Kirche in einem Gesetz angenommen werde, das zugleich eine Kirchenwahl für den 23.7. festlege.

⁸ Auf eine Wahl konnte verzichtet werden, wenn nur ein Wahlvorschlag vorlag; so enthielten unzählige Einheitslisten eine Zwei-Drittel- oder sogar Drei-Viertel-Mehrheit. Scholder, a.a.O., 598.

⁹ »Kirchengesetz über die Errichtung des Landesbischofsamtes und von Bistümern«, Scholder, a.a.O., 598.

¹⁰ Ebd.

kam. Am klarsten sagte es Bonhoeffer: Der Arierparagraph ist »eine Irrlehre von der Kirche und zerstört ihre Substanz. Darum gibt es in einer Kirche, die den Arierparagraphen in dieser radikalen Form durchführt, nur noch einen Dienst der Wahrheit, nämlich den Austritt«¹¹. 21 Neutestamentler erklärten in einem Gutachten, »daß nach dem Neuen Testament die christliche Kirche eine Kirche aus Juden und Heiden«¹² sei. Nur die Erlanger Professoren Althaus und Elert meinten, es sei bei der Zulassung zum Amt der völkischen Gliederung in der Kirche Rechnung zu tragen.

Nach der altpreußischen Generalsynode war der Zeitpunkt gekommen, in dem es zur Gründung des Pfarrernotbundes kam, dessen führende Kraft Martin Niemöller wurde (11.9.33). Pfarrer verpflichteten sich in einer Erklärung¹³, ihr Amt als Diener des Wortes allein in der Bindung an die Heilige Schrift und die Bekenntnisse auszurichten. Der Pfarrernotbund verbreitete sich bald über das ganze Reich. – Nachdem die Deutschen Christen durch die Wahl am 23.7. die Mehrheit erlangt hatten, galt es, sie nun vor die Bekenntnisfrage zu stellen. – Karl Barth schrieb Ende Juli seine Schrift *«Theologische Existenz heute»*, in der er zur Sache rief, vom kirchenpolitischen Taktieren weg: »Wo war die schlichte aber entscheidende Frage nach der christlichen Wahrheit, als dies möglich wurde?«¹⁴

Die Gründung der Reichskirche

Zum 27.9.33 wurde die Nationalsynode nach Wittenberg einberufen. Sie sollte das Bild der Einigkeit vortäuschen, doch schon am Morgen wurde den Teil-

¹¹ Scholder, a.a.O., 611.

¹² Ebd., 616.

¹³ Die Verpflichtungserklärung lautete: »1. Ich verpflichte mich, mein Amt als Diener des Wortes auszurichten allein in der Bindung an die Hl. Schrift und an die Bekenntnisse der Reformation als die rechte Auslegung der Hl. Schrift. 2. Ich verpflichte mich, gegen alle Verletzung solchen Bekenntnisstandes mit rückhaltlosem Einsatz zu protestieren. 3. Ich vertraue der brüderlichen Leitung und dem stellvertretendem Dienst von D. von Bodelschwingh. 4. Ich weiß mich nach bestem Vermögen mitverantwortlich für die, die um solchen Bekenntnisstandes willen verfolgt werden. 5. In solcher Verpflichtung bezeuge ich, daß eine Verletzung des Bekenntnisstandes mit der Anwendung des Arierparagraphen im Raum der Kirche Christi geschaffen ist«, Scholder, a.a.O., 313.

¹⁴ K. Barth wandte sich in seiner Schrift gegen alles kirchenpolitische Paktieren, wo doch »schon ein Konfirmand hätte merken müssen, daß er da weder mit dem lutherischen noch mit dem Heidelberger Katechismus in der Hand nur eine Stunde dabei sein und unter irgend einem Vorwand mittun könne«, Scholder, a.a.O., 555.

nehmern eine Eingabe von 2000 Pfarrern des Notbundes in die Hände gegeben, auf der es hieß: »Die Nationalsynode darf nicht durch ihr feierliches Gepräge den Anschein einer geeinten Kirche erwecken, solange die Gemeinden von tiefsten Gegensätzen zerrissen sind.«¹⁵

Nach dem Rechenschaftsbericht der einstweiligen Leitung fand am Nachmittag die Wahl des Reichsbischofs statt. Prof. Fezer (Tübingen) teilte der Versammlung mit, Landesbischof Ludwig Müller sei von allen Kirchenführern der Landeskirchen einstimmig zum Reichsbischof vorgeschlagen worden. »Ich bitte die Synode um Kundgabe ihres Willens.«¹⁶ Ein einstimmiges «ja» war die Antwort. Bei der Gegenprobe erhob sich eine Hand. So war er einstimmig gewählt. »Das protestantische Deutschland hat seinen Führer«¹⁷, kommentierte die deutsch-christlichen Presse. In seiner Schlußansprache rief der Reichsbischof Müller aus: »Das Alte geht zu Ende, das Neue kommt herauf. Der kirchenpolitische Kampf ist vorbei. Der Kampf um die Seele des Volkes beginnt.«¹⁸

Zu einer Annahme des Arierparagraphen war es auf der Nationalsynode nicht gekommen. Die Aufgaben, die vor dem Reichsbischof und dem ihm zur Seite stehenden «Geistlichen Ministerium» standen,¹⁹ waren: a) die Beendigung des Kirchenkampfes, b) die Reform der landeskirchlichen Verfassungen, c) die Finanzierungsfrage der Reichskirche, d) die »Durchmissionierung der Deutschen«.²⁰

Doch inzwischen hatte sich die NSDAP durch einen Erlaß von Rudolf Heß, dem Stellvertreter des Führers, insofern deutlich von der Kirche distanziert, als sie erklärte: »Kein Nationalsozialist darf irgendwo benachteiligt werden, weil er sich nicht zu einer bestimmten Glaubensrichtung oder Konfession oder weil er sich zu überhaupt keiner Konfession bekennt.«²¹ Inzwischen war den Deutschen Christen in der «Deutschen Glaubensbewegung» unter Prof. Hauer längst ein ernsthafter Konkurrent gegenübergetreten, der es um Durchsetzung einer germanischen Religion ging.

Auch der radikale Flügel der Deutschen Christen war mit der gemäßigten

¹⁵ A.a.O., 624.

¹⁶ A.a.O., 625.

¹⁷ Ebd.

¹⁸ A.a.O., 626.

¹⁹ Zum «Geistlichen Ministerium» als Reichskirchenleitung neben dem Reichsbischof gehörten drei Theologen; Bischof Schöffel als Lutheraner, Bischof Hossenfelder (als Unierte) und Studiendirektor Dr. Otto Weber (als Reformierter) und als rechtskundiges Mitglied Rechtsanwalt Dr. Werner. Scholder, a.a.O., 623.

²⁰ A.a.O., 666.

²¹ A.a.O., 669.

Linie, die auf der Nationalsynode sich mit L. Müller und Prof. Fezer²² durchgesetzt hatte, nicht einverstanden. Das wurde im Herbst 1933 deutlich, als zum 13.11. zu einer Großkundgebung der DC in Berlin eingeladen wurde. 20 000 versammelten sich im Sportpalast und der Gauobmann der Berliner DC entfaltete dabei das Programm der «zweiten Revolution der Kirche». Die Kirche könne »niemals neben dem Staat wachsen, sondern nur in ihm und darum gälten für sie restlos die gleichen Lebensgesetze«, nämlich »heldische Frömmigkeit und artgemäßes Christentum«.²³ Er forderte die preußische Landeskirche auf, sich vom Alten Testament »mit seiner jüdischen Lohnmoral und den Viehhändler- und Zuhältergeschichten« zu trennen und auch das Neue Testament von allen »offenbar entstellten und abergläubischen Berichten« zu reinigen und grundsätzlich auf die »ganze Sündenbock- und Minderwertigkeitstheologie des Rabbiners Paulus«²⁴ zu verzichten. »Wenn wir aus den Evangelien das herausnehmen, was zu unseren deutschen Herzen spricht, dann tritt das Wesentliche der Jesuslehre klar und leuchtend zutage, das sich – und darauf dürfen wir stolz sein – restlos mit den Forderungen des Nationalsozialismus deckt.«²⁵ Man solle sich auch vor einer »übertriebenen Herausstellung des Gekreuzigten« hüten,²⁶ denn nicht knechtische, sondern stolze Menschen brauche das Dritte Reich. Am Schluß wurde eine Resolution verabschiedet, die in sechs Punkten diese Forderungen wiederholte. Nur eine Hand soll sich bei der Abstimmung zum Widerspruch dagegen erhoben haben.

Die zweite Phase des Kirchenkampfes

Als in den Berliner Morgenblättern des 14.11. die ersten Berichte erschienen waren, schlug die Führung des Pfarrernotbundes Alarm. Pfarrer Jacobi, Martin und Wilhelm Niemöller stellten Ludwig Müller ein Ultimatum bis 20 Uhr und forderten 1. die Niederlegung seiner Schirmherrschaft über die DC, 2. Suspendierung von Bischof Hossenfelder und aller kirchlicher Führer, die im Sportpa-

²² Prof. Fezer, Tübingen, war maßgeblich an der Formulierung der im Mai 1933 neu formulierten «Richtlinien für die Glaubensbewegung Deutsche Christen» beteiligt. Mit Ludwig Müller teilte er den pietistischen Hintergrund; er war auf Vorschlag der Professoren Beyer und E. Hirsch als «Vertrauensmann des Theologischen Fakultätentages in den zu lösenden Kirchenfragen» gewählt worden. A.a.O., 402f.

²³ A.a.O., 703.

²⁴ A.a.O., 704.

²⁵ A.a.O., 705.

²⁶ Ebd.

last anwesend waren, von ihren Ämtern, 3. die Verpflichtung der Pfarrer, Kirchenältesten und Gemeindevertreter erneut auf ihr Amtsgelübde.

Die Nachricht von der Kundgebung verbreitete sich natürlich wie ein Lauffeuer. Massenhaft traten Mitglieder aus der Glaubensbewegung der Deutschen Christen aus. Das Ausland, das schon durch die Annahme des Arierparagraphen in der APU alarmiert war, brachte die Nachricht davon ausführlich.

In einer Kanzelabkündigung wandten sich am 19.11. oder 22.11. (Bußtag) die Pfarrer in tausenden Gottesdiensten an die Gemeinden, in der sie erklärten, sie wollten nicht stumme Hunde sein gegenüber der Verfälschung des Evangeliums.²⁷ »Wir bekennen uns darum nachdrücklich zur Heiligen Schrift Alten und Neuen Testaments als einziger Regel und Richtschnur unseres Glaubens und Lebens und zu den Bekenntnissen der Väter, als ihrer reformatorischen Auslegung.«²⁸

Reichsbischof Müller trennte sich von Krause und dem Kirchenältesten Arendsee, der die Resolution eingebracht hatte, Hossenfelder aber wollte er zunächst halten. Verzweifelt versuchte die Reichskirchenregierung der wachsenden Unruhe im Land Herr zu werden. Das Propagandaministerium verbot am 27./28.11. jegliche Berichterstattung in der Presse. Müller hoffte auf Unterstützung von Hitler, der aber in keiner Weise eingreifen wollte, nachdem ihn Reichsinnenminister Frick davon überzeugt hatte, daß der Staat gegenüber den kirchlichen Auseinandersetzungen strikte Neutralität wahren müsse. So kam es zum Rücktritt des «Geistlichen Ministeriums». Ludwig Müller suchte neue Freunde in dieser schwierigen Situation in Dr. Oberheid, dem rheinischen Bischof, der engster Berater wurde; hinter ihm stand wiederum Dr. August Jäger, der nach seiner Niederlage eine neue Chance sah.²⁹

Im Dezember 1933 kam es zu einem neuen Eklat, als Reichsbischof Müller am 18.12. die gesamten evangelischen Jugendverbände mit ca. 700 000 Mitgliedern zur Eingliederung in die Hitlerjugend an Baldur von Schirach übergab.³⁰ Das löste einen neuen Sturm des Entsetzens aus. Auf seiten der beken-

²⁷ A.a.O., 709.

²⁸ Ebd.

²⁹ A.a.O., 721.

³⁰ Die evangelischen Jugendverbände, deren größte der Reichsverband der Evang. Jungmännerbünde, der Reichsverband der Evangelischen Weiblichen Jugend und der Bund Deutscher Bibelkreise waren, hatten sich zum Evangelischen Jugendwerk Deutschlands zusammengeschlossen unter Führung von D. Erich Stange. Auch der «Brüderische Jugendbund» gehörte dazu. Ebenso wie der Reichswart des Bundes Deutscher Bibelkreise, Pastor Udo Smidt, die unter Achtzehnjährigen aus der Mitgliedschaft entließe, wurde es auch im «Brüderischen Jugendbund» gehandhabt.

nenden Gemeinden und der mit ihnen verbundenen süddeutschen Kirchen war man entschlossen, eine Absetzung von Reichsbischof Müller zu erreichen. Kirchliche Führer suchten erneut Hilfe beim Reichspräsidenten. Für den 25.1.1934 wurde ein Empfang der Kirchenführer bei Hitler angesetzt, von dem man eine entscheidende Wende erhoffte. Doch dagegen waren Dr. Oberheid und Dr. Jäger aktiv geworden; sie suchten Hilfe bei Göring durch Einsatz der Gestapo und des Forschungsamtes. Als es zum Empfang am Nachmittag des 25.1. kam, trat Göring vor und machte die Anwesenden mit dem Text eines abgehörten Telefongesprächs von Martin Niemöller bekannt, der in seiner saloppen Sprache des ehemaligen U-Boot-Kommandanten sehr offen geredet hatte.³¹ Das veränderte die Situation völlig. Die Bischöfe Marahrens, Meiser und Wurm erschrakten so, daß sie – nachdem Hitler erklärt hatte, bei dieser »Hintertreppenpolitik« könne er sich nicht von Müller trennen³² – erneut Müller die Hand zur Zusammenarbeit boten. Die Deutschen Christen jubelten über diesen Triumph und sahen sich als Sieger.

Oberheid und Jäger versuchten mit neuer Energie eine Umgestaltung der Kirche im Sinne einer Gleichschaltung durchzusetzen. Das Ziel war die Schaffung einer einheitlichen Reichskirche. Das sogenannte erweiterte Ermächtigungsgesetz, das am 30.1.34 im Reichstag verabschiedet worden war, hatte praktisch die Selbständigkeit der Länder beseitigt und die Landesregierungen der Reichsregierung unterstellt. Ein Gleiches wurde nun auch in der Kirche versucht. Landesbischof L. Müller übertrug als erster seine Befugnisse auf die Reichskirchenregierung.³³

Dr. Jäger, der inzwischen »Rechtswalter« im Geistlichen Ministerium war, begann in den Ländern der APU mit der Durchsetzung dieser Unterstellung der Landeskirchen. In Westfalen, wo die DC in der Synode nicht die Mehrheit hatten, gab es die ersten Widerstände. Da wurde die Synode durch die Gestapo

³¹ Der Text, der Göring vorlag, lautete: »Niemöller spricht mit Unbekannt und sagt ihm unter anderem, daß Hitler um 12 Uhr zu Hindenburg befohlen ist. Der Reichspräsident empfängt Hitler in seinem Ankleidezimmer. Die letzte Ölung vor der Besprechung! Hindenburg empfängt ihn mit unserem Memorandum in der Hand. Auch über das Innenministerium ist der Weg gut gewesen ... Wenn es schief geht – was ich nicht glaube – haben wir eben einen schlichten Absprung mit der Freikirche ...« Scholder, Band II, Berlin 1985, 59. Th. Wurm erinnert sich an das Gespräch: »Wir haben unsre Minen gut gelegt, auch das Reichsinnenministerium liegt gut, der Reichspräsident wird vorher noch den Reichskanzler empfangen und ihm die letzte Ölung geben ...« Erinnerungen aus meinem Leben, Stuttgart 1953, 94.

³² Scholder, Die Kirchen und das Dritte Reich, Band II, Berlin 1985 = Scholder II, 60.

³³ Scholder II, a.a.O., 88.

aufgelöst. Zwei Tage darauf versammelten sich in der Westfalahalle in Dortmund 20 000 evangelische Christen zum Gemeindetag; Pastor Humburg aus Barmen hielt einen Vortrag unter dem Thema «Wahrheit wider Irrlehre». Es waren nun die Gemeinden, die sich in dieser neuen Phase des Kirchenkampfes versammelten und offen protestierten.³⁴

Angesichts dieser Entwicklung, die ja auch die süddeutschen Kirchen betraf, baten die Bischöfe Meiser und Wurm erneut um ein Gespräch mit Hitler, zu dem es am 13.3.34 kam. Dabei erklärten sie, die Mitverantwortung für diese Reichskirchenregierung nicht weiter tragen zu können. Es wurde eine lautstarke Auseinandersetzung, in der Hitler sie als »Volksverräter« ansah. Zu seinem Beauftragten und Verhandlungsführer bestimmte er Hauptmann a.D. Franz von Pfeffer.³⁵

Es kam nun erneut zu einer Zusammenarbeit zwischen der Bekenntnisfront der «zerstörten» Kirchen und den «intakten» süddeutschen Kirchen. Im Anschluß an einen Gottesdienst von Bischof Wurm im Ulmer Münster wurde am 22.4.34 die Ulmer Erklärung der sich sammelnden Bekennenden Kirche unterzeichnet. Sie bezeichnete sich nicht als Opposition, sondern als die rechtmäßige Kirche.³⁶ Auf dieser Basis wurde dann zur ersten Bekenntnissynode der Deutschen evangelischen Kirche vom 29.–31. Mai 34 nach Barmen eingeladen, auf der die bekannte «Theologische Erklärung» verabschiedet wurde.

Die Erklärung ging davon aus, daß die Voraussetzung der Vereinigung der

³⁴ A.a.O., 100.

³⁵ Th. Wurm, *Erinnerungen*, 96: »Die Unterhaltung vollzog sich beiderseits mit kräftigem Stimmaufwand. Der Ministerialdirektor Buttman im Reichsinnenministerium hatte mir vorher den Rat gegeben: Wenn er schreit, dann schreien Sie auch! Besonders wütend wurde der Reichskanzler, als Landesbischof Meiser erklärte: »Wenn Müller sein Amt nicht niederlegt, so bleibt uns nichts übrig als Seiner Majestät allergetreueste Opposition zu werden.« Hitler brüllte: »Das sind sie nicht, sondern Landesverräter und Volksverräter!« Schließlic habe Hitler gesagt: »Ich will mich als ehrlichen Makler einschalten. Ich bestimme den Herrn von Pfeffer zum Verhandlungsführer.«

³⁶ Nach der Predigt, die Landesbischof Wurm über 1. Petr 2, 11–17 hielt, betrat Bischof Meiser von Bayern die Kanzel, die 5000köpfige Gemeinde erhob sich, dann verlas dieser die Gründungsurkunde, die begann: „Im Namen des Vaters, des Sohnes und des Heiligen Geistes.« In ihrem ersten Satz war das Wesentliche zusammengefaßt: »Wir versammelten Vertreter der württembergischen und bayrischen Landeskirchen, der freien Synoden im Rheinland, in Westfalen und Brandenburg sowie vieler bekennender Gemeinden und Christen in ganz Deutschland erklären als rechtmäßige evangelische Kirche Deutschlands vor dieser Gemeinde und der gesamten Christenheit ...« Scholder II, a.a.O., 114.

Kirchen der Deutschen Evangelischen Kirche, wie sie in der von der Reichsregierung anerkannten Verfassung in den Artikeln I und II enthalten ist, seither aufs schwerste gefährdet worden sei. »Wir bekennen uns angesichts der die Kirche verwüstenden und damit auch die Einheit der DEK sprengenden Irrtümer der deutschen Christen und der gegenwärtigen Reichskirchenregierung zu folgenden evangelischen Wahrheiten«³⁷, worauf die sechs Thesen folgten, die im Kern auf Karl Barth zurückgingen.

In den «zerstörten» Kirchen sollten die Bruderräte künftig die Leitung wahrnehmen, deren Gesamtleitung dem «Reichsbruderrat» oblag, während in den «intakten» Kirchen die legitime Kirchenleitung im Amt war.³⁸

Erst nach der Synode in Barmen wurden von seiten einiger lutherischer Theologen, namentlich den Professoren Elert und Sasse in Erlangen, Einwände gegen das Bekenntnis erhoben,³⁹ das von lutherischen, reformierten und unierten Kirchen ohne Unterschied des Bekenntnisstandes gemeinsam angenommen worden war. Bischof Meiser widersetzte sich aber der Bildung einer dritten Front.⁴⁰

Von seiten des Staates verstärkte sich nach der Barmer Synode der politische Druck auf die Bekennende Kirche; es kam zu Verhaftungen und zur Anklage wegen Vergehen gegen § 3 der Verordnung des Reichspräsidenten zur «Abwehr heimtückischer Angriffe gegen die Regierung der nationalen Erhebung» wegen »unwahrer Behauptungen über die Regierung«⁴¹, wenn von staatlichen Eingriffen in die Kirchenangelegenheiten gesprochen wurde.

Nach Niederschlagung der sogenannten «Röhm-Revolution» am 30.6.34 war am 3.7. das Reichswahlgesetz geändert und der Reichstag von möglichen Röhm-Anhängern gesäubert worden. Jäger nahm dies zum Anlaß, auch in der National-synode 1/5 der Mitglieder auszuwechseln. Die Synode sollte alle inzwischen getroffenen Maßnahmen und erlassenen Gesetze billigen.

Auf dem Parteitag in Nürnberg sprach Hitler am 5.9. offen aus, daß er hinter den Maßnahmen zum Zusammenschluß der Landeskirchen in einer Reichskirche stand: »Wir haben uns bemüht, die Versöhnung der Konfessionen mit dem

³⁷ Theologische Erklärung zur gegenwärtigen Lage der Deutschen Evang. Kirche vom 31. Mai 1934.

³⁸ Die «zerstörten» Kirchen waren die Kirchen der APU und die anderen Landeskirchen, die keine rechtmäßige Kirchenleitung mehr hatten; die «intakten» Kirchen waren die Landeskirchen von Bayern, Württemberg und Hannover.

³⁹ Im «Ansbacher Ratschlag» war am 11.6.34 die Kritik vorgetragen worden.

⁴⁰ Scholder II, a.a.O., 213.

⁴¹ A.a.O., 217.

neuen Staat herbeizuführen. Wir sind entschlossen, ihre rein organisatorische Zersplitterung – soweit es sich um die evangelischen Bekenntnisse handelt – in einer großen Reichskirche zu beenden.«⁴² Und Reichsbischof Müller sagte es in Hannover am 18.9. offen: »Was wir wollen ist eine romfreie deutsche Kirche ... ein Staat, ein Volk, eine Kirche.«⁴³

Nachdem am 11.9. Dr. Meißner von der Präsidialkanzlei – Hindenburg war am 2.8.34 gestorben – im Auftrag des Führers und Reichskanzlers hatte mitteilen lassen, die rechtlichen Einwände gegen die Eingliederungsmaßnahmen seien »nicht begründet«⁴⁴, setzte Jäger sein Vorgehen konsequent fort und versuchte nun auch in Württemberg und Bayern die Eingliederung der Landeskirchen gewaltsam durchzusetzen unter Ausschaltung der legitimen Leitung durch die Bischöfe Meiser und Wurm, die zeitweise in Hausarrest gesetzt wurden. Doch da kam es zu Massenprotesten der kirchlichen Bevölkerung, auch vieler Nationalsozialisten. Hitler griff ein und empfing die Bischöfe Marahrens, Meiser und Wurm erneut am 30.10.34. Er stellte ihnen die Frage, wie sie zur Reichskirche stünden. Darauf erklärten diese, sie seien durchaus bereit, das Verhältnis der Landeskirchen enger zu gestalten als es in der Verfassung vom 11.7.33 vorgesehen sei, aber sie müßten für das Kirchenvolk die Freiheit verlangen, die Männer, zu denen es Vertrauen habe, an die Spitze zu stellen. Hitler meinte darauf, man könne ja das Verhältnis von Staat und Kirche auch anders gestalten als bisher, etwa wie in den USA. Da wandte der Innenminister Frick aber ein, man dürfe die geschichtliche Tradition nicht ignorieren. Die Bischöfe hätten die Rechtslage für sich. Alle Prozesse, die der Reichsbischof gegen die Landeskirchen oder gegen einzelne Geistliche anstrengte, gingen verloren; und das ertrüge die Autorität des Staates nicht. Hitler verlor nun das Interesse an einer positiven Gestaltung der kirchlichen Verhältnisse.⁴⁵

Inzwischen war in der Partei die deutschgläubige Tendenz immer stärker geworden. Alfred Rosenberg, der Verfasser des »Mythos des 20. Jahrhunderts«, war seit 31.1.34 zum Schulungsleiter aller Parteiorganisationen erklärt worden, er sollte »die gesamte geistige und weltanschauliche Schulung und Erziehung der Partei und aller gleichgeschalteten Verbände sowie des Werkes »Kraft durch Freude« überwachen.«⁴⁶

⁴² A.a.O., 288.

⁴³ A.a.O., 320.

⁴⁴ A.a.O., 312.

⁴⁵ Th. Wurm, *Erinnerungen*, 122.

⁴⁶ Scholder II, a.a.O., 134.

Die Europäisch-Festländische Brüder-Unität und die Zusammensetzung der Synode 1935

von
Joachim Knothe

*I. Bestand und Verantwortungsbereich EFBU*¹

Die Provinz zählte 24 *Gemeinden*, davon 19 in Deutschland, 2 in den Niederlanden, 1 in Dänemark und 2 in der Schweiz, mit zusammen 9708 Mitgliedern. Von diesen lebten außerhalb der Ortsgemeinen 3976 (41%).²

Dazu kam die *Diaspora*³, in der eine sehr bedeutsame und ursprüngliche Arbeit der Brüdergemeinde getan wurde. Dabei ist einerseits der Dienst in geschlossenen Gemeinschaften mit eigenem Saal und andererseits der freie Dienst der Evangeliumsverkündigung und Seelsorge dabei auch Weitergabe von Missionsnachrichten zu unterscheiden.

- A. Der *Dienst in Verbindung mit geschlossenen Gemeinschaften* bestand
1. im Warthe-, Netze- und Oderbruch in vier Bezirken (Neudresden, Driesen, Kietz und Landsberg mit 7 hauptamtlichen Mitarbeitern,⁴ von denen einer speziell für die Jugendarbeit mit dem »Brüderischen Jugendbund« tätig war (27 Gruppen).⁵

¹ Das statistische Zahlenmaterial ist dem »Jahrbuch der Brüdergemeinde« Jahrgang 1935/36 entnommen.

² Die Auswärtigen hatten naturgemäß – wie auch heute – einen engeren Kontakt zur Evangelischen Landeskirche und damit auch zum Kirchenkampf.

³ Die große Diaspora-Arbeit unter Esten und Letten (Das Livländische Werk) hatte aus politischen und kirchlich-theologischen Gründen Anfang des 20. Jahrhunderts aufgegeben werden müssen; es blieb aber eine Verbindung, und zwei Brüder waren dort noch tätig in Harju Madise/Estland: Heinrich Bartels und Bruno Hans.

⁴ Es werden 1085 Mitglieder und 2025 Besucher angegeben.

⁵ Der Brüderische Jugendbund, 1910 entstanden, hatte sich fast nur noch in diesem Gebiet erhalten; dort kam es auch zu besonderen Spannungen mit der Hitlerjugend. Vgl. UNITAS FRATRUM, Heft 4, 29ff. Anm. 29.

2. In Polen geschah diese Arbeit unter Deutschsprachigen (seit 1826) in 6 Bezirken (Leonberg, Lodz, Neusulzfeld/Nowosolna, Pabianice, Stanislawow, Groß-Reichenau).⁶
 3. In der Pfalz (seit 1740), in der Umgebung von Herrnhut/Löbau, in der Niederlausitz mit Forst (Sozietät) und in Ostpreußen mit Königsberg (Sozietät).
- B. Der *freie Dienst* wurde von einzelnen Stützpunkten aus getan: Niesky und Umgebung, Oberschlesien (Gnadenfeld), Hannover und Altmark (Hannover), Mitteldeutschland (Ebersdorf, Gnadau, Neudietendorf), Dänemark, wo die Arbeit mit der Missionsvertretung verbunden war (Dänischer Missionsverein, Christiansfeld).

Ein eigenes Gepräge hatte die Diasporaarbeit in der Schweiz und in Schweden: In der *Schweiz* bestanden außer den beiden Gemeinen Montmirail und Peseux die Sozietäten Basel, Bern, Menziken und Zürich mit eigenen Zentren. Von ihnen aus wurden auch die Freunde der Brüdergemeine betreut im Baselbiet, im Bernbiet, im Kanton Aargau und am Zürichsee. Ein weiterer Mitarbeiter betreute Freunde in der französischen Schweiz von Lausanne aus.

In *Schweden* geschah Diasporaarbeit in Stockholm und innerhalb der schwedisch-lutherischen Gemeinde in Mälärhöjden. Außerdem existierte noch die Sozietät in Göteborg, die aber durch einen luth. Pfarrer besetzt war.⁷

Innerhalb des weltweiten *Missionswerkes*, dessen Leitung bis zum Ersten Weltkrieg in Herrnhut lag, war die Verantwortung danach neu verteilt worden⁸, und die Europäisch-Festländische Provinz war für Südafrika Ost und West, für Nyassa und Unyamwesi (heute Tanzania) verantwortlich, darüber hinaus über Zeist für Suriname.

Für den *Dienst in der Heimat* standen ca. 80 Mitarbeiter im Dienst als Missionsvertreter, der teilweise mit der Diasporaarbeit verbunden war. Dieser Dienst wurde seit 1933 in Deutschland zunehmend schwieriger.⁹

⁶ Im polnischen Werk standen damals 5 Brüder im Dienst, ein Posten war zur Zeit unbesetzt. Es werden 1650 Mitglieder, 3500 Freunde und 9–14 000 Besucher genannt.

⁷ In Göteborg hatte es Schwierigkeiten gegeben bei der Besetzung des Pfarrpostens, so geschah die dortige Arbeit außerhalb der Brüdergemeine; erst auf der Synode 1983 wurde die Sozietät Göteborg wieder aufgenommen. In der lutherischen Gemeinde Mälärhöjden wurde Bruder Harald Padel als Pfarrer von der Hjärne-Stiftung der Brüderunität bezahlt und sammelte dort auch Missionsfreunde der Brüdergemeine.

⁸ Die Generalsynode 1931 legte die neue Verteilung der Verantwortung endgültig fest.

⁹ Im Bericht der Herrnhuter Missionsdirektion an die Synode heißt es: »War die Mission in ihrer Arbeit auf der einen Seite durch die Unruhe und Verwirrung des Kirchen-

Das *Böhmisch-mährische Werk*, das von Deutschland aus 1862 begonnen und seit der Generalsynode 1869 als Werk der ganzen Unität dem Missionswerk gleichgestellt worden war, hatte mit den 14 Gemeinden seit der Generalsynode 1931 den Status einer werdenden Provinz der Brüder-Unität. Es stand aber zur Zeit in einer Krise. Nach Verhandlungen von 2 Vertretern der britischen Direktion (Provincial-Board) kam es ab 1.1.1935 zur Trennung des deutschen und tschechischen Zweiges.¹⁰

Das *Erziehungswerk* in den Ortsgemeinen umfaßte damals 20 Knaben- und Mädchenanstalten bzw. Schulen. In den Jahren 1930–34 war die Zahl der Schüler und Schülerinnen um 852 und die der Lehrkräfte um 122 gesunken.¹¹ Dafür verantwortlich waren die schwache Wirtschaftslage der Eltern, Mangel an jungen Lehrkräften (Erschwerung durch staatliche Gesetzgebung) und schärferer Wettbewerb mit anderen Heimschulen.¹²

kampfes gehindert, so sind ... ihr auf der anderen Seite durch die wirtschaftliche Not des eigenen Volkes gewisse Schranken auferlegt worden ..., weil Zeit und Kraft durch das Winterhilfswerk in Anspruch genommen wurden. Besonders einschneidend aber ist das Devisen-Gesetz vom 1. November 1934 ... Einflußreiche Kreise unseres Volkes (sind) von der Deutschen Glaubensbewegung beeinflusst, (die) der Mission als einer Bemühung, anderen Völkern einen »artfremden« Glauben aufzudrängen, gänzlich ablehnend gegenüberstehen« (S. 6). Zudem wird berichtet: »Als der Kampf innerhalb der Kirche immer schärfere Formen annahm, wurde eine Zusammenkunft des Deutschen Evangelischen Missionstages ... nach Tübingen einberufen, die ... »ein Wort der evangelischen Mission zur gegenwärtigen Stunde herausgegeben hat ... Wir haben ... inhaltlich zwar zugestimmt, haben sie aber nicht unterschrieben, weil wir fürchteten, es möchte die Unterzeichnung durch einen Herrnhuter in der Öffentlichkeit als eine Einmischung und ein Parteiergreifen der Brüdergemeinde im kirchenpolitischen Kampf aufgefaßt werden« (S. 5).

¹⁰ Es gab darum zwei Leitungen: der tschechische Zweig stand unter Leitung des Engen Rates, der deutsche Zweig hatte seine eigene Leitung unter dem Vorsitz von Br. Präger. Er hatte sich mit der Gemeinde Bodenbach 1932 der Brüdergemeinde angeschlossen.

¹¹ Im März 1930 zählte das Werk 3018 Schüler und Schülerinnen, davon 481 Gemeinkinder (16%) und 413 Lehrkräfte, davon 252 aus der Brüdergemeinde (61%). Im Mai 1934 waren es nur noch 2266 Schüler und Schülerinnen, davon 442 Gemeinkinder (20%) und 291 Lehrkräfte, davon 205 aus der Brüdergemeinde (70%).

¹² Auf der Synode 1935 wurde über das Erziehungswerk anhand des Berichtes nur kurz gesprochen. Auf die Frage, »wie in Niesky die Verbindung von Hitler-Jugend und brüderischer Erziehung sei«, antwortete der Schulleiter, Bruder W. Goerlitz: »Damit das Leben im Internat nicht entleert wurde, mußten wir den Versuch machen, Hitlerjugend und Internat zusammenzuschließen. Das brachte Schwierigkeiten mit sich, aber die

Die Diakonissenanstalt *Emmaus*¹³ (seit 1883 in Niesky) hatte 1934 165 Schwestern und 155 Diakonissen, dazu 10 Probeschwestern. Neben dem Krankenhaus in Niesky und 3 Kinderheimen (Ebersdorf und Gnadenfeld) sowie einem Erholungsheim wurde in vielen Gemeinden auf Außenstationen (81) in Deutschland, Dänemark und den Niederlanden Dienst getan, dazu auch unter den Aussätzigen in Jerusalem.

II. Die Zusammensetzung der Synode 1935

Die Synode hatte 43 stimmberechtigte Mitglieder:

Amtlich gehörten ihr die 4 Mitglieder der Direktion an (D. Theodor Marx, Vorsitzender, Otto Uttendörfer, stellv. Vorsitzender, D. Samuel Baudert, Johannes Vogt) und 1 Vertreter des Theologischen Seminars (Direktor Ernst Weber).

Gewählte Mitglieder waren 29 Synodale für die 24 *Gemeinen*, davon 19 in Deutschland, 2 in den Niederlanden, 1 in Dänemark und 2 in der Schweiz.

6 Synodale waren durch die *Arbeitsgruppen* gewählt; 3 durch die Arbeitsgruppe der Prediger und Brüderpfleger (Erwin Förster, Lic. Karl Müller und D. Gerhard Reichel), 1 für das Erziehungswerk (Dr. Woldemar Görlitz) und 2 durch die Diasporaarbeiter und Missionsvertreter (Wilhelm Hartmann, Driesen, und Konrad Krüger, Basel).

Dazu kamen 3 stimmberechtigte Mitglieder *durch Berufung*: 2 aus den Missionsgebieten und 1 für die auswärtigen Mitglieder der Brüdergemeinde (Missionar Ferdinand Jansa und Peter M. Legêne und Theodor Tietzen, Stuttgart).

Mitglieder ohne Stimmrecht waren die Mitglieder der Finanzdirektion (Kurt Marx und Walter von Wietersbach), als Vertreter des Rechnungsausschusses Rudolf Wurr.

Außerdem vier *Gäste*: Fritz Fiedler als Vertreter des Diasporagebietes im

Jugend ist charakterlich mobilisiert, sie hat ein aktives Gewissen und sie steht nicht mehr in Gegnerschaft gegen die Lehrer, wie früher. Jeder Junge gilt so viel, wie er leistet. Die Erziehung zum Heiland ist schwierig. Der innere Schwerpunkt der Jugend liegt im vaterländischen Gedanken. Aber der frühere Stumpsinn Dingen gegenüber, die über das Alltägliche hinausgehen, ist verschwunden. Die Jungen besuchen auf Befehl und gemeinsam jeden 2. Sonntag die Predigt“ (Protokoll der 12. Sitzung).

¹³ Die Diakonissenanstalt Emmaus hat sich 1934 der »Arbeitsgemeinschaft der missionarischen und diakonischen Verbände und Werke der Deutschen Evang. Kirche« angeschlossen. Im DUD-Gesamtbericht an die Synode 1935 heißt es: »In dieser Arbeitsgemeinschaft haben sich ... die zusammengeschlossen, denen es vor allem um den Dienst der Kirche und zwar an allen geht.«

Warthe- und Netzebruch, Emanuel Schiewe als Vertreter des polnischen Diasporawerkes, Theophil Zimmermann als Vertreter des schweizerischen Diasporagebietes und Alfred Präger für das Böhmisches-mährische Werk.

Von diesen 50 Synodalen waren 30 Theologen, Missionare und Lehrer mit theologischer Ausbildung. Interessant ist die altersmäßige Zusammensetzung der Synode: Von den 47 der 50 Synodalen, deren Alter bekannt ist, waren 32 Synodale 50 Jahre und älter (davon 14 sogar 60 Jahre und älter); 7 Synodale 40 Jahre und älter; 8 Synodale 35 Jahre und jünger.

Als *Hilfskräfte* wirkten mit: Samuel Raillard als Schriftwart, Dietrich Brauer, Hanna Merian, Helmut Scheuber, Josua Wagner als Protokollanten, Dr. Waldemar Reichel als Berichterstatter an die Gemeinden.

Es war keine rein deutsche Synode, 8 Teilnehmer waren Ausländer bzw. vertraten nichtdeutsche Gebiete.¹⁴

III. Das Aufgabenprogramm

Die von der Synode zu bewältigende Arbeit war recht umfangreich.

Zur Vorbereitung waren den Synodalen folgende Synodalpapiere zugegangen:

1. Der Gesamtbericht der DUD an die Synode 1935
2. Der Bericht der Herrnhuter Missions-Direktion (HMD) an die Synode 1935
3. Der Bericht der DUD zur kirchlichen Rechnung der DBU mit Gehaltsordnung von 1934
4. Statistik des Erziehungswerkes ohne Zeist 1932 bis 1934
5. Wort der DUD an die Gemeinen vom November 1934¹⁵
6. Entwurf der Neubearbeitung von Teil II der Kirchenordnung
7. 14 Anträge, die sich mehrheitlich auf die Kirchenordnung beziehen
8. Vorschlag zur Beratungsordnung; diese enthielt folgende Punkte:
 1. Prüfung der Wahlausweise
 2. Wahl des Synodalvorstandes
 3. Geschäftliches a) Geschäftsordnung b) Berichterstattung
 4. Beschlußfassung über die Beratungsordnung
 5. Kirchenordnung
 6. Bericht der DUD
 7. Die Aufgabe der Brüdergemeinde in der Gegenwart

¹⁴ Vgl. dazu »grundsätzliche Fragen zur Verfassung« in: Vorgeschichte der Synode (S. 41ff).

¹⁵ Wortlaut siehe Anlage 1.

8. Bericht des Rechnungsausschusses, Bericht des Finanzausschusses der Herrnhuter Mission
 9. Die kirchliche Rechnung
 10. Mission
9. Das Papier »Die Aufgabe der Brüdergemeine in der Gegenwart« hatte seine besondere Bedeutung. Dazu hatte Bruder Friedrich Gaertner den Synodalen einen Brief vom 24.1.35 zugesandt.¹⁶ Ein »Vorschlag für eine Erklärung der Synode« von Br. S. Baudert wurde in der 12. Sitzung,¹⁷ ein Ergänzungsvorschlag dazu von Br. Høy in der 14. Sitzung übergeben, desgleichen ein Vorschlag für ein Wort der Synode von 12 Laienbrüdern.

¹⁶ Wortlaut gekürzt siehe Vorgeschichte S. 53.

¹⁷ Wortlaut siehe Anlage 2.

Vorgeschichte der Synode 1935

von
Hellmut Reichel

1935 fand die erste Synode der Europäisch-Festländischen Provinz der Brüderunität seit der politischen Wende im Januar 1933 statt.

Die Machtübernahme durch die Nationalsozialisten in Verbindung mit den Deutsch-Nationalen war in den deutschen Brüdergemeinen im allgemeinen positiv aufgenommen worden. Die nationale Gesinnung war auch hier wie in den evangelischen Kirchen stark vorherrschend, und man hatte sich mit der Weimarer Verfassung nicht recht abfinden können. Als am 21. März 1933 in Potsdam der »Tag der nationalen Erhebung« mit dem bewußten Anschluß an die preußisch-deutsche Geschichte inszeniert wurde, fand er auch in den Gemeinden begeistertes Echo. Dabei war man gerade auch für die soziale Komponente des nationalsozialistischen Programms von der eigenen Geschichte her offen.

Hitlers »Mein Kampf« war in den Brüdergemeinen kaum bekannt. Man lebte in der Brüdergemeinde – vor allem in den Ortsgemeinen – weithin unpolitisch; und die Abgeschlossenheit der Ortsgemeinen, die zu einer Isolierung führte, wurde damals verschiedentlich kritisiert.¹

Liest man die Jahresberichte der Gemeinden von 1933, so ist man überrascht, in welch dankbarem Staunen auf die politische Veränderung zurückgeblickt wird.²

¹ So namentlich in den Rundbriefen jüngerer Gemeinendiener.

² Im Nieskyer Jahresbericht etwa heißt es: »Gott hat uns einen Führer gegeben, der los von sich selbst, aber gebunden an sein Gewissen und Gottes Leitung, durchdrungen von dem Bewußtsein einer fast noch nie dagewesenen Verantwortung und getragen von einem ganz beispiellosen und grenzenlosen Vertrauen der Millionen seiner Volksgenossen, unser deutsches Volk zu einer Einheit zusammengeschlossen hat, wie sie in der deutschen Geschichte nur sehr selten dagewesen ist.«

Im Jahresbericht der Direktion heißt es nüchterner: »Für ... die im Deutschen Reich gelegenen Gemeinden und Werke bedeutet das Jahr 1933 einen entscheidenden Wendepunkt auf lange Zeit hinaus. Seit der Übernahme der Regierung durch Reichskanzler Adolf Hitler am 30. Januar ist das gesamte Leben des deutschen Volkes maßgebend

Im praktischen Leben der Gemeinden und auch der Leitung der Brüdergemeine standen allerdings die wirtschaftlichen Probleme im Vordergrund und waren bedrückend. Auf der Generalsynode 1931 in Herrnhut, die zum ersten Mal 13 Jahre nach Ende des Weltkrieges stattfand, war es ein recht düsterer Bericht, den die festländische Direktion im Gegensatz zu den anderen Provinzen, namentlich den amerikanischen, geben mußte.³ Erst nach der Inflationszeit war ganz deutlich, daß die wirtschaftliche Basis der deutschen Brüdergemeine vernichtet war. Die Zeit, in der die Gemeinde und ihre Werke aus den Erträgen des Vermögens erhalten werden konnte, ohne danach zu fragen, inwieweit sich die einzelnen Zweige der Arbeit selbst erhalten konnten, war endgültig vorbei. Tiefe Einschnitte waren erforderlich. Die Zahl der Gemeindener mußte verringert und die Gehälter mußten gekürzt werden. Die Mittel für die Gehälter von fünf kleinen Gemeinden konnten nicht mehr aufgebracht werden.⁴ Drei Knabenanstalten mußten geschlossen werden.⁵ Es galt mit aller Anstrengung darauf hinzuarbeiten, in den Gemeinden und Schulen das Ziel der »Selbsterhaltung« zu erreichen.⁶ Darüber hinaus blieb aber die Riesenlast der Ruhegehälter, für die es bisher keine Absicherung außer dem Vermögen gab.⁷ So wurde erst Ende der zwanziger Jahre mit der Angestelltenversicherung verhandelt, um dort die Mit-

umgestaltet worden ... Die Gefahr, daß der Kommunismus und Bolschewismus Deutschland und damit die Länder des Westens erobern werde, ist für jetzt gebannt ... Wir haben hier nicht über das politische Geschehen und damit zusammenhängende Vorgänge zu berichten und zu urteilen. Solche Urteile sind immer von der bestimmten Lage des Beurteilers abhängig. Dagegen wollen wir die Aufgabe, die besonders einer übervölkischen Gemeinschaft Christi übertragen ist, mit Ernst auf uns nehmen, zur Verständigung und gegenseitigen Anerkennung beizutragen und über die vorhandenen, vielleicht nicht zu überwindenden Gegensätze hinweg die Brüdergemeinschaft aufrechtzuerhalten und zu stärken, die die Jünger Jesu unter allen Völkern und Sprachen und Rassen verbindet.«

³ Bericht von der Generalsynode im »Herrnhut« Nr. 34 vom 12.6.1931.

⁴ Die Gemeinde Guben wurde 1920 aufgehoben; Hausdorf wurde von einem Ruheständler besetzt, dann von Gnadenfrei aus bedient; in Breslau und Hamburg waren die Gemein Helfer zugleich im landeskirchlichen Dienst, ähnlich war es in Haarlem.

⁵ Die Knabenanstalten in Neuwied, Prangins und Gnadenfrei wurden aufgehoben.

⁶ Bericht der DUD zur kirchlichen Rechnung an die Synode 1935, S. 1-4.

⁷ Die Gesamtzahl der im Dienst der Europ.-Festl. Provinz stehenden Mitarbeiter, die 1934 als Gehalts- und Ruhegehaltsempfänger versorgt werden mußten, betrug 770. Davon standen im aktiven Dienst in Schulen, Diakonie, Diaspora und Gemeinden 450. Weitere 200 waren Ruheständler aus dem Unitätsdienst und 120 aus dem Missionsdienst.

arbeiter nachträglich abzusichern. Dafür war aber ein zusätzlicher Betrag von RM 290 000,- erforderlich.⁸

Die letzte Provinzialsynode, die im Januar 1932 stattgefunden hatte, stand vor großen wirtschaftlichen Schwierigkeiten. So wurde die Synode um nahezu ein Drittel verkleinert. Statt 56 stimmberechtigten und 14 nichtstimmberechtigten Mitgliedern sollten es künftig nur noch 43 stimmberechtigte und 6 nichtstimmberechtigte Synodale sein.⁹ Seit 1930 bestand die Deutsche Unitätsdirektion (DUD) nur noch aus vier Mitgliedern; auch das Dozentenkollegium des Theologischen Seminars war von fünf auf vier Dozenten verringert worden.¹⁰ Nachdem die Gehälter schon im Oktober 1931 um 10% gekürzt worden waren, mußte im April 1932 noch einmal die Zahlung herabgesetzt werden.¹¹ Und im März 1933 mußte die Direktion nochmals zu einer freiwilligen Abgabe aufrufen, um die Notlage der »Missionsanstalt« abzuwenden.¹²

Die Synodalperiode 1928–1934 ging im Frühjahr 1934 zu Ende. Neuwahlen für die Synode hatte DUD »mit Rücksicht auf den unentschiedenen Kirchenstreit« zunächst verschoben.¹³ Erst, als kein Ende desselben abzusehen war, wurden sie im Sommer 1934 durchgeführt. Seit 1924 hatte sich die Brüdergemeinde wegen ihrer vielfältigen Verbindung mit den Landeskirchen an den »Evangelischen Kirchenbund« angeschlossen und hatte an den Kirchentagen in Bethel (1924), Königsberg (1927) und Nürnberg (1930) durch einen Vertreter ohne Stimmrecht teilgenommen. Als es 1933 zur Gründung der »Deutschen Evangelischen Kirche« (DEK) kam, wurde die Brüdergemeinde aufgrund ihrer Verfassung nun in derselben Weise an die DEK angeschlossen, wurde auch zu den Nationalsynoden am 27.9.1933 in Wittenberg und am 9.8.1934 in Berlin eingeladen; und Bruder Th. Marx hatte als ihr Vertreter daran teilgenommen. So war die Frage, inwieweit die Brüdergemeinde dadurch in den Kirchenkampf hineingezogen würde.

⁸ Bericht der DUD zur kirchlichen Rechnung an die Synode 1935, 7.

⁹ Bericht der DUD an die Synode – Gesamtbericht, 4.

¹⁰ Bericht der DUD zur kirchlichen Rechnung, 9.

¹¹ Die Gehälter der Theologen wurden 1932 auf 228,- RM, der Diasporaarbeiter auf 186,- RM herabgesetzt. Dazu kamen die Kindergelder. Bericht zur kirchl. Rechnung, 10.

¹² Ebda. 10. Bei den Ruhegehaltsempfängern der »Missionsanstalt« handelte es sich um Brüder und Schwestern, die schon vor dem Weltkrieg im Dienst der Mission gestanden hatten. Diese Last war auf die vier Unitätsprovinzen verteilt worden; durch die Abwertung des Dollars und des brit. Pfunds war ein großes Defizit entstanden. HMD-Bericht an die Synode 1935, 12f.

¹³ Bericht der DUD an die Gemeinden vom Jahr 1934, 4.

Die Direktion in Herrnhut wollte sich »aus inneren und äußeren Gründen« an den Grundsatz strikter Neutralität halten. »Weder mit der Reichskirchenregierung und dem Reichsbischof noch mit der Leitung der Bekenntniskirche, der ›Vorläufigen Kirchenleitung‹, sind von seiten der DUD irgendwelche Verhandlungen geführt worden.«¹⁴ Am 20. Oktober 1933 hatte die Direktion durch die Brüder Th. Marx und O. Uttendörfer in Berlin beim Reichsinnenministerium die Versicherung erhalten, daß »die Rechte der Brüder-Unität in Deutschland, überhaupt die Rechte der Freikirchen« nicht angetastet würden. Auf die Frage, ob die Verfassung »in einigen Punkten den Wünschen des neuen Staates entsprechend umzuformen« sei, wurde ihnen gesagt, die Brüdergemeinde »solle ihre Verfassung nur aus ihrem eigenen Wesen und ihren eigenen Bedürfnissen heraus gestalten«.¹⁵ Offenbar war es zu dieser Verhandlung gekommen, weil es eine kurze Zeit schien, »als ob durch das Hervortreten der ›Deutschen Christen‹ unsere Selbständigkeit in Frage gestellt wäre«¹⁶.

Pfarrer Jakubski, Berlin, hatte sich nämlich im September 1933 als ›Sachbearbeiter für die Gemeinschaftskreise‹ in der Reichsleitung der ›Deutschen Christen‹ »zur Vermittlung für die Einordnung der Brüdergemeinde in die Deutsche Evangelische Kirche« an die Direktion gewandt. Er stand mit Bruder Gerhard Veil in Gnadensfrei in Verbindung, wo versucht wurde, eine Ortsgruppe der ›Deutschen Christen‹ zu gründen.¹⁷ So sah sich die Direktion veranlaßt zu einer grundsätzlichen Äußerung im Wochenblatt ›Herrnhut‹ Nr. 39 vom 28.9.1933 unter der Überschrift »Deutsche Brüdergemeinde«: »Es ist uns bekannt geworden, daß von Gnadensfrei aus die Bildung von Ortsgruppen ›Deutscher Christen‹ in unseren Brüdergemeinen in die Wege geleitet wird, und zwar soll das unter dem Namen geschehen ›Deutsche Brüdergemeinde‹. Als gewählte Leitung unserer Gesamtgemeinde bitten wir hierdurch unsere Geschwister, von der Bildung solcher Ortsgruppen in unseren Gemeinen abzusehen. Daß in anderen Verhältnissen derartige Gründungen notwendig und sehr zu begrüßen sind, soll damit nicht geleugnet werden. Mit dieser Bitte nehmen wir *nicht* Stellung zu der Bewegung der Deutschen Christen als solcher, aber kirchliche Parteibildung auf unserem Boden widerspricht dem Wesen unserer Brüdergemeinde.« Eine solche

¹⁴ Gesamtbericht der DUD an die Synode 1935, 21.

¹⁵ Schreiben der DUD an die Prediger etc. vom 27.10.33.

¹⁶ Jahresbericht der DUD 1933, 3 in Mitteilungen aus der Brüdergemeinde 1934.

¹⁷ DUD-Protokoll der Sitzung vom 19.9.1933, Abs. 1 in Klaus Biedermann, Die deutschen Brüdergemeinen zu Beginn der nationalsozialistischen Herrschaft 1933–35, Examensarbeit, 8. Vgl. dazu auch Briefwechsel von H.S. Reichel mit S. Baudert vom 18.9.1933 und mit Th. Marx vom 26.9.1933. UA Herrnhut.

Bezeichnung sei auch formal unmöglich, da »die ganze Brüdergemeine auf dem Kontinent verfassungsmäßig den Namen ›Deutsche Brüder-Unität‹ trägt ... Außerdem bitten wir auch unsere Geschwister zu bedenken, daß sie einer Freikirche angehören. Als solche stehen wir außerhalb der kirchlichen Kämpfe, die in der Landeskirche sich abspielen. Wir haben unserer Meinung nach weder das formale noch das innere Recht, uns mit organisierten Gruppen Deutscher Christen in diese Kämpfe einzumischen ... Dabei verkennen wir durchaus nicht, daß die Glaubensbewegung der Deutschen Christen auch unserer Brüdergemeine viel zu sagen hat.«¹⁸

Schließlich heißt es: »Mit aller Deutlichkeit möchten wir die innere Haltung unserer Deutschen Brüdergemeine zum neuen Staat und zur Deutschen Evangelischen Kirche so kennzeichnen: Wir wollen *deutsche* Brüder sein, wie es im Verband unserer Unität bewußt englische, amerikanische, holländische, Schweizer und Brüder anderer nationaler Art und Gesinnung gibt. Als solche *deutsche* Brüder wollen wir uns mit Freude und Dank gerade heute dessen bewußt werden, was Gott unserem Volk an Gaben und Kräften gegeben hat. Als deutsche Brüder wollen wir uns mit ganzer Entschlossenheit auf den Boden des neuen Reiches unter Adolf Hitlers Führung stellen. Und wir wollen uns nicht nur von diesem Boden tragen lassen, sondern bei den neuen Aufgaben freudig mitarbeiten. Darum freuen wir uns auch, wenn recht viele Brüder und Schwestern in der nationalsozialistischen Bewegung im Geist unserer Gemeine mitzuarbeiten und zu dienen suchen ... Wir wollen aber auch in vollem Sinne deutsche *Brüder* sein. Das meint solche, die sich im Innersten ihres gekreuzigten und auferstandenen Heilands verbunden wissen. – Als deutsche *Brüder* wollen wir in dieser neuen Zeit bekennen und handeln, in Herz und Gewissen und darum entscheidend gebunden durch den Heiland und seinen klaren Willen in seinem Wort.«

Zum Schluß wird auf das Ältestenfest hingewiesen: »Auf ihn, unseren Herrn und Ältesten, wollen wir unverwandt das Auge richten und ihm vertrauen, daß Er, der unser Kirchlein schuf, es auch durch diese Zeit der Umwälzung hindurchführen kann. Möchte er unsere deutsche Brüdergemeine durch Gericht und Gnade brauchbarer machen für seinen Dienst an unserem Volk und Vaterland.«¹⁹

In einem entsprechenden Schreiben hatte sich die Direktion auch an die Pfarrer der Gemeinden gewandt und um Nachricht gebeten, inwieweit es zu solchen Gründungen von Ortsgruppen gekommen sei, was aber nicht der Fall war. Vereinzelt sind wohl Mitglieder der Brüdergemeine – vor allem in den Städten –

¹⁸ ›Herrnhut‹ Nr. 39 vom 29.9.1933, 292f.

¹⁹ Ebda.

Mitglieder der DC geworden. In den Ortsgemeinen waren sie wohl vielfach gar nicht mit ihnen in Berührung gekommen. Auch waren die kirchlichen Auseinandersetzungen weithin inhaltlich nicht näher wahrgenommen worden.

Anders war dies nur dort, wo die Gemeinen unmittelbar betroffen waren. Dies galt zum Beispiel von den Stadtgemeinen wie auch von den Diasporage-meinschaften, wo sie je nach der Einstellung des landeskirchlichen Pfarrers damit konfrontiert wurden.²⁰ Auch in Neuwied kam es schon im Sommer 1933 zur Auseinandersetzung mit den Deutschen Christen. Gerhard Reichel berichtet in einem Brief an Bruder Theo Marx vom 27.9.1933, wie er sich »in einer großen Werbeversammlung der DC das Wort geradezu erkämpft habe zu der Frage – es waren nur Fragen zugelassen –, ob sie bei dem Kampf gegen moderne Irrlehren, den sie forderten, auch den Kampf gegen die Irrlehren aufnehmen wollten, die augenblicklich akut wären, wie z.B. die in dem Wahlaufuf des Kirchenkommissars Jäger, der unmittelbar neben ihren Richtlinien in unserer Zeitung abgedruckt war, ausgesprochene: »Die Erscheinung des Welterlösers sei das erste Aufflammen des nordischen Geistes inmitten all der Welt der Zersetzung.« Dabei ging es mir einfach um das öffentliche Zeugnis von Jesus Christus, dem von einem jüdischen Weibe in jüdischem Land geborenen Sohn Gottes. Der Leiter der Versammlung, Pfr. Loerzer, gab schließlich offen zu, daß sie diese Wendung Jägers preisgeben müßten.« Gerhard Reichel fügt dann hinzu: »An einem Punkt Eures Schreibens kann ich nicht ganz mit, und in dieser Richtung liegt meines Erachtens auch dieses mein Vorgehen, das mir wirklich innerste Pflicht war. So wenig wir uns in die inneren Angelegenheiten der Landeskirche, speziell in die Kirchenpolitik zu mischen haben, so deutlich scheint mir auf der anderen Seite die Verpflichtung, an dem Kampf der Geister in unseren Tagen, soweit der Herr sie uns auferlegt, teilzunehmen. Denn nicht die Erhaltung unseres Lebens ist unsere Sache, sondern das Eintreten für die Wahrheit. Wir sind es auch unserer evang. Kirche, scheint mir, schuldig, daß wir auch unsererseits gegen Gefahren kämpfen, die in ihrer Mitte auftreten, ohne danach zu fragen, ob dies und das unseren Kirchenkörper gefährden kann.«²¹

In Breslau, wo Bruder Friedrich Gärtner als Gemeinhelfer zugleich Pfarrer

²⁰ Im Jahresbericht der DUD an die Gemeinen vom Jahr 1934 heißt es S. 11: »Die Mitglieder unsrer Gemeinschaften wie die leitenden Brüder wurden von den [kirchenpolitischen] Parteien für sich in Anspruch genommen, und es wurde ihnen oft schwer gemacht, die uns vom Herrn gewiesene Linie der einfachen Evangeliumsverkündigung ohne kirchenpolitische Stellungnahme einzuhalten; man erklärte solche Zurückhaltung für Schwäche oder gar Feigheit.«

²¹ Brief von Gerh. Reichel an Th. Marx vom 27.9.1933 UA Hht C IIIA.b.

der Stadtmission war und insofern auch im Dienst der Schlesischen Landeskirche stand, war es auch inzwischen zu deutlicher Stellungnahme gekommen. Er gab auch seit 1933 die Rundbriefe der Arbeitsgemeinschaft jüngerer Gemeindendiener heraus.

Aus den Besprechungen jüngerer Gemeindendiener vom 9.–11.10.1933 in Herrnhut gingen acht Thesen für »Die Verkündigung der Brüdergemeine in der Gegenwart« hervor, die von den Brüdern Fr. Gaertner, W. Kessler und H. Renkewitz verfaßt wurden und dann im »Herrnhut« Nr. 43, vom 27.10.1933 erschienen. Sie trugen schließlich 23 Unterschriften von Gemeindeniern.

Daraus zitieren wir einige Hauptgedanken:

1. Wir sagen »nein zu jedem Versuch in unserem Volk, in der Kirche und in unserer Gemeine sich *selbstsüchtig abzusondern* ... Die Schuld unserer Absonderung von Gott und dem Nächsten ist am Kreuz Jesu Christi gerichtet, gesühnt und vergeben.«
2. Wir »bekennen, daß es in der *Heiligen Schrift Alten und Neuen Testamentes* entscheidend weder um die Religion des Volkes noch um eine Weltreligion, sondern um Gottes Geschichte und Gottes Wort in seiner Offenbarung geht.«
3. »Wir bekennen mit Zinzendorf den Vers »Gott will den Menschen nicht gnädig sein als nur in Jesu, dem Lamm allein, das für unsere Sünden am Kreuz gehangen und für die Sünder hat Gnad empfangen zur Seligkeit«. Auch unser deutsches Volk (wir selbst mit eingeschlossen), das sich heute durch Gottes unverdiente Gnade im politischen Aufbruch befindet, bedarf dieser Verkündigung, weil eine Erneuerung im Glauben nur aus dieser Botschaft hervorgehen kann.«
4. »Als Gemeindeniener ... bekennen wir uns auch heute zu der auf Grund der Botschaft von der freien Gnade uns geschenkten *Gemeinschaft unter allen Rassen und in allen Erdteilen*.«
5. »Wir betonen ... den *sozialen und missionarischen Charakter* unserer Werke und unserer wirtschaftlichen Unternehmungen.«
6. »... wissen wir, daß die Ausbreitung des Evangeliums niemals Propaganda für die Ausbreitung der besonderen Form unserer kirchlichen Organisation werden darf.«
7. »... bekennen wir im Glauben, daß unsere Gemeine unter der Führung unseres auferstandenen und erhöhten Herrn steht. Diese *Führerschaft Jesu Christi* ist uns in der Gegenwart eine *lebendige Wirklichkeit*.«
8. »Unsere Gemeinen sollen lebendige Träger brüderischer Verkündigung sein.«²²

²² Im »Herrnhut« 1933, Nr. 43–45 ist auch das Referat von Br. Fr. Gaertner abgedruckt, das er auf der Tagung der jüngeren Gemeindeniener gehalten hat.

Im Jahresbericht der Direktion von 1933 heißt es im Blick auf diese 8 Thesen: »Das Zeugnis hat dankbare und freudige Zustimmung gefunden, wie besonders eine Erklärung zeigt, die die Diasporaarbeiter im Warthe- und Netzebruch in der Nummer 48 des ›Herrnhut‹ dazu veröffentlicht haben. Wer von uns Älteren sich mit bedrücktem Herzen an die theologischen Streitigkeiten früherer Zeit erinnert, der kann nur Gott danken, daß er uns wieder solche Gemeinschaft des Glaubens und Gebetes schenkt.«²³

Eine neue Qualität bekam der Kirchenkampf, als auf der Sportpalastkundgebung der DC am 13.11.1933 deutlich geworden war, in welcher Richtung viele die Kirche verändern wollten.

In diesem Zusammenhang kam es in der Brüdergemeinde im Mai 1934 zu einem brüderischen Gemeintag vom 5.–7. Mai in Gnadau unter dem Thema »Wir wollen Gemeinde sein«.

Er war durch die Initiative dreier Brüder in Breslau zustande gekommen: Zwei von ihnen, Walter Hafa²⁴ und Alfred Schröter²⁵, standen inzwischen im Dienst der Landeskirche; sie hatten sich mit Bruder Fr. Gaertner verbunden. Es beunruhigte sie, daß die Brüdergemeinde so stumm blieb in den schweren kirchlichen Auseinandersetzungen, berichtete Bruder Hafa auf dem Gemeintag: »Was ist das? Warum bleibt die Brüdergemeinde so still? Sieht sie diese Glaubenskämpfe nur als Parteikämpfe innerhalb der Nachbarkirche an? Merkt sie nicht, daß da um die Zukunft der Kirche, die Zukunft des Landes der Reformation, ja um unser Vätererbe gerungen wird? ... Ist vielleicht doch unser Schweigen Schwäche, Versäumnis und Schuld? ... Darüber stieg uns die Angst zum Herzen. Es singt sich ganz schön: ›Herrnhut soll nicht länger stehen, als die Werke seiner Hand ungehindert darin gehen ...‹ Aber wenn die Worte einmal Leben gewinnen? Tragen wir dann nicht alle, die wir mit unserem Herzblut dieser Brüdergemeinde angehören, schwer daran, daß einmal der Herr der Brüdergemeinde sagen könnte: ›Ich brauche euch nicht mehr! Die Axt ist schon an die Wurzel gelegt.‹ ... So durften wir nicht länger schweigen.«²⁶ Darum luden sie zu einem Gemeintag nach Gnadau ein und orientierten darüber auch die

²³ Jahresbericht in: Mitteilungen aus der Brüdergemeinde 1934, Heft 1,3. Bei den »Streitigkeiten früherer Zeit« ist wohl an die Auseinandersetzungen auf den Synoden 1919, 1908/9 und Ende des 19. Jahrhundert gedacht.

²⁴ Walter Hafa (1873–1940) war nach seinem Ausscheiden als Direktor der Gnadauer Anstalten Direktor der Lutherschule in Breslau.

²⁵ Alfred Schröter (1883–1966) war bis 1931 Gemeinhelfer in Breslau, danach ganz im landeskirchlichen Dienst.

²⁶ Bericht vom Gemeintag in Gnadau 1934 in: Mitteilungen aus d. Brüderg. 1934, 74ff.

Direktion in Herrnhut. Im Aufruf dazu hieß es: »Das gegenwärtige Geschehen in Staat und Kirche in Deutschland fordert von der jetzt lebenden Gemeingeneration die Wiedergewinnung einer klaren biblischen Glaubenserkenntnis und die Neugestaltung brüderischen Gemeinlebens.«²⁷

»Es geht uns nicht um Auseinandersetzung mit allen möglichen Strömungen der Zeit, sondern um eine radikale Wendung nach innen ... Darum wollen wir miteinander nach dem rechten Grund der Gemeinde fragen ... Und dann wollen wir, wenn Gott Gnade und Erkenntnis gibt, diesen erkannten Grund der Gemeinde miteinander ... bekennen so laut und so richtig und so tapfer wie möglich.«²⁸ So formulierte Br. Gaertner das Anliegen des Gemeintages in seinem Referat in Gnadau. Neben den Brüdern A. Schroeter, Rudolf Steinberg, Heinz Renkewitz und Erwin Förster hielt auch Bruder Th. Marx ein Referat unter dem Thema »Christus, Herr und Haupt der Kreuzgemeinde.« Im ersten Teil »Kreuzgemeinde und nur dadurch Brüdergemeinde« wandte er sich gegen »ein falsches Sondergefühl« in der Brüdergemeinde und gegen »falschen Lokalpatriotismus«. Im zweiten Teil »Führungsglaube aber nicht Führerprinzip« betonte er die Bedeutung unserer Synoden. Im dritten Teil »Bestimmung, nicht Wahl« wies er auf die Bedeutung hin, daß wir eine Freikirche geworden sind. »Also stehen wir selbständig neben der Landeskirche. Damit ist uns aber auch eine feste Schranke gezogen für unsere Beteiligung, ich sage nicht Anteilnahme, an den kirchlichen Kämpfen der Gegenwart. Und diese Schranke dürfen wir auch bei unserm Gemeintag nicht überschreiten ... Wir sind aber eine Freikirche eigener Prägung ... Wir sind eine Art Orden innerhalb der großen Kirche, aber unter selbständiger Leitung ... Wer sich Mitglied dieser Brüdergemeinde nennt, ist einfach verpflichtet, bei diesem Dienst nach Kräften mitzuhelfen.«²⁹ Im Jahresbericht der DUD wird dieser Gemeintag »das bedeutsamste Ereignis des Jahres 1934 für unsere Deutsche Brüder-Unität« genannt.³⁰

Inzwischen war aber auch da und dort die Frage an Brüdergemeinen herangetreten, ob wir als Brüdergemeinde unseren Saal der Bekennenden Gemeinde für Versammlungen zur Verfügung stellen können. Dies war namentlich in Neuwied der Fall, wo die Bekennende Gemeinde ihr Heimatrecht in der Kirche verloren hatte und ihre Gottesdienste im Gasthaus abhalten mußte. So trat sie an die Brüdergemeinde heran mit der Bitte, ihre Gottesdienste im Kirchensaal ab-

²⁷ A.a.O., 83.

²⁸ Ebda.

²⁹ A.a.O., 103ff.

³⁰ Jahresbericht der DUD an die Gemeinden 1934 in: Mitteilungen aus d. Brüderg. 1935, Heft 1,2.

halten zu können. Der Ältestenrat gab am 13.9.1934 dazu die Zustimmung.³¹ Und so fand fortan sonntäglich der Gottesdienst der Bekennenden Gemeinde um 8.30 Uhr im Kirchensaal statt, der Gottesdienst der Brüdergemeinde um 10 Uhr. An Festtagen aber wurde gemeinsam Gottesdienst gehalten. Auch in Neusalz und in Küstrin-Kietz, sowie in Döllensradung war es zu solchen Anfragen gekommen.

Auf der Predigerkonferenz, zu der die Direktion für 27.–31.8.1934 nach Berlin »in etwas erweiterter Zusammensetzung«³² eingeladen hatte, wurde »die Stellung der Brüdergemeinde zum Kirchenstreit ... eingehend besprochen«³³. Dabei wurde auch die Frage behandelt, inwieweit einzelne Gemeinden ihren Kirchensaal zur Verkündigung des Evangeliums an andere freigeben sollten; es wurde dabei festgelegt, daß keine Versammlungen, die irgendwie kirchenpolitischen Charakter tragen, darin stattfinden sollten. Für die Gemeinhelfer war diese brüderliche Verständigung so wichtig, daß sie im Anschluß daran die Bitte an die Gemeinden richteten, sie möchten »es ihnen ermöglichen ..., alle Jahre zusammen zu kommen, um sich für ihre verantwortungsvollen Aufgaben in gegenseitigem Austausch zu stärken«³⁴.

Am 7. September 1934 wandte sich die Direktion in einem Schreiben an die im Sommer gewählten Synodalen, um ihre Meinung zu erfahren, ob sie mit einer Verschiebung der eigentlich 1934 fälligen Synodaltagung bis in das neue Jahr einverstanden seien. 25 Synodale erklärten sich dafür, 9 waren für einen baldigen Zusammentritt.³⁵ Als DUD das Ergebnis der Umfrage am 25.9. den Synodalen mitteilte, hatte sich »die Krisis innerhalb der großen Kirche sehr verschärft«, und alles drängte »auf eine Klärung und letzte Entscheidung hin«. Darum könne für die Brüdergemeinde »schon in nächster Zeit die Nötigung entstehen, als Kirche klar Stellung zu nehmen«³⁶. DUD beschloß darum am 25.9.1934, in der nächsten Ausgabe des »Herrnhut« unter den amtlichen Nachrichten mitzuteilen, daß man nach Meinung der Mehrzahl der Synodalen die Synode bis in das nächste Jahr verschieben wolle mit der Erklärung: »Unter diesen Umständen sieht die Direktion davon ab, schon jetzt den Zeitpunkt fest-

³¹ Protokoll des Ältestenrates Neuwied vom 13.9.1934.

³² Jahresbericht der DUD 1934 in: Mitteilungen aus der Brüderg. 1935, Heft 1,5.

³³ A.a.O., 3.

³⁴ »Herrnhut« 1934, Nr. 36 vom 7.9.1934.

³⁵ Schreiben der DUD an die Synodalen vom 25.9.1934 (UA Hht. Synode 1935).

³⁶ Ebda.

zusetzen. Sie muß sich aber vorbehalten, gegebenenfalls die Synode zu einer außerordentlichen Tagung kurzfristig einzuberufen.«³⁷

Im Schreiben der DUD an die Synodalen vom 25.9. heißt es weiter: »Wenn eine außerordentliche Tagung einberufen werden sollte, so hätte sich diese in erster Linie mit der Stellung unserer kleinen Freikirche innerhalb der Auseinandersetzungen in der großen Kirche zu befassen. Ein schriftlicher Bericht der Deutschen Unitäts-Direktion an die Synode verbietet sich heute von selbst. Diese Sache kann nur mündlich im geschlossenen Kreis der Synodalen fruchtbar verhandelt werden.«

Im übrigen wurde darauf hingewiesen, daß es gelte, anhand des Entwurfs der Kirchenordnung vier grundsätzliche Fragenkomplexe der Verfassung der Brüdergemeinde zu überdenken: 1. Warum braucht unsre Gemeinde eine Synode als oberste Instanz? Welche Bedeutung hat brüderliche Aussprache und brüderliches Beschließen auf einer Synode, wie auch im Ältestenrat, im Unterschied zum demokratischen Parlamentarismus?

2. »Welchen Weg weist uns der 13. November für die Gestaltung unsers kirchlichen Lebens in der Gegenwart?« Wo liegen die Grenzen des im Staat anerkannten Führerprinzips in unserem kirchlichen Leben, inwieweit hat es sein Recht?

3. Gilt auch für die Brüdergemeinde, was die Reichskirchenregierung den Gemeinden reformierten Bekenntnisses als Sonderregelung für die Verfassung zugestanden hat, »weil das reformierte Bekenntnis den Grundsatz enthalte, daß Bekenntnis, Glaube und äußere Verfassung der Kirche in einem solchen Zusammenhang stünden, so daß das Bekenntnis bis in die äußere Verfassung hineinreiche«.

4. Welche Folgerungen ergeben sich für unsere Stellung als Kirche zu der neugeformten Deutschen Evangelischen Kirche aus der Tatsache, daß die Europäisch-Festländische Provinz internationalen Charakter hat?

Anfang November 1934 hatte die Direktion noch einmal »eine Aussprache mit einem kleineren Kreis von Brüdern aus Herrnhut und den umliegenden Gemeinden gehalten«³⁸. Nach dem Rücktritt des Dr. Jäger verlangten die Landesbischöfe von Bayern, Hannover und Württemberg wie auch die Arbeitsgemeinschaft der missionarischen Verbände und Werke der DEK und andere Verbände den Rücktritt von Reichsbischof Müller. Der schlesische Bischof Zänker hatte am 2.11.1934 in einem Rundbrief an die schlesischen Pfarrer erklärt, daß er sich von dem Reichskirchenregiment lossagen müsse.³⁹ Immer

³⁷ »Herrnhut« 1934, Nr. 39 vom 28.9.1934.

³⁸ Bericht der DUD an die Gemeinden vom Jahr 1934, 3.

³⁹ Gauger, Chronik der Kirchenwirren Band 2, 380 in K. Biedermann, (wie Anm. 17) 14.

nachdrücklicher wurde von verschiedenen Seiten aus der Brüdergemeine eine Erklärung der Direktion über ihre Stellung verlangt. So verabschiedete diese am 9. November ›Ein Wort an unsere Gemeinen‹, das zunächst an die Gemeinheifer, Diasporaarbeiter, Missionsvertreter und die Leiter und Leiterinnen im Erziehungswerk gesandt, dann aber auch im ›Herrnhut‹ veröffentlicht wurde.⁴⁰ Den Synodalen ging es mit dem Gesamtbericht der DUD an die Synode zu.

Nachdem sich eine ›Arbeitsgemeinschaft der missionarischen und diakonischen Verbände und Werke der Deutschen Evangelischen Kirche‹ unter Leitung von D. Friedrich von Bodelschwingh gebildet hatte, wurde in der Sitzung der DUD darüber verhandelt, ob sich die Brüdergemeine dieser Arbeitsgemeinschaft anschließen solle. »Wenn wir uns durch den Anschluß an die genannte Arbeitsgemeinschaft deutlich von der Reichskirche abgrenzen, so liegt doch zugleich in diesem Schritt ein Ausdruck dafür, daß wir uns nicht der Bekenntniskirche anschließen wollen.« Bruder Kurt Marx äußerte aber seine Bedenken dagegen, weil die Arbeitsgemeinschaft »unter dem Namen Bodelschwingh auftritt, der einen Gegensatz bedeutet«⁴¹. So beschloß DUD den Beitritt »für die Werke unserer Brüdergemeine ... Dabei betonte sie ausdrücklich, daß wir uns in unserem Handeln als Kirche volle Freiheit wahren müßten und daß es uns darum nicht möglich sei, uns an Schritten der Arbeitsgemeinschaft zu beteiligen, die in die Vorgänge und Kämpfe innerhalb der Deutschen Evangelischen Kirche unmittelbar hineinwirkten.«⁴²

Im Dezember 1934 schließlich beschloß die DUD, die Synode zum 30. Januar 1935 einzuberufen.

Es war ein arbeitsreiches Programm, das vor der Synode lag. Von besonderer Wichtigkeit und Bedeutung war die Frage nach der Aufgabe der Brüdergemeine in der Gegenwart.

Im Gesamtbericht der DUD an die Synode heißt es:

»Das Wichtigste für uns in der Leitung wie für die Synode ist dies, eine klare gemeinsame Antwort auf die Frage zu finden: Wohin will unser Herr unsere Gemeine führen? Wozu will er sie in dieser Zeit gebrauchen? Welche Dienste haben wir nach seinem Willen zu tun? Wo haben wir mitzureden und mitzuhandeln und wo haben wir stille zu sein und zu warten?« Nach dem Wort der DUD an die Gemeinen vom November 1934, das dazu helfen sollte, eine gemeinsame innere und äußere Haltung zu wahren, stehe nun die Synode vor der Aufgabe,

⁴⁰ ›Herrnhut‹ 1934, Nr. 48 vom 30.11.1934, vgl. Anhang.

⁴¹ Protokoll der DUD-Sitzung vom 9.11.1934, Abs. 1, in: Biedermann, a.a.O., 13.

⁴² Gesamtbericht der DUD an die Synode 1935, 20. Vgl. Die Europ.-Festl. Brüder-Unität in ihrem Bestand und Verantwortungsbereich, Anm. 13.

»ihrerseits ein gemeinsames Wort zu finden, das klare Wegweisung für die Gemeinde als Ganzes wie für die einzelnen Mitglieder enthält. Unser Herr und Ältester selbst schenke uns dazu die Leitung und Erleuchtung seines heiligen Geistes.«⁴³

Unmittelbar vor der Synode sandte Bruder Friedrich Gaertner am 24.1.1935 ein Schreiben an die Synodalen, in dem er bat, im Blick auf die abzugebende Erklärung einige Punkte zu berücksichtigen: 1. Man habe sich seit 150 Jahren daran gewöhnt, »bei allen kritischen Auseinandersetzungen die Wahrheitsfrage der Einheitsfrage unterzuordnen«. 2. Die Rechtfertigung der Existenz des alten Herrnhut sei der Glaube an die allein am Kreuz Christi vollbrachte Versöhnung gewesen. »Haben wir heute nicht zum Teil unsere Werke so weit von der Glaubensgrundlage gelöst, daß sie uns dazu dienen müssen, unser Existenzrecht vor anderen Gemeinschaften und Kirchen, ja vor Gott zu erweisen?« 3. Die Synode müsse ein klares und eindeutiges Wort sagen, denn es gehe in dem Kirchenkampf nicht um »sich gegenseitig aufhebende irrtümliche menschliche Meinungen, um Einseitigkeiten, die allesamt unter Hinweis auf Christi Kreuz zur Ordnung zu rufen seien, sondern um die Säuberung der Botschaft und der Gestalt der Kirche von allen menschlichen Zusätzen«. So beantrage er: »Die noch vorhandene Beziehung der Brüdergemeine zur Reichskirchenregierung Müller ist abzurechnen. Mit der Vorläufigen Leitung der Deutschen Evangelischen Kirche (Marahrens) ist zu verhandeln wegen Anschlusses der Brüdergemeine im Sinne des früheren Anschlusses der Brüdergemeine an den Deutschen Evangelischen Kirchenbund. Die Synode erklärt ihre Zustimmung zu der Theologischen Erklärung zur gegenwärtigen Lage der Deutschen Evangelischen Kirche (die sogenannte Barmer Erklärung) vom 30. Mai 1934.«⁴⁴

⁴³ Gesamtbericht der DUD an die Synode 1935, 21f.

⁴⁴ Brief von Br. Fr. Gaertner an die Synodalen UA Hht.



Die Teilnehmer der Synode von 1935 in Herrnhut. Vorne rechts: Theo Marx

Das Protokoll der Verhandlungen über ein »Wort der Synode«

Vorbemerkungen

Am *Mittwoch, dem 30. Januar 1935* wurde die Synode um 8.30 Uhr im Kirchensaal in Herrnhut mit einer öffentlichen Gemeinversammlung eröffnet.

Bruder Theodor Marx¹ legte seiner Ansprache die Losung des Tages in erweiterter Form zugrunde: »Die Güte des Herrn ist, daß wir nicht gar aus sind, seine Barmherzigkeit hat noch kein Ende, sondern sie ist alle Morgen neu, und deine Treue ist groß« (Klagelieder 3,22f.). Darin sagte er: »Meine Brüder, was bewegt u n s im tiefsten Herzensgrund? Worum geht es uns letztlich? Geht es uns darum, u n s e r e Gedanken durchzusetzen, u n s e r e Pläne zu verwirklichen oder geht es uns wirklich darum, daß Gottes heiliger Liebeswille mit der sündigen Menschheit erkannt und auch von uns getan werde? Wollen wir nur den Bestand unsrer Gemeinde in einer gefährlichen Zeit erhalten und sichern, oder sind wir bereit, auch uns und unsere Gemeinde an den Willen Jesu, wohin er auch führt, zu verlieren? Vor dieser Frage wird wohl jeder von uns still und klein ... Viele Mitglieder unserer Gemeinde hier und in aller Welt und viele Freunde schauen jetzt nach Herrnhut und erwarten etwas von dieser Tagung: Förderung des Gemeinlebens; inneren Antrieb für unsere Werke; Klarheit über den Kurs, den wir im Wellengang unserer Zeit steuern sollen; ein deutliches Wort über unsere Stellung als Gemeinde zu den Grundfragen, die unsere Zeit durchwühlen; und vor allem ein k r ä f t i g e s Z e u g n i s von dem Grund unseres Glaubens und unserer Hoffnung.«²

Danach begaben sich die Mitglieder der Synode in den Sitzungssaal im Brüderhaus, es ist der alte Chorsaal, zur ersten öffentlichen Sitzung. Bruder Theodor Schmidt³, Vorsteher der Diakonissenanstalt Emmaus in Niesky, wurde zum Vorsitz der Synode gewählt, zu seinen Stellvertretern die Brüder Samuel Baudert⁴, Mitglied der DUD in Herrnhut, und Georg Nischwitz⁵, Kaufmann

¹ Theodor Marx (1871–1963) war damals Vorsitzender der »Deutschen Unitäts-Direktion« (DUD) und Bischof der Brüder-Unität.

² Bericht von der Deutschen Unitäts-Synode 1935, Sonderdruck aus: »Herrnhut«, S. 3.

³ Theodor Schmidt (1870–1960) war Pfarrer und Vorsteher der Diakonissenanstalt Emmaus in Niesky und gehörte der Synode als Abgeordneter der Gemeinde Niesky an.

⁴ Samuel Baudert (1879–1956) war als Mitglied der DUD amtliches Mitglied der Synode; er war Bischof der Brüder-Unität.

und Mitglied des Rechnungsausschusses der EFBU, Niesky. Als Berichterstatter an die Gemeinen wurde Bruder Waldemar Reichel⁶, der dazu von DUD vorgeschlagen war, bestätigt.

Die Synode sandte ein Telegramm an den »Führer und Reichskanzler Adolf Hitler, Berlin« mit folgendem Wortlaut: »Die am heutigen 30. Januar in Herrnhut zusammengetretene Deutsche Unitäts-Synode der Europäisch-Festländischen Brüder-Unität grüßt in Ehrerbietung und Dankbarkeit den Führer des neuen Deutschland und erbittet ihm Gottes Schutz und Segen. Die Deutsche Unitäts-Synode und in deren Namen der Vorsitzler Th. Schmidt.«⁷

Von den Verhandlungen der Synode in Plenarsitzungen sind die Protokolle vorhanden. Es sind kurze Zusammenfassungen der einzelnen Voten, keine wörtlichen Protokolle. Sie wurden von zwei Studenten des Theologischen Seminars, einem Missionsschüler und einer Sekretärin der DUD (Dietrich Brauer, Helmut Scheuber, Josua Wagner und Hanna Merian) angefertigt und durch den Ausschuß zur Prüfung der Sitzungsberichte (W. Burckhardt⁸, W. Goerlitz⁹, V. Schlüter¹⁰ und F. Wohlfarth¹¹) durchgesehen. Sie sind recht unterschiedlich in der Genauigkeit. Von den Ausschußsitzungen und den sogenannten Freien Besprechungen, zu denen sich alle Synodalen zusammenfanden, gibt es keinerlei Aufzeichnungen.

Erst am *fünften Sitzungstag, Montag, 4. Februar*, kam man in der 13. Sitzung im Zusammenhang mit der Besprechung des Gesamtberichts der DUD auf Punkt 7 der Beratungsordnung: »Die Aufgabe der Brüdergemeinde in der Gegenwart.«

Im Bericht¹² an die Gemeinen schreibt Bruder W. Reichel: »Die Frage, wie sich die Brüdergemeinde in den kirchlichen Kämpfen der Gegenwart verhalten

⁵ Georg Nischwitz (1883–1964), Kaufmann (Lackfabrik Niesky), gehörte der Synode als Abgeordneter der Gemeinde Niesky an.

⁶ Dr. Waldemar Reichel (1901–1983), damals Lehrer an der Knabenanstalt in Königsfeld.

⁷ Bericht vgl. Anm. 2, 7f.

⁸ Werner Burckhardt (1901–1989), Pfarrer der Brüdergemeinde Ebersdorf/Thür. und Abgeordneter dieser Gemeinde.

⁹ Dr. Woldemar Goerlitz (1875–1945), Direktor des Pädagogiums in Niesky, war von den Mitarbeitern des Erziehungswerkes der Brüdergemeinde in die Synode als Vertreter gewählt.

¹⁰ Viktor Schlüter (1884–1939), Rechtsanwalt, Abgeordneter der Brüdergemeinde Neusalz.

¹¹ Dr. ing. Friedrich Wohlfarth, Abgeordneter der Brüdergemeinde Kleinwelka und Dresden.

¹² Bericht (wie Anm. 2), 25.

soll, ist schon in mehreren freien Aussprachen außerhalb und innerhalb des Rahmens einer Sitzung behandelt worden, ja man kann sagen, daß dieses Thema den ernstesten und häufigsten Gesprächsstoff unter den Synodalen abgegeben hat. Die Erörterungen nahmen vielfach ihren Ausgang von den von Bruder Gaertner schriftlich vorgelegten Thesen, in denen an der bisherigen Haltung der Gemeinde und ihrer Leitung Kritik geübt und eine klare Stellungnahme zu den brennenden Fragen gefordert wird. Auch ist die Frage, wie wir uns als Einzelne und als Gemeinde zu der Kirchenfrage verhalten sollen, der Gegenstand unserer Gebete gewesen.«

»So vorbereitet, beginnt die Synode in geschlossener Sitzung die Aussprache. Zunächst hat Bruder Baudert, nicht als Vertreter der Behörde, sondern persönlich, einen Vorschlag zu einer Erklärung der Synode vorgelegt.¹³ Jedoch bevor es zu einer Festlegung auf ein solches Bekenntnis kommt, muß erst das Vorfeld geklärt werden, und hier erheben sich noch beachtliche Schwierigkeiten. Soll man ein Wort nach außen, also an die gesamte evangelische Christenheit, richten, oder soll man nach innen, d.h. an unsere Gemeinde und unsere Freunde, eine klare Weisung geben? Soll in einer solchen Erklärung das Gewicht mehr auf einer theologisch einwandfreien Formulierung oder einem brüderlich herzlichen Ton liegen? Alle diese Fragen bleiben zunächst noch unentschieden.«

Das Protokoll eben dieser 13. Sitzung, in der man im geschlossenen Kreis der Synode die Aussprache begann, ist leider recht unklar und lückenhaft. Bruder H. Renkewitz¹⁴ war es, der eine klarere theologische Profilierung einer solchen Erklärung verlangte. Es gelte die Behauptung abzulehnen, daß die geschichtliche Stunde 1933 uns eine Offenbarung des Willens Gottes gebracht habe. Er wandte sich gegen die Rede vom besonderen Auftrag des deutschen Volkes (1), gegen die Behauptung vom Vorzug der deutschen Art, wobei der Ruf zur Umkehr und die Botschaft der Versöhnung durch Christi Kreuzestod unterschlagen werde (2), gegen die Rede vom Dritten Reich als tausendjährigem Reich, wo das Wort von der Wiederkunft Christi zu Gericht und Vollendung fehle (3). Dem Totalitätsanspruch nationalsozialistischer Weltanschauung gelte es Gottes Totalitätsanspruch entgegenzustellen.

Bruder Th. Marx betonte, es gehe um die Grundhaltung der Synode zu den in dem Baudertschen Vorschlag angesprochenen 6 Fragen. Der Vorschlag solle

¹³ Vorschlag von Bruder Baudert siehe Anlage 1.

¹⁴ Lic. Heinrich Renkewitz (1902–1974), Dozent für Kirchen- und Brüdergeschichte am Theologischen Seminar der Brüdergemeinde in Herrnhut, war Abgeordneter der Brüdergemeinde Herrnhut.

Punkt für Punkt durchgegangen werden, dann solle ein Ausschuß die Erklärung formulieren.

Der Vorsitzende schlug vor, sich erst einmal darüber klar zu werden, an wen sich die Erklärung wenden solle, an unsere Mitglieder oder an die Evangelische Kirche überhaupt.

Bruder E. Förster¹⁵ sagte: »Wir haben ein klares Wort nach innen zu sprechen und da muß es eine brüderliche Erklärung sein. Aber auch die brüderliche Erklärung muß eine theologische Grundlage haben.«

Bruder P. Steinmann¹⁶ trat für eine nichttheologische Erklärung ein.

...

Bruder P. Legêne¹⁷ sagte, daß »der Vorschlag Bruder Bauderts für ihn persönlich genüge. Doch wird er nicht für die Freunde in Holland genügen. Er rät zu einer brüderlichen Erklärung mit theologischem Anstrich. Ferner bringt er noch einen Gruß von der Holländer Judenmission und fragt an, ob nicht eine Stellungnahme zur Rassenfrage möglich sei.«

Am *Dienstag, 5. Februar*, wurde in den beiden Vormittagssitzungen, die ebenfalls geschlossen waren, also ohne daß Zuhörer der Gemeinde dabei sein konnten, ausführlicher diskutiert. Dabei ging es nun nicht nur um den Vorschlag zu einer Erklärung von Bruder Baudert, sondern daneben um einen neuen Vorschlag zu einer Erklärung von zwölf Synodalen, die Nichttheologen sind, und schließlich um den Antrag von Bruder Gaertner, die Synode solle ihre Zustimmung zur Erklärung von Barmen aussprechen und Verbindung zur Bekenntnisfront in der Vorläufigen Leitung der Deutschen Evangelischen Kirche (Marahrens)¹⁸ suchen. Die einzelnen Voten gehen dementsprechend in verschiedene Richtung. Am Schluß der zweiten Vormittagssitzung steht dann ein Schlußwort von Bruder Baudert zu seinem Vorschlag.

Wir bringen die weitere Diskussion mit geringen Auslassungen nach dem Protokoll.

Hellmut Reichel

¹⁵ Erwin Förster (1901–1980), Pfarrer der Brüdergemeinde Neusalz, war als einer der drei Vertreter der Arbeitsgruppe Prediger und Brüderpfleger in die Synode gewählt.

¹⁶ Paul Steinmann (1870–1936) war Direktor der Mädchenanstalt in Kleinwelka und von der Brüdergemeinde Kleinwelka als Abgeordneter in die Synode gewählt.

¹⁷ Peter M. Legêne, Zeist/Niederlande, war als Vertreter der Mission in Suriname in die Synode berufen.

¹⁸ Seit 22.11.1934 gab es eine Vorläufige Leitung der Deutschen Evangelischen Kirche, die von der Bekennenden Kirche bestellt war: Bischof Marahrens (Hannover) war Vorsitzender; ihm zur Seite standen Oberkirchenrat Thomas Breit (Bayern), Präses Paul Humburg (Rheinland), Präses Karl Koch (Westfalen) und der Jurist Eberhard Fiedler.

14. Sitzung, geschlossen, Dienstag, den 5. Februar 1935 vormittags 8.30–10 Uhr

Vorsitz Bruder Th. Schmidt Anwesend 41 Mitglieder¹⁹

Mit Einverständnis der Synode wird ein Ausschuß, der in einer Erklärung an die Öffentlichkeit die Wünsche der Synode berücksichtigen und formen soll, aus folgenden Brüdern gebildet: Th. Marx, Fiedler²⁰, Förster, Gaertner²¹, Heinrich Garve²², Goerlitz, G. Reichel²³.

Bruder Th. Schmidt

verliest einen Vorschlag zu einer Erklärung der Synode von folgenden zwölf Nichttheologen: den Brüdern Heinrich Garve, W. Schubert²⁴, W. Kersten²⁵, Gerhard Schmidt²⁶, G. Nischwitz, Wurr²⁷, Tietzen²⁸, Kachler²⁹, Jansa³⁰, Jung³¹, Winter³², Staude³³.

¹⁹ Vermutlich handelt es sich dabei um die stimmberechtigten Synodalen (insgesamt 43), dazu kamen 7 nichtstimmberechtigte Synodale.

²⁰ Fritz Fiedler (1881–1939) war Landwirt in Zielenzig und nahm als Vertreter des Diasporagebietes im Warthe- und Netzebruch gastweise ohne Stimmrecht an der Synode teil.

²¹ Friedrich Gaertner (1901–1967), Pfarrer der Brüdergemeinde Breslau nahm als Abgeordneter dieser Brüdergemeinde an der Synode teil.

²² Dr. Heinrich Garve, Beamter in Berlin (1888–1978), nahm als Abgeordneter der Brüdergemeinde Berlin an der Synode teil.

²³ D. Gerhard Reichel (1874–1953), Pfarrer der Brüdergemeinde Neuwied, war einer der drei Vertreter der Arbeitsgruppe Prediger und Brüderpfleger.

²⁴ Walter Schubert (1895–1945), Tischler in Niesky, nahm als Abgeordneter dieser Brüdergemeinde an der Synode teil.

²⁵ Wilhelm Kersten (1868–1943), Vorsteher der Brüdergemeinde Gnadau, war gewählter Synodaler dieser Gemeinde.

²⁶ Gerhard Schmidt (1876–1952), Vorsteher der Brüdergemeinde Gnadenfeld, war gewählter Synodaler dieser Gemeinde.

²⁷ Rudolf Wurr (1892–1975), Direktor der Firma Abraham Dürminger & Co in Herrnhut, nahm als Vertreter des Rechnungsausschusses ohne Stimmrecht an der Synode teil.

²⁸ Theodor Tietzen (1883–1959), Kaufmann in Stuttgart, war als Vertreter der auswärtigen Mitglieder der Brüdergemeinde in die Synode mit Stimmrecht berufen.

²⁹ Theodor Kachler (1901–1985), Sattlermeister in Königsfeld, war gewählter Synodaler dieser Gemeinde.

³⁰ Ferdinand Jansa (1868–1957), bis 1934 Missionar in Ostafrika, war als Vertreter dieses Missionsgebietes in die Synode mit Stimmrecht berufen.

³¹ Friedrich Jung (1878–1972), Lebensmittelkaufmann in Gnadenfrei, war Abgeordneter der Brüdergemeinde Gnadenfrei und Hausdorf.

Br. Heinrich Garve

führt diesen Vorschlag³⁴ ein: Eine Erklärung der Synode soll sich nur an die Geschwister, nicht an die Außenwelt richten. Im Kirchenkampf Stellung nehmen zu wollen, ist bei dessen Verworrenheit und Verwicklung auch mit politischen Parteien unmöglich und unsinnig. Die Brüdergemeinde muß im allgemeinen Kampf ein Sammelbecken für die Kampfesmüden sein und sein können. Die Laien wollen gegenüber dem Vorschlag zu einer Erklärung von Bruder Baudert, die ihnen zu hoch ist, nur die einfache Entscheidung, sich vom Kampf fernzuhalten und das Erbe der Väter zu wahren. Eine Besinnung auf sich selbst, ohne Beachtung anderswo abgegebener Erklärungen, und die Liebe zur eigenen, ganzen Sache der Brüdergemeinde ist notwendig.

Br. Th. Schmidt

bittet zu entscheiden, ob in einer Erklärung der Synode die Theologische Erklärung der Barmer Bekenntnis-Synode vom 29.–31. Mai 1934 eine Rolle spielen soll.

Br. Th. Marx

übergibt der Synode die vervielfältigte Barmer Erklärung.

Br. Høy³⁵ schlägt eine Ergänzung zu Bruder Bauderts Erklärung vor, die man in Dänemark unbedingt vermissen würde. (Siehe Anlage 3!)

Bruder Uttendörfer³⁶:

Ein Bekenntnis ist nötig und wird von der Brüdergemeinde, d.h. jetzt von der Synode gefordert. Aber die Brüdergemeinde muß erst wieder lernen zu bekennen. Wie Zinzendorf immer wieder einige Hauptpunkte und -wahrheiten verkündete, so muß auch eine theologische Erklärung der Synode wenige Hauptpunkte des Glaubens, die jetzt bedroht sind, enthalten und bekennen. Auch im Blick auf eine Erklärung muß, besonders bei den Theologen, Demut herrschen, da sonst ein Gegensatz zwischen Theologen und Laien entstehen könnte. Eine Erklärung muß als ein unvollkommener Ausdruck an-

³² Gustav Winter (1881–1974), Druckereibesitzer in Herrnhut, war Abgeordneter dieser Gemeinde.

³³ Gustav Staude (1877–1964), Färbermeister in Neudietendorf, war als Abgeordneter dieser Gemeinde gewählt.

³⁴ Siehe Anlage 4!

³⁵ Frederik Høy (geb. 1877), Missionsvertreter in Christiansfeld/Dänemark, war gewählter Synodaler dieser Brüdergemeinde.

³⁶ Otto Uttendörfer (1870–1954), stellvertretender Vorsitzter der DUD, war für die Schulen und die Finanzen verantwortlich.

gesehen werden. Wir glauben nicht so, wie es in ihr heißt, sondern wir drücken so nur unseren Glauben aus. Es gibt – und gab auch in der Brüdergemeinde – einen Fortschritt der Erkenntnis auch in geistlicher Beziehung. So muß auch eine jetzige Erklärung der heutigen Erkenntnis der ganzen Gemeinde entsprechen.

Bruder Schiewe³⁷

vermißt in der Erklärung Bruder Bauderts ein Wort, das für Polen passen würde, und sagt: Eine Erklärung soll sich nicht an alle Welt, sondern nur an die Mitglieder der Brüdergemeinde richten, bei diesen aber doch an alle, und zwar auch die im Ausland befindlichen. Wenn auch Einigkeit darüber herrscht, was zu sagen ist, so doch noch nicht darüber, wie es zu tun ist. Ein Wort muß, etwa in einer Art der Gruppenbewegung, von Gott erbeten und gesprochen und darf nicht gesucht werden.

Bruder Gaertner:

Die verlesene Laienerklärung bedeutet ein Gericht über die brüderische Verkündigung und einen Schritt auf dem Weg zum Ende der Brüdergemeinde. Sie ist der in allen Freikirchen auftretenden Gefahr verfallen, eigne, hier brüderische Tradition zu vergötzen und sich auf das eigne Gefühl zu verlassen. Bruder Gaertner bittet um eine Zustimmung zur Barmer Erklärung in der eigenen. Er hat für Bruder Uttendorfers pädagogische Art kein Verständnis.

Bruder Hartmann³⁸

glaubt, daß Bruder Bauderts Erklärung für Laien nicht zu schwer verständlich ist, und fordert ein Bekenntnis, das schriftgemäß und doch allen klar ist.

Bruder S. Reichel³⁹

stimmt Bruder Gaertner zu und sagt: Die Brüdergemeinde ist sich selbst zu groß und wichtig und kann deshalb nicht mehr wirklich Gottes Wort verkündigen. Die Theologie darf in der Brüdergemeinde nicht eine Zunft für sich sein. So muß auch die Erklärung, sofern es darin um Bibelwahrheit geht, theologisch sein. Während an anderen Orten um die Bibelwahrheit gekämpft wird, darf eine brüderische Erklärung nicht verschwommene

³⁷ Emanuel Schiewe (1900–1964), Pfarrer in Richnau/Polen und Präses des Diasporagebietes in Polen, nahm als Gast (ohne Stimmrecht) für dieses Gebiet an der Synode teil.

³⁸ Wilhelm Hartmann (1874–1945), Diasporaprediger in Driesen/Warthebruch, war als Vertreter der Diasporaarbeiter und Missionsvertreter in die Synode gewählt.

³⁹ Heinrich Samuel Reichel (1872–1954), Pfarrer der Brüdergemeinde Gnadenfrei, war Abgeordneter dieser Gemeinde und Hausdorfs.

Herzenssache bleiben. Zinzendorf hätte als erster gegen eine Verwischung der Wahrheit gekämpft, wenn diese auch in ihrer Klarheit nicht von der Welt gehört sein will. Die Barmer Erklärung ist von Laien gegeben worden. Eine brüderische Erklärung darf nicht zu sehr nur nach innen gerichtet, sondern muß ein Bekenntnis für alle sein.

Bruder G. Reichel:

Der Kirchenkampf der Gegenwart darf nicht nur als innerkirchlicher, sondern muß als Kampf um die Wahrheit und um das Volk angesehen werden. So hat man als Deutscher die Pflicht, die Heilswahrheit, die allen Völkern und Rassen gilt, seinen eigenen Volksgenossen zu verkünden, und zwar im gegenwärtigen Augenblick. Ein nur in der Kirchenordnung stehendes Bekenntnis ist nutzlos. Ein offenes Wort in der Gegenwart wird von uns gefordert. Kampfesmüdigkeit gibt nicht die Berechtigung, den Kampf zu unterlassen. Nach dem Vorbild der Väter ist ein Bekenntnis zur Wahrheit der heiligen Schrift nötig, das man aus Liebe, nicht aus Streitlust in und gegen die Zeit ablegen muß, gleichgültig ob damit die Brüdergemeinde gefährdet wird.

Bruder Wohlfarth:

Die Glieder der Brüdergemeinde werden öfter in den Kirchenkampf hineingezogen und brauchen deshalb eine Erklärung der Brüdergemeinde gegen die heutigen Angriffe auf die Schrift. Die Erklärung muß ein persönliches Glaubensbekenntnis zu Christus und seinen Forderungen sein. Stellungnahme zum Kirchenkampf ist unnötig. Für die Erklärung Bruder Bauderts, deren Inhalt er zustimmt, müssen andere Formulierungen gefunden werden. Da der Bekenntnisboden der Brüdergemeinde in einer Erklärung deutlich werden muß, so soll diese theologisch sein. Aufgabe der Prediger ist es, etwaiges Nichtverstehen bei Laien in Aussprachen zu beseitigen.

Bruder Th. Marx

bittet, auch in diesen Dingen die finanzielle Seite mitzuerwägen und deshalb Bruder K. Marx außerhalb der Reihenfolge der Rednerliste jetzt sprechen zu lassen.

Die Synode ist damit einverstanden.

Bruder K. Marx⁴⁰:

Die finanzielle Lage der Brüdergemeinde ist derart schwierig, daß sie bald mit einer Bitte an die Regierung herantreten muß. Auch demgegenüber ist in der kirchlichen Stellungnahme Verantwortung gefordert und muß der

⁴⁰ Kurt Marx (1887–1957) war Finanzdirektor der Brüder-Unität in Deutschland und als solcher Mitglied der Synode ohne Stimmrecht.

Weg zu einer staatlichen Hilfe, soweit es angängig ist, nicht versperrt werden. Ein Einmischen in den Kirchenkampf als Freikirche und unbedachte Stellungnahme würde ein staatliches Entgegenkommen von vornherein unmöglich machen. Ein Handeln in kirchlicher Hinsicht muß geschehen in Verantwortung gegen die von der Brüdergemeinde wirtschaftlich Abhängigen, d.h. besonders die brüderischen Pensionempfänger ... Ein Aufgeben der Brüdergemeinde bedeutet die wirtschaftliche Vernichtung dieser Leute.

Bruder Th. Marx:

Die geschilderte Verbindung von kirchlicher und wirtschaftlicher Seite ist eine tatsächliche Gegebenheit der Brüdergemeinde. DUD hat die Anliegen der Finanzdirektion mit zu erwägen und zu verantworten. Es geht bei der Erwägung der wirtschaftlichen Seite nicht um Gewinne, sondern nur um das Brot der Kirche, um das Brot vieler. Auch diese Frage ist von Gott gestellt. Sie bringt wahre Nüchternheit und schlichte Haltung. Aufgabe ist es, die irdischen Tatsachen zu wägen und dabei doch um die rechte Glaubensstellung zu bitten.

Bruder Weber⁴¹

dankt Br. Th. Marx für sein Wort, fordert aber doch bei aller nüchternen Überlegung in einer Erklärung ohne Rücksicht auf etwaige Folgen ein klares Bekenntnis zum Sünderheiland.

Bruder G. Heyde⁴²

bittet, das Wort »Brüderkirche« in einer Erklärung zu vermeiden.

Bruder Präger⁴³

sagt, daß ihm und seiner Gemeinde bei dieser Haltung der Brüdergemeinde fast nur ein Auszug aus dieser übrig bleibt. Es fehlt der alleinige Blick auf Christus. Er allein, auch nicht Zinzendorf, gibt die Richtung an. Die Kirche Jesu muß ihn und nicht sich meinen.

...

Bruder Th. Marx

sagt, daß er bei Vorsicht im Handeln trotzdem dieselbe innere Haltung wie Bruder Präger hat. Die Frage der Haltung und das Zeugnis ist durchsein-

⁴¹ Ernst Weber (1888–1969) nahm als Direktor des Theologischen Seminars der Brüdergemeinde in Herrnhut von Amts wegen an der Synode teil (mit Stimmrecht).

⁴² Gerhard Heyde (1874–1939), Pfarrer der Brüdergemeinde und des Kurhauses Bad Boll, war gewählter Abgeordneter der Bereichsgemeine.

⁴³ Alfred Präger (geb. 1905), Pfarrer der deutschen Gemeinde in Bodenbach/Tschechoslowakei, war als Vertreter des Böhmischemährischen Werkes der Brüdergemeinde gastweise auf der Synode.

ander gebracht worden. Vor einem Urteil muß der Bericht der DUD über die kirchliche Lage gehört werden. Die Synode muß der Mund des Kerns der Gemeinde, des tatsächlichen Maßes seiner Glaubensstärke sein.

15. Sitzung, geschlossen, Dienstag 5. Februar, 10.30 bis 12 Uhr
Anwesend 41 Mitglieder. Vorsitz Br. Th. Schmidt

Die Synode fährt in der Aussprache über die Erklärung zur Kirchenfrage fort.
Bruder Förster spricht zur Geschäftsordnung.

Die Synode muß sich darüber klar werden, ob sie in ihrer Erklärung Bezug nehmen will auf die Barmer Erklärung oder nicht.

Bruder Renkewitz

möchte, daß auf die Barmer Erklärung in der Weise hingewiesen wird, wie Bruder Baudert es in seinem Entwurf bereits vorgeschlagen hat. Dann macht er folgende Abänderungsvorschläge zu diesem Entwurf:

1. Im 3. Abschnitt der Einleitung werde an den ersten Satz noch angefügt: ›...und wie wir das Evangelium von Jesus Christus klar und eindeutig gegen Irrtümern und falscher Verkündigung bekennen sollen.‹
2. Absatz 1 fehlt eine klare Auseinanderhaltung von Kirche und Gemeinde.
3. Absatz 1, Abschnitt 2: Das Bekenntnis, daß wir keine ›rechte Gemeinde‹ sind, ist noch dahin zu erweitern, daß wir, auf uns gesehen, überhaupt nichts sind, aber auf Jesus Christus gesehen Kirche vorhanden ist, denn überall, wo Evangelium verkündigt wird, da ist Kirche.
4. Absatz 3, Abschnitt 2: ›Totalitätsanspruch des Staates‹ werde erweitert durch ›Totalitätsanspruch einer Weltanschauung.‹
5. Es fehlt noch ein Bekenntnis zu der Einheit derer, die den Herrn liebhaben, zu Johannes 17.
6. Zu dem Bekenntnis zur Sünderschaft ist noch hinzuzufügen, daß eine neue Menschheit nur geschaffen werden kann durch Gott. Denn heute will man selbst den neuen Menschen erziehen und bilden.
7. Zur Anordnung: Absatz 5, ›Wort Gottes‹ komme an den Anfang.

Bruder Kölbing⁴⁴

Der Laienentwurf zeigt ihm, daß wir den ganzen großen Ernst der kirchli-

⁴⁴ Gottfried Kölbing (1880–1961), Pfarrer der Brüdergemeinde Hamburg, war Delegierter der Gemeinde Hamburg.

chen Lage nicht deutlich sehen. In Deutschland ist jetzt die Geltung des Evangeliums und die Christlichkeit unsers Volkes aufs äußerste bedroht. Wir stehen einem gewaltigen heidnischen Block gegenüber. Wir sehen zu viel auf den Streit. Unsre Erklärung muß zu dieser furchtbaren Lage ein Wort finden. – Er dankt ferner Bruder Kurt Marx für die nüchterne und klare Aufzeigung unsrer Verantwortung; doch wenn wir überhaupt in den Kampf hineingehen wollen oder müssen, dann müssen wir auch etwas wagen.

Bruder Hartmann

spricht als Vertreter der Diaspora zu der Laienerklärung. Er lehnt sie ab, da sie zu farblos ist und zu wenig sagt.

Bruder Wohlfarth

wünscht ein würdiges Zeugnis von dem Glaubensstandpunkt der Brüderrkirche, ohne irgendwelche Polemik. Dies kann auch nicht verhängnisvoll dem Staat gegenüber sein.

Bruder Gerhard Reichel

dankt Bruder Kurt Marx für das Klarmachen der Tragweite der Entscheidung. Er ist aber der Überzeugung, daß das Aufblicken auf den Herrn die beste Fürsorge für die Gemeinde und die ihr anvertrauten Güter ist. Die Verantwortung für die Seelen ist eben so groß, denen wir immer wieder das ›Sorget nichts!‹ predigen. Er kann Wunder tun auch bei den Staatsbehörden. Wir stehen dann auf dem Felsenboden der Wirklichkeit Gottes.

Bruder Hellmuth Garve⁴⁵

bekannt sich zu Bruder Bauderts Erklärung, die er nur gern gekürzt hätte. Ferner tritt er dafür ein, den Namen Rosenberg wegzulassen.

Bruder Förster:

1. Wir sind dazu berufen, ein führendes, richtunggebendes Wort zu sagen, was wir sein sollen und sein müssen auf Grund der Schrift, ohne Rücksicht auf den inneren Stand der Allgemeinheit der Gemeinde. Nicht in einem überheblichen Ton, sondern als Sünder.
2. Er ermahnt mit ernstesten Worten, die ungeheuer große und schwere Verantwortung zu empfinden und mitzutragen, unter der die Brüder stehen, die für den Haushalt der Gemeinde verantwortlich sind.
3. Er ist dankbar für die Laienerklärung; denn sie zeigt, wie anders diese Brüder denken und wie leicht die Theologen durch ihr Wort die Laienbrüder vergewaltigen.

⁴⁵ Hellmuth Garve (1882–1939), Beamter im Dienst der Brüdergemeinde in Herrnhut, war Delegierter dieser Gemeinde.

Bruder Uttendörfer

- 1. In der Erklärung müssen wir klar unsern Standpunkt gegenüber den Irrtümern der gegenwärtigen Zeit betonen.*
- 2. Wir müssen einfach und kurz sprechen, ohne daß die Entschiedenheit darunter leidet.*
- 3. Nicht polemisch, sondern die christlichen Grundwahrheiten deutlich bekennen.*

Bruder Kurt Marx

tritt dafür ein, daß im Blick auf unser Erziehungswerk der Name [Rosenberg nicht erwähnt wird, aber] die Jugend so erzogen wird, daß einmal der Weg Rosenbergs nicht der ihre wird. Auch möchte er Schlagworte wie ›Totalitätsanspruch‹, die zum Zankapfel geworden sind, beim Wortlaut vermeiden.

Bruder Heyde

... Die Bezugnahme auf die Barmer Erklärung in einer Klammer hält er für durchaus glücklich ...

Bruder Wurr

spricht als Vertreter des Rechnungsausschusses, und weist auf die wirtschaftliche Verantwortung hin, vor allem im Blick auf unsere Ruheständler. Er bittet auch, daß die ganze Erklärung klar und kurz sei.

Bruder Vogt⁴⁶

betont, daß die Erklärung aufbauend sein muß, frei von Polemik. Der Dienstgedanke fehlt im Kirchenstreit. Zu diesem Dienstgedanken müssen wir uns bekennen. Wir müssen auch durch einfache, klare Sprache einfacheren Menschen einen Dienst tun. – Es geht nicht um Erhaltung oder Vergötterung der Gemeinde, sondern um den Segen, den Gott uns anvertraut hat, und ... die Willigkeit, von diesem Segen etwas hineinzugeben in unsere verhetzte Welt. Darum möchte der 13. August und 13. November berücksichtigt werden. Es handelt sich darum, den Ausgleich zu finden zwischen der sachlichen, nüchternen Verantwortung und dem feurigen Glauben; und das Ringen darum macht demütig. – Er schlägt vor, eine längere Erklärung abzufassen und eine kürzere Entschließung, um allen gerecht zu werden.

Bruder Bernhard⁴⁷:

Der einzige Grund, um eine Erklärung abzugeben, ist ein missionarischer:

⁴⁶ Johannes Vogt (1883–1973) war Missionar und nun Mitglied der DUD und somit von Amts wegen Mitglied der Synode.

⁴⁷ Carl Bernhard (1877–1944), Leiter der Mädchenanstalt in Gnadenberg, war gewählter Synodaler dieser Gemeinde.

für den Herrn zu werben. Darum muß die Erklärung etwas spüren lassen von werbender Liebe, nicht von zurückstoßendem Streitgeist. Ein Ruf der Geretteten an alle, die Rettung suchen. Dann ist auch nicht die Gefahr, daß wir an uns denken, sondern wir sehen allein auf den Herrn.

Bruder Hartmann

bittet auch dringend um ein klares Bekenntnis. Dafür werden viele Seelen dankbar sein, die heut einfach nicht mehr Bescheid wissen.

Bruder Krüger⁴⁸:

In dem Kirchenstreit sind viele Menschen von Dingen erfüllt und beherrscht, die vom Mittelpunkt ablenken. Wenn wir ein Wort finden, das zum innersten Mittelpunkt führt, dann tun wir vielen einen Dienst.

Es geht ein Antrag auf Schluß der Rednerliste ein. Der Antrag wird unterstützt und mit Mehrheit angenommen.

Bruder Gaertner

legt größten Wert darauf, daß die Synode sich zu der Barmer Erklärung bekennt in der Weise, wie Bruder Baudert es getan hat. Es handelt sich nicht um die Erklärung einer Gruppe, sondern um die Erklärung, die in zunehmender Weise die maßgebende Erklärung der neuen evangelischen Kirche wird. Es gibt keine neutrale Front mehr. Da die Brüdergemeinde Wert darauf legt, daß wir nicht Freikirche im vollen Sinne des Wortes sind, sondern daß das, was wir wollen, auch Angelegenheit der gesamten evangelischen Kirche ist, so ist gerade in der jetzigen Stunde eine Zustimmung zu der Barmer Erklärung auch für die Brüdergemeinde notwendig.

Bruder Baudert

hat das Schlußwort zu seiner Erklärung. Er geht auf die verschiedenen Ausführungen ein. 1. Zu dem Inhalt der Barmer Erklärung kann er sich durchaus bekennen, darum hat er sie in seinen Entwurf hineingenommen. Die Art ihres Zustandekommens, von der er genau unterrichtet ist, ist aber so völlig anders wie das, was wir erstreben, ringen und erarbeiten, daß wir sie unmöglich einfach übernehmen können. 2. Da ihm der Unterschied zwischen Kirche und Gemeinde selbst nicht scharf deutlich ist, schlägt er vor, Absatz 1 und 2 zusammenzunehmen und zu kürzen. 3. Der 5. Absatz gehört an den Anfang. 4. Auf Johannes 17 muß Bezug genommen werden. 5. Er kann dem Vorschlag von Bruder Renkewitz nicht zustimmen, zum Ersatz für »rechte« Gemeinde davon zu reden, daß wir von uns aus gar nichts sind. 6. Die Erklärung kann nicht so ganz kurz sein, wenn wir uns zu den Fra-

⁴⁸ Konrad Krüger (1872–1952), Pfarrer der Brüdersozietät in Basel, war einer der zwei von der Arbeitsgruppe Diasporaarbeiter und Missionsvertreter gewählten Synodalen.

gen, die heut brennend sind, wirklich äußern wollen. Daher ist die kurze EntschlieÙung neben der längeren Erklärung zu erwägen. 7. Er verzichtet auf die zugespitzte Formulierung mit der Nennung des Namens Rosenberg, wenn klar zum Ausdruck kommt, daß es sich hier um einen grundlegenden Gegensatz handelt und daß wir unsre Jugend davor zu bewahren haben, daß sie diesen Weg geht. 8. Es erscheint ihm fraglich, ob es möglich ist, die Freude über die nationale Erhebung in einer Erklärung zum Ausdruck zu bringen, hinter der eine Synode steht, die aus Vertretern der verschiedensten Völkern und Rassen zusammengesetzt ist.

Eine Geschäftsordnungsdebatte klärt folgende Frage:

Ist jetzt eine Abstimmung darüber herbeizuführen, ob die Barmer Erklärung in der Erklärung unsrer Synode ausdrücklich erwähnt werden soll oder nicht?

Die Synode beschließt, ... darüber schlüssig zu werden, nachdem die Synodalen alle Zeit hatten, diese Erklärung zu lesen. Sie ist vervielfältigt in den Händen der Synodalen.

H. Merian
Schriftführerin

Die Verhandlung wird erst am Donnerstag, 7. Februar, in der 20. Sitzung fortgesetzt. Unter Punkt 7 der Beratungsordnung »Die Aufgabe der Brüdergemeinde in der Gegenwart« geht es nun weniger um die Erklärung der Synode, als um die Frage der Verbindung der Brüdergemeinde mit der Deutschen Evangelischen Kirche und ob eine Verbindung mit der Bekennenden Kirche möglich ist.

Aus dem Protokoll der 20. Sitzung.

»Punkt 7 der Beratungsordnung »Die Aufgabe der Brüdergemeinde in der Gegenwart«

Bruder Th. Marx:

In dem Bericht der Deutschen Unitäts-Direktion ist auf Seite 12 Wichtiges über diesen Punkt gesagt. DUD hat sich Mühe gegeben, auf persönlichem Wege durch Teilnahme an Zusammenkünften, sich ein Bild von der kirchlichen Lage zu machen. Der einzige Vorstoß von seiten der Deutschen Christen wurde im September 1933 durch Pfarrer Jakubski gemacht und von uns abgewiesen. Die Deutschen Christen sind als Organisation nicht in die Gemeinde aufgenommen worden. Die inneren Hauptanliegen der bekennenden Gemeinde sind von Anfang an unser aller Anliegen gewesen. Aber DUD war sich einig, daß wir mit unseren Werken der Arbeitsgemeinschaft

unter Bodelschwingh beitreten müßten. Diese Arbeitsgemeinschaft hat sich von der Reichskirchenregierung freigemacht, und die Mitglieder der Arbeitsgemeinschaft wurden von der Vorläufigen Kirchenleitung unter Marahrens zu einer Besprechung herangezogen. Die Arbeitsgemeinschaft wandte sich auch an den Reichsinnenminister, um ihn zu orientieren und ihn auf den Ernst der Entscheidung hinzuweisen. Die Aufgabe der Brüdergemeine ist es, in Liebe zu dienen.

Der Vorsitz geht an Bruder Nischwitz über.

Bruder Th. Schmidt:

Emmaus hat sich mit dem Kaiserswerther Verband der Arbeitsgemeinschaft angeschlossen. Dieser ist in ähnlicher Lage wie die Brüdergemeine, da er sich in seiner Zusammensetzung und wegen der Arbeit, die ihn durch alle Fronten hindurchführt, nicht der Bekenntniskirche anschließen kann.

Bruder Kölbng:

In Paragraph 138 der Kirchenordnung ist der Vertrag mit der Deutschen Evangelischen Kirche erwähnt; wir müssen uns klar werden, ob dieser noch zu Recht besteht.

Bruder Gaertner:

Die Breslauer Gemeine wird besonders von dem kirchlichen Kampf getroffen. Er selbst nahm Stellung, indem er der Bruderschaft als Mitglied ohne Stimmrecht beitrug. Er bittet, keine Erklärung abzugeben, die es den Mitgliedern verbietet, sich der Bekenntniskirche anzuschließen. Er möchte aber in der Erklärung der Synode einen Hinweis auf die Barmer Erklärung haben.

Bruder Steinmann:

Unsere innere Einstellung muß sich in unserer Erklärung zeigen, aber kirchenpolitisch dürfen wir nicht eingreifen. Das einzelne Mitglied kann beitreten.

Bruder Hartmann

ist nicht für Anschluß an die Bekenntniskirche, weil wir nicht wissen, nach welcher Richtung sie sich entwickelt. In unserer Erklärung möchte er aber doch die Barmer Erklärung erwähnt wissen.

Bruder Uttendörfer:

Die Lage ist bis heute sehr verworren und die DUD muß mit großer Besonnenheit vorgehen, zumal die Verhältnisse in den einzelnen Gemeinen so völlig verschieden sind. Daraus ergibt sich, daß wir uns jetzt nicht in diese verwirrte Lage hineinbegeben dürfen.

Bruder Th. Marx:

Wir können es unseren Mitgliedern nicht verbieten, aber auch nicht sie

auffordern, der Bekenntniskirche beizutreten. Wenn sie aber beitreten, dann haben sie eine Aufgabe in der Bekenntniskirche und dürfen nicht nur Mitläufer sein. Es ist noch die Schwierigkeit, ob die Barmer Erklärung erwähnt werden soll. Sie kann zweierlei sein, einmal Sätze, die darlegen, was in der Schrift steht, aber auch das Signal: Bekenntnisfront. Zu der Frage nach unserem Vertrag mit der Deutschen Evangelischen Kirche ist zu sagen, wir wissen gar nicht, wer diese Kirche ist. Es wird die sein, die aus dem Kampf als Siegerin hervorgeht.

Inzwischen ist eingegangen ein Antrag 25:

In der Einleitung zur Kirchenordnung Seite XIII falle im zweiten Absatz oben der eingeklammerte Teil fort. II § 138 der KO laute entsprechend: »Die Evangelische Brüder-Unität in Deutschland ist der Deutschen Evangelischen Kirche als Rechtsnachfolgerin des Deutschen Evangelischen Kirchenbundes angeschlossen (siehe Einleitung). Hellmut Garve – C. Bernhard.

Antrag wird unterstützt.

Ein weiterer Antrag 26:

Da die Barmer Theologische Erklärung auch ein Dokument des Kirchenkampfes ist, an dem die Brüdergemeine äußerlich sich nicht beteiligt, bittet Synode den Ausschuß, die Erklärung nicht ausdrücklich zu erwähnen. Th. Schmidt.

Antrag wird unterstützt.

Der Antragsteller möchte mit diesem Antrag Klarheit für den Ausschuß schaffen.

Bruder Renkewitz

möchte die Erwähnung doch als Zeugnis in der Erklärung haben.

Bruder Vogt:

Der Ton der Barmer Erklärung »wir verwerfen die falsche Meinung« paßt nicht für uns. Und wir überschätzen in diesem Punkt die Kenntnis der gläubigen Laien. Unsere Erklärung muß von uns gesagt sein, ohne einen Gegensatz zur Barmer Erklärung zu konstruieren.

Antrag 29:

Der Ausschuß für die Erklärung der Synode erwähne die Barmer Erklärung in der Art des Baudertschen Vorschlags. Renkewitz, Weber.

Der Antrag wird unterstützt.

Es wird abgestimmt über den Antrag 26 von Bruder Th. Schmidt. Er wird mit 33 zu 5 Stimmen angenommen. Damit ist Antrag Renkewitz – Weber erledigt.

Bruder Th. Schmidt übernimmt wieder den Vorsitz und schließt ...

Hellmuth Scheuber
Schriftführer

Erst am letzten Tag der Synode, am 8. Februar 1935, wurde Punkt 7 der Beratungsordnung »Die Aufgabe der Brüdergemeinde in der Gegenwart« abschließend behandelt. In der gleichen Sitzung wurde auch der vom Ausschuß erarbeitete Text für »ein Wort der Synode« vorgetragen und danach einstimmig angenommen.

In der Diskussion der 22. Sitzung ging es nun nicht mehr um die Erklärung der Synode, sondern darum, wie sich die Brüdergemeinde und ihre Mitglieder im Verhältnis zur Deutschen Evangelischen Kirche und zur Bekenntnisbewegung verhalten sollen, auch um die Frage der Öffnung von Brüdergemein-Sälen für die Bekennende Gemeinde. Wir bringen im folgenden den Wortlaut des Protokolls dieser 22. Sitzung auszugsweise.

22. Sitzung – geschlossen – Freitag, den 8. Februar, 8.15–10.25 Uhr

Vorsitz: Bruder Th. Schmidt, anwesend 39 Mitglieder

...

Bruder Baudert:

Er bittet, den Kirchenvertrag auf sich beruhen zu lassen, da wir den Vertrag nicht einer Kirche kündigen können, die noch in der Auseinandersetzung steht; denn wenn die Kirchenleitung unter Marahrens ihre Ansprüche durchsetzt, so geht der Vertrag auf sie über. – In Bezug auf den Anschluß unserer Mitglieder an eine der Kirchenfronten betont er den Unterschied zwischen Mitgliedern der Ortsgemeinen und solchen, die innerhalb der Landeskirche leben. Erstere sollten sich nicht an kirchenpolitische Gruppen einer Kirche anschließen, zu der sie nicht gehören. – In der Bekenntnisfront sind die allerverschiedensten Richtungen zusammengeschlossen, und immer besteht die Gefahr, daß sie auseinanderbricht ... Darum wäre zur Zeit ein Anschluß für uns ganz unzweckmäßig.

Bruder Gerhard Reichel

bittet, daß die Ablehnung der [Bezugnahme auf die] Barmer Synode nicht erwähnt wird in der Berichterstattung, um Mißverständnisse zu vermeiden. – Wo wir in die Reihe der Bekenntnisleute hineinkommen, haben wir so zu wirken, daß der Geist der Liebe herrscht. – Die Saalfrage wird dringend da, wo sämtliche anderen Säle den Bekenntnisleuten verschlossen sind. Sie brauchen auch einen Raum, um ihre Fragen des Gemeindelebens zu besprechen. Müssen wir nicht auch zu solchen Besprechungen ihnen unsern Saal freigeben?

Bruder Fürstenberger⁴⁹:

Die Schweizer Mitglieder und Freunde sind sehr dankbar für den Anschluß an die Arbeitsgemeinschaft unter Bodelschwingh. Das ist in der Schweiz ein Zeugnis von seiten Herrnhuts.

Folgender Antrag geht ein:

Synode beschließe: Synode bittet die Glieder unsrer Gemeinen, die in den Ortsgemeinen leben, sich kirchenpolitischen Gruppen und Parteien nicht anzuschließen. ... Baudert.

Bruder Wohlfarth

bittet, daß die Prediger der Ortsgemeinen gebeten werden, die Mitglieder in dieser Richtung zu beraten, daß aber die Aufforderung nicht direkt an die Mitglieder gerichtet wird, da dies leicht mißverstanden werden würde ...

Bruder Baudert fügt folgenden Zusatz zu seinem Antrag hinzu:

Synode bittet, »durch Vermittlung der Prediger« die Glieder unserer Gemeinen ...

Der Zusatzantrag wird unterstützt und der Antrag liegt nun in dieser erweiterten Form vor.

Bruder Weber

ist dankbar für diesen Zusatz, denn wir können niemandem verwehren, in eine der Fronten einzutreten, zumal wenn sie gleichzeitig Glieder der andern Kirche sind. Er warnt eindringlich davor, sich in der Beurteilung der andern Front vor allem von den Skandalgeschichten beeinflussen zu lassen. Die Gefahr ist groß, daß man daran hängen bleibt.

Bruder Renkewitz

tritt noch einmal dafür ein, daß der Vertrag mit der Kirche ungekündigt bleibt; denn er bekundet symbolisch unsern Zusammenhang mit der Deutschen Evangelischen Kirche und nicht mit der augenblicklichen Reichskirchenregierung.

Bruder Gaertner:

Dürfen wir in unsrer Gemeinde von der Stellung unsrer Synode zur Barmer Erklärung berichten?

(Sofort gegebene Antwort von Bruder Th. Marx: Ich habe keinerlei Bedenken dagegen) – verwirrt man nicht die Lage, wenn man den Baudertschen Antrag annimmt, da wir ja jetzt ein klares Wort⁵⁰ über unsere Stellung haben?

⁴⁹ Hans Georg Fürstenberger (1884–1957), Pfarrer der Brüdersozietät Zürich, war gewählter Delegierter der Brüdergemeine Montmirail und Peseux/Schweiz.

⁵⁰ Gemeint ist das »Wort der Synode«, das zu diesem Zeitpunkt bereits vorlag.

Bruder Förster

berichtet von der Lage in Neusalz, wo eine enge Verbindung mit der Bekenntnisfront besteht, ohne daß die Geschwister sich angeschlossen haben. Da aber eine Einheitlichkeit in unseren Gemeinden in der Beziehung sein muß, begrüßt er den Antrag von Bruder Baudert.

Ein Zusatzantrag zu Bruder Bauderts Antrag geht ein:

Die Mitglieder und Freunde außerhalb der Ortsgemeinen bitten wir, im Geist der »Erklärung« der Synode in der Kirche wirken zu wollen.⁵¹ Gaertner

Der Antrag wird unterstützt und steht zur Besprechung.

Bruder Gerhard Reichel

berichtet von Neuwied im Gegensatz zu Neusalz. Dort ist eine Verbindung mit der Bekenntnisfront nur durch Beitritt möglich, den auch viele Geschwister vollzogen haben.⁵²

Bruder Goerlitz:

Eine Erklärung, die allen Mannigfaltigkeiten der örtlichen und inneren Lage gerecht wird, kann niemand finden. Aber die Anträge Baudert und Gaertner treffen den Kern der Sache durch die Unterscheidung der Ortsmitgliedern und der Auswärtigen.

Bruder Hellmuth Garve:

Der Antrag Baudert bezieht sich doch nicht nur auf die Bekenntnisfront. Auch die Möglichkeit, daß manche Mitglieder zur Front der Deutschen Christen hinneigen, ist durchaus gegeben.

Bruder Th. Marx

spricht zur Saalfrage. Jeder Fall liegt anders. Geben wir unsern Saal für Bekenntnisversammlungen, die nicht der reinen Verkündigung des Evangeliums dienen, dann wird vielleicht auch uns der Saal geschlossen. Das muß vermieden werden um der freien Verkündigung des Evangeliums willen. Dann bleiben den Bekenntnisleuten nur noch die Häuser, die »Katakomben« übrig.

Bruder Förster:

Die Entscheidung über die Saalfrage muß die Synode der Behörde [DUD] überlassen, da die Synode die einzelnen Fälle gar nicht beurteilen kann. – In Neusalz herrscht enge freundschaftliche Verbindung neben absolutem

⁵¹ Dieser Antrag wurde zurückgestellt, bis das »Wort der Synode« einstimmig angenommen war, und danach von der Synode angenommen.

⁵² Die Anfänge der Bekenntnisgemeinde in Neuwied hatten mit dem »Bund für Bibel und Bekenntnis« begonnen, in dem viele Mitglieder der Gemeinde sich eingeschrieben hatten.

organisatorischem Getrenntsein zwischen Brüdergemeine und Bekenntnisfront. – Es gibt Gemeinmitglieder, die zu den Deutschen Christen hinneigen, ja die ihnen auch organisatorisch angehören.

Bruder Th. Marx hat das Schlußwort

und zeigt kurz an Einzelfällen die Schwierigkeit der Saalfrage: Königsfeld, Zielenzig, Küstrin-Kietz. – Dann berichtet er kurz über die Arbeitsgemeinschaft unter Bodelschwingh. Wir können nur unsern persönlichen Beitrag als Brüdergemeine leisten, indem wir uns in das Gespräch einmischen, in dem dort über geistige und praktische Fragen des Dienstes gerungen wird. – Gerade weil wir zu keiner Partei gehören, haben wir Zugang zu allen und den Auftrag der Seelsorge. – Br. Marx bittet, auch weiter mit den Brüdern im Gespräch bleiben zu können, damit eine gemeinsame Weiterarbeit möglich ist. – Wir haben einen Herrn, darum haben wir nicht ein Programm, sondern einen, der leitet von Schritt zu Schritt. Darum können wir uns nicht auf ein menschliches Programm in parteimäßigem Sinn festlegen.

Es folgt die Abstimmung zu Antrag Baudert. Er lautet mit Einschub:

Synode bittet durch die Vermittlung der Prediger die Glieder unsrer Gemeinen, die in den Ortsgemeinen leben, sich kirchenpolitischen Gruppen und Parteien nicht anzuschließen.

dafür: 36 dagegen: –

Der Zusatzantrag Gaertner, der als selbständiger Antrag behandelt werden soll, wird zurückgestellt, um nach Annahme der »Erklärung« zur Abstimmung vorgelegt zu werden.

Bruder Goerlitz als Berichterstatter des Ausschusses für eine Erklärung der Synode trägt »Das Wort der Synode« vor.

Der Ausschuß bestand aus den Brüdern Th. Marx, Fiedler, Förster, Gaertner, Heinrich Garve, Goerlitz, Gerhard Reichel und Weber. Er hat vier Sitzungen abgehalten unter Vorsitz von Bruder Th. Marx. Bruder Goerlitz gibt keinen förmlichen Ausschußbericht, sondern im Auftrag des Ausschusses persönliche Erläuterungen, so weit sie nötig erscheinen.

Der Ausschuß empfindet es als ein Geschenk Gottes, daß seine Beratungen in brüderlicher Wahrhaftigkeit und Liebe geführt wurden und ein Ergebnis hatten, das von den Mitgliedern einstimmig gebilligt wurde, und dankt für alle Fürbitte.

An schriftlichem Beratungsstoff hatte der Ausschuß den Entwurf Bruder Bauderts, dessen Überarbeitung durch Bruder Goerlitz, den Entwurf von Bruder Heinrich Garve und Genossen, einen Entwurf Bruder Heydes, eine kurze Erklärung Bruder Høys und schriftliche Vorschläge.

H. Merian, Schriftführerin

Bemerkenswert und hilfreich für das Verständnis des Wortes der Synode sind die ausführlichen Erläuterungen von Bruder W. Goerlitz; sie sind im Protokoll nur kurz erwähnt, aber im Bericht von Bruder W. Reichel wörtlich abgedruckt worden.⁵³

»Ein Wort der Synode«: *Wir empfehlen die Überschrift so zu fassen, damit sie nicht irgendwie sensationell wirken kann. Die Einleitung betont, an wen die Synode ihr Wort richtet. Zu einem Wort über den Kirchenstreit sind wir, betont der Ausschuß, nicht berufen. Ob unser Wort auch einem größeren Kreis und einzelnen innerhalb unserer Gemeinde zur Klärung und Stärkung dient, dürfen wir dem Herrn überlassen. Wir wollen und dürfen nicht andere Menschen richten; unser Wort soll der Prüfung der Geister dienen.*

Teil 1 handelt von den Grundlagen unseres Christenglaubens. – Absatz 1 spricht sie aus in ihrem für alle Zeiten geltenden allgemeinen Inhalt. Er betont die alleinige Offenbarung Gottes in seinem Wort, das Alte und das Neue Testament als den Grund der Offenbarung, Jesum Christum als den Heiland der Sünder.⁵⁴

Absatz 2 und 3 betonen gerade jetzt angegriffene Stücke dieser Gottesoffenbarung. Diese Ausführungen richten sich mit Bewußtsein gegen irreführende Anschauungen, von wem sie auch vertreten werden, nicht gegen einzelne Persönlichkeiten.

Absatz 2 betont die Heilswirksamkeit Gottes in seinem Volk Israel für die gesamte Menschheit, ein Stück der Gottesoffenbarung, zu dem wir uns gerade jetzt um der Wahrheit willen bekennen müssen. Die ganze Geschichte des Volkes Israel und vor allem die Verurteilung Jesu durch seine Volksgenossen zeigt nicht speziell die Verlorenheit des Volkes Israel, sondern die Verlorenheit des gesamten Menschengeschlechtes. Das Entsprechende gilt vom Kreuz sowohl als Gericht wie auch als Liebesoffenbarung.⁵⁵

⁵³ Bericht, 41–44.

⁵⁴ Im Nachlaß von G. Reichel sind neben der Überarbeitung des Baudertschen Entwurfs von W. Goerlitz, dem Entwurf von G. Heyde auch einzelne schriftliche Vorschläge vorhanden. Daraus können wir feststellen, daß dieser erste Absatz aus der »Überarbeitung« von W. Goerlitz stammt.

⁵⁵ Absatz 2 entspricht fast wörtlich einem Vorschlag von G. Reichel. Neben dieser kürzeren Fassung hatte er auch eine erweiterte Fassung niedergeschrieben:

»Das ›Wort vom Kreuz‹ sagt uns, daß der Allmächtige sich unsrer Menschheit angenommen hat. Sie hatte die Hand ihres unsichtbaren Königs losgelassen, war in Götzendienst versunken (Röm. 1,19–23) und hatte sich auf den Weg der Selbsthilfe und Selbstverherrlichung gestellt (1. Mose 11,4, ›daß wir uns einen Namen machen‹). Da

Absatz 3 lehnt ausdrücklich andere Quellen der Offenbarung Gottes ab. In der Gegenwart spielt eine Hauptrolle die angebliche Offenbarung Gottes in den besten inneren Kräften des Menschen und in völkischen Vorzügen. Wir stellen, wie der letzte Satz in Absatz 2 unmißverständlich sagt, völkische Vorzüge nicht in Frage, aber mit der Verkündigung der Erlösung durch Gottes Gnade haben sie nichts zu tun. Gegenüber der Betonung artgemäßer Religion bekennen wir uns zu Jesu Missionsauftrag an alle Völker und Rassen.⁵⁶

Absatz 4 bekennt den Gott der Heiligen Schrift als den Herrn über die gesamte Schöpfung und ihre Geschichte; alles irdische Geschehen dient der Verwirklichung seines Willens in Gericht und Gnade, bis das Ziel der Geschichte, die Erlösung der Gesamtschöpfung in einer neuen Welt vollendet wird.⁵⁷

Teil 2 richtet sich an unsere Gemeinen und Gemeinschaften. Wir bekennen als ihre Vertreter die Untreue der Gemeinde gegen Gott und Gottes Langmut mit uns. Wir richten an unsere Geschwister – und damit auch an uns selbst – die

griff Gott richtend und rettend ein. Er zerstreute sie und nahm sich eines Menschenkin- des in seiner Not und Ohnmacht an. Der kinderlose Abraham ließ sich aus dem Göt- zendienst herausnehmen und wurde zum Anbeter des wahren Gottes. Er erfuhr seine Wunderhand und wurde zum Vater eines Volkes, das Zeuge des Allmächtigen und seines Tuns inmitten der Völker sein sollte. Israel sollte dem unsichtbaren König, dem wahren Hirten und Arzt aller Völker zur Verfügung stehen, sich von ihm führen und heilen lassen, das Volk des Gottvertrauens, des Gehorsams, der Nächstenliebe werden und so zum Segensträger inmitten der Menschheit. Aber es widerstrebte dieser rettenden Hand, wie es unsere Menschenart ist, sich dieser Hand zu entziehen. Es widerstrebte auch, als der unsichtbare König in Jesus Christus unter sein Volk trat. ›Er kam in sein Eigentum, aber die Seinen nahmen ihn nicht auf.‹ Auch diese Abweisung des Königs selbst durch sein Volk offenbart nur unsere Menschenart. Aber der König ließ *sein Volk und uns* nicht los. Geschieden von all der Sünde seines Volkes und unsrer Menschheit, stellte er sich unter all die Sünde und ließ sich in das Gericht seines Gottes unter unsere Sünde am Kreuz auf Golgatha hineinstellen. ›Siehe, das ist Gottes Lamm, welches der Welt Sünde trägt.‹ Diese ausführliche Fassung macht noch deutlicher, daß es G. Reichel um die *bleibende Bedeutung Israels* ging. Der Bund mit Abraham und seinem Volk ist ungekündigt. (Hervorhebungen vom Bearbeiter.)

⁵⁶ Der erste Teil des Absatzes, von Fr. Gaertner formuliert, wendet sich vor allem gegen die Rassenbewertung in der nationalsozialistischen Weltanschauung und die Forderung der artgemäßen Religion, wie sie von seiten Deutscher Christen und der Deutschen Glaubensbewegung gefordert wurde.

⁵⁷ Der vierte Absatz will den Totalitätsanspruch Gottes unterstreichen. Die Formulierung stammt vermutlich teilweise von Fr. Gaertner und W. Goerlitz.

*Mahnung, es mit unseren Christenpflichten ernst zu nehmen, die uns gerade in der Gegenwart als besonders wichtig erscheinen.*⁵⁸

Teil 3 behandelt die Brüdergemeine als Kirche

*Absatz 1 bekennt sich dazu, daß es in einer vom Worte Gottes geschaffenen Gemeine seitens der Glieder nur Dienst und nicht Herrschaft gibt, und zwar mitarbeitenden Dienst aller, und bekennt sich zu der Führung der Brüdergemeine allein durch Jesus Christus als ihren Herrn und Ältesten.*⁵⁹

*Absatz 2 handelt von der Brüdergemeine als Freikirche. Wir sind nicht nur Freikirche, sondern auch Träger von Arbeiten in den großen evangelischen Kirchen. Wir sind uns der Gefahren der Freikirche bewußt; wir glauben aber, auch in der Gegenwart unsere freikirchliche Gestalt aufrecht erhalten zu sollen.*⁶⁰

In Absatz 3 bekennen wir uns zu der inneren Verbundenheit mit all den Kirchen und Gemeinschaften, in denen das Evangelium schriftgemäß verkündet wird, und zu der Brüder-Unität als eine Darstellung der Einheit aller Kinder Gottes nach dem Testament des Herrn in seinem Hohenpriesterlichen Gebet.

In Teil 4⁶¹ sprechen wir als Kinder unseres Volkes von unserem Volk. Wir sprechen mit Bewußtsein nicht von dem Verhältnis von Kirche und Staat, denn die Synode der Brüdergemeine ist nach der einmütigen Überzeugung der Ausschußmitglieder gegenwärtig nicht durch die Ereignisse dazu aufgerufen. »Unser Volk« ist für die meisten von uns das deutsche Volk, aber wir sind über-

⁵⁸ Teil 2 ist weitgehend von Fr. Gaertner formuliert. »Werft alle eure Sorge auf Ihn«, dürfte Zufügung von G. Reichel sein.

⁵⁹ Teil 3, Absatz 1 lehnt im zweiten Teil den menschlichen Führergedanken ab, wie er zum Teil in der Deutschen Evangelischen Kirche durch die Übernahme des Bischofsamtes weithin angenommen wurde. 1933 war es Generalsuperintendent i.R. D. Zoellner, der ihn in der lutherischen Kirche auch aufnahm, abgesehen von den Deutschen Christen. In seinem »Aufruf an alle Lutheraner« schrieb er: Die neue Gestaltung der Kirchenverfassung brauche »Bischöfe an der Spitze und keine Kirchenparlamente«. Dabei ging er allerdings nicht vom Führerprinzip in deutschchristlichem Sinn aus, sondern vom lutherischen Amtsbegriff (Klaus Scholder, Die Kirchen und das Dritte Reich, Band 1, 2¹⁹⁸⁶, 372).

⁶⁰ In Absatz 2 wird die Verbundenheit der Brüdergemeine als Freikirche mit der Landeskirche auch darum besonders unterstrichen, weil andere Freikirchen ihre Unabhängigkeit in den ökumenischen Gremien in unguter Weise ausnutzten. – Die Formulierung stammt weitgehend von Fr. Gaertner.

⁶¹ Teil 4 ist weitgehend von W. Goerlitz formuliert.

zeugt, daß auch die nichtdeutschen Mitglieder der Synode dem, was der erste Absatz enthält, im Blick auf i h r Volk beistimmen. Wir dürfen und wollen es dankbar als ein Geschenk Gottes anerkennen, daß die Pflicht zum Dienst am Volke und zur Aufopferung in diesem Dienst gegenwärtig besonders stark erkannt und ernst genommen wird. Wenn wir unsere Geschwister zu »vorbildlicher« Treue in diesem Dienst aufrufen, so ist das zu verstehen im Sinn des Schriftwortes, daß von dem, dem viel gegeben ist, auch viel gefordert wird. Auch durch diesen Dienst soll Gott verherrlicht werden. Der letzte [Satz in] Absatz 1 weist dann auf den weitaus wichtigsten Dienst hin, der uns gerade auch als Gliedern unseres Volkes aufgetragen ist.⁶²

Zum letzten Absatz: Wir reichsdeutschen Mitglieder der Synode haben – darin ist sich der Ausschuß einig – allen Grund, Gott dem Herrn für all das Gute zu danken, das er uns durch den gegenwärtigen Neuaufbau unseres Volks- und Staatslebens schenkt. Die nichtreichsdeutschen Mitglieder der Synode werden uns gewiß erlauben, das auch in dieser Erklärung auszusprechen. Aber das letzte Wort, das für unsren Kreis wichtigste Wort, spricht die Gesamtsynode aus; sie bittet um den Segen der Not und des Kampfes mit der Not. Der Herr gebe uns die Gnade, durch das Wort der Synode unseren Geschwistern und Freunden einen Dienst zu leisten und an unsrem Teil sein Reich zu fördern.«

Ein Wort der Synode

Die in Herrnhut versammelte Synode der Europäisch-Festländischen Brüder-Unität schuldet den Mitgliedern und Freunden der Gemeinde ein Wort über die Haltung der Brüdergemeinde in der Gegenwart. Dabei sind wir uns bewußt, daß wir uns nicht zum Richter über andere aufwerfen dürfen.

1.

Es geht heute um die Grundlage unseres Christenglaubens. Unser Glaubensgrund ist allein die Offenbarung Gottes in seinem Wort, das Evangelium von Jesus Christus, wie es in der Heiligen Schrift des Alten und des Neuen Testaments verkündigt wird. Als den Hauptinhalt dieses Evangeliums bekennen wir mit unseren Vätern das Wort vom Kreuz, Jesus

⁶² Dieser letzte Satz in Absatz 1 dürfte von G. Reichel stammen, dem dies besonders wichtig war, wie überhaupt der Satz »Man muß Gott mehr gehorchen als den Menschen« (Apg 5,29) damals besondere Bedeutung hatte.

Christus als den Heiland der Sünder, der uns durch sein Leben, Leiden, Sterben und Auferstehen mit Gott versöhnt und erlöst hat und in seiner Gemeinschaft zu neuen Menschen umschafft.

Das biblische Evangelium dürfen wir uns in keinem Stück verfälschen lassen. Es ist die frohe Botschaft von der Gottesliebe, die sich der gefallenen und in Götzendienst versunkenen Menschheit angenommen und das Volk des alten Bundes in ihren Dienst gerufen hat. Die Geschichte dieses von Gott erwählten Volkes zeigt den ganzen Jammer unseres Menschengeschlechts: Der Gottessohn ist in seiner Mitte als Verbrecher abgetan worden. Das Kreuz von Golgatha ist das Gericht über aller Menschen Art, zugleich aber die Offenbarung der rettenden Gottesliebe für alle Menschen. »Es ist in keinem anderen Heil, ist auch kein anderer Name unter dem Himmel den Menschen gegeben, darin wir sollen selig werden« (Apostelgeschichte 4,12).

Über Gottes Wort hinaus und neben ihm ist uns keine Offenbarung Gottes gegeben. Daran dürfen wir uns durch nichts irre machen lassen, das haben wir zu bezeugen. Wir müssen gegenwärtig an unserm Teil alles tun, daß wir mit unserer Jugend nicht irregeführt werden durch Zeitströmungen, die die Rettung des Sünders durch Christus ersetzen wollen durch Verehrung des göttlichen Adels des Menschen oder in die Verkündigung der Gnade Gottes völkische Vorzüge hineinmengen wollen. Gegenüber der Betonung artgemäßer Religion halten wir fest an der Ausbreitung des Evangeliums unter allen Völkern und Rassen als an einem Auftrag, den der Herr seiner Gemeinde gegeben hat.

Wir bekennen auf Grund der Heiligen Schrift, daß Gott der unumschränkte Herrscher über seine gefallene Schöpfung ist. Alle Ereignisse in der Natur, in der Geschichte wie im Leben des einzelnen dienen der Ausrichtung seines Willens, bis er die Erlösung in einer neuen Welt vollendet.

2.

Unsere Gemeinen und Gemeinschaften haben wie alle christlichen Gemeinden in der Kraft des Heiligen Geistes das Wort vom Kreuz durch Lehre und Wandel in aller Welt zu bezeugen. Wir bekennen für unsere Brüder-Unität in der gegenwärtigen Stunde unsere Armut an heiligem Geist. Wir bekennen die Untreue unserer Gemeinde, unser völliges Versagen vor Gott. Zugleich bezeugen wir Gottes unwandelbare Treue und Langmut.

Voll Dank gegen die grundlose Barmherzigkeit des heiligen Gottes ermahnen wir unsere Geschwister:

Werft alle eure Sorge auf Ihn;

Bittet um den Heiligen Geist, daß er uns das Wort Gottes lebendig mache;

Lest täglich eure Bibel und benutzt fleißig euer Gesangbuch;

Sammelt euch unter Gottes Wort;

Gedenkt des 13. Augusts 1727:

Vergebt einander, wie Christus euch vergeben hat;

Redet nicht lieblos übereinander;

Gedenkt einander in täglicher Fürbitte;

Übt Zucht in geschwisterlicher Vermahnung;

Dient jederzeit freudig dort, wo die Gemeinde euch braucht;

Stellt euch hinter die Werke unsrer Gemeinde.

3.

Unsere kirchliche Ordnung ist darauf aufgebaut, daß das Wort Gottes, das die Herzen persönlich erfaßt, Gemeinde schafft, in der alle Glieder zu dienender Mitarbeit verbunden und berufen sind. Es soll unter uns keine menschliche Herrschaft geben, da Jesus Christus allein Herr und Haupt seiner Gemeinde ist. Darum konnten unsere Väter, als sie angesichts der Neubesetzung des Amtes für die innerste Leitung der Gemeinde völlig ratlos waren, die Sorge für die geistliche Führung Christus selbst überlassen (Ältestenamt Jesu). Seitdem haben wir in unserer Mitte kein menschliches Amt, von dem wir solche Führung erwarten. Auch heute brauchen wir es nicht.

Die Brüdergemeinde ist eine Freikirche geworden, ohne mit wesentlichen Teilen ihrer Arbeit aus dem Rahmen der Gesamtkirche herauszutreten oder mit ihrem freikirchlichen Charakter einen Gegensatz zu anderen evangelischen Kirchen zu betonen. Wir erkennen die Gefahr, die jeder Freikirche droht, daß sie ihre Überlieferung und eigene Erlebnisse über Christus stellt. Wir hören aber zur Zeit keinen Ruf Gottes, unsere freikirchliche Gestalt aufzugeben.

Wir bezeugen zugleich den ernstesten Willen, mit allen Kirchen und Gemeinschaften, in denen das Evangelium von Jesus Christus schriftgemäß verkündet wird, verbunden zu sein. Wir wissen uns dabei durch das Testament des Heilandes (Joh 17,21) verpflichtet, gemeinsam mit den außerdeutschen Teilen unserer Brüdergemeinde auch unsererseits die Einheit der Kinder Gottes in aller Welt zu bewahren und zu fördern.

4.

Wir wissen uns durch Gott in unser Volk hineingestellt und zu hingebendem, selbstaufopferndem Dienst seinem zeitlichen und ewigen Heil verpflichtet. Wir begrüßen es als eine Gabe Gottes, daß die Erkenntnis dieser Verpflichtung gegenwärtig besonders stark erwacht ist. Darum bitten wir unsere Mitglieder und Freunde, auch in diesem Dienste durch vorbildliche Treue Gott zu verherrlichen! Den höchsten Dienst aber leisten wir unserm Volke dadurch, daß

wir im unbedingten Gehorsam gegen Gottes Wort beharren und uns freudig inmitten unserer Volksgenossen zum Evangelium bekennen.

Wie jeder von uns betend hinter seiner Regierung steht, so danken im besonderen wir reichsdeutschen Mitglieder der Synode Gott für alles Gute, das er unserem Vaterland in seinem Neuaufbau schenkt. Wir verbinden uns zu treuer Fürbitte für Volk, Staat und Führer. Die ganze Synode aber ist einig in der Bitte zu Gott, daß er durch die Not der Gegenwart und den Kampf mit ihr vielen Menschen das Ohr für das Evangelium öffne.

Sein Name werde geheiligt;

Sein Reich komme;

Sein Wille geschehe!

Herrnhut, den 8. Februar 1935

Die Synode
der Europäisch-Festländischen Brüder-Unität

Überblickt man die Debatte der Synode, so ist deutlich, daß der Kenntnisstand der Synodalen hinsichtlich des Kirchenkampfes sehr unterschiedlich war. Nur ein kleiner Teil von ihnen war unmittelbar mit den Auseinandersetzungen konfrontiert worden. Dabei muß man wissen, daß ein wirklicher Überblick nicht leicht zu gewinnen war: Die Presse war gleichgeschaltet und zensiert; die kirchlichen Blätter unterrichteten sehr unterschiedlich. Wieweit auf der Synode in den ›freien Besprechungen‹ eine Information und Verständigung erfolgte, wissen wir nicht, da es davon keine Aufzeichnungen gibt. Jedenfalls kam es in der Synode zu einem offenen brüderlichen Gespräch ohne harte Auseinandersetzungen.

Deutlich war bei den Synodalen das Bewußtsein vorhanden, daß eine Erklärung in der damaligen Zeit unter Umständen schwerwiegende Konsequenzen haben könnte. Namentlich die Direktion mahnte nachdrücklich zu »vorsichtigem Handeln« in nüchternem Bedenken möglicher Folgen. Dabei wird man deutlich unterscheiden müssen zwischen einem unbeteiligten Sich-zurückziehen auf die unangefochtene Stellung in der Freikirche und dem verantwortlichen Fragen nach dem Auftrag in der Situation. Von den 30 Synodalen, die sich an der Debatte beteiligt haben, waren 23 Theologen oder Pädagogen mit theologischer Ausbildung und Diasporaprediger und Missionare.

Im Blick auf die Erklärung der Synode wurde von den Synodalen ein klares Wort »gegenüber den Angriffen auf die Heilige Schrift«, eine Stellungnahme »zu den heutigen Irrtümern« gefordert, ein Bekenntnis zur »Bibelwahrheit«, zur »Heilswahrheit, die allen Völkern und Rassen gilt«, ein »klares Bekenntnis zum

Sündenheiland«; es sollte ein »schriftgemäßes« Wort sein, »aufbauend« und »missionarisch«, ein Wort, das »zum innersten Mittelpunkt« der Botschaft des Evangeliums weist. Es sollte »nicht polemisch«, »nicht im Streitgeist« gesprochen werden, ohne ein »Einmischen in den Kirchenkampf«; Namen wie Rosenberg sollten nicht genannt werden.

Obwohl im Baudertschen Vorschlag, der also von einem Mitglied der Direktion verfaßt worden war, aus der Barmer Erklärung (mit einem Hinweis auf diese) zitiert wurde, und von einer beträchtlichen Zahl der Synodalen eine Zustimmung oder ein Hinweis auf die Barmer Erklärung gefordert wurde, entschied schließlich die Mehrheit von 33 gegen 5 der stimmberechtigten Synodalen, in dem Wort die Barmer Erklärung »nicht ausdrücklich zu erwähnen«, da sie »auch ein Dokument des Kirchenkampfes« sei. Das galt abgesehen von den 6 Thesen, die jeweils mit einem Bibelwort beginnen und mit einer Verwerfung enden, vornehmlich von den einleitenden und abschließenden Abschnitten mit den Folgerungen für das kirchliche Handeln. Obwohl die »inneren Hauptanliegen« der Bekennenden Kirche »von Anfang an unser aller Anliegen« gewesen seien, wie Th. Marx erklärte, sollte es »eine eigene Erklärung ohne Gegensatz zur Barmer Erklärung« sein.

Ausdrücklich wurde gebeten, daß in der Berichterstattung »nicht von einer Ablehnung der Barmer Erklärung« gesprochen werde. Und auf die Frage von Fr. Gaertner, ob die Synodalen von der positiven Einstellung zur Barmer Erklärung berichten dürften, erklärte Th. Marx, er habe »keinerlei Bedenken« dagegen.

Im Blick auf das Wort der Synode ist besonders bemerkenswert, wie in Teil I Absatz 2 eine sehr klare Distanzierung vom Antisemitismus der nationalsozialistischen Weltanschauung erfolgt ist. Dabei ist deutlich von der bleibenden Bedeutung Israels gesprochen, was in dem ausführlicheren ersten Entwurf von Gerhard Reichel noch deutlicher wird, wenn es dort heißt: »Er kam in sein Eigentum, aber die Seinen nahmen ihn nicht auf. Auch diese Abweisung des Königs [Jesus Christus] selbst durch sein Volk offenbart nur unsere Menschenart. Aber der König ließ sein Volk und uns nicht los. Geschieden von all der Sünde seines Volkes und unsrer Menschheit, ... ließ [er] sich in das Gericht seines Gottes über unsere Sünde am Kreuz auf Golgatha hineinstellen. ›Siehe, das ist Gottes Lamm, welches der Welt Sünde trägt‹« (vgl. Anmerkung 53). Von der Substitutionslehre, in der an die Stelle des »verworfenen Israel« die christliche Gemeinde rückt, die auch die Verheißungen nur für sich als »das neue Volk Gottes« in Anspruch nimmt, wie sie seit Jahrhunderten in der Kirche weithin verbreitet war und gerade damals in der Zeit der Juden-

verfolgung im Dritten Reich eine Rolle spielte, ist die Synode damit klar abgerückt.

Es ist überraschend, daß über die Stellungnahme gegen den Antisemitismus und ein Wort zu Israel in der Synodaldebatte gar nicht gesprochen wurde. Offenbar – so ist zu vermuten – war darüber in den Freien Besprechungen schon eine Klärung erfolgt. Gerhard Reichel, von dem die Formulierung stammt, hatte von Anfang an, schon 1932, vor allem aber 1933 und 1934, in seinen Predigten, deren Nachschriften vorhanden sind, gegenüber den antisemitischen Äußerungen auf die bleibende Bedeutung Israels und unsere Hoffnung für Israel aufgrund der Verheißungen hingewiesen. Für weite Kreise der christlichen Kirche wurde der Antisemitismus als Kern der nationalsozialistischen Weltanschauung leider lange nicht ernstgenommen, sondern als Randerscheinung betrachtet.

Hellmut Reichel

Anlage 1

Vorschlag B a u d e r t für die Erklärung der Synode

Im Kreis unsrer Mitglieder und Freunde ist verschiedentlich die Meinung geäußert worden, die Synode solle eine Erklärung zum Kirchenstreit abgeben und womöglich einmütig in ihm Partei ergreifen. Die Synode hat sich eingehend mit der kirchlichen Lage beschäftigt, ist aber davon überzeugt, daß es nicht ihre Aufgabe ist, mit einer Erklärung in diesen Kampfeinzugreifen.

Eine kirchenpolitische Stellungnahme würde, wie die Dinge heute liegen, wahrscheinlich nicht veröffentlicht werden dürfen, während uns doch daran liegen muß, mit dem, was wir zu sagen haben, an unsre Gemeinden nicht nur, sondern an unsre über ganz Deutschland und über die deutschen Grenzen hinaus verstreuten Mitglieder heranzukommen. Vor allen Dingen aber sind wir der Ansicht, daß wir als selbständige, wenn auch kleine Freikirche gar nicht das innere Recht haben, in die Verhältnisse der evangelischen Kirche Deutschlands und in ihre Streitigkeiten einzugreifen, zumal wir die Lage und die Zusammenhänge keineswegs durchschauen.

Nicht darum also konnte es sich handeln, zu fragen, was wir zu der kirchlichen Lage in Deutschland zu sagen haben, sondern darum ging es für uns, zu fragen, was Gott uns, unsern Gemeinden, unsern Mitgliedern und den mit uns eng verbundenen Kreisen durch die Vorgänge und das geistige Erleben der

letzten Zeit zu sagen hat. Wir sind in den Aussprachen unsrer Synode dabei auf folgende Punkte geführt worden:

1. Heute geht es um die *K i r c h e*. Die Kirche ist nach dem Neuen Testament der sichtbare Leib des unsichtbaren Herrn und Heilandes; von seinem Geist wird sie durchwaltet; sie hat die Aufgabe, durch Wort und Werk die Ehre ihres Herrn zu verkündigen.

Vor 200 Jahren, als der Herr unsrer Gemeinde das Leben gab, hat er in ihr Kirche geschaffen. Wenn wir uns aber vor das Bild stellen, das das Neue Testament von der Kirche zeichnet, so müssen wir bekennen, daß wir, obwohl wir uns Brüdergemeine nennen, heute keine Gemeinde Jesu Christi sind.

Wie können wir es wieder werden? Eine Kirche wird nicht dadurch gebaut, daß Menschen, die sich Christen nennen, eine Verfassung machen oder sonst eine Organisationsform schaffen. Durch die Kirchenordnung, die auf unsrer Synode angenommen und behandelt worden ist, und jetzt in neuer Gestalt herausgegeben wird, wird darum auch bei uns nicht Kirche Christi gebaut.

Wir wissen keinen andern Weg, als daß wir uns demütig im Bewußtsein unsrer Armut und Not vor dem beugen, der allein durch seinen Geist neues Leben wecken und auch in unsrer Zeit wieder Kirche schaffen kann, und ihn bitten: Erneure unsre Tage wie vor alters!

2. Heute geht es um die *G e m e i n d e*. Die Gemeinde Jesu Christi ist eine glaubende und bekennende Gemeinde. Der Heiland hat seinen Jüngern gesagt: Ihr seid das Salz der Erde; ihr seid das Licht der Welt; er hat ihnen den Auftrag gegeben: Gehet hin und lehret alle Völker!

Wir wissen aus der Geschichte unsrer Gemeinde, daß sie von dem Tag, da der Herr ihr das Leben gab, Zeugendienst für ihn tat; erst in ihrer Umgebung, bald auch unter den Heiden. Durch alles, was wir heute erleben, werden wir aufgerufen, Bekenntnis für den Herrn abzulegen, und wir freuen uns dankbar, daß Bekenntnisgemeinden in diesem Sinne entstehen.

Sind w i r eine Bekenntnisgemeinde? Es genügt nicht, daß wir Boten unter die Heiden senden und sie mit unsern Beiträgen unterstützen, wenn wir nicht bereit sind, selbst als bekennende Gemeinde mit Wort und Werk für unsern Herrn Zeugnis abzulegen. Unsere Missionsarbeit wird nur dann unter Gottes Segen stehen, wenn wir eine Gemeinde von Zeugen Jesu Christi sind.

3. Heute geht es um *V o l k* und *V a t e r l a n d*. Die Brüder, die auf der Synode zusammenkamen, gehörten verschiedenen Nationalitäten an. Die Verpflichtung ihrem Volk und Vaterland gegenüber war bei ihnen, der Stellung des

einzelnen entsprechend, verschieden stark. Sie waren sich aber alle darin einig, daß wir als Christen und Glieder unsrer Gemeinde nicht nur dem Kaiser geben sollten, was des Kaisers ist, sondern fürbittend für unsre Obrigkeit einzustehen hätten und für alle, die Verantwortung tragen. Wir sollen darum beten, daß sie bei ihren Entscheidungen und Entschlüssen vom Geist Gottes sich leiten lassen, der ein Herr ist über alle Könige.

Weil wir dessen gewiß sind, bringen wir bei aller Liebe zu unsern Völkern und ihren Herrschern und bei dem schuldigen Gehorsam gegen die Obrigkeit deutlich zum Ausdruck, daß für uns als Christen der Totalitätsanspruch Gottes über dem Totalitätsanspruch des Staates steht. Unsere Väter haben einst ihre Heimat verlassen um ihres Glaubens willen. Möchte Gott uns bereit machen, wenn er es von uns verlangen sollte, Leib und Leben willig für ihn hinzugeben, wie wir bereit sind, es für unser Vaterland zu tun.

4. Heute geht es um das *Führerprinzip*. Der Führergedanke, der im Deutschen Reich Anerkennung gefunden hat, findet in der Kirche sein Recht und seine Begrenzung darin, daß Gott durch seinen Geist einzelne zu Führern beruft, wenn es ihm gefällt. Tut er es, so muß die Gemeinde einem solchen Führer Raum geben, seinen Auftrag auszurichten. Sie ist aber dadurch nicht von der Pflicht entbunden, sein Handeln der Prüfung im Geiste Jesu zu unterziehen.

In unserer Geschichte hat sich, nachdem sie zeitenweise durch einen geistbegabten Mann (Zinzendorf) geleitet worden war, eine kollegiale Leitung der Kirche und der Gemeinde als der für uns gewiesene Weg ergeben. Wir glauben aber, daß die im Blick auf die Leitung der Gemeinde in der Kirchenordnung niedergelegten Bestimmungen nicht so verbindlich sind, daß sie nicht auf Grund göttlicher Weisung weiter entwickelt und abgeändert werden könnten.

Wir halten in Dankbarkeit gegen die Führung Gottes in der Vergangenheit an unserm Erbe fest, sind aber dafür offen, daß wir in Zukunft anders geführt werden können. Heute sehen wir keine Nötigung, eine Änderung vorzunehmen.

5. Heute geht es um das *Wort Gottes*. Jesus Christus, wie er uns in der Heiligen Schrift bezeugt wird, ist das *eine Wort Gottes*, das wir zu hören, dem wir im Leben und Sterben zu vertrauen und zu gehorchen haben (Theologische Erklärung der Bekenntnissynode in Barmen). In ihm haben wir das Leben; er ist der Weg und die Wahrheit.

Es ist uns in unseren Besprechungen aufs neue deutlich geworden, wie groß heute die Gefahr ist, daß neben diesem einen Worte Gottes noch andere Quellen und Offenbarungen gesucht und Menschliches, Gewordenes, Geschichtli-

ches an die Stelle dessen oder neben das gesetzt wird, was Gott uns in ihm gegeben hat.

Wir bitten deshalb alle unsre Brüder und Schwestern, sich nicht verführen zu lassen. Wir wollen acht geben, daß der Weg Rosenbergs nicht der Weg unsrer Jugend werde. So dankbar wir sind für die Führung Gottes in der Geschichte, so hoch wir denken von den nationalen Gütern, Volkstum, Blut und Boden: Quelle der Offenbarung Gottes ist für uns nur allein das Wort unsers Gottes, das da bleibt in Ewigkeit. Wir müssen und wollen es festhalten, daß in keinem andern Heil ist, auch kein anderer Name unter dem Himmel den Menschen gegeben ist, darin wir sollen selig werden, als nur der Name Jesu Christi.

Anlage 2

Brief von Fr. Gaertner

Breslau, den 24. Januar 1935

An die

Mitglieder Synode!

Hiermit übersende ich den Synodalen einen Sonderabzug eines von mir verfaßten Artikels aus dem Rundbrief Nr. 8 brüderischer Gemeindienen »Zur Lage der Brüdergemeine der Gegenwart«. (Die Brüder, die bereits Empfänger des Rundbriefes brüderischer Gemeindienen sind, erhalten den Sonderabdruck nicht.) Ich bitte die Brüder, sich mit den hier geäußerten Gedanken bereits vor der Synode auseinanderzusetzen, um so die Aussprache auf der Synode über die von ihr zu gebende Erklärung vorzubereiten, bzw. zu entlasten.

Im Blick auf die von der Synode abzugebende Erklärung zur Lage der Brüdergemeine der Gegenwart sind folgende Punkte unbedingt zu berücksichtigen:

I.

*Ist es nicht eine Tatsache, daß die Brüdergemeine seit 150 Jahren sich daran gewöhnt hat, bei allen kritischen Auseinandersetzungen die *W a h r h e i t s - f r a g e* der *E i n h e i t s f r a g e* unterzuordnen? Diese Haltung wurde mit dem Hinweis auf den 13. August als in der Gemeine fortwirkende Erfahrung des Wortes vom Kreuz ausgelegt. Sind darum nicht Aussprachen über die Wahrheitsfrage um der Einheit der Brüdergemeine willen vorzeitig abgebrochen worden? Lebt darum nicht die Gemeine als Ganzes seit langem schon auf dem Boden ihres Ursprunges nur noch in einer weithin verweltlichten Form? Die Erfahrung des 13. August 1727 bedeutete die Ueberwindung des frommen Ich angesichts des Kreuzes Jesu Christi. Heute bedeutet die Feier des 13.*

August für das Allgemeinbewußtsein der Geschwister zum Teil nicht viel mehr als »leben und leben lassen«.

II.

Die Rechtfertigung der Existenz des alten Herrnhut war der Glaube an die allein am Kreuz Christi vollbrachte Versöhnung. Aus diesem Glauben erwachsen die Werke der Gemeine (Mission, Gemeinschaftspflege, Erziehung). Haben wir heute nicht zum Teil »unsere Werke« so weit von der Glaubensgrundlage gelöst, daß sie uns dazu dienen müssen, unser Existenzrecht vor andern Gemeinschaften und Kirchen, ja vor Gott zu erweisen? Sind uns die Werke wirklich noch Lebensäußerung des Glaubens der Gemeine? Oder haben wir nicht vielmehr aus ihnen etwas Besonderes gemacht, was wir nun als Leistung der Brüdergemeine vor Gott bringen zu können meinen?

In diesen Zusammenhang gehört auch die Rede davon, daß die Brüdergemeine etwas Besonders darstelle, eine eigne Linie zu befolgen, ihre eigene Art zu erhalten habe, usw.

III.

Die Synode hat im Blick auf die Erklärung, die die Brüdergemeine und auch die evangelischen Christen in Deutschland von ihr erwarten, dem Rechnung zu tragen, daß in Deutschland seit 2 Jahren um die Gültigkeit und Reinheit der christlichen Botschaft von der Versöhnung allein durch das Kreuz Christi gebetet, gekämpft und gelitten wird. Die Synode muß hier ein klares und eindeutiges Wort sagen. Es geht in dem kirchenpolitischen Kampf in Deutschland entscheidend nicht um einander widersprechende und sich gegenseitig aufhebende irrümliche menschliche Meinungen, um Einseitigkeiten, die allesamt unter Hinweis auf Christi Kreuz zur Ordnung zu rufen seien (um Pastorengezänk, um Konfessionalismus, Reaktion und Restauration), sondern um die Säuberung der Botschaft und der Gestalt der Kirche von allen menschlichen (religiösen, weltanschaulichen, kirchlichen und politischen) Zusätzen (allein aus dem Glauben, a l l e i n durch die Heilige Schrift, a l l e i n durch Jesus Christus, a l l e i n durch den Heiligen Geist).

Die noch vorhandene Beziehung der Brüdergemeine zur Reichskirchenregierung Müller ist abzubrechen.

Mit der vorläufigen Leitung der Deutschen Evangel. Kirche (Marahrens) ist zu verhandeln wegen des Anschlusses der Brüdergemeine im Sinne des früheren Anschlusses der Brüdergemeine an den Deutschen Evangelischen Kirchenbund.

Die Synode erklärt ihre Zustimmung zu der »Theologischen Erklärung zur

gegenwärtigen Lage der Deutschen Evangelischen Kirche« (die sogenannte Barmer Erklärung) vom 30. Mai 1934.

Die Synode darf zu keinem der genannten drei Punkte schweigen.

Die Synode darf im Blick auf die von ihr erwartete Erklärung zur Lage der Brüdergemeinde in der Gegenwart nur vom Wort Gottes ausgehen.

gez. Fr. Gaertner.

Ihr Einverständnis haben erklärt die Brüder W. Hafa, Alf. Schröter.

Anlage 3

Vorschlag Bruder Høy

Heute geht es um die Seelen und darum, daß der Geist Gottes zur Herrschaft kommt. Die Brüdergemeinde wünscht aus diesem Grunde mit allen denen zusammenzustehen, die unsern Mitmenschen zur Bekehrung und zu einer persönlichen Erfassung des Heils in dem Gekreuzigten helfen wollen und ihnen das, was Jesaja 54,4 und 5 steht, zum bewußten Eigentum wird, so daß sie mit ihrem Leben unter die Herrschaft des Geistes Gottes kommen.

Anlage 4

Vorschlag von Laienbrüdern für eine Erklärung

Die Entwicklung unserer Brüdergemeinde hat dazu geführt, daß wir eine Freikirche geworden sind, so daß wir völlig selbständig sowohl neben als auch in der Landeskirche stehen. Daraus ergibt sich, daß die kirchlichen Kämpfe der Gegenwart unsere Brüdergemeinde als solche nicht berühren. Bei der engen Verbundenheit unserer Kirche und vieler ihrer Diener zur evangelischen Sache Deutschlands ist es aber selbstverständlich, daß wir an diesen Kämpfen i n - e r l i c h tiefen Anteil nehmen.

Da uns Gottes Führung zu einer Freikirche gemacht hat, ist es damit auch unsere klare Aufgabe, nicht in diesen Streit der evangelischen Kirche einzugreifen. Wer diese Haltung als feige oder lau kritisiert, weicht von der geschichtlichen Linie der Brüdergemeinde ab. Gerade im Sinne Zinzendorfs muß es unsere Aufgabe bleiben, nach wie vor eine offene Tür all denen zu bieten, welchen das Evangelium als Herzenssache über all dem Streit steht. Dadurch

können wir vielleicht nach so mancher Richtung hin einen Dienst am Evangelium tun. Deshalb muß es Aufgabe der Brüdergemeine, und zwar sowohl ihrer Leitung als jedes einzelnen Mitgliedes, bleiben, zu vermeiden, daß wir in dieser Zeit der kirchlichen Verwirrung dieses besonders köstliche Gut dahingeben, mit dem wir in den gegenwärtigen Kampfzeiten gern jedem dienen möchten.

Die innere Richtlinie der Brüdergemeine bleibt und ist allein die Heilige Schrift alten und neuen Testaments, an deren Heilslehre alle Völker und alle Rassen teilhaben sollen, und an den vielen Stellen, an denen unsere Brüdergemeine dieser durch die Heilige Schrift gegebenen Richtlinie nicht entspricht, muß es ganz besonders in der Gegenwart unser aller Aufgabe sein, zur Treue unserer Väter zurückzukehren.

Begründung: Da gerade unzählige ernste evangelische Laien dieses ganzen Kirchenhadens müde sind, machen wir hiermit unsererseits den Vorschlag für eine ganz kurze allgemein verständliche Erklärung.

Heinrich Garve

W. Schubert

W. Kersten

Gerhard Schmidt

G. Nischwitz

R. Wurr

Th. Tietzen

Th. Kachler

F. Jansa

F. Jung

G. Winter

G. Staude.



Brüdergemeine Zeist vor 1940

Die Aufnahme des »Wortes der Synode« und die Verhandlung dazu auf der Synode 1937

von
Hellmut Reichel

Das »Wort der Synode« von 1935 wurde nicht nur durch die Synodalen in den Gemeinden bekannt gemacht und im Wochenblatt »Herrnhut«¹ veröffentlicht, sondern auch als Sonderdruck an die auswärtigen Mitglieder und Freunde der Brüdergemeine und an die Diasporagemeinschaften versandt. Es hat, wie es im Bericht der Direktion heißt, »vielfach Zustimmung gefunden«. In Basel erhielt es auch Professor Karl Barth, vermutlich durch Mitglieder der Brüdersozietät. Bruder Harald Gammert, der damals Brüderpfleger in Basel war, teilte Bruder Gaertner mit, Karl Barth habe »sich anerkennend über den theologischen Gehalt dieses »Wortes der Synode« ausgesprochen«².

Im März 1937 wandte sich die Direktion (DUD) in einem Aufruf im »Herrnhut« Nr. 12 an die Brüdergemeinmitglieder, die gleichzeitig der EKD angehörten, und bat sie im Blick auf die Wahlen zu einer allgemeinen Synode der EKD »das ihnen zustehende Wahlrecht auch als Wahlpflicht anzusehen. Wir erinnern sie dabei an das »Wort der Synode« vom 8.2.1935. Dies Wort, das die Synode einstimmig beschloß, kennzeichnet deutlich die innere Haltung unserer Brüdergemeine. Wir bitten darum die Geschwister, die sich an der Wahl beteiligen, in dieser für die Kirche entscheidenden Stunde ihre Stimme im Sinne dieses Wortes abzugeben.«³

Auf der Synode 1937, die vom 25. bis 29. Mai in Herrnhut stattfand, wurde erneut über das Verhältnis der Brüdergemeine zur EKD im Blick auf den Kirchenkampf verhandelt. In der 4. öffentlichen Sitzung am 25.5. hielt zunächst Bruder Heinz Renkewitz einen Vortrag über »Die Brüdergemeine und das Bekenntnis«⁴.

¹ »Herrnhut« Nr. 7 vom 15. Februar 1935.

² Rundbrief Nr. 9 vom 10. Juni 1935.

³ »Herrnhut« Nr. 12 vom 19.3.1937, 82. Darin wurde das Wort der Synode noch einmal abgedruckt.

⁴ Der Vortrag liegt gedruckt vor, Missionsbuchhandlung Herrnhut 1937.

Renkewitz begründete in diesem Vortrag zunächst, warum »die Gemeinde« vor dem »Bekenntnis« in der Brüdergemeinde Vorrang habe, geht es doch in der Gemeinde um »lebendige Zeugenschaft für Jesus Christus«. Schon Zinzendorf hatte sich gegen eine Verpflichtung auf die Bekenntnisschriften beim Eintritt in den sächsischen Staatsdienst gewehrt. Glaubensbekenntnisse könnten kein für alle Zeiten bindendes Lehrsatz sein, sie seien vielmehr immer an der Heiligen Schrift zu messen. So ist bis heute für die Brüdergemeinde die Heilige Schrift Alten und Neuen Testaments alleinige Richtschnur christlichen Glaubens und Lebens.

In einem zweiten Teil führte Renkewitz aus, wie das »Augsburgische Bekenntnis« von 1530 für die Brüdergemeinde um der Verbundenheit mit den reformatorischen Kirchen willen wichtig wurde. Die äußere Annahme einer bestimmten Lehre genüge aber nicht. Darum brachte Zinzendorf der Gemeinde in seinen Reden über die Augsburgische Confession diese als lebendiges Bekenntnis nahe: »Seine Wahrheiten sind Grundwahrheiten und Herzwahrheiten.«⁵ Am Schluß dieses zweiten Teiles heißt es: »Wir haben in unserer Kirchenordnung einen Lehrparagraphen.«⁶ Er erstrebt nicht Vollständigkeit, sondern hebt nur einzelne Punkte heraus, die je und dann besonders wichtig gewesen sind. Hier zeigt sich wieder ein Stück lebendiger Bekenntnisbildung: daß einzelne Wahrheiten zu besonderen Zeiten besonders hervorgehoben worden sind ... Selbstverständlich haben diese Ausführungen nicht dieselbe Bedeutung erlangt wie das Augsburgische Bekenntnis. Aber sie sind bis heute in Geltung. In diesen Zusammenhang gehört auch das Wort der Synode 1935, das ein solches Bekennen in der Gegenwart sein will.«⁷

Nach diesem Vortrag von Renkewitz trat die Synode »in die Aussprache über die Kirchenfrage«, die auch in der 5. öffentlichen Sitzung am Vormittag des 26. Mai fortgesetzt wurde. Wir zitieren im folgenden aus dem P r o t o k o l l der beiden Sitzungen:

Bruder Vogt stellt die Frage: ob es ins Bewußtsein der Geschwister überall schon eingedrungen sei, was hinter dem heutigen Kirchenkampf stünde; und ob wir deshalb nicht die Pflicht hätten, die Gemeinen in die Lage einzuführen?

Bruder Goerlitz weist auf die außerordentlichen inneren Gefahren der Abseitsstellung für uns hin, in der wir sogar Vorteile für uns aus dem Kampf der Kirche zögen. Unsere Anteilslosigkeit beruhe auf Unkenntnis, wir gin-

⁵ Ebenda, 10.

⁶ Kirchenordnung 1935, § 8.

⁷ Renkewitz: Die Brüdergemeinde und das Bekenntnis, 13.

gen an der Wirklichkeit vorüber und betrachteten den Kampf als die Sache anderer Leute. Dabei sei unser Kirchenbesuch nicht in Ordnung.

Bruder Uttendörfer fügt hinzu, die Kenntnisnahme der Gemeinen vom Kirchenkampf müsse verkehrte Folgen haben, wenn nicht unsere Teilnahme an der Kirchenschuld dabei in den Mittelpunkt gerückt würde.

Bruder G. Kölbing warnt vor einem rosenroten Optimismus sowie vor der Stimmungsmache durch einzelne Kampfnachrichten, es müsse die Frage nach dem Sein oder Nichtsein vor uns stehen.

Bruder Fiedler berichtet aus der Diaspora in der Landeskirche, wie die Frage immer brennender werde, ob wir unsre Säle für Bekenntnisversammlungen öffnen sollten, wenn doch der Ortspfarrer ein Deutscher Christ sei ...

...

Bruder Kachler bittet die Prediger, den vertrauenswürdigen Geschwistern doch mehr Vertrauen zu schenken und sie nicht im Dunkeln über den Kirchenkampf zu halten ...

...

Bruder Gaertner betont, daß doch im Kampf der Kirche auch über das Schicksal der Brüdergemeine entschieden werde. Er wirbt um die Teilnahme an den kostenlosen Veröffentlichungen der Bekenntnisgruppen und um Sammlung einer Schar von Geschwistern ... zum Austausch darüber. Auch vermißt er im Gebet der Kirchenlitanei ein Gedenken an die leidenden Bekenner ...

Th. Günther, Schriftführer

26.5. 8.55–9.39 Uhr

Bruder Hellmut Garve äußert sich zur Frage der Orientierung der Gemeinde über den Kirchenkampf. Er unterscheidet die Kirchenstreitigkeiten und den Kampf um Christus. Eine genauere Einführung der Gemeinde in erstere lehnt er ab, betont aber die Notwendigkeit, die Gemeinde über den Ernst des Kampfes gegen Christus nicht im Unklaren zu lassen.

...

Bruder Ernst Weber gesteht, daß sich oftmals auch der Theologe nicht zu recht findet in dem Material zum Kirchenkampf ... Freilich ahnt wohl ein großer Teil der Gemeinde nichts von dem Entscheidungskampf, der hinter all diesem Streite steht. – Der Friede, in dem wir noch leben, dürfe nicht zu einem falschen »Gott sei Dank« der Kreuzesscheu und des Pharisäismus verleiten. Das »Gott sei Dank« klingt recht, wenn es auf den Ton dankbarer Bezeugung dessen gestimmt ist, daß wir vor den Leidenschaften des Kamp-

fes bisher bewahrt wurden, und wenn es unsrer Aufgabe nicht vergißt, für das Testament des Heilandes mutig und auch kämpfend einzutreten.

Bruder Gerhard Reichel bezeugt, daß zu dem Eintreten für Christus auch das Eintreten für die Vorgeschichte der Gottesliebe gehört. Wir dürfen uns das Alte Testament als das Zeugnis dieser Vorgeschichte nicht nehmen lassen! Wir bleiben dem Heilsplan Gottes und seinem großen Ziel der Überwindung der Macht der Finsternis, die sich heute als Verführungsmacht in der ganzen Welt breit macht, verpflichtet.

Bruder Th. Marx gibt ein zusammenfassendes Schlußwort.

DUD habe die auswärtigen Mitglieder der Gemeinde im Blick auf die Kirchenwahl an das Wort der Synode 1935 erinnert. Dieses Wort, das er in den Hauptaussagen wiederholt, bedeute eine klare Absage an die »Deutschen Christen«. Doch sei es Aufgabe der Gemeinde, Gemeinschaft zu suchen und zu halten mit allen Gliedern des Leibes Christi in allen Gruppen.

Es sei ferner nicht unsre Aufgabe, mit den Einzeltatsachen des Kirchenkampfes die Gemeinen bekannt zu machen, es bestünde aber die ernste Pflicht, sie aufzuwecken und auch darauf hinzuweisen, daß im Kirchenkampf auch um die Grundlagen der Brüdergemeinde gekämpft wird. Auch wir haben den Leidensweg der evangelischen Kirche ernstlich mitzugehen und uns auch zu beugen unter die Sünden und Versäumnisse der Kirche. Auch unsre Gemeinde hat nötig eine tiefere Hineinführung in die Grundwahrheiten der Schrift. Es müssen die Zeiterscheinungen in das Licht des biblischen Worts der Offenbarung gerückt werden.

Bei der Frage nach dem rechten Bekennen muß auf folgendes geachtet werden:

1. Die Posaune [cf. 1.Kor. 14,8] muß einen klaren Ton geben in der mündlichen und schriftlichen Verkündigung.
2. In den Gemeinen muß ein Bauen von Christus her sichtbar werden, sonst versagt das Bekennen.
3. Wer nicht mit Gebet und Gabe hinter der Mission steht, verleugnet Christus.
4. Das Bekenntnis zur Unität bedeutet ein Bekenntnis zu Christus. Wir haben bei aller Treue gegen unser Volk und Vaterland an dieser Brüdergemeinschaft festzuhalten.

Der Dank für den Frieden, den wir noch haben dürfen, muß verbunden sein mit einem innersten, aus dem Umgang mit der Bibel geschöpften Wachsein für Entscheidungen, die jeden Tag nötig werden können.

Werner Keßler, Schriftführer

Rückschauende Betrachtung zur Synode von 1935

von
Hans-Christoph Hahn

Motti:

»Prinzip Hoffnung: /Genagelt/ ans Kreuz Vergangenheit./

Jede Bewegung/ treibt/ die Nägel/ ins Fleisch« (Christa Wolf).¹

»Die Geschichte ist zum großen Teil für die Historiker: Wer in ihr drinsteckt, sieht sie anders oder bemerkt sie fast gar nicht« (Alfred Döblin).²

Jesus spricht: »Wer unter euch ohne Sünde ist, der werfe den ersten Stein auf sie!« (Joh 8,7)

Die entscheidende Bedeutung der Synode von 1935 scheint mir darin zu liegen, daß damals das kirchliche Selbstverständnis der europäisch-festländischen Brüdergemeine einen Ausdruck fand, den es sich bis heute: zu betrachten und zu diskutieren lohnt. Denn abgesehen von der politischen Lage – mit ihrer für den heutigen Betrachter kaum einfühlbaren Angst vor den Unterdrückungsmethoden des nationalsozialistischen Terrorsystems³ – sind viele Fragen und Probleme,

¹ In: Von einem Land und vom andern. Gedichte zur deutschen Wende 1989/1990. Hg. Karl Otto Conrady. Frankfurt/M. (ES Leipzig 1829) 1993, 134.

² In einer Rundfunk-Ansprache, SWF BAD., 20.10.1946; in: Kritik der Zeit. Hg. Alexandra Birker. Olten (Walter) 1992, 36.

³ Um zu begreifen, warum es nach der Machtergreifung nicht mehr Widerstand gegen das menschenverachtende Nazi-Regime gab, muß man sich die lähmende Macht der Angst vergegenwärtigen. Sie ist das zentrale Phänomen zum Verständnis des Verhaltens der Normalbürger in einem terroristischen Staatsgebilde, wo Einschüchterung systematisch betrieben wird. Aus Angst will man vieles gar nicht sehen, verdrängt also; aus Angst schweigt man. Man hätte schon im Dritten Reich eine »Demo« veranstalten wollen – oder in den ersten Jahrzehnten der DDR, nachdem Panzer am 17. Juni gezeigt hatten, wie die Mächtigen darauf reagieren würden?

Wie sehr bereits im Sommer 1934 die politische Atmosphäre von Angst geprägt war, zeigt beispielhaft ein Brief eines Pädagogen: »Wie ich auf die politischen Ereignisse der letzten Wochen reagiert habe, ist eingangs angedeutet – und solche Andeutung (daß ihm elend zumute ist) ist ja schon fast zuviel, wenn man nicht Gefahr laufen will, sich selbst

und Frau und Kinder unglücklich zu machen. Übrigens ist die Stimmung hier (in Frankfurt/M.) fast in allen Kreisen, mit denen wir in Berührung kommen, die gleiche. Aber über dergleichen Dinge kann man sich ja heutzutage in Deutschland nur mündlich unterhalten, auf freiem Feld, wenn niemand in Hörweite ist, oder im sorgfältig verschlossenen Zimmer« (Deutsche Bildung? Briefwechsel zweier Schulmänner 1930–1944. Frankfurt/M. [Insel] 1988, 87). Auch in politisch besser vorbereiteten Kreisen, als es die Brüdergemeine war, ging die einschüchternde Angst beklemmend um. Hermann Prüser (geb. 1903), ein KP-Betriebsgruppenglied erzählt: »Wie schwer das damals war, aktive Menschen für den Widerstandskampf zu gewinnen ... Ich kannte die Genossen, ich wußte auch, die sind gut, die sind unbedingt Antifaschisten, aber die wollen nicht, die haben einfach kein Vertrauen, weil eben alles beseitigt ist. Der war dagegen, der ist nicht mehr da, der ist nicht mehr da, der ist nicht mehr da, das wirkt natürlich deprimierend auf die Kollegen. / ... Die Massenstimmung war überhaupt nicht für die Nazis, bloß die hatten alle Schiß: Wer ist hier von uns, der mit der Gestapo arbeitet, der Denunziant? Wir wußten genau, auf jeder Lagerstelle ist einer von der Gestapo, der dazwischen ist und der übermittelt die Nachrichten, so daß, wenn da einer einen so losen Mund hatte, der mußte rechnen, daß er den andern Tag nicht mehr bei uns war, daß er einfach aus dem Haus geholt wurde oder sonst was« (Terror u. Hoffnung in Deutschland 1933–1945. Leben im Faschismus. Hg. Joh. Beck u.a., Hamburg [roro 7183] 1980, 223f). Freilich wurden zunächst von dieser Angst nur die gleich nach Hitlers Macht-ergreifung unmittelbar Bedrohten umgetrieben. Sehr anschaulich beschreibt das William L. Shirer, der als amerikanischer Korrespondent 1934 nach Berlin kam: »Zuerst überraschte es mich, daß den meisten Deutschen die Einschränkungen ihrer persönlichen Freiheit ebensowenig auszumachen schien wie die Zerstörung eines Großteils ihrer glänzenden Kultur, an deren Stelle eine geistlose Barbarei Abscheulichkeiten im Blut- und Boden-Stil setzten. Auch schienen sie nichts dabei zu finden, daß man ihr Leben und ihre Arbeit in einem Ausmaß reglementierte, das auch einem Generationen lang von der Obrigkeit geduckten Volk unbekannt sein dürfte. Gewiß ließ sich bald erkennen, daß die Zurückhaltung der Menschen ihrer Angst vor dem KZ entsprang. Das galt vor allem für Juden, ehemalige Kommunisten und Sozialisten wie auch für solche, die der Regierung zu liberal oder zu pazifistisch gesonnen waren. Schließlich hatten die blutigen Juni-Säuberungen (= »Röhm-Putsch«) nur allzu deutlich gezeigt, wie rücksichtslos Hitler durchgreifen konnte. Doch sah ich auch, daß sich der Naziterror der frühen Jahre nur auf das Leben vergleichsweise weniger Deutscher auswirkte. Die große Mehrheit schien sich nicht besonders um das zu sorgen, was einigen wenigen Kommunisten, Sozialisten, Pazifisten (vgl. Paaschkes Ermordung), widerspenstigen Priestern und Pastoren sowie den Juden widerfuhr.« Viele schienen sogar »das System mit aufrichtiger Begeisterung zu tragen. Auf irgendeine Weise flößte ihnen Hitler neue Hoffnung ein, neues Vertrauen und einen erstaunlichen neuen Glauben an die Zukunft ihres Landes« (Das Jahrzehnt des Unheils, dtv 11124, 1989, 90).

die sich seinerzeit stellten, auch in unserer zeitgeschichtlichen Situation noch in ähnlicher Weise aktuell.

Mag manchem rückschauenden Leser das »Wort der Synode« von 1935 auch nicht klar genug in seiner kirchenpolitischen Stellungnahme zu den Geschehnissen in den ersten zwei Jahren nach der nationalsozialistischen Machtergreifung sein, mag mancher zum Beispiel den auch auf der Synode selbst geforderten ausdrücklichen Bezug auf die »Erklärung der Barmer Bekenntnissynode« von 1934 schmerzlich vermissen, so bleibt doch festzustellen: daß bei sorgfältiger Berücksichtigung der komplexen Gesamtlage der Brüdergemeinde zu jener Zeit das Ergebnis der Synode von 1935 gar nicht so schlecht ausgefallen ist. Jedenfalls markiert es auf vergleichsweise überzeugende Art das redliche Bemühen, dem damaligen Ist-Zustand der Brüdergemeinde einen angemessenen Ausdruck zu verleihen. Daß dieser Ist-Zustand – damals wie heute – die Wünsche nach einem idealen Soll-Zustand enttäuschen kann, ist natürlich eine andere Sache. Zu den für viele Glieder und Freunde der Brüdergemeinde anstößigen Tatsachen gehörte vor allem, daß man die bei der Betrachtung der historischen Anfänge Alt-Herrnhuts immer wieder wahrgenommene Lebendigkeit und damit verbundene Ausstrahlungskraft in der Gegenwart vermißte.

Die Brüdergemeinde als Bewegung

Die erneuerte Brüder-Unität begann wie die alte böhmisch-mährische als eine »Bewegung«. D.h. in unserem modernen soziologischen Sinn gab es diesen Begriff damals noch nicht. Zur Kennzeichnung einer auf Veränderung bestehender politischer oder kirchlicher Verhältnisse drängenden Menge von Menschen bürgerte sich das Wort »Bewegung« erst nach den französischen Revolutionen von 1830 und 1848 ein.⁴

Doch der Sache nach eignet sich der Bewegungsbegriff besonders gut zur Kennzeichnung der Herrnhuter Brüdergemeinde in ihren Anfängen.⁵

Eine gute Zusammenfassung der Angst-Aspekte im kirchlichen Raum zur Zeit des Dritten Reiches findet sich bei Wolf-Dieter Zimmermann: *Gerechtigkeit für die Väter. Einsichten und Erfahrungen*. Berlin (CVZ Verlag) 1983, 111–115.

⁴ Vgl. Cornelia Berning: *Vom »Abstammungsnachweis« zum »Zuchtwart«*. Vokabular des Nationalsozialismus. Berlin 1964, 39.

⁵ Daß auch der Nationalsozialismus sich als »Bewegung« verstand (vgl. etwa Gerhard Bauer: *Sprache und Sprachlosigkeit im »Dritten Reich«*. Köln (Bund) 1988, 36 und 41ff), verleiht diesem Begriff zwar eine höchst negative Note in der wertenden Rück-

schau, läßt aber auch bis zu einem gewissen Grade verstehen, daß so viele Menschen sich von der Aufbruchstimmung erfassen und mitreißen ließen. Nachdem ich zweimal dies Referat gehalten hatte, entdeckte ich, daß Hans-Walter Erbe am 18. Juli 1959 in einer »Rede zum 50jährigen Jubiläum des Landschulheims« Holzminden auf eine gewisse formale – natürlich keine inhaltliche! – Beziehung zwischen der nationalsozialistischen »Bewegung« und den Anfängen der Herrnhuter Brüdergemeine hingewiesen hat: »Ich möchte ungeschminkt sagen: Der Nationalsozialismus war kein Fremdling, kein Räuber von irgendwo draußen. Er war die Erfüllung der Sehnsucht von Millionen, wenn auch für sehr viele eine unerwünschte Form der Erfüllung. Es war gar nicht so abwegig, wenn damals jemand etwa auf den Gedanken kommen konnte, das, was das Landschulheim auf kleinem Raum verwirklicht hatte, das werde nun ins Große übertragen: ganz Deutschland gleichsam ein großes Landerziehungsheim! ...« (»Abschied von der Tradition«, in: »Wirkende Worte in Reden u. Schriften v. Hans-Walter Erbe. Festgabe zum 90. Geb. am 30.6.1992. Hg. v. Helmut Brückner. Landschulheim am Solling [1992], 76).

»Der Ursprung der neuen Volksgemeinschaft lag, so sagte man, in der Bewegung. Dieses Wort hatte einen eigenartigen Klang. »Bewegung« ist ein Vorgang, der aus unkontrollierbaren Tiefen kommt, in den Ursprüngen nicht dem Wollen und Denken zugänglich. »Bewegung« ergreift die Menschen, löst sie aus ihrer Vereinzelung, sie werden von der Welle gehoben und getragen und dabei zusammengeführt und verschmolzen zu einer Gemeinschaft. Seit Anfang des Jahrhunderts sieht man und erlebt man in steigendem Maße »Bewegung«. Sie sind meistens nicht ganz anonym; es gibt Menschen, die bis in die Ursprungstiefen hinabreichen und zu Kündern und charismatischen Führern werden, die der Bewegung durch das Wort oder die Tat Bewußtsein und Gehalt verleihen. Sie sind nicht Gründer, sondern gleichsam Propheten oder eben »Führer«. Im vorigen Jahrhundert gab es seit den Befreiungskriegen die nationale Bewegung; sie war steckengeblieben und hatte nicht zur vollen Einigung geführt; Bismarck war kein Führer, sondern Gründer und Schmied des Reiches. An der unausgelebten Bewegung krankte seitdem die deutsche Nation. Es gab später Frauenbewegung, Arbeiterbewegung, Jugendbewegung und so auch Landerziehungsheimbewegung; Hermann Lietz war der, der als erster die Tat vollzog. Die Bewegung ging weiter, auch ohne ihn und gegen ihn. Es ist mir nicht ganz sicher, ob man gerade hier von »Bewegung« sprechen soll; aber jedenfalls verstand man sich so, gerade hier am Solling. Man fühlte sich als eine aus Bewegung entstandene Gemeinschaft, die in den Tiefen verwurzelt war – »im Wesen wurzeln« nannte man das in den zwanziger Jahren. Das schuf einen Zusammenhalt von unbedingter Bindekraft und einer geradezu sakralen Feierlichkeit. Und von hier aus entdeckte man die innere Verwandtschaft mit den Anfängen der Herrnhuter Brüdergemeine, aus der die Gründer des Landschulheims stammten. Auch dort eine Bewegung, ein aus den Tiefen hervorbrechendes Gemeinschaftserlebnis, das die Menschen aus ihrer Vereinzelung herausriß und zusammenschloß, 1727, – es ist, soweit ich sehe, eins der ersten Beispiele jener neuzeitlichen Bewegungserlebnisse, die zur Bildung einer Lebensgemeinschaft führten« (a.a.O., 77).

Entstanden war sie, weil tief in ihrer Glaubens-tradition verwurzelte Menschen in Böhmen und Mähren lieber ihre Heimat verlieren wollten als ihre religiösen Überzeugungen. Und diese Asylanten trafen auf einen gerade 22 Jahre alten Reichsgrafen, einen Twen also, der von den landeskirchlichen Verhältnissen in seiner sächsischen Umgebung wenig begeistert war. In seiner Hallenser Pädagogiumszeit hatte er an der Tafel August Hermann Franckes Missionare erlebt, Männer, die bereit waren, im Dienste ihres Herrn Jesus Christus bergende Gewohnheiten aufzugeben und das Risiko und die Strapazen eines Aufbruchs in unbekannte Weltgegenden auf sich zu nehmen, um dem Beispiel der Apostel zu folgen. Solche Männer wie Bartholomäus Ziegenbalg faszinierten Zinzendorf und verstärkten die schon aus dem Großmutter-Haus mitgebrachten Wünsche, dem Heiland auf ähnliche Weise nützen zu können. Das bewegende Schicksal der mährischen Exulanten rührte also den heilands-taten-durstigen Zinzendorf so an, daß er sie auf seinem Grund und Boden siedeln ließ.

Das führte zum Entstehen einer Wohn- und Lebensgemeinschaft, die unterschiedliche Menschen nötigte, entweder auf dem Wege des Zusammenraufens und der zugehörigen Kompromißbildungen zu einer Kommunität zu werden oder sich von dafür ungeeigneten Elementen trennen zu müssen. Beides geschah in der Anfangsgeschichte der Herrnhuter Brüdergemeine, wobei die machtvolle Position des charismatischen Führers, der zugleich als Landesherr die politische Herrschaft innehatte, kaum zu unterschätzen ist.

Durch aufrüttelndes Predigen, intensive Seelsorge in »Banden«⁶ und die Verpflichtung auf eine kommunale Grundordnung und die bruderschaftlichen Zusatzbestimmungen wurde das Gemeinschaftserlebnis des 13. August 1727 möglich. Es entstand eine »freie Dienstgruppe«⁷, die sich zum Apostolat in dieser Welt berufen wußte. Wie sehr der missionarische Auftrag im Zentrum dieser kommunitären Bewegung stand, zeigt etwa die Tatsache, daß »die ›Geschwister‹ grundsätzlich keine Landwirtschaft betreiben (sollten), weil diese sie in viel höherem Maße als bei einem Gewerbebetrieb an einen Ort gebunden und gehindert hätte, jederzeit bereit zu sein, im Dienste der Gemeinde ›auf Posten‹ zu gehen. Schließlich sollten sich auch die Ausgesandten nach dem Vorbild der Apostel an der neuen Wirkungsstätte von ihrer Berufsarbeit ernähren können.«⁸

⁶ Hans-Christoph Hahn: Die Banden Alt-Herrnhuts. In: *Civitas Praesens* Nr. 18 (Juni 1965), 6–14; Hans-Christoph Hahn und Hellmut Reichel, Hg.: *Zinzendorf und die Herrnhuter Brüder*. Hamburg (F. Wittig) 1977, 80–83.

⁷ Heinz Renkewitz, in: »Die Brüder-Unität«. Stuttgart 1967, S.

⁸ Guntram Philipp, in: *Unitas Fratrum*. Hg. M.P. van Buijtenen et al., Utrecht 1975, 403.

Welch ungeheure Ausstrahlungskraft die Herrnhuter Bewegung in den ersten Jahrzehnten ihres Bestehens besaß, ist vielfach beschrieben worden. In der Herrnhager Zeit ist dann der Kulminationspunkt erreicht, der Bewegungsdrang überschlägt sich gleichsam. In extremen, radikalen Überspitzungen eines antipietistischen Evangeliumsverständnisses zeigen sich nun auch bedrohliche Elemente von Gemeinschaft gefährdendem Chaos.

Es beginnt dann, noch von Zinzendorf behutsam gelenkt, jener Prozeß, der aus der Herrnhuter Bewegung allmählich die Evangelische Brüder-Unität als eine verfaßte Kirche werden ließ. Unter Spangenberg, der die Brüdergemeine von Zinzendorfs theologischen Extravaganzen zu reinigen und so bei der kirchlichen Umwelt salonfähig machen wollte, fand diese Entwicklung auf den verfassunggebenden Synoden einen gewissen und in Strukturfragen bis heute wirksamen Abschluß. Seither ist die Brüdergemeine eine anerkannte eigene *Kirche*.

Natürlich waren mit der Kirchwerdung in zunehmendem Maße alle jene Erscheinungen zu beobachten, die nun einmal mit der Zunahme von numerischem Wachstum, Institutionalisierung und Bürokratisierung bzw. auch nur mit der größeren zeitlichen Entfernung zu den ursprünglichen Aufbrüchen verbunden sind.⁹

Wohl wünschten sich viele Gemeinglieder ein Wiederauflodern der ersten Liebesflammen, doch die Vorstellungen, *wie* das zu bewerkstelligen sein könnte, traten immer mehr auseinander. Und wenn der eine (Jakob Friedrich Fries) etwa von der idealistischen Philosophie bewegt war, ein anderer von der romantischen Bewegung (Schleiermacher), ein dritter von liberal-demokratischen Ideen und ein vierter von der historisch-kritischen Theologie am Ende des vorigen Jahrhunderts, so schürte es eher Ängste, wenn Vertreter solcher

⁹ Vgl. Max Weber: »Flutet die Bewegung, welche eine charismatisch geleitete Gruppe aus dem Umlauf des Alltags heraushob, in die Bahnen des Alltags zurück, so wird zum mindesten die reine Herrschaft des Charisma regelmäßig gebrochen, ins ›Institutionelle‹ transponiert und umgebogen, und dann entweder geradezu mechanisiert oder unvermerkt durch ganz andere Strukturprinzipien zurückgedrängt oder mit ihnen in den mannigfachsten Formen verschmolzen und verquickt, so daß dann eine faktisch untrennbar mit ihnen verbundene, oft bis zur Unkenntlichkeit entstellte, nur für die theoretische Betrachtung rein herauszupräparierende Komponente des empirischen historischen Gebildes darstellt« (Schriften zur Soziologie. Stuttgart [Reclam 9387] 1995, 288). Vgl. ferner Victor Klemperers Hinweis: wie sich in der – inhaltlich so furchtbar anderen – nazistischen Bewegung das allmähliche Nachlassen der Antriebsdynamik auch sprachlich z.B. beim Übergang vom siegreichen »Blitzkrieg« zur erstarrenden »Stellungsfrent« veränderte. LTI = Lingua Tertii Imperii. Die Sprache des Dritten Reiches. Leipzig (Reclam 278; 1957) 1991¹¹, 238–243.

Anschauungen versuchten, damit innerhalb der Brüdergemeine Anstöße zu neuer Beweglichkeit zu geben. So konnten eigentlich nur zwei wichtige Impulse im vorigen Jahrhundert aufgenommen und integriert werden: die im Nieskyer Pädagogium Fuß fassende Erweckungsbewegung und die z.B. in »Emmaus« umgesetzten Anregungen der durch Wichern ins Leben gerufenen Inneren Mission.

Erwähnt werden sollte allerdings vielleicht noch, daß die in der Reichsgründung gipfelnde deutsch-nationale Einigungsbewegung spürbare Resonanz in den deutschen Gemeinden fand. Doch dürfte dadurch das geistig-geistliche Leben keinen nennenswerten Auftrieb bekommen haben, sondern die das politische Verhalten bestimmende patriotische Grundeinstellung.

Das erste Drittel unseres Jahrhunderts ist jedenfalls gekennzeichnet durch eine gewisse kritische Unzufriedenheit mit dem Ist-Zustand der Brüdergemeine. Im unmittelbaren Vorfeld der Synode von 1935, nämlich in einer Rede von Br. Friedrich Gärtner bei den Gnadauer Gemeintagen – gehalten am 5. Mai 1934 – fand ich folgende, viele Kritikpunkte zusammenfassende Negativbilanz:

»Woran erkennen wir heute unsere Armut, unsere geistliche Unfruchtbarkeit? Es sei nur Einzelnes kurz hervorgehoben: der zunehmende museumshafte Charakter unserer Gemeinorte und Gemeinsitten, die Wirkungslosigkeit unserer großen Gemeinfeste in der Praxis des Gemeinlebens, die berechtigte Klage über den Mangel an wirklicher Seelsorge, der allgemeine Schwund an klarer christlicher Erkenntnis und Lebensführung, die Selbstzersetzung der Gemeinen durch die Sünde wider das 8. Gebot, der fortschreitende Angleichsprozeß der Gemeinde an die ›Welt‹, das völlige Versagen der Gemeinzucht, die Bedeutung der Familiengemeinschaft als Gemein=Ersatz.«¹⁰

Daß diese Stimme enttäuschter Liebe bei den Gnadauer Gemeintagen vorgetragen wurde, die auf Eigeninitiative einiger jüngerer Theologen und eben nicht »von oben«, durch die Direktion, organisiert waren, zeigt, wie immer wieder – ich erinnere nur etwa noch an das Treffen der brüderischen »Jugendbewegung« auf der Augustusburg 1929 – Versuche unternommen wurden, das Kirchenschiff neu in Fahrt zu bringen. Das geschah auch von verschiedenen Interessensvertretern bzw. unterschiedlich bewegten Bewegern auf der Synode 1935.

¹⁰ MadBg. 1934, 84f.

Die Sehnsucht nach der bewegten Vergangenheit der Brüdergemeine als missionarischer Bewegung vor und auf der Synode 1935

In den Protokollen aus der Synodaldiskussion über das zu verabschiedende »Wort an die Gemeinde« war deutlich zu hören, daß es recht verschiedene Meinungen gab.

Da war einmal *die Gruppe, zu deren Sprecher sich Br. Friedrich Gärtner gemacht hatte*. Bereits in seinem Schreiben »an die Mitglieder der Synode«¹¹ hatte er kritisch gefragt, ob nicht in der Brüdergemeine »seit 150 Jahren« »die Wahrheitsfrage der Einheitsfrage« untergeordnet würde und die sog. »Werke (sich) soweit von der Glaubensgrundlage gelöst (hätten), daß sie uns (nun) dazu dienen müssen, unser Existenzrecht vor andern Gemeinschaften und Kirchen, ja vor Gott zu erweisen?«

In aller Deutlichkeit stellte Br. Gärtner fest, „daß in Deutschland seit zwei Jahren um die Gültigkeit und Reinheit der christlichen Botschaft von der Veröhnung allein durch das Kreuz Christi gebetet, gekämpft und gelitten wird.« Er forderte in seinem Schreiben, »die noch vorhandene Beziehung der Brüdergemeine zur Reichskirchenregierung Müller ... abzubrechen, mit der vorläufigen Leitung der Deutschen Evangel. Kirche (Marahrens) ... zu verhandeln wegen des Anschlusses der Brüdergemeine und der sog. »Barmer Erklärung vom 30. Mai 1934« zuzustimmen.«

Diese Position fand – wie wir hörten – die Unterstützung einer ganzen Reihe von Brüdern. (Schwestern gab es leider auf dieser Synode nicht mehr!)

Eine andere Grundrichtung vertraten *12 Laienbrüder* in ihrem Vorschlag für die »Erklärung der Synode«¹². Sie waren der – von Br. Heinrich Garve vor den Synodalen erläuterten – Meinung: die Brüdergemeine solle sich als Freikirche nicht in den »Streit der evangelischen Kirche« einmengen, schon weil »dessen Verworrenheit und Verwicklung mit politischen Parteien« viel zu undurchsichtig sei. Statt dessen gälte es, »das Erbe der Väter zu wahren« und »im allgemeinen Kampf ein Sammelbecken für die Kampfesmüden« zu bleiben.

Nicht hörbar vertreten auf der Synode war jene *Gruppe vornehmlich jüngerer Brüder*, für die – wie es in einer im »Herrnhut«¹³ veröffentlichten »Erklärung« von sieben Gnadenfreier Brüdern heißt – es »eine Selbstverständlichkeit« war, daß sie »den Nationalsozialismus bedingungslos bejahen und in rücksichtsloser(!) Treue zum Führer stehen«. Freilich betonten sie »zugleich bewußt und

¹¹ Breslau, den 24.1.1935.

¹² Siehe Anlage Nr. 4.

¹³ 1934, 272.

freudig auf dem Boden der Brüdergemeine (zu stehen), der wir uns durch Elternhaus und Erziehung verbunden fühlen«. Erklärtermaßen wollten sie beides miteinander verbinden.

»Wir sind als Nationalsozialisten Brüdergemeiner und als Brüdergemeiner Nationalsozialisten; das läßt sich grundsätzlich nicht trennen. Wir kennen keinen Gegensatz: Brüdergemeine – Nationalsozialismus; das ist eine hohle Konstruktion. Wir wollen in der Gemeine den wahren Nationalsozialismus, in der (NS-)Bewegung das wahre Brüdertum vorleben, wie es unsre Pflicht ist.

Gnadenfrei, am 20. August 1934, gez. Helmut Beck, Klaus Günther, Wolfgang Haugk, Wolfgang Mohrmann, Paul-Arved Reichel, Friedrich Sonnenburg, Herbert Uhlmann.«

War diese der »Glaubensbewegung ›Deutsche Christen‹« nahestehende Gruppe – wie erwähnt – auch nicht direkt in den Synodaldiskussionen zu vernehmen, so wurde doch an einigen Stellen darauf hingewiesen, daß es sie im kirchlichen Mitgliederbestand durchaus gab und bei den anstehenden Entscheidungen auch an ihre Reaktionen zu denken sei.¹⁴

Weiter meldeten sich auf der Synode einige *Brüder* zu Wort – zumeist *aus nicht reichsdeutschen Gemeinden* –, die im »Wort der Synode« das berücksichtigt sehen wollten, was sie bewegte: So plädierte Br. Hoy aus Christiansfeld im Sinne evangelistischer Volksmission für die Wichtigkeit der »Bekehrung« (2)¹⁵, Br. Präger aus Bodenbach – einer damals erweckten Gemeinde, die sich der Brüdergemeine angeschlossen hatte – betonte kämpferisch den »alleinigen Blick auf Christus« (4), Br. Fürstenberger aus Zürich freute sich über den »Anschluss (der Brüdergemeine) an die Arbeitsgemeinschaft (diakonischer Werke) unter Bodelschwingh« (7), Br. Peter M. Legene aus Zeist richtete Grüße von der Judenmission aus und erbat eine »Stellungnahme zur Rassenfrage« (gegen den Rassismus), Br. Emmanuel Schiewe schließlich wünschte sich »ein Wort, das für Polen passt«, ein Wort, das »etwa in der Art der Gruppenbewegung von Gott erbeten und gesprochen sein« muß (2).

Über die hier zum Schluß erwähnte »Gruppenbewegung« hatte es im »Herrnhut« immer wieder zustimmende oder kritisch abgrenzende Beiträge gegeben,

¹⁴ Br. Hellmut Garve z.B. weist auf »die Möglichkeit: dass manche Mitglieder zur Front der Deutschen Christen hinneigen« (Prot. d. 22. Sitzg., 8); oder Br. Förster: »Es gibt Gemeinmitglieder, die zu den Deutschen Christen hinneigen, ja, die ihnen auch organisatorisch angehören« (9).

¹⁵ Diese und die folgenden Seitenzahlen beziehen sich auf die Paginierung der Sitzungsprotokolle aus dem Herrnhuter Archiv.

aus denen zu ersehen ist, wie sehr auch diese Bewegung damals anregend und herausfordernd auf Glieder der Brüdergemeine wirkte.¹⁶

Das Dilemma von kirchlichen (oder ökumenischen) Synoden bzw. Konferenzen

Ist eine christliche Bewegung erst einmal zu einer kirchlichen Institution erstarrt, dann regt sich in der Regel – mindestens bei kritisch-wachen Mitgliedern – der Wunsch: die anfängliche Lebendigkeit wiederzugewinnen. Leider zeigt sich dann sehr bald: wie sehr die Vorstellungen vom möglicherweise einzuschlagenden »Weg der Gemeinde« auch unter Reformfreunden bisweilen ganz erheblich voneinander differieren. Die einen meinen: man müsse mehr auf Buße und Bekehrung dringen, andere erwarten sich eine Erneuerung von zeitgemäßen Gottesdienstformen und wieder andere plädieren für ein stärkeres soziales oder politisches Engagement. Solche unterschiedlichen Erneuerungshoffnungen lassen sich z.B. an den oft geradezu entgegengesetzten Anträgen an eine Synode ablesen. Diese werden aus dem subjektiven Erlebnisraum einzelner oder kleiner Gruppen mitgebracht und führen dann manchmal zu Interessengruppen, die sich verständlicherweise mit ihren Anliegen – notfalls durch eine Kampfabstimmung – durchsetzen möchten, was bei einem demokratischen Gremium völlig legitim ist. Schwierig dabei ist nur – und auch mir war das früher keineswegs so klar wie heute – daß eine Bewegung in erster Linie auf die *vita communis*, auf im Zusammenleben gemachte Erfahrungen, angewiesen ist. Noch so einleuchtende Programme und »Worte an die Gemeinden« können das für gemeinsame Veränderungen entscheidend wichtige Gemeinschaftsbewußtsein nur sehr bedingt schaffen. Dieses entsteht am ehesten da, wo Menschen zusammen leben, arbeiten und streiten und dabei zu gegenseitigem Respekt, zu Toleranz und Kompromißbereitschaft¹⁷ finden. Ansätze dazu habe ich erfreulicherweise immer

¹⁶ Vgl. z.B. »Herrnhut« 1934, 140f (in Bad Boll); 297f (Zitate aus »Nur für Sünder«, einem »Klassiker« der Gruppenbewegung); 401f.

¹⁷ Vgl. Hans Sahl: »Ich habe mal eine Fernsehsendung gehört von einem sehr bedeutenden Mann, den ich sehr schätzte, und ich traute meinen Ohren nicht, als er sagte: ›Wollen Sie etwa behaupten, daß ich unrecht habe?‹ Das ist ein deutscher Satz. Denn diskutieren in Deutschland heißt ›recht haben‹ und nicht Austausch von Meinungen, um zu einem Kompromiß zu kommen. Das Wort Kompromiß war ja lange in Deutschland ein Schimpfwort: ›Du bist ein Kompromißler‹. Während ich in Amerika lernte, daß ein Kompromiß die letzte Weisheit ist, damit Menschen verschiedenster Herkunft, Sprache,

wieder auch auf Synoden und ökumenischen Konferenzen erlebt, aber eben nur Ansätze!¹⁸

Wo jedoch keine ausreichende Lebensgemeinschaft mehr die Grundübereinstimmungen und damit das Identitätsbewußtsein eines Gliedes der Brüdergemeine garantiert, – und das war 1935 der Fall und ist es heute in noch stärkerem Maße – da ist ein kirchliches Organ wie die Synode überfordert, wenn sie handeln und beschließen soll, wie es das Leitungsgremium der Herrnhuter-Bewegung konnte, das z.B. das Aufgeben eines Ortes wie Herrnhag anordnete oder die Anlage neuer Siedlungen beschloß.¹⁹

Daß die vor allem durch *die Direktion* vertretene Gruppe auf der Synode von 1935 mäßigend wirkte und – wie bereits im Vorfeld durch verschiedene Stellungnahmen – vor Radikalisierungen warnte, ist aus meiner heutigen Sicht nicht mehr so zu kritisieren, wie ich es früher getan habe. Eine Kirchenleitung hat tatsächlich kein Recht, ihre Mitglieder etwa zum Martyrium aufzufordern oder auch nur zum Verzicht auf eine im kirchlichen Dienst sauer verdiente Rente.²⁰

Tradition, Meinung überhaupt zusammenleben können und sich nicht gegenseitig totschießen. Darum ist die Kunst des Kompromisses die letzte Weisheit. Ich wünschte mir für dieses Deutschland, daß die Kunst des Kompromisses auf allen Schulen gelehrt wird« (in: ›Berliner Lektionen‹ 1992, Gütersloh (Bertelsmann) 1993, 112f).

¹⁸ Solange man in den Ausschüssen noch ohne den Zwang: eine gemeinsame Erklärung, ein Statement oder Votum verfassen zu müssen, austauschen konnte, was man wirklich für Ansichten und Meinungen hatte, war es für mich meist recht spannend. Begann jedoch dann das Verfassen von Resolutionen oder Entschlüssen, dann hieß es oft: »als Delegierter meiner Kirche kann ich diese oder jene Wendung nicht akzeptieren.«

¹⁹ Noch extremer und unvergleichlich viel schrecklicher waren die Entscheidungen der sektiererischen Bewegungen, die den kollektiven Selbstmord ihrer Mitglieder anordneten, wie es in Georgetown oder 1994 in Texas geschah.

²⁰ Vgl. Kurt Marx, 4; ferner: Klaus M. Kodalle: »Abgesehen davon, daß die Propaganda im Zeichen des (nationalsozialistischen) Durchsetzungswillens sich der Opferkategorie durchaus inflationär zu bedienen verstand, stellt sich auch innertheologisch die sehr ernste Frage, ob eine *Forderung* von Opferbereitschaft nicht per se theologisch obsolet ist« (Dietrich Bonhoeffer. Zur Kritik seiner Theologie. Gütersloh [G. Mohn] 1991, 106). In dem Zusammenhang fand ich sehr eindrücklich, was Martin Buber 1939 an Mahatma Gandhi schrieb, als dieser den Juden in Deutschland seine Strategie der *Satyagraha*, des gewaltlosen Widerstands empfahl: »Ich habe« – so schreibt Buber – »in den fünf Jahren, die ich selbst unter dem gegenwärtigen Regime verbracht habe (bis 1938!), viele Handlungen echter Seelenstärke von Juden erlebt, die sich ihr Recht nicht abdingen und sich nicht niederbeugen ließen, aber nicht allein keine Gewalt, sondern auch keine List gebrauchten, um den Folgen solcher Haltung zu entgehen. Aber diese Handlungen haben offenbar keinen Einfluß auf das Handeln der Gegenseite ausgeübt. Gewiß: Heil

Ich fand da recht bedenkenswert, was Peter Bamm im Blick auf seine Situation 1940 folgendermaßen beschreibt: »Für eine wahrhaft gute Sache in der Öffentlichkeit sein Leben opfern bedeutet, wie die Geschichte lehrt, unübersehbare Wirkungen auszuüben. Die Diktatur war sich dieser Gefahr bewußt. Es kam ihr darauf an, den Märtyrertod dieser Wirkungen zu berauben. Sie erreichte das durch eine Spekulation auf die Schwäche des menschlichen Charakters. Die Henkersknechte verstanden sich darauf, durch ihre Methodik, den Unglücklichen, die zu töten sie beauftragt waren, jede Möglichkeit des Heroismus zu nehmen. Sie gingen so weit, die Delinquenten schließlich nackt zu henken. Nur wenige waren stark genug, bis zum bitteren Ende die Überzeugung zu bewahren, daß ihr Opfer nicht sinnlos sei.« Mit sympathischer Ehrlichkeit bekennt er dann: »Zu den wenigen hätte ich nicht gehört.«²¹

Der von Verantwortungsangst geprägte Hinweis auf die Notwendigkeit der finanziellen Absicherung abhängiger Gemeinglieder hat deshalb durchaus seine Berechtigung, selbst wenn die damit verbundene Konzessionsbereitschaft einem Liebhaber der Wahrheit größten Kummer bereitet. Eine Kirchenleitung hat nun einmal mehr Rücksicht zu nehmen auf die, die sich ihrer verantwortlichen Fürsorge anvertraut haben, als ein irgendwie von seiner persönlichen Wahrheitserkenntnis überzeugter Einzelner, der sich selbst und seinem Bewegungsdrang treu bleiben möchte und um seine Identität willen auch muß.

Wem es gegeben ist, sich aus der Kraft eigener Überzeugungen und tragenden Gottvertrauens mit Leib und Leben für bestimmte Werte einzusetzen, der verdient Bewunderung. Von daher finde ich es bemerkenswert, wie etwa G. Reichel (3) zur Mißachtung der möglichen Gefährdung der Brüdergemeine aufruft, oder wie Br. Kölbing deutlich macht: wer kämpfen will, muß »auch

und Ehre jedem, der solche Seelenstärke bekundet! Aber als Parole der allgemeinen Haltung, die eine Wirkung zu tun geeignet erscheint, kann ich sie für die deutschen Juden nicht anerkennen. Man kann einsichtslosen Menschenseelen gegenüber eine wirksame Haltung der Gewaltlosigkeit einnehmen, auf Grund der Möglichkeit, ihnen dadurch allmählich Einsicht beizubringen, aber einer dämonischen Universalwalze kann man so nicht begegnen. Es gibt eine Situation, in der aus der Satyagraha der Seelenstärke keine Satyagraha der Wahrheitskraft werden kann. Das Wort »Martyrium« bedeutet Zeugenschaft; wenn aber kein Mensch da ist, der das Zeugnis entgegennimmt? Zeugenschaft oder Zeugnis, unwirksames, unbeachtetes, verwehendes Martyrium, das ist das Los der unzähligen Juden in Deutschland. Gott allein nimmt ihr Zeugnis entgegen; der »siegelnde« Gott, wie es in unserm Gebeten heißt, besiegelt es; aber eine Maxime des angemessenen Verhaltens kann man daraus nicht ableiten. Solches Martyrium wird getan; doch wer darf es fordern!« (In: Ein Land und zwei Völker. Zur jüdisch-arabischen Frage. Hg. Paul R. Mendes-Flor. Frankfurt [Jüd. Verlag b. Suhrkamp] 1993, 160f.)

²¹ Eines Menschen Zeit. München (Knauer TB 417) 1974, 16.

etwas wagen« (5). Aber ich bin der Ansicht, daß eine Kirchenleitung weniger Risikobereitschaft zeigen muß als ein nur sich selbst und seiner Familie verantwortlicher Einzelner.²²

²² Vgl. Eberhard Bernhard über Otto Uttendörfer: »Über seine Stellung zum Nationalsozialismus waren wir damals junge (!) Gemeindeneuerer uns nicht im klaren. Ich jedenfalls entsinne mich keiner klaren Wegweisung und Hilfestellung, aber auch keiner Propaganda für diese Weltanschauung. Vielleicht war die Haltung Otto Uttendörfers von seiner Verantwortung für so viele Menschen und für die Werke der Gemeinde bestimmt, die ihn zur Vorsicht mahnte« (UF H.8, 1980, 78). – Bei der Jahrestagung des Vereins für Brüdergeschichte in Ebersdorf 1994 zitierte Gertraud Bettermann aus dem Lebenslauf von Gertrud Schmöle (1901–1987): »Mein an das Studium anschließender Dienst wurde immer stärker geprägt durch die Auseinandersetzung mit den Forderungen des Staates an die Schule. Die Frage, wo kann ich noch mitmachen, und wo muß ich ›Nein‹ sagen, stand vor den Direktoren und auch vor jeder einzelnen Lehrkraft, immer verbunden mit der Gefahr der Existenzgefährdung der Schule. Diese Situation ist nicht mehr nachzuvollziehen, aber nicht von denen, die heute über unsere Generation zu Gericht sitzen. Jeder von uns weiß, was er durch Mangel an Mut, Vertrauen und auch rechten Einblick an Schuld auf sich nahm.« – Wolf-Dieter Zimmermann: »Jeder trug damals Verantwortung für Menschen – für ihr Leben und Auskommen: der Familienvater, der Betriebsleiter, der Bürochef, der Präsident des Gerichts oder der Reichsbahndirektor. Viele von ihnen haben Untergebene abgedeckt, haben nicht genau hingehört, manches übersehen und mancherlei Entschuldigungen erfunden. Diese Art Solidarität ist kaum je zur Kenntnis genommen worden« (a.a.O., 114). – Josef Felder (SPD-Mitglied des Reichstages 1932) zur Situation 1933: »Angstgefühle haben angesichts der Vorgänge, die sich inzwischen ereignet hatten, ihre gewisse Berechtigung gehabt. Wir waren Familienväter. Wir wußten, was alles kommen konnte, und wir wollten nicht unmittelbar einen Exzeß, eine Tragödie auslösen. Über uns selbst hinaus wollten wir unsere kleinen Leute schützen« (in: G. Knopp, a.a.O., 36). – Am 30.3.1996, als der Arbeitskreis für Brüdergeschichte diesen Aufsatz diskutierte, war im 13. Jahrgang des »Jüdischen Kalenders« (Augsburg, Oelbaum Verlag, o.J.) für diesen Tag zu lesen: »Walter Loewenheim, geb. 18.4.1896, veröffentlichte 1933 unter dem Pseudonym ›Miles‹ die programmatische Schrift ›Neu Beginnen‹, die auch einer Widerstandsgruppe ihren Namen gab. Die Schlußfolgerung Loewenheims war, daß unter Bedingungen des Nationalsozialismus alle Widerstandsaktionen zwecklos sind und deshalb die Besten ins Ausland geschickt werden müssen, um den Faschismus dort zu bekämpfen. Loewenheim emigrierte 1935 über die Tschechoslowakei nach Großbritannien und starb am 31.3.1977 in London.«

Eine trotz aller unerfüllten Wünsche positive Würdigung der Provinzialsynode von 1935

Nach all dem Gesagten ist vielleicht deutlich, daß und warum ich der Meinung bin: Die Provinzialsynode von 1935 war – trotz aller unerfüllten Wünsche nach heroisch mutigen Vorfahren – ein Forum, auf dem 1) relativ offen und doch in höchst anständiger Weise miteinander geredet wurde – was 1935 schon längst nicht mehr überall gewährleistet war –, wo man sich 2) darauf verständigen konnte, daß der volkskirchlichen Bestandsaufnahme mit dem Ergebnis relativ ohnmächtiger Einflußnahmemöglichkeiten eine gewisse verantwortliche Bescheidenheit entsprach, wo dann allerdings 3) auch die völlig eindeutige und durchaus in Übereinstimmung mit der »Barmer Erklärung« stehende verbindliche Festlegung des Rahmens für die brüderische Evangeliumsverkündigung einstimmig verabschiedet werden konnte.

Das eindeutige Bekenntnis zur »Grundlage unseres Christenglaubens«, zur »Offenbarung Gottes in seinem Wort, ... wie es in der heiligen Schrift des Alten und des Neuen Testaments verkündigt wird« und gegen die »Betonung artgemäßer Religion« gestellt wurde²³, gewährleistete am besten die Verkündigung, die von jedem einzelnen Gemeinglied dann in bewegungsgemäßes Handeln umgesetzt werden sollte. Dabei darf man nicht vergessen, daß sich 1935 ein Bekenntnis gerade auch zum Alten Testament anders anhörte als heute.

Daß die brüderische Predigt durch die Synode von 1935 wieder ihre klare Ausrichtung erhielt, halte ich für eines der bedeutsamen Ergebnisse dieser Kirchenkonferenz. Denn die Kirche Jesu Christi wirkt in dieser Welt sicher weniger durch problematische, weil oft durch idealistische Naivität geprägte politische Deklarationen als vielmehr dadurch, daß sie das Evangelium lauter verkündet und den Schuldig gewordenen einen »sozialen Ort der Vergebung« (D. Sölle) anbietet.

In dem Sinne möchte ich das, was der Historiker des Kirchenkampfes, Klaus Scholder, im Blick auf die beiden konfessionellen Großkirchen formulierte, auch auf die Brüdergemeinde und den ihr durch das »Wort der Synode« 1935 gewiesenen Weg anwenden. Es heißt bei Scholder:

²³ Wort der Synode, § 1. In diesem Punkt christologisch begründeten Festhaltens am heilsgeschichtlichen Zusammenhang mit dem Volk des Alten Bundes und der damit gegebenen Ablehnung einer rassenideologischen Verleugnung der evangeliumsgemäßen Verheißungen für Israel ist das »Wort der Synode« sogar noch deutlicher als die »Barmer Erklärung«.

»Beide Kirchen« (= die evangelische und die katholische) »haben – das zeigen vor allem die Reaktionen der (Nazi)Partei – allein durch das Faktum ihrer Existenz und die Fortdauer ihrer Verkündigung im Dritten Reich eine kritische Funktion ausgeübt, deren Gewicht ihnen selber weithin unbekannt geblieben ist. Die Tatsache, daß ihre Gleichschaltung mißlang, stellte den Nationalsozialismus an einem Punkt in Frage, an dem er sonst von keiner Gruppe und keiner Institution mehr angegriffen schien: am Totalitätsanspruch weltanschaulicher Herrschaft. Hier bedeutete jede einfache Sonntagspredigt – und gerade sie – einen Widerspruch, den nicht nur die Partei, sondern auch das Volk durchaus und in wachsendem Maße empfand.«²⁴

Wenn also die Synode von 1935 die Wünsche auf Erneuerung der Brüdergemeine als einer geistlich-vitalen, ausstrahlungskräftigen Bewegung ebenso wenig befriedigen konnte wie alle seitherigen Synoden, so hat sie doch durch ihr besonnen-klares (natürlich auch: vorsichtiges), dem Ist-Zustand der volkswirtschaftlichen Realität angemessenes »Wort« in richtungsgebender Weise gezeigt, daß eine kirchliche Institution eine an der Basis fehlende Bewegung nicht ersetzen, sondern höchstens durch Förderung der evangeliums-bezogenen Verkündigung und einer anthropologisch orientierten Seelsorge der Entstehung *neuer* Bewegungen Raum geben kann. Der auf der Synode von 1935 erkämpfte Kompromiß scheint mir das in einer brauchbaren Weise getan zu haben.

Im Gegensatz zu der Entwicklung in der Bekennenden Kirche, die als »Bewegung« ins Leben getreten war, die sich jedoch bald in einen radikalen und einen gemäßigten Flügel aufspaltete, gelang es der Brüdergemeine durch die Synode von 1935 die kirchliche Einheit zu wahren und für diesen Bereich den Rahmen der evangeliumsgemäßen Verkündigung verbindlich abzustecken. Damit wurde – für den sozialpsychologischen Betrachter – mit hoher Wahrscheinlichkeit eine Eskalation der Polemik zwischen den verschiedenen »Bewe-

²⁴ Die Kirchen im Dritten Reich. Beilage zur wochenzeitung das parlament. B 15/71, 31. Vgl. auch Hartmut Mehringer u. Werner Röder: »Weniger spektakulär, in den Auswirkungen jedoch sicherlich gewichtiger (als die Tätigkeit »illegaler Gruppen u. konspirativer Kreise), war die weniger fundamentale, oft nur partielle Opposition von Gruppen, Institutionen und Richtungen bis hin zur privaten *reservatio mentalis*, die sich unter den Begriffen »Resistenz« oder »gesellschaftliche Verweigerung« fassen läßt. In einzelnen Bereichen (besonders genannt werden die Kirchen) stieß der totale Staat mit seinem Anspruch auf omnipotente Regelkompetenz auf Schranken, die in gesellschaftlichen Strukturen, Bewußtseinstraditionen, sozialen Verkehrsformen, kollegialen oder milieuspezifischem Zusammengehörigkeitsgefühl usw. begründet waren und die er nicht oder nur zum Teil zu durchbrechen vermochte.« Gegner, Widerstand, Emigration. In: Das Dritte Reich im Überblick. Hg. Martin Broszat u.a., München (SP 1091) 1995⁴, 113.

gungs-Vertretern« bis zum Beziehungsabbruch vermieden und die Möglichkeit für innerkirchliche Auseinandersetzungen zwischen den Geschwistern offengehalten.

Für Angehörige von Bewegungen, die der gruppenbezogenen Wahrheitserkenntnis einen höheren Wert zuerkennen als dem evangeliumsgemäßen toleranten Umgang mit geängsteten und schuldigwerdenden Menschen, wird das freilich unbefriedigend bleiben.²⁵

Wer gerne Heilige²⁶ oder Helden zu Vorfahren haben möchte, wird natürlich enttäuscht sein. Die in solcher Frustration steckende Energie ließe sich aber sofort in eigen-verantwortetes Engagement der Gegenwart umsetzen. Wer heute der »Wahrheit des Evangeliums« in konkretem menschenfreundlichen Handeln Ausdruck verschaffen möchte, dem bietet sich – wie zu allen Zeiten – »ein weites Feld«. Und wenn er oder sie versuchen sollten, für das eigene Wahrheitsverständnis Verbündete zu gewinnen oder gar eine ganze Synode von der Wichtigkeit des einem selbst vordringlich erscheinenden Projektes zu überzeugen, dann dürften sich rasch ähnliche Auseinandersetzungen ergeben wie 1935, und es bliebe offen, ob die Ergebnisse das »Wort der Synode von 1935« an zeitgeschichtlicher Bedeutung wirklich überträfen.

Gegenüber der von breiter Zustimmung getragenen und mit terroristischer Gewalt alle kritisch-oppositionellen Regungen brutal unterdrückenden nationalsozialistischen »Bewegung«²⁷ hatte die nicht mehr von breitem Glaubenskon-

²⁵ Aber ist Angst Sünde? Und wie verhält es sich mit dem Richten über die »Schwachen«? Ganz gewiß wird man nicht Schwachheit in Stärke verdrehen können. Doch sicher gilt auch »Ralf Dahrendorfs Warnung«, die Fritz Stern zustimmend zitiert: »Überhaupt steht es dem nicht zu, moralische Urteile über andere zu fällen, der selbst nicht in die Versuchung geführt wurde« (»Der Traum vom Frieden und die Versuchung der Macht«. München [G 12808] 1990, 196).

²⁶ Vgl. Zygmunt Baumann: »Heilige tun, was man guten Gewissens von anderen nicht verlangen würde, da es jenseits des ›reinen Anstands‹ und des ›Rufes der Pflicht‹ liegt. Solche Dinge können Heilige nur von sich selbst erlangen – gleichzeitig nicht auch andere dazu drängen, solches zu tun, macht sie zu Heiligen, die sie sind« (Postmoderne Ethik. Hamburg [Hamburger Edition] 1995; zit. Süddeutsche Zeitung Nr. 58, 9./10.3.1996, V).

²⁷ Es ist schon schlimm, daß das bisher schrecklichste Terrorregime, das in Deutschland entstand und mit seiner menschenverachtenden Macht unsägliches Elend über Millionen Menschen in der ganzen Welt brachte, sich, wenn man eine wertende Betrachtung suspendiert, bei rein soziologischer Betrachtung mit einem gewissen formalen Recht als »Bewegung« verstehen konnte (vgl. Anm. 5). Wie die Nazis versprachen: Bewegungen in scheinbar festgefahrene politische Positionen der Weimarer Republik zu bringen, mit

sens getragene Brüdergemein-»Kirche« kaum eine andere Chance als die, den Minimalkonsens in Sachen kirchlicher Verkündigung klar herauszustellen.

Summary of the Articles by the Moravian History Working Group

In the Moravian Church's European Continental Province there is a Moravian History Working Group. Initially, it studied the history of Herrnhag, producing the double volume *Herrnhag (Unitas Fratrum, xxii/xxiii, 1988)*. Thereafter the Working Group turned to the history of the Moravian Church from 1918 to 1945. Most of the articles in this volume came out of this work, and are based on joint studies by the members of the Group.

The first article, an historical overview of the period 1919–1936, seeks to set out the historical situation as it presented itself to people at the time (and not as we regard it today with hindsight). A statistical overview indicates the voting record of the civil parishes of Herrnhut, Königsfeld, Kleinwelka, Gnadau and Niesky in the *Reichstag* elections of 1930, 1932 and 1933.

Although the Moravian Church in Europe was and remains an independent free church, in Germany it was at that time already closely linked with the large German Evangelical Church. The formation by Protestant National Socialists of the ›German Christian Movement‹ brought the German Evangelical Church into a state of crisis which erupted into the ›Church Struggle‹, the successive phases of which are described in an article about the situation of the Church and the first phase of the Church Struggle (up to Spring 1935). Formed to oppose the German Christians were the ›Pastors' Emergency League‹, with Martin Niemöller as the driving force, and the ›Confessing Church‹, which held a ›Confessional Synod‹ at Barmen from 29 to 31 Mai 1934. It was at this synod that the

denen die meisten Deutschen höchst unzufrieden waren, gelang es ihnen dank der manipulierenden Propaganda legal die parlamentarische Mehrheit zu bekommen. Für Menschen, die sich nach neuen Gemeinschaftserlebnissen sehnten, hatten sie zunächst etwas durchaus Faszinierendes. So mancher spätere Widerstandskämpfer war anfangs durchaus nicht so ablehnend. Erschütternd wie selbst assimilierte Juden davon angezogen sein konnten. So konstatierte Max Warburg in einem Brief vom 19.3.1933: »Es ist ein Jammer, daß diese Bewegung, die viel Gutes in sich trägt, mit so vielen Schlacken behaftet ist und daß der Antisemitismus es einem Juden unmöglich macht, sich in Reih' und Glied dieser Bewegung zu stellen« (Ron Chernow: *Die Warburgs. Odyssee einer Familie*. Berlin [Siedler] 1994, 454; leicht verändert zit. in: *Die Woche*, 30.9.1994, 20).

famous Theological Declaration was promulgated. This opposed the errors of the German Christians and of the National Church Administration which had been set up in 1933.

In the Moravian Church the attempt of one individual congregation (Gnadenfrei) to form a grouping analogous to the German Christians had been firmly rejected by the Provincial Board. On 27 October 1933 a group of twenty-three ministers drew up eight Theses, which among other things emphasised the abiding authority of the Old Testament as well as of the New and professed that the worldwide fellowship bestowed by Christ embraces all races. The Theses were welcomed by the Provincial Board. Although in the Moravian Church never suffered a division like that in the German Evangelical Church, the question of whether the 1935 provincial synod should adopt the Barmen Declaration or a similar declaration of its own was in the air. There were intensive discussions about this in advance of the synod and at the synod itself, and these are described in detail. Proposals by Samuel Baudert, Friedrich Gärtner and Christian Frederik Høy (Denmark) as well as by some lay members are reproduced as examples in the appendix.

An aide mémoire of the beginning of the synod and of the debates about a Synodical Statement brings alive the state of the discussion in 1935.

The declaration which the Synod composed is also reproduced. This includes a profession of faithfulness to God's word as revealed in the Old and New Testaments, centred on the word of the Cross. The declaration rejects veneration of the divine nobility of man, as well as the emphasizing of racial superiority and a so-called 'indigenous religion'. It reaffirms the duty to spread the Gospel among all peoples and races.

Reflecting on the Synod of 1935, a cautious assessment of the proceedings is attempted against the background of the history of the Moravian Church. In this, despite uncertainties over individual points, the Synod and its declarations are nevertheless given a positive evaluation.

Die Zeister Brüdergemeinde im Zweiten Weltkrieg

Eine deutsche Gemeinde während der deutschen Besetzung¹

von
P.M. Peucker

Über den deutschen Angriff auf die Niederlande am 10. Mai 1940 schrieb Theodor Siebörger, Prediger der Brüdergemeinde in Zeist, entsetzt: »Der Blitz war niedergezuckt, das lang Gefürchtete aber doch im Ernst nie Auszudenkende war Wirklichkeit geworden: Kriegszustand zwischen Holland und Deutschland!«² Als Deutscher in einer deutschsprachigen Kirchengemeinde in den Niederlanden, die sich aus Deutschen und Niederländern zusammensetzte und die Teil des größeren Verbandes der deutschen Brüder-Unität war, wußte er, daß die Besetzung seine Gemeinde in eine mißliche Lage bringen würde. Der Gegensatz zwischen Deutsch und Niederländisch verlief quer durch Siebörgers Gemeinde.

Die Zusammensetzung der Zeister Brüdergemeinde ruft die Frage hervor, wie diese Kirche die Jahre der deutschen Besetzung erlebt hat. Wie war das Ver-

¹ Dieser Aufsatz ist eine ausführliche Fassung eines Vortrages, gehalten bei der Jahresversammlung des Vereins für Geschichte und Gegenwartsfragen der Brüdergemeinde, am 5. Oktober 1996 in Zeist, und erschien im Niederländischen unter dem Titel »De Zeister Broedergemeente in de Tweede Wereldoorlog. Een Duitse kerk tijdens de Duitse bezetting« in *Jaarboek voor de geschiedenis van het Nederlands Protestantisme na 1800* (1996).

² Siebörger an W. Baudert (Unitätsdirektion) 2. Juni 1940 (Durchschlag), *Rijksarchief* Utrecht (RAU), Archiv Brüdergemeinde Zeist (EBG), Predigerarchiv (PA) II R.2.B.1.z (1120). Die Quellen für diesen Aufsatz stammen hauptsächlich aus dem Archiv der Brüdergemeinde Zeist (im Reichsarchiv Utrecht). Im *Rijksinstituut voor Oorlogsdocumentatie* (RIOD; Archiv für die Geschichte des Zweiten Weltkriegs in den Niederlanden) befindet sich eine Akte im Archiv des Generalkommissars für das Sicherheitswesen. In den Archiven des Kommissariats für nichtkommerzielle Vereine und Stiftungen und der Abteilung Erziehung und Kirchen des Generalkommissariates für Verwaltung und Justiz ist nur sehr wenig erhalten geblieben. Ein Gespräch mit L. Siebörger, geb. Bachmann, am 18.2.1995 in Neugnadenfeld konnte das Bild, das ich auf Grund des Quellenmaterials bekommen hatte, bestätigen.

hältnis zur Besatzungsmacht? Wie verhielt sich die Brüdergemeine zum Nationalsozialismus? Wie waren die Beziehungen zur Direktion in Herrnhut? Was waren die internen Folgen der Okkupation für die Brüdergemeine? Gelang es, eine Verbindung herzustellen oder wurde die Gemeine aussichtslos durch prodeutsche und proniederländische Gesinnungen gespalten?

Über den Zweiten Weltkrieg und die Besetzung ist unendlich viel geschrieben worden. Auch über die Frage, wie die Kirchen diese Zeit erlebt haben, besteht Literatur.³ Die Kirchen in den Niederlanden hatten den Kirchenkampf in Deutschland in den dreißiger Jahren verfolgt und fürchteten sich vor etwas ähnlichem in den Niederlanden, als die deutsche Besetzung Realität geworden war. In Deutschland hatten sich Gegner der nationalsozialistischen Ideologie in der Bekennenden Kirche zusammengeschlossen, während die Deutschen Christen die Kirche auf einen nationalsozialistischen Leisten schlagen wollten. In den Niederlanden kam es nicht zu einem ähnlichen Zwiespalt in der Kirche. Die Nazis haben die Kirche in den Niederlanden nicht öffentlich bekämpft. Sie fürchteten sich davor, unnötige Unruhe unter der niederländischen Bevölkerung zu verursachen. Laut Van Roon haben die Deutschen die Kirchen zu Anfang der Besetzung bewußt geschont.⁴ Die Brüdergemeine dagegen kam »durch die

³ Wichtig für den Zeitraum 1933–1941 ist G. van Roon, *Protestants Nederland en Duitsland 1933–1941*, Utrecht-Antwerpen 1973. Er behandelt die breite Landschaft der Kirchen in den Niederlanden, zu denen er auch die Brüdergemeine zählt. Studien über einzelne Kirchen: H.C. Touw, *Het verzet der hervormde kerk*, 2 dln. 's-Gravenhage 1946. Th. Delleman, *Opdat wij niet vergeten: de bijdrage van de Gereformeerde kerken, van haar voorgangers en leden, in het verzet tegen het nationaal-socialisme en de Duitse tyrannie*, Kampen 1949. E.J.T. Brussee-van der Zee, »De Doopsgezinde Broederschap en het nationaal-socialisme 1933–1940«. In: *Doopsgezinde Bijdragen* N.R. 11 (1985) 118–129. A.F. Manning, »De Nederlandse katholieken in de eerste jaren van de Duitse bezetting«. In: *Jaarboek van het Katholiek Documentatiecentrum* (1978). Siehe auch die Kapitel von F. Kleijn, »De samenwerking der kerken«, J.G. Stokman O.F.M., »Het verzet der katholieke kerk«, H.C. Touw, »Het verzet der hervormde kerk« und Th. Delleman, »Het verzet der gereformeerde kerken« in: *Onderdrukking en verzet. Nederland in oorlogstijd*, Hg. von J.J. van Bolhuis [u.a.], Bd. II, Amsterdam o.J., 385–469. Für eine Literaturangabe siehe J. Ridderbos, *Strijd op twee fronten. Schilder en de gereformeerde »elite« in de jaren 1933–1945 tussen aanpassing, collaboratie en verzet op kerkelijk en politiek terrein*, 2 Bde. Kampen 1994 (Diss. Amsterdam (VU) 1994), Bd. 1 403–417, Bd. 2 441–450.

⁴ Van Roon, *Protestants Nederland en Duitsland*, 298. Siehe auch L. de Jong, *Het Koninkrijk der Nederlanden in de Tweede Wereldoorlog*, Bd. V, 's-Gravenhage 1974, 677–697.

Deutsche Besetzung in sehr großen Schwierigkeiten«.⁵ Wie diese Schwierigkeiten entstanden, wird hier gezeigt werden.

Die Brüdergemeine war kein Mitglied im *Interkerkelijk Overleg*, in dem verschiedene Kirchen während der Besetzung zusammenarbeiteten. Auf Initiative des *hervormden* synodalen Ausschusses wurden Delegierte der reformierten (*gereformeerde*) Kirchen, der Christlich Reformierten, der beiden lutherischen Kirchen, der Mennoniten und der Remonstranten eingeladen. Unter dem Namen *Convent van Kerken* kamen sie regelmäßig zusammen, um einen gemeinsamen Standpunkt hinsichtlich der neuen Situation zu formulieren. Nachdem auch die Katholiken beigetreten waren, wurde der Name in *Interkerkelijk Overleg* geändert. Auch war die Brüdergemeine nicht Mitglied in der Deutschen Evangelischen Pfarrkonferenz, ein Beratungsgremium der deutschen Pfarrer in den Niederlanden, das stark unter dem Einfluß des Außenamtes der Deutschen Reichskirche stand.⁶ Der Versuch 1934, die Brüdergemeine Haarlem mit der deutschen evangelischen Gemeinde dort zusammenzulegen und unter die Aufsicht des Außenamtes zu stellen, wurde von der Brüdergemeine abgelehnt. Weder am *Interkerkelijk Overleg* noch an der Deutschen Pfarrkonferenz beteiligt, war die niederländische Brüdergemeine während des Zweiten Weltkriegs in einer ziemlich isolierten Lage.

Die Brüdergemeine Zeist

Die Herkunft der Geschwister, die sich seit der Gründung dieser Brüdergemeine 1746 hier niederließen, war stark unterschiedlich, und der Anteil der Niederländer unter ihnen bildete lange eine Minderheit. Die Sprache im täglichen Verkehr und in der Kirche war Deutsch. Man sang aus den deutschen Brüdergemeingesang- und Liturgiebüchern. Die niederländischen Übersetzungen, die hiervon in Zeist angefertigt wurden, waren zum Gebrauch in Suriname und Südafrika; in Zeist wurden sie nur selten gebraucht. Die Zahl der deutschen Herrnhuter, die nach Zeist kamen, blieb bis in dieses Jahrhundert groß, während die der Niederländer, die sich anders als durch Heirat bei der Brüdergemeine anschlossen, klein, aber im Wachsen war.

⁵ Ibidem, 297.

⁶ Siehe über die Stellung der deutschen Pfarrer in den Niederlanden und der Deutschen Evangelischen Pfarrkonferenz Van Roon, *Protestants Nederland en Duitsland*, 200–212. Wohl gab es von alters her freundschaftliche Kontakte mit den deutschen Pfarrern. Die Pfarrkonferenz war 1942 in Zeist zu Gast. Siebörger hat der Tagung damals beige-wohnt (siehe unten).

Wenn man die Jahresberichte seit Anfang des Jahrhunderts durchliest, fällt auf, daß die politischen Ereignisse trotz der deutschen Sprache aus niederländischer Perspektive beschrieben werden. Es geht darin um »unser Land« und »unser Volk« und auch um »unsere Königin«. Daß sich die Zeister Herrnhuter schon am Anfang des Jahrhunderts als Niederländer fühlten, während die Umgebung sie als Deutsche ansah, geht aus der Einladung hervor, die der Zeister Prediger für eine Audienz der deutschen Pfarrer in den Niederlanden beim deutschen Kaiser während seines Staatsbesuch an die Niederlande 1907 bekam. Obwohl der Empfang nicht stattfand, gab die Invitation Anlaß zu einer Diskussion in der Leitung der Gemeinde. Man war der Meinung, daß »die aus fast ausschließlich holländischen Staatsangehörigen bestehende Brüdergemeine Zeist mit der deutschen Auslandsgemeinde im Haag und Rotterdam nicht auf eine Linie zu stellen [sei]«. ⁷

Obwohl sich die Zeister Herrnhuter sich als Niederländer fühlten, hielten sie am Deutschen als Kirchensprache fest. Die Jahreswechselversammlung 1901/02, in der ein Zeister *hervormder* Pfarrer wegen der großen Zahl der Besucher aus dem Dorf Zeist ein niederländisches Gebet sprach, verursachte Aufregung unter den Geschwistern. ⁸ Trotz Drängen der Kirchenleitung in Herrnhut, vorsichtig das Niederländische als Kirchensprache einzuführen, ⁹ ist dies bis 1940 nie gelungen.

Innerhalb des kirchlichen Lebens in den Niederlanden nahm die Brüdergemeine schon durch ihren kleinen Umfang nur einen bescheidenen Platz ein. Ihre isolierte Lage im Jahre 1940 wurden oben bereits angedeutet. Durch den Gebrauch der deutschen Sprache in den Versammlungen wurde sie als ausländische Kirche angesehen. Ihre Prediger wurden immer aus Deutschland rekrutiert. Der scharfe Widerstand, der der Brüdergemeine im achtzehnten Jahrhundert zuteil geworden war, hatte im neunzehnten Jahrhundert einer Anerkennung für die Missionsarbeit Platz gemacht. Die Zeister Missionsfeste wurden um die Mitte des neunzehnten Jahrhunderts von so vielen Interessierten besucht, daß besondere Eisenbahnzüge eingesetzt werden mußten. Beim 200jährigen Jubiläum der Mission in Suriname im Jahre 1935 sprach im Zeister Kirchsaal außer dem Gouverneur von Suriname auch Ministerpräsident Colijn.

⁷ W.S. Reichel (Pfarrer in Zeist) an H. Bauer (Unitätsdirektion) 2. Jan. 1908, Kopierbuch, RAU, EBG, PA II R.2.B.2.bb (1156).

⁸ G. Reichel (Pfarrer in Zeist) an H. Bauer 7. Jan. 1902, Kopierbuch, S. 271–274, RAU, EBG, PA II R.2.B.2.ba (1155).

⁹ H. Bauer an G. Reichel 14. Jan. 1902, RAU, EBG, PA II R.2.B.1.u (1115).

An der theologischen Diskussion in den Niederlanden war die Brüdergemeine jedoch nicht beteiligt. Der niederländische Protestantismus mit seinen Kirchenspaltungen und Abtrennungen blieb für die Herrnhuter eine fremde Welt, zu der sie kaum gehörten. Als Relativierung der dogmatischen Unterschiede wollten die Brüder bewußt die Botschaft des gekreuzigten Heilands stellen.¹⁰

Auf örtlicher Ebene waren die Kontakte mit den anderen Zeister Kirchen gut. Schon seit Anfang des Jahrhunderts organisierte man gemeinsame Gebetsversammlungen, an denen auch *hervormde* und *gereformeerde* Pfarrer aktiv beteiligt waren. Von der Zeister Bevölkerung bestand vor allem für die liturgischen Abendversammlungen reges Interesse. Diese wurden von vielen treu besucht. Im Gegensatz zu der äußerlichen Geschlossenheit des Brüdergemeinkomplexes bildete die Brüdergemeine in Zeist keine abgeschlossene Gemeinschaft. Die Brüdergemeinbetriebe boten vielen Zeistern Arbeit, und Zeister Kinder besuchten die Gemeinschulen. Auch Nicht-Mitglieder wohnten in den Häusern der Gemeinde, während viele Herrnhuter anderswo innerhalb oder außerhalb von Zeist wohnten.

Die Brüdergemeine Zeist in den 30er Jahren

1934 wurde der junge Prediger Theodor Siebörger mit seiner Frau Lore geb. Bachmann nach Zeist berufen. Siebörger war 1903 geboren. Nach seinem Theologiestudium in Bethel, Tübingen und Herrnhut wurde er 1924 Lehrer an der Knabenanstalt in Niesky. Seit 1927 war er Mitdirektor. Am 1. April 1931 trat er den Dienst des Pfarrers in der Landeskirche in Mosau (Mark Brandenburg) an. Die Berufung nach Zeist bedeutete für ihn eine Rückkehr in den Dienst der Brüdergemeine.

Als die Siebörgers nach Zeist kamen, zählte die Gemeinde ungefähr 350 Mitglieder, von denen fast 220 in Zeist wohnten. Kinder sind mitgerechnet. Während seiner Amtszeit führte Siebörger eine geregelte Korrespondenz mit der Unitätsdirektion in Herrnhut. Dank dieser Korrespondenz und der Jahresberichte sind wir über die Ereignisse in diesen Jahren gut informiert.¹¹ Siebörger beschrieb das Leben in der Zeister Gemeinde 1935 als »vorkriegsmäßig«: die eingreifenden Ereignisse des Ersten Weltkriegs waren ihr im Gegensatz zu den deutschen Gemeinden erspart geblieben, wodurch »die Tradition, das Fest-

¹⁰ Siehe z.B. Th. Siebörger, »Und welche Aufgabe hat nun Zeist heute?« in: *Mitteilungen aus der Brüdergemeine* (Mrz.–Apr. 1938) 28–29.

¹¹ RAU, EBG, PA II R.2.B.1.y und z.

gefügte, das Immergewohnte, die selbstverständliche Sicherheit ... noch ungebrochen vorhanden« waren.¹²

Wirtschaftliche Angelegenheiten der Gemeinde wurden von einem Vorsteher wahrgenommen. Im Gegensatz zu den anderen leitenden Geschwistern war der Zeister Vorsteher ein Niederländer: Hendrik Fortgens. Fortgens war 1874 in Haarlem geboren und verheiratet mit Elisabeth Marion Edwards, geboren in der englischen Brüdergemeine Wellhouse (Yorkshire). Von 1897 bis 1911 hatte er bei der Firma Dürninger in Herrnhut gearbeitet. Als Vorsteher verwaltete er den Häuser- und Grundbesitz, führte die Personalverwaltung (hierzu gehörte auch die Lehrerschaft der Schulen), war er Schatzmeister der Zeister Missionsgesellschaft und hatte die Aufsicht über die Betriebe, die Eigentum der Brüdergemeine waren. Fortgens war stellvertretender Vorsitzender des Ältestenrates. Obwohl Fortgens 1939 65 Jahre wurde, fand man es angesichts seiner großen Erfahrung und Arbeitslust besser, ihn noch einige Zeit in seinem Amte verbleiben zu lassen.

Die Leitung einer Ortsgemeinde bildete der Ältestenrat. Der Ältestenrat setzte sich aus dem Prediger als Vorsitzenden, dem Vorsteher, einem Vertreter der Schulen und vier gewählten Mitgliedern zusammen. Obwohl der Ältestenrat laut Kirchenordnung¹³ jeden Monat zusammen treten sollte, tagte der Zeister Rat nur sechs bis sieben Mal pro Jahr. Der Prediger (Gemeinhelfer), der von der Unitätsdirektion in Herrnhut berufen wurde und ihr direkt unterstellt war, war in seiner Seelsorge und Verkündigung dem Ältestenrat keine Verantwortung schuldig. Der Vorsteher wurde vom Ältestenrat angestellt. Die örtlichen Ältestenräte standen unter der Aufsicht der Unitätsdirektion.

Eine andere Person, die eine wichtige Rolle im Gemeinleben spielte, war die Leiterin des Schwesternhauses, Frieda Naschke. Sie war kein Mitglied des Ältestenrates, in dem in Zeist bis 1947 keine Frauen waren. Naschke war 1936 von der Direktion als Schwesternpflegerin und Vorsteherin des Schwesternhauses von Niesky nach Zeist berufen. Als Schwesternpflegerin hatte sie seelsorgerliche Aufgaben für alle ledigen Schwestern in der Gemeinde. Sie veranstaltete Schwesternabende, machte Besuche, pflegte die Kontakte mit den auswärtigen Schwestern und gab den jungen Mädchen Konfirmandenunterricht. Der Schwerpunkt ihrer Arbeit bildete jedoch die Leitung des Schwesternhauses, das vor allem von älteren Schwestern bewohnt wurde.

¹² Zit. nach der Antwort von Th. Marx (UD) auf Siebörgers *Ergänzungsbericht* zum Jahresbericht 1935, der im Zeister Predigerarchiv nicht vorhanden ist. (Marx an Siebörger 25. Apr. 1936, RAU, EBG, PA II R.2.B.1.y (1119)).

¹³ *Kirchenordnung der Evangelischen Brüder-Unität in Deutschland vom Jahre 1935*, Gnadau o.J.

Obwohl die Jahre des Ersten Weltkriegs an der Zeister Brüdergemeinde so gut wie unbemerkt vorübergegangen waren, machten sich die politischen Entwicklungen der 30er Jahren innerhalb der Gemeinde bemerkbar. Verschiedene Gemeinmitglieder fühlten sich zum Nationalsozialismus hingezogen und einige schlossen sich der *Nationaal-Socialistische Beweging* (NSB), der wichtigsten nationalsozialistischen Partei in den Niederlanden, an.¹⁴ Es wurden manchmal politische Zeitungen in der Gemeinde verteilt. Andere waren den neuen Verhältnissen in Deutschland abgeneigt und brachten ihre Meinung öffentlich zum Ausdruck. Siebörger schreibt im Ergänzungsbericht zum Jahresbericht 1938: »Die Entwicklung der innenpolitischen Lage Hollands ruft je länger je mehr eine Verschärfung der parteipolitischen Gegensätze auch im Geschwisterkreis hervor. Hinzu kommt, dass immer wieder auch die aussenpolitischen Vorgänge in unsere national gemischte Gemeinde starke Spannungsmomente hineintragen. Diesen Ernst der Situation gilt es, sehr aufmerksam im Auge zu behalten und so weit wie irgend möglich Dämme aufzuwerfen gegen die aufkommende Flut.«¹⁵

Siebörger selbst stand den politischen Änderungen in Deutschland kritisch gegenüber. Obwohl vorsichtig, vertrat er seine Meinung in den Herrnhuter Zeitschriften. In einem den niederländischen Gemeinden gewidmeten Heft der *Mitteilungen aus der Brüdergemeinde* schreibt er: »Deutlicher als vielleicht seit Jahrhunderten hören wir heute wieder das Zeugnis der Kirche Christi unter dem Kreuz und das weist uns aufs Wort. Ernst wie wohl seit langem nicht mehr hören wir indessen mitten in der Christenheit auch Stimmen des Abfalls und des Verrates und auch sie weisen uns, ohne es zu wollen, aufs Wort. ›Seid nüchtern und wachet!‹ Wehe dem, der diesen zwiefachen Ruf heute überhört oder gar geflissentlich nicht hören will.«¹⁶ Große Erwartungen verband Siebörger mit dem Besuch einer Zeister Delegation in der Brüdergemeinde Neuwied 1937. Obwohl Neuwied als nächste Gemeinde sich wohl am besten für einen Gemeindebesuch eignete, wird die Sympathie dieser Gemeinde für die Bekennende Kirche eine Rolle gespielt haben. Wollte er den Zeistern in Neuwied etwa eine andere Seite von Deutschland zeigen? Siebörgers bemerkenswerteste Tat dieser

¹⁴ Über die Haltung der NSB gegenüber den Kirchen, siehe: Harmjan Dam, *De NSB en de kerken. De opstelling van de Nationaal Socialistische Beweging in Nederland ten opzichte van het christendom en met name de Gereformeerde Kerken 1931–1940*, Kampen 1986. Die Brüdergemeinde wird hierin nicht behandelt.

¹⁵ Ergänzungsbericht 1938, PA II R.6.11. Die *Ergänzungsberichte* waren persönliche Erläuterungen des Predigers zum Jahresbericht, der in der Versammlung am Neujahrsabend der Gemeinde vorgelesen wurde und der daher vorsichtiger formuliert war.

¹⁶ Th. Siebörger, »Und welche Aufgabe hat nun Zeist heute?« 27.

Reise, die ihm später von den Nazis angelastet wurde, war wohl das Gebet für Martin Niemöller, Symbol des kirchlichen Widerstandes in Deutschland. In den deutschen Landeskirchen galt eine solche Fürbitte als Stellungnahme für die Bekennende Kirche.¹⁷ Daß die Nazis Siebörger später wenig mehr anhaben konnten, bestätigt das Bild, daß er sich auf politischem Gebiete nur wenig betätigte. Er war der Meinung, daß nationale und politische Unterschiede dem Evangelium untergeordnet seien und daß diese Unterschiede innerhalb einer internationalen Gemeinschaft wie die Brüder-Unität überwunden werden sollten. Nationale Gefühle durften die gemeinsame Liebe für den Heiland nicht beherrschen.

Eine gleiche gemäßigte und im Grunde unpolitische Haltung nahm auch die Kirchenleitung in Herrnhut, die Unitätsdirektion, ein. Obwohl grundlegende Untersuchungen über die Haltung der Brüdergemeinde während des Dritten Reiches noch nicht vorliegen, bekommt man den Eindruck, daß man sich als Christ außerhalb des politischen Geschehens zu halten wünschte. Politik war in der Brüdergemeinde *not done*. Das Wort der Synode 1935 ist gemäßigt aber deutlich formuliert: »Wir müssen gegenwärtig an unserm Teil alles tun, daß wir mit unserer Jugend nicht irreführt werden durch Zeitströmungen, die die Rettung des Sünders durch Christus ersetzen wollen durch Verehrung des göttlichen Adels des Menschen oder in die Verkündigung der Gnade Gottes völkische Vorzüge hineinmengen wollen.«¹⁸ Die braune Gemeinde Gnadenfrei in Schlesien, in der eine Gruppe der Direktion 1933 vorschlug, innerhalb der Brüdergemeinde Gruppen von Deutschen Christen zu bilden, war innerhalb der Brüder-Unität vermutlich genauso eine Ausnahme wie das bereits erwähnte Neuwied, das mehr auf Seiten der Bekennenden Kirche stand. Die meisten Brüdergemeinmitglieder schwammen dennoch bald auf den Wellen der nationalistischen Begeisterung, die Deutschland in ihrem Griff hielt, mit.

Mai 1940

Solange die Drohung einer nationalsozialistischen Machtübernahme in den Niederlanden wenig realistisch erschien, gelang es Siebörger, die nationalen und politischen Unterschiede innerhalb seiner Gemeinde durch das Evangelium zu überwinden. Mit dem deutschen Einfall im Mai 1940 änderte sich dies alles schlagartig.

¹⁷ Siehe z.B. Eberhard Röhm und Jörg Thierfelder, *Evangelische Kirche zwischen Kreuz und Hakenkreuz*, Stuttgart 1981. Mit Literaturangaben.

¹⁸ *Herrnhut. Wochenblatt aus der Brüdergemeinde* 68/7 (15. Febr. 1935).

Schon mit der Mobilmachung im August 1939 hatten sich die ersten Zeichen eines sich annähernden Krieges auf bescheidene Weise in der Zeister Gemeinde gezeigt. Die Knabenschule war beschlagnahmt worden und einige jungen Brüder waren unter die Waffen gekommen. Ruhig blieb es jedoch bis zum Mai 1940.

Einige Stunden, nachdem die ersten Flugzeuge und das Flakgeschütz am frühen Morgen des 10. Mai wahrgenommen worden waren, bekam es die Gemeinde mit den ersten Kriegsmaßnahmen zu tun. Um 9.00 Uhr bekamen alle deutschen Staatsangehörige Hausarrest; abends wurden sie von der Militärpolizei aus den Häusern geholt. Außer Siebörger betraf es noch zwei andere. Über Maartensdijk wurden sie am Tage darauf nach Den Haag gebracht, wo sie nach einem »kleinen Propagandamarsch«, wie es Siebörger nannte, in die Ställe der Alexanderkaserne, unter strenger Bewachung und ohne viel Nahrung, eingesperrt wurden. Andere Gemeinmitglieder, die während der ersten Kriegstage verhaftet wurden, waren die NSB-Mitglieder. Die Wut der Bevölkerung richtete sich vor allem gegen sie und ihnen wurde wiederholt mit dem Tode gedroht. Auch die Unterbringung des Hauptquartiers des Feldheeres im Hotel Figi am Rond in Zeist wirkte sich auf den ganzen Ort aus. Die Anlage der Gemeinde füllte sich mit Soldaten, die in der Mädchenschule einquartiert wurden. Der Nordostflügel des Broederpleins mußte zugleich mit der Dorpsstraat, dem Lageweg und Utrechtseweg geräumt werden und die Plätze der Gemeinde durften nur gegen Vorlage einer Lebensmittelkarte mit Foto als Ausweis betreten werden. Sonntag der 12. Mai war Pfingstsonntag. In Abwesenheit des Predigers hielt Peter Legêne, Vorsitzender der Missionsgesellschaft, die Predigt. Er tat dies auf Niederländisch.

Die Spannung nahm am Dienstag, den 14. Mai, zu. Die niederländischen Soldaten hatten sich inzwischen zurückgezogen, die deutschen waren noch nicht angekommen. Eine unheilverheißende Stille lag über den Plätzen. Als am Nachmittag die Sirenen heulten, weil die Deutschen Utrecht zu bombardieren drohten, dachten die Zeister, daß das Ende nahte. Durch die Kapitulation wurde dem Bombardement vorgekommen. Schwesternpflegerin Frieda Naschke beschrieb ihre Erleichterung aus deutschem Gesichtspunkt wie folgt:

»Ich bin frei. Ich darf wieder auf die Strasse. Erleichtert atme ich auf. Ich sage es meinen Landesgenossinnen. Wir können nur mit Mühe unsere Freude zurückhalten, um sie unsern holländischen Mitschwestern nicht allzusehr zu zeigen. Am Abend ertönt der Tritt stundenlanger Einmärsche deutscher Soldaten. Ich kann nicht anders, als mich zum Rathaus zu schleichen, wo hunderte, ja vielleicht tausende holländische Gefangener vor demselben liegen, umringt von deutschen Soldaten, die die Hotels,

die Häuser u.s.w. beziehen und zum Teil unentwegt weitermarschieren. Ich grüßte die deutschen Kameraden, die totmüde an der Strasse lagen. Ich wechselte die ersten deutschen Worte mit ihnen.«¹⁹

Am 15. Mai, nach Einstellung der Feindseligkeiten, kehrten die gefangengenommenen Gemeindemitglieder wieder zurück nach Zeist. Nun waren aber wieder andere an der Reihe. Im Laufe des Jahres 1940 wurden Personen »feindlicher« Staatsbürgerschaft festgenommen. Drei Zeister Herrnhuter, zwei ledige englische Schwestern und ein Bruder mit südafrikanischer Nationalität, wurden in Schoorl interniert. Der Bruder durfte nach zwei Monaten nach Hause; die Schwestern kehrten erst im Februar bzw. August 1941 nach Zeist zurück, nachdem sie monatelang in einem Internierungslager am Bodensee gewesen waren.²⁰

Eine tiefgreifende Folge der deutschen Besetzung für die Zeister Brüdergemeine war das Wegfallen jeglicher Verbindung mit Suriname. Die Zeister Missionsgesellschaft hatte die Leitung über die Missionsarbeit in dieser niederländischen Kolonie, wozu regelmäßiger Kontakt notwendig war. Später im Krieg stellte sich heraus, daß die nordamerikanische Brüdergemeine die Finanzierung der Arbeit in Suriname übernommen hatte. Über Schweden gingen ab und zu Nachrichten ein, daß seit Kriegsanfang eine große Zahl der Mitarbeiter der Brüdergemeine wegen ihrer deutschen Nationalität interniert worden war.²¹

Der Fall Van Wees & Weiss

Schon bald stellte sich heraus, daß die neuen Machthaber besondere Erwartungen der Brüdergemeine gegenüber hegten, die sie als eine Deutsche Kirche betrachteten. Nach Sommer 1940 begannen Verhandlungen mit der Leitung der Gemeinde, die dabei gezwungen wurde, ihre Stellung innerhalb der neuen Ordnung zu bestimmen.

Der Anlaß für die Verhandlungen bildete die Firma Van Wees & Weiss.²²

¹⁹ Bericht von F. Naschke über die ersten Monate der Besetzung.

²⁰ Siehe auch den Antrag von Siebörger an SS-Obergruppenführer Rauter um Entlassung von Lydia Cornell aus der Internierung (Durchschlag) 5. Juni 1941, RAU, EBG, Korrespondenz des Predigers mit verschiedenen Personen in den Niederlanden, PA II R.2.B.2.i (1129).

²¹ Jahresbericht 1944.

²² Siehe über den Textilhandel während der Besetzung: C.N.F. Swarttouw, *De ontwikkeling van de textielindustrie, de confectie-industrie en den textielhandel, alsmede de textielvoorziening van Nederland gedurende den bezettingstijd 1940-1945*, Diss. Rotterdam, Amsterdam 1947.

Die 1752 gegründete Textilgroßhandlung Van Wees & Weiss war Eigentum der Zeister Brüdergemeinde und hatte sich in einem Teil des Brüderhauses am Broerderplein etabliert.²³ Seit 1915 erlebte Van Wees & Weiss unter der Leitung des Direktors Friedrich Johann (Fritz) Müller eine Periode des explosiven Wachstums. Firmen in Amsterdam, Bolsward, Doetinchem und Tiel wurden übernommen. Als zweiter Direktor wurde am Anfang der 20er Jahre Fritz Baudert ernannt. Müller ging 1938 in Rente und Baudert übernahm seine Funktion.

Das Verhältnis zur Deutschen Unitätsdirektion war in einer Vereinbarung aus dem Jahre 1923 geregelt, wobei die Brüdergemeinde Zeist als Eigentümer die Finanzdirektion in Herrnhut mit der Aufsicht beauftragte. Die Finanzdirektion stellte wiederum Fortgens als Geschäftsinspektor an, der in dieser Eigenschaft die Aufsicht im engen Einvernehmen mit Herrnhut ausübte. Die Finanzen der Europäischen Brüder-Unität stützten sich zu einem erheblichen Teil auf Van Wees & Weiss, das jährlich 40.000 an Herrnhut abführte.

Die Schwierigkeiten um Van Wees & Weiss entstanden, als Direktor Fritz Baudert, der die britische Staatsbürgerschaft besaß, kurz nach Kriegsausbruch mit Frau und Kindern nach England flüchtete. Während die Brüdergemeinde noch einen Nachfolger suchte, ernannte Reichskommissar Seyss-Inquart am 6. September 1940 durch Verordnung (F 5448/40 BÖ) Hans Werner Müller Lehning zum Verwalter von Van Wees & Weiss. Dieser Niederländer genoss großes Vertrauen bei den Besetzern. Noch keine drei Wochen später, am 26. September, wurde er zum Kommissar der nichtkommerziellen Vereine und Stiftungen gemacht. In dieser Funktion hatte er die Aufgabe, die Vereine in den Niederlanden gleichzuschalten oder zu liquidieren.²⁴ Auch zahlreiche kirchliche Vereine waren von Müller Lehnings Politik betroffen.²⁵

Hans Werner Müller Lehning, geboren am 13. November 1895, war der Brüdergemeinde nicht unbekannt. Zusammen mit seinem jüngeren Bruder Arthur war er 1907 in die Gemeinde aufgenommen worden. Sie waren in der Direkto-

²³ Über Van Wees & Weiss: J.R. Peuker, *Herdenkingsrede uitgesproken op zondag 15 juni 1952 bij het liefdemaal ter ere van het tweehonderd jarig bestaan van de firma G. van Wees & Weiss ...*, o.O. o.J. (1952). E. van den Bent, Einführung zu dem Findbuch des Archivs von Van Wees & Weiss (Rijksarchief Utrecht).

²⁴ De Jong, *Koninkrijk der Nederlanden*, V, 419–423. Siehe auch: J.J. van Bolhuis, »De Nationaal-Socialistische Beweging en andere totalitaire organisaties« in: *Onderdrukking en verzet. Nederland in oorlogstijd* Bd. II, Hg. von J.J. van Bolhuis [u.a.], Amsterdam z.j., 42–75, dort 69–70. Dergl. »Aantasting van het verenigingsleven«, in: ebenda, 473–490.

²⁵ Siehe über Müller Lehning und die *Hervormde* Kirche: Touw, *Verzet der hervormde kerk*, I, 508–516.

renwohnung von Van Wees & Weiss am Broederplein 35 aufgewachsen, in der Familie ihrer Mutter Paula Schübler, die sich mit obgenannten Fritz Müller wiederverheiratet hatte.²⁶ Sie fügten den Namen ihres Stiefvaters zu ihrem eigenen Namen Lehning.²⁷ Nach Ausbrechen des Ersten Weltkrieges wurde Werner, der die Deutsche Nationalität hatte, im Jahre 1915 zum Infanteristen im Deutschen Heer einberufen. Er nahm am Feldzug in Polen teil, wurde dort schwer krank, wonach er, umgeschult zum Artilleristen, in Flandern eingesetzt wurde. Unerwartet kehrte er, noch bevor der offizielle Waffenstillstand geschlossen wurde, am 6. November 1918 nach Zeist zurück.²⁸

Am 1. Oktober 1919 trat Hans Werner eine Stelle als Einkäufer bei Van Wees & Weiss an. 1924 wurde er Filialleiter der Amsterdamer Niederlassung. In den 30er Jahren war er wieder im Stammhaus in Zeist zu finden, wo er einer der fünf Abteilungsleiter war.²⁹ In politischer Hinsicht nahmen die zwei Brüder entgegengesetzte Standpunkte ein. Während Arthur sich für den Anarchosyndikalismus entschied, schloß sich Hans Werner dem Nationalsozialismus an. 1933 wurde er Mitglied der NSB.

In seiner Eigenschaft als Verwalter von Van Wees & Weiss setzte Müller Lehning im September 1940 seinen Stiefvater, der 1938 in Rente geschickt worden war, erneut als Direktor von Van Wees & Weiss ein. Zu Prokuristen ernannte er den Einkäufer G.A. van Bloemendaal und Hauptbuchhalter J. van Veen, der laut Müller Lehning mit dem Nationalsozialismus sympathisierte.³⁰ Walther Brahts, der seit der Flucht Bauderts nach England die Firma als Unterdirektor geleitet hatte, ernannte er ebenfalls zum Prokuristen. Fortgens entthob er seines Amtes als Geschäftsinspektor.³¹ Auf diese Weise entzog Müller Lehning Van Wees & Weiss der Aufsicht der Brüdergemeine.

Zu einem großen Teil wird Müller Lehnings Handeln von persönlichen Motiven bestimmt gewesen sein. Die Pensionierung seines Stiefvaters im Jahre 1938 muß nicht ohne Probleme vonstatten gegangen sein; lange Zeit hatte seine

²⁶ Siehe auch Arthur Lehning, *De vriend van mijn jeugd. Herinneringen aan H. Marsman*, 's-Gravenhage-Bandung 1954, 12–26. Paula Müller starb 1921. Fritz Müller heiratete 1925 Daisy Dingemans.

²⁷ Arthur nennt sich seit 1940 nur Lehning.

²⁸ Jahresberichte Brüdergemeine Zeist, 1914–1918.

²⁹ RAU, EBG, Archiv Van Wees & Weiss, Personalregister [vor 1940], vorl. Nr. 488.

³⁰ Bericht Müller Lehnings über Van Wees & Weiss in einer unverzeichneten Akte im Vorsteherarchiv.

³¹ Siehe die Abschrift des Schreibens von H.W. Müller Lehning an die Finanzdirektion 17.9.1940 im RIOD, Bestand des Generalkommissars für das Sicherheitswesen, Sicherheitsdienst des RF-SS, SD-Hauptamt, Akte 108 B d.

Stiefmutter Daisy Müller sich geweigert, die kirchlichen Versammlungen zu besuchen. Unter dem Direktorat von F. Baudert scheint Müller Lehning bei Van Wees & Weiss wegen seiner nationalsozialistischen Gesinnung Widerstand empfunden zu haben.³² Aus den Akten des Sicherheitsdienstes geht hervor, daß Müller Lehning vor dem Krieg bei Rückkehr von einer Einkaufsreise nach Deutschland unter Spionageverdacht festgenommen worden war. Diejenigen, die ihn angezeigt hatten, sollen Baudert und Brahts gewesen sein.³³

Die Einwendungen und Frustrationen von Müller Lehning gehen auch aus einem von ihm erstellten Bericht, der sich unter den Papieren von Fortgens befindet, hervor.³⁴ Der deutschsprachige Bericht ist datiert auf den 26. November 1940 und war vermutlich für die deutschen Behörden bestimmt. Laut Müller Lehning war die Brüder-Unität durch die nationalsozialistische Rassenpolitik und die drohenden Maßnahmen gegen die Schulen und Internate der Brüdergemeinde in englisches Fahrwasser geraten. So wären innerhalb von Van Wees & Weiss zwei Lager entstanden: ein deutsches und ein englisches. Zum letzten gehörte die Leitung von Van Wees & Weiss: Baudert, Fortgens und Brahts. Die Direktion in Herrnhut hätte das englische Lager unterstützt. Wegen seiner nationalsozialistischen Überzeugung hätte man versucht, Müller Lehning zur Kündigung zu zwingen.

Persönliches Ressentiment von Müller Lehning war nicht der einzige Grund für den Druck, unter den die Brüdergemeinde gesetzt wurde. Dies wurde deutlich, als Siebörger die Besatzungsmacht um Aufklärung für die kommissarische Verwaltung, unter die Van Wees & Weiss gestellt worden war, bat. Die neuen Machthaber lehnten das Vorgehen der Gemeinde in den letzten Jahren in mehreren Punkten ab. Am 17. September, am Tage nachdem die Brüdergemeinde über die Ernennung von Müller Lehning informiert worden war, wurde Siebörger und Fortgens von Assessor Veith in Den Haag mitgeteilt, daß die Anstellung eines Verwalters geschehen sei auf Grund der Verordnung über die Behandlung feindlichen Vermögens vom 24. Juni 1940, § 13 Abs.1.³⁵ Dieser Ab-

³² Dies geht aus einem Brief von Siebörger an die Direktion hervor 11.12.1940 (Durchschlag), RAU, EBG, PA II R.2.B.1.z (1120).

³³ Gutachten von SS-Sturmbannführer Ernsmann 13.12.1940, RIOD, Generalkommissar für das Sicherheitswesen, Akte 108 B d.

³⁴ Einer Notiz von Fortgens auf der Rückseite ist zu entnehmen, daß der Bericht nach dem Krieg aus den Akten der aufgelösten Deutschen Revisions- und Treuhand-Gesellschaft in seinen Besitz gekommen war. Der Bericht befindet sich in einer Akte über Van Wees & Weiss, der kürzlich im Tresor im Vorsteheramt aufgefunden und seinerzeit nicht mit dem Vorsteherarchiv dem Rijksarchief in Utrecht übergeben wurde.

³⁵ *Verordnungsblatt für die besetzten niederländischen Gebiete* Stück 7, (27. Juni 1940) S. 73.

satz enthielt die Bestimmung – und auf sie verwies Veith nachdrücklichst –, daß Verwalter auch eingesetzt werden konnten, »wenn das Unternehmen unmittelbar oder mittelbar unter massgebendem feindlichen Einfluss steht«.

Am 11. Oktober erkundigte sich Siebörger bei Brandes, Sekretär des Beauftragten für die Provinz Utrecht.³⁶ Brandes war Leiter der Deutschen Kolonie in Utrecht, in der auch Siebörger und seine Frau Mitglied waren. Sein Sohn hatte die Knabenschule der Brüdergemeine Zeist besucht und er war mit einigen Mitgliedern der Gemeinde befreundet. Brandes legte Siebörger seine Bedenken gegen die Brüdergemeine dar. Die Ernennung des Engländers F. Baudert, der mit einer »nicht-arischen« Frau verheiratet war, zum Direktor von Van Wees & Weiss 1938 durch eine deutsche Instanz betrachtete er als ein falsches politisches Signal in einer Zeit, in der die antideutsche Stimmung in den Niederlanden überwog. Die Brüdergemeinschulen hätten ihre Aufgabe, im deutschen Interesse zu wirken, nicht wahrgenommen. Außerdem fand Brandes es merkwürdig, daß die Zeister Brüdergemeine wohl einen deutschen Prediger hatte, aber keinen deutschen Vorsteher. Zusammenfassend war Brandes' Kritik, daß sich die Brüdergemeine in Zeist, die er mit einer Tochterunternehmung einer deutschen Firma verglich, in den vorherigen Jahren »des Kampfes« nicht genügend für das deutsche Interesse eingesetzt hätte. Er riet Siebörger schließlich: »Werfen Sie das Steuer Ihrer Gemeinde herum. Ordnen Sie sich ein in die grosse Linie der politischen Neuordnung Deutschland-Holland.« Es wäre dann auch wohl am besten, wenn die Brüdergemeine den wiederernannten F. Müller in seiner Position anerkannte.

Diese Beanstandungen gegen die Brüdergemeine wurden in den Gesprächen mit den Behörden immer wieder hervorgehoben und auch in den internen Akten der Nazis sind sie zu lesen. Die Leitung der Brüdergemeine wäre anti-Deutsch. Siebörger hätte seinerzeit für den gefangenen deutschen Prediger Martin Niemöller gebetet; noch nach der Kapitulation im Mai 1940 hätte er die Königin und den Prinzen Bernhard im Gebet erwähnt. Am 23. Mai hätte er in einer geschlossenen Versammlung im Pfarrhaus den halbjüdischen Jungen Hermann Mendel getauft und in die Gemeinde aufgenommen. Die Brüdergemeinschulen hätten den Nationalsozialismus nicht unterstützt. Der Leiter der Knabenschule Friedrich Arnold Fickweiler, der auch Ältestenratsmitglied war, hätte sich einmal respektlos über den Führer geäußert. Fortgens, der Vorsteher, wäre dem Sicherheitsdienst zufolge ein »Deutschenhasser«. Er war mit einer Engländerin verheiratet und hätte einmal einen Aufruf für eine Kollekte für die verfolgten Juden in Deutschland unterschrieben. Dies mögen keine großen Taten des Wi-

³⁶ Aktennotiz über dieses Gespräch, bei Korrespondenz PA II R.2.B.1.z (1120).

derstandes gewesen sein für eine deutsche Einrichtung, die die Brüdergemeine Zeist in den Augen des Besetzers war, wären sie unangebracht. Kurzum, das Ruder sollte heringeworfen werden. Genau wie die anderen deutschen Personen und Einrichtungen in den besetzten Niederlanden sollte die Brüdergemeine für den Nationalsozialismus gewonnen werden.³⁷

Dem Wunsch der Besatzungsmacht, daß die Brüdergemeine Zeist sich als deutsche Kirche auf Seiten des Nationalsozialismus stellen sollte, stellte Siebörger das Argument, daß seine Gemeinde nur in einem sehr begrenzten Maße deutsch war, entgegen. Die Zahl der deutschen Staatsbürger war klein und die meisten Gemeinmitglieder waren gebürtige Niederländer. Weil auch andere europäische Nationalitäten in der Gemeinde vertreten waren (siehe Tabelle), sprach er von einer international gemischten Gemeinde.³⁸ Siebörgers Gegner waren wohl kaum von seiner Argumentation beeindruckt. Obwohl es nach juristischem Standpunkt wenig Deutsche in der Zeister Brüdergemeine gab, ein großer Teil der Gemeinmitglieder war der Abstammung nach Deutsch. Die Zeister Herrnhuter waren keine Reichsdeutschen, wohl aber meist als Volksdeutsche anzusehen.

Noch bevor der Ältestenrat sich über eine Anerkennung der Stellung von Fritz Müller als Direktor von Van Wees & Weiss beraten konnte, starb dieser unerwartet am 17. Oktober. Da der Direktorenposten nun wieder vakant war, ernannte die Direktion in Herrnhut einen eigenen Kandidaten. Dieser Mann war Jakob Roth, Mitglied der Brüdergemeine Gnadenfrei (Schlesien), wo er Direktor der Textilfabrik Th. Zimmermann war. Diese Firma war wie Van Wees & Weiss Eigentum der Brüdergemeine. Roth sollte beide Ämter kombinieren; alle zwei Wochen würde er nach Zeist reisen, bis ein endgültiger Nachfolger gefunden war. In politischer Hinsicht fürchtete die Brüder-Unität keine Bedenken von Seiten der deutschen Behörden in den Niederlanden: Roth war Mitglied der NSDAP, SA-Obersturmführer und hatte als Offizier im Ersten Weltkrieg gedient.³⁹

³⁷ Siehe über die Politik des Besetzers im Hinblick auf deutsche Personen und Einrichtungen in den Niederlanden: Siegfried Sommer, »Die NSDAP in den Niederlanden«. In: *Die Niederlande im Umbruch der Zeiten. Alte und neue Beziehungen zum Reich*, Hg. Max Freiherr du Prel u. Willi Janke, Würzburg 1941, 121–128.

³⁸ Siehe z.B. die Aktennotiz eines Gespräches zwischen Siebörger und Brandes 11. Okt. 1940 bei Siebörgers Korrespondenz, PA II R.2.B.1.z (1120) und Siebörgers Schreiben an Müller Lehning 31.1.1941 (Durchschlag) PA II R.2.B.2.j (1130).

³⁹ Gesuch des Zeister Ältestenrates an den Generalkommissar für Finanz und Wirtschaft in Den Haag für Aufhebung der kommissarischen Verwaltung von Van Wees & Weiss, 27.11.1940, PA II R.2.B.1.z (1120). Siehe auch den Brief von J. Roth an H.W.

Durch die Vermittlung des deutschen Marinepfarrers in Den Haag Arno Pötzsch⁴⁰ erfuhr die Brüdergemeine, daß ihr Vorschlag nicht annehmbar war. Pötzsch sprach am 28. November mit Ministerialrat Hans von Boeckh⁴¹, Mitarbeiter von Fischböck, und am 2. Dezember mit Kammergerichtsrat Dr. Schröder⁴² und mit Müller Lehning. Müller Lehning sagte ihm bei diesem Gespräch: »Sie glauben ja nicht, wie deutschfeindlich die Zeister Brüdergemeine ist!«, und dies sollte sich ändern. Darum sollten Prediger, Vorsteher, Organist, Schulleiter und verschiedene Lehrer aus der Leitung der Gemeinde verschwinden. Die Kandidatur von Roth war indiskutabel.

Siebörger wurde klar, wie ernst die Lage war. Jedes Zugeständnis an die Forderungen der nationalsozialistischen Regierung hätte einen Massenaustritt der Gemeinmitglieder und das Ende der Zeister Brüdergemeine zur Folge gehabt. »Will die politische Macht die Gemeine vergewaltigen, nun gut, sie hat die Gewalt«, schrieb Siebörger nach Herrnhut, »so müssen wir's leiden! Aber wir wollen uns nicht selbst ihren Dolch in die Brust stossen!«⁴³ Inzwischen ging das Jahr 1940 zu Ende: »Wir feiern nun wohl ein ernstes Weihnachten; das Schwerste daran ist vielleicht, dass man nicht die ganze Gemeine, ja kaum den ganzen Ältestenrat an diesem Ernst mittragen lassen kann!«. Die Einzigen in Zeist, die Siebörger hierüber ins Vertrauen zogen, waren Vorsteher Fortgens und Schulleiter Fickweiler. Der Rest des Ältestenrates wußte von nichts.⁴⁴

Trotz einer früheren Ablehnung seines Visumantrags gelang es Roth im Januar 1941, in die Niederlande zu reisen.⁴⁵ Die Erwartungen, die die Brüderge-

Müller-Lehning 30.11.1940, in der Akte J. Roth, RIOD, Archiv des Generalkommissars für das Sicherheitswesen, Akte 108 B d.

⁴⁰ Pötzsch hatte bei der Brüdergemeine als Erzieher im Internat in Kleinwelka bei Bautzen gearbeitet. Nach dem Krieg wurde er bekannt für seine Lieder, die in verschiedene Gesangbücher aufgenommen wurden.

⁴¹ Boeckh war Generalreferent beim Generalkommissar für Finanz und Wirtschaft und verfaßte in dieser Funktion: »Neuordnung der handels- und devisa-politischen Beziehungen der Niederlande«. In: *Die Niederlande im Umbruch der Zeiten. Alte und neue Beziehungen zum Reich*, hg. von Max Freiherr du Prel und Willi Janke, Würzburg 1941, 247–255.

⁴² Ist dieser H. Schröder derjenige, der seit dem Sommer von 1942 als Beauftragter in Amsterdam für die Koordination der Deportation und der Judenverfolgung war? (De Jong, *Koninkrijk der Nederlanden*, passim).

⁴³ 11.12.1940.

⁴⁴ Das Protokoll des Ältestenrates erwähnt nichts von den Verhandlungen. PA II R.1.B.I.39.

⁴⁵ Die Ablehnung geht aus der mehrmals zitierten Akte »Roth« im RIOD hervor.

meine anfänglich mit Roths Vermittlung verband, zerschlugen sich jedoch bald: er kam mit Müller Lehning zu einer Übereinstimmung! Am 14. Januar 1941 legte Roth in Zeist ihren gemeinsamen Vorschlag vor. Der genaue Inhalt des Vorschlags ist nicht bekannt. Wohl kann man aus Siebörgers Mitteilung an Herrnhut⁴⁶ ableiten, daß Pfarrer und Vorsteher zu ersetzen wären. Müller Lehning schlug auch schon ein politisch akzeptables Gemeinmitglied als Vorsteher vor.⁴⁷ Wenn die Zeister nicht auf diese Forderung eingehen würden, würde die Gemeinde aufgelöst und ihr Vermögen konfisziert werden. Die Brüdergemeinde hatte also die Wahl zwischen Gleichschaltung oder Auflösung. Siebörger konnte den Vorschlag nicht akzeptieren, aber er weigerte sich, die Verantwortung hierfür auf sich zu nehmen, da beides das Ende der Zeister Gemeinde zur Folge hätte. Die Entscheidung überließ er der Unitätsdirektion und der Finanzdirektion in Herrnhut.

Die Verhandlungen mit Müller Lehning wurden nun von Herrnhut fortgesetzt. Die Finanzdirektion erklärte Müller Lehning am 22. Januar, daß sie bereit wäre, ihn als Direktor von Van Wees & Weiss anzustellen unter der Voraussetzung, daß vorher »eine eingehende persönliche Aussprache von Mann zu Mann« stattfinden würde. Wegen der Ersetzung des Vorstehers verwies Herrnhut ihn an den Zeister Ältestenrat mit der Bemerkung, daß Parteimitglieder keine kirchliche Funktionen innehaben dürften.⁴⁸ In Gegensatz zu den Zeister Brüdern war Herrnhut wohl bereit, einige Forderungen von Müller Lehning zu bewilligen. Der große finanzielle Beitrag, den Van Wees & Weiss dem Haushalt von Herrnhut lieferte, wird die Direktionsmitglieder zur Vorsicht und Biegsamkeit gemahnt haben. Es war jedoch nicht die Rede von einer Bereitschaft, die Gleichschaltung durch Ernennung eines nationalsozialistischen Predigers und Vorstehers zu bewilligen.

Unter den Gemeinmitgliedern in Zeist war von einem Entgegenkommen von Herrnhut nichts bekannt und dies änderte sich auch nicht, weil aus Den Haag keine Reaktion kam. Wäre dies geschehen und Herrnhut und Den Haag hätten sich über Zeist hinweg geeinigt, hätte das große Empörung verursacht. Im September 1941 hatte Siebörger Gelegenheit, sich mit der Unitätsdirektion

⁴⁶ 15.1.1941.

⁴⁷ Th. Siebörger, H. Fortgens und F.A. Fickweiler an S. Baudert und K. Marx 15.1.1941, Durchschlag in der nicht verzeichneten Akte »Van Wees & Weiss« im Vorsteherarchiv.

⁴⁸ Von diesem Schreiben erfuhren die Zeister Ende April über Pötzsch. S. Anm. 47.

in Herrnhut auszusprechen.⁴⁹ Hier kamen die verschiedenen Ansichten zur Sprache. Diese Unterschiede führten nicht zu Spannungen oder Konflikten, weil es seit dem Januar 1941 still wurde um Van Wees & Weiss. Auch schickte Van Wees & Weiss keine Monatsbilanzen mehr nach Herrnhut und die Jahresrechnung wurde der Finanzdirektion nicht zur Kontrolle vorgelegt. Außerdem wurden die Bezahlungen an die Zeister Brüdergemeinde eingestellt.⁵⁰

Verhandlungen über die Textilgroßhandlung fingen erst wieder im Juni 1942 an, als Müller Lehning dem Ältestenrat vorschlug, Van Wees & Weiss in eine Aktiengesellschaft (*naamloze vennootschap*, NV) zu verändern.⁵¹ Durch eine angekündigte Steuerreform sollte sich die günstige Steuerlage 1942 für Van Wees & Weiss ändern. Im Tausch für die Umgestaltung bot Müller Lehning die Aufhebung der kommissarischen Verwaltung an.⁵² Auch hinsichtlich dieses Vorschlages waren Zeist und Herrnhut geteilter Meinung. Der Zeister Ältestenrat wies jede Verhandlung ab; Herrnhut war dagegen bereit, auf Müller Lehnings Bitte einzugehen. Auch nachdem die Direktion Siebörger nach Herrnhut geladen hatte, um die Angelegenheiten persönlich zu besprechen und auch nachdem der Berliner Jurist Heinrich Troeger⁵³ im Auftrag der Direktion die Angelegenheit in Zeist besprochen hatte, beharrte der Zeister Ältestenrat auf seinem Standpunkt. Ob und welche inhaltliche Bedenken der Ältestenrat gegen die Form einer Aktiengesellschaft hatte, ist unklar. Schon vor dem Krieg wollte Fortgens Van Wees & Weiss zu einer Aktiengesellschaft umbilden und nicht lange nach Ende des Krieges ist dies tatsächlich geschehen.⁵⁴ Im dritten Besetzungsjahr 1942 wollte man aber auf keinen Vorschlag von Müller Lehning

⁴⁹ Siehe den Brief von Walter Baudert, der am Gespräch nicht teilnehmen können, an Siebörger 4.9.1941. PA II R.2.B.1.z (1120).

⁵⁰ Erst mit großer Verspätung beglich Van Wees & Weiss die Bezahlungen. Siehe einen Brief von S. Baudert an Soldaten Siebörger 11.1.1944.

⁵¹ Müller Lehning an Brüdergemeinde Zeist 9.6.1942, in Fortgens' Akte über Van Wees & Weiss. Ältestenratprotokoll 6.8.1942, PA II R.I.B.I.39.

⁵² Diese Zusage geht nicht aus Müller Lehnings Brief vom 9.6.1942, sondern aus Siebörgers Ergänzungsbericht zum Jahresbericht 1942 hervor. PA II R.6.11 (1237).

⁵³ Heinrich Troeger, geb. 1901, war von 1926 bis zu seiner Entlassung 1933 Bürgermeister in Neusalz/Oder. Danach ließ er sich als Verwaltungsrechtsrat in Berlin nieder. Nachdem er 1945–1946 Oberbürgermeister in Jena war, hatte er im Westen verschiedene Funktionen inne, u.a. Finanzminister in Hessen (SPD) und Vizepräsident der Bundesbank. (*Wer ist Wer?*, Berlin 1967).

⁵⁴ Van Wees & Weiss wurde 1948 zu einer *naamloze vennootschap*, wobei die Brüdergemeinde einziger Aktionär war. 1978 wurde Van Wees en Weiss von der Firma Lehmann en Co. in Amsterdam übernommen.

mehr eingehen: »Wenn es dem Gros der Gemeinde innerlich unmöglich ist, mit dem Verwalter zu paktieren, so muss das von der Leitung der Europäisch Festländischen Unitätsprovinz einfach respektiert werden selbst auf die Gefahr hin, dass daraus ein geschäftlicher Nachteil erwächst.«⁵⁵ Die Direktion hielt den Beschluß von Zeist in der Tat »für einen geschäftlichen Fehler«, konnte Zeist aber zu nichts zwingen.⁵⁶

Die Verhandlungen mit Herrnhut wurden von Müller Lehning noch bis zum Oktober 1943 fortgeführt, aber versandeten dann.⁵⁷ Das ist wenig verwunderlich, denn, so geht aus dem Archiv der Textilfirma hervor, Müller Lehnings wahre Absicht war die Beendigung des kirchlichen Einflusses auf Van Wees & Weiss. Diese war unmöglich ohne die Mitwirkung der Zeister Brüdergemeinde als Eigentümer.⁵⁸

Entwicklungen innerhalb der Gemeinde

Wir sahen schon, daß die politischen Gegensätze innerhalb der Zeister Brüdergemeinde im Laufe der dreißiger Jahre zunahmen. Den Kern der pro-deutschen Gruppe in der Gemeinde bildeten die Mitglieder der NSB. Nach dem Krieg wurden 18 Gemeindemitglieder (+ 9 Kinder) wegen ihres Verhaltens während der Besetzung von der Gemeinde in Kirchengenossenschaft genommen. Das ist fast ein Zehntel der in und um Zeist wohnhaften Mitglieder (Ende 1941: 207). Wenn man diese Zahl mit dem landesweiten Prozentsatz der NSB-Mitglieder vergleicht (10%) oder mit dem Prozentsatz für die Provinz Utrecht (13,2%), dann handelt es sich im Falle der Brüdergemeinde nicht um eine außerordentlich hohe Zahl.⁵⁹ Nur über diese Gruppe in der Gemeinde verfügen wir über Zahlen. Es gab auch Gemeindemitglieder, die mit der deutschen Besetzung sympathisierten. Hierzu können wir Schwesternpflegerin Frieda Naschke zählen, aus deren Bericht über den Mai 1940 oben schon zitiert wurde. Nicht alle deutschen Mitglieder standen dem neuen Regime wohlwollend gegenüber. Es gab deutsche

⁵⁵ Siebörgers Ergänzungsbericht zum Jahresbericht 1942, 1942, PA II R.6.11 (1237).

⁵⁶ W. Baudert an Siebörger, 12.1.1943.

⁵⁷ RAU, Van Wees & Weiss, stukken betreffende de financiële organisatie 1940–1943, voorl. inv.nr. 26.

⁵⁸ RAU, EBG, Van Wees & Weiss, stukken betr. de omzetting in een naamloze vennootschap, 1942–1948, voorl. inv.nr. 15.

⁵⁹ Die Zahlen sind dem *Nationaal-socialistische almanak* entnommen (III [1944] 222 [Angaben 1. Juli 1943]).

Gemeindemitglieder, die aus Protest gegen die Politik in ihrem Vaterland schon vor 1940 die niederländische Staatsbürgerschaft beantragt hatten. Eine große Gruppe der Gemeinde war nach Siebörger geradezu antideutsch zu nennen. Die politische Zerrissenheit war laut Siebörger seit dem deutschen Einmarsch ein großes Problem für das Gemeindeleben geworden. »So sind wir ganz von innen her darauf geworfen, neu danach zu fragen, warum wir denn eigentlich eine Gemeine Jesu Christi sind und wie wir neu das werden können, was wir heißen: eine Gemeine, die nicht durch den gleichen menschlichen Gedanken und Empfindungen innerlich zusammen gebunden ist, sondern durch den einen Heland.«⁶⁰

Dieser Widerwille gegen alles Deutsche äußerte sich in einem wachsenden Widerstand gegen die Anwendung der deutschen Sprache im Gemeindeleben. Alle Versammlungen wurden in der Regel auf deutsch gehalten. Nebst der Predigt waren das die Singstunde, Liturgie und alle Sitzungen und sonstigen offiziellen Zusammenkünfte. Der Gottesdienstbesuch ließ daher merklich nach. Der Missionsstudienkreis mußte im März wegen fehlender Beteiligung eingestellt werden, und auch die Bibelstunden konnten sich nicht vieler Besucher erfreuen.⁶¹ Während sich in anderen Kirchen der Gottesdienstbesuch während des Zweiten Weltkriegs gegenüber dem in früheren oder späteren Jahren günstig abhob, war in der Brüdergemeine vom Gegenteil die Rede. Kinder weigerten sich, die deutschen Gesangbuchverse zu lernen, und Siebörger fand den Konfirmandenunterricht eine immer schwieriger werdende Aufgabe. Die Arbeit unter den ledigen Brüdern war durch ihre grundlegende Zerrissenheit nahezu unmöglich geworden. Die schwersten Momente waren die Gemein- und Chorfeste. Siebörger nannte sie »Großkampftage um die Einheit des Geistes unter uns«.

Die Spannungen innerhalb der Gemeinde nahmen während der Besatzungszeit zu. Ein Tiefpunkt war das Ehefest im Jahre 1942. Schon vorher hatte man beschlossen, diesen Festtag schlicht zu feiern. Das Liebesmahl sollte entfallen, weil die Gemeinschaft der Festgemeinde, die hier dargestellt werden sollte, weit ausstand. Trotz vorhergehender Hausbesuche und einem Vorbereitungsabend war das Resultat »niederschmetternd«. Fast der ganze »altholländische Teil« der Gemeinde, wie ihn Siebörger nannte, einschließlich des Ältestenrates, war zu Hause geblieben. Im Kirchsaal erschienen an jenem Morgen nur die NSB-Mitglieder, zusammen mit einigen Getreuen, »die über alle menschlichen Mauern und Bedenklichkeiten hinweg einfach dem Ruf ihres Herrn gefolgt waren.«⁶²

⁶⁰ Jahresbericht 1940 PA II R.6.11 (1237).

⁶¹ Jahresbericht 1942.

⁶² Ergänzungsbericht 1942.

Durch die politische Spaltung geriet die Gemeinde in Probleme mit den Autoritäten. Dies zeigt ein Vorfall in der Mädchenschule im Mai 1942. Am Geburtstag des NSB-Führers Mussert am 11. Mai hatte ein Elternpaar ihre Tochter in der *Jeugdstorm*-uniform in die Schule geschickt. Für die Mitschülerinnen war dies Anlaß, sie zu belästigen. Eine Schwester, die alles von ihrem Fenster am Zusterplein aus gesehen hatte, verständigte sofort den örtlichen Parteifunktionär Tj.O. van der Weide. Am 13. Mai mußten sich deswegen Schulleiterin Fräulein C.M. Barger und die Lehrerinnen im Utrechter Büro des SD melden. Dank der Vermittlung des Zeister NSDAP-Ortsgruppenleiters, mit dem Siebörger einen guten Kontakt hatte, tat man dort die ganze Angelegenheit als einen harmlosen Vorfall ab. Es blieb jedoch nicht dabei. Im NSB-Wochenblatt *De Werker* veröffentlichte Van der Weide eine aufgebauschte Version der Geschichte, wodurch die Sache an die Öffentlichkeit kam. Ein Gespräch zwischen Siebörger und Brandes, Mitarbeiter des Reichskommissars der Provinz Utrecht, der ihm nochmals auf die Dringlichkeit einer Kursänderung der Brüdergemeine hinwies, nützte nichts. Die vier Lehrerinnen mußten am 28. Mai in das Kultusministerium nach Den Haag kommen, um dort getadelt zu werden. Der Vorgang zeigt, daß die Behörden bestimmte Vorfälle zum Anlaß nahmen, die Brüdergemeine auf ihre Pflicht hinzuweisen und unter Druck zu setzen.⁶³

Siebörgers Verhalten

In dieser gespaltenen Gemeinde sollte Siebörger sein Amt als Prediger ausüben. Er war kein ausgesprochen politischer Mensch. Er wollte seinen Dienst nicht von der Politik bestimmen lassen. Politik hatte seiner Meinung nach keinen Platz in der Gemeinde. Sollten nicht politische Meinungsverschiedenheiten durch die gemeinsame Liebe für Christus getragen werden? Siebörger war daher über seine Gemeinde enttäuscht, wo die Politik seit Kriegsbeginn eine beherrschende Rolle spielte. Er sah es als seine Aufgabe an, die Unterschiede zu überwinden und die Geschwister näher zueinander zu führen.

Vom Februar bis zum Sommer 1941 machten die Mitglieder des Ältestenrates bei allen Gemeindemitgliedern Hausbesuche. In Kirchen des reformierten Typus gehört der Hausbesuch zu den ausdrücklichen Aufgaben der Kirchen-

⁶³ Der Artikel steht in *De Werker*, 19 (15. Mai 1942). Ein Bericht von Frl. Barger und ein Protestbrief von Siebörger an Brandes vom 18. Mai 1942 bei der Korrespondenz des Predigers mit verschiedenen Personen in den Niederlanden, PA II, R.2.B.2.i (1129).

ältesten. In der Brüdergemeinde gibt es einen derartigen geregelten Besuchsdienst jedoch nicht.⁶⁴ Die Hausbesuche hatten nicht den erhofften Erfolg.

In seinem Dienst an der Gemeinde wollte Siebörger nicht die Seite der einen oder der anderen Gruppe wählen. Er betete zum Beispiel auch für die Brüder, die freiwillig an der Ostfront dienten, obwohl er wußte, daß sich viele Gemeindemitglieder daran störten. Er wollte den niederländischen Geschwistern entgegenkommen, ohne seine deutsche Herkunft zu leugnen. Mit diesem Taktieren konnte er es jedoch keinem der beiden Gruppen recht machen. Einmal hatte er aus Pflichtempfinden eine deutsche Fahne herausgehängt. Als in Zeist an der Fransen van de Puttelaan 15 eine deutsche Schule errichtet wurde, schickte er seinen Sohn dorthin, statt auf die Jungenschule der Brüdergemeinde. Diese Entscheidung rief große Empörung in der Gemeinde hervor und war Anlaß für den Entschluß der Mehrheit des Ehechors, 1942 nicht am Ehefest teilzunehmen. »Ihr habt damit die Gemeinde zerstört und werdet das beim Ehefest merken!«, war ihm zu verstehen gegeben.⁶⁵ Anfänglich konnte Siebörger nur wenig Verständnis für das, was er den Geist nationaler Überreizung und Verbitterung nannte, aufbringen. Dies änderte sich jedoch, als er die Eltern der Konfirmanden eingeladen hatte, um über das Verhalten ihrer Kinder im Konfirmandenunterricht zu sprechen. Das Gespräch wirkte sowohl für Siebörger als für die Eltern klärend. Er bekam Einblick in das verletzte Nationalempfinden der Niederländer und verstand, daß nur ein weitgehendes Verständnis für dieses Gefühl seinen Dienst in der Gemeinde ermöglichen würde. Hinfort versuchte er »dem Holländer ein Holländer zu werden, [ohne] den Schein aufkommen zu lassen, wir verleugneten unser Deutschtum.«⁶⁶ Gegenüber der Unitätsdirektion trat er überzeugter auf. In dieser Zeit wollte Herrnhut in den Verhandlungen mit Van Wees & Weiss gerne dem Verlangen von Müller Lehning, die Firma in eine Aktiengesellschaft (NV) umzuwandeln, Folge leisten; der Zeister Ältestenrat stellte sich ganz dagegen. Die Direktion mußte ihn im Januar 1943 zur Vorsicht ermahnen, weil sie seine Darstellung der allgemeinen politischen Lage im Jahresbericht 1942 zu offen fand.⁶⁷

Siebörger fand ebenfalls wenig Verständnis bei den Anhängern der neuen Weltordnung. Im April 1942 kam abends einmal ein unbekannter Herr der NSB an die Tür, der ihm vorwarf, die Kluft zwischen den Parteimitgliedern und den

⁶⁴ Die Kirchenordnung von 1935 (§ 73 und 266,2) spricht von Hausbesuchen als Mittel der Seelenpflege durch den Gemeinhelfer und die Chorpfleger.

⁶⁵ Ergänzungsbericht 1942.

⁶⁶ Ebd.

⁶⁷ W. Baudert an Siebörger, 12. Jan. 1943.

anderen Gemeindegliedern zu vergrößern. Als ihn dieser Niederländer wegen seines Verhaltens als Deutscher kritisierte, wies ihm Siebörger kurz die Tür. Erst später wurde ihm klar, daß es sich um einen Kreisleiter gehandelt hatte.⁶⁸ Möglicherweise bildete der Ausgang dieses Besuches den Anlaß für das Vorgehen der Behörden in Bezug auf die Mädchenschule.

Innerhalb der Leitung der Zeister Gemeinde waren verschiedene Ansichten vertreten. Die Schwesternpflegerin war ausgesprochen prodeutsch. Die Zusammenarbeit mit ihr war nicht einfach. Regelmäßig hatte sie Zusammenstöße mit der Leiterin der Mädchenanstalt, mit dem Vorsteher und mit Siebörger, der am 15. April 1941 bei der Direktion ihre Versetzung verlangte. Die Schwierigkeiten mit Schwester Naschke sind aber nicht nur auf ihre politische Stellung zurückzuführen. Sie war eine schwierige Persönlichkeit und sie fühlte sich in Zeist offenbar nicht zu Hause. Dies letzte wird wohl ihre prodeutsche Haltung verstärkt haben. Da sie sich politisch engagierte – sie war aktiv in der Deutschen Kolonie und organisierte Rote-Kreuz-Abende – war die Direktion vorsichtig mit ihrer Wegberufung. Diese konnte politisch gedeutet werden. Es dauerte noch bis zum Juni 1944, bis Schwester Naschke Zeist verließ und nach Deutschland zurückkehrte.

Mitglieder des Ältestenrates waren die Brüder Fickweiler, Fortgens, Gottfried Glöckler, Legène, Siebörger und Jan Abel Wolff. Fritz Müller, (ehemaliger) Direktor von Van Wees & Weiss, war auch Mitglied des Ältestenrates. Als sein Stiefsohn ihn wieder zum Direktor machte, brachte dies den Ältestenrat in eine schwierige Lage. Nach Müllers Sterben im Oktober 1940 wurde W. Hatt sein Nachfolger. Der Ältestenrat hatte während der Besatzungsjahre jedoch wenig Bedeutung. Die wichtigsten Angelegenheiten besprach Siebörger mit Fortgens und Fickweiler. Diese drei Brüder bildeten einen Ausschuß, den der Ältestenrat am 1. Oktober 1940 für die Verhandlungen mit Van Wees & Weiss eingesetzt hatte. Er genoß die Vollmacht, im Namen des Ältestenrates zu handeln.⁶⁹ Die Versammlungsfrequenz des Ältestenrates ging während der Besatzungsjahre bis auf einen Tiefpunkt im Jahre 1944 zurück, als er nur drei Mal tagte. Schon 1941 erlaubte die Direktion, die Ältestenratswahlen

⁶⁸ Siebörger an W. Baudert, 27. Apr. 1942.

⁶⁹ Diese Vollmacht gründete sich auf § 236 der Kirchenordnung, den man hier aber wohl sehr weit interpretierte. Ein Ausschuß des Ältestenrates konnte nur »in Fragen geringerer Bedeutung« eine derartige Vollmacht bekommen (Ältestenratprotokoll 1.10.1940, PA II R.I.B.I.39). Obwohl J.A. Wolff am 14. Nov. dem Ausschuß beitrug, geht aus nichts hervor, daß er an der Arbeit beteiligt war.

bis nach Kriegsende zu verschieben, um einen Parteienkampf zu verhüten.⁷⁰ Erst 1947 wurden wieder Ältestenratswahlen gehalten.

Eine wichtige Änderung in der Leitung der Gemeinde trat 1943 auf. Siebörger hatte schon im April 1941 in der Zeitung gelesen, daß alle reichsdeutschen Männer in den Niederlanden sich bei der Wehrmachtskommandantur melden sollten. Im Jahre 1942 mußte er zweimal eine Übung in der Utrechter Sypenteynkaserne mitmachen, einmal vom 1. bis 13. Juni und einmal vom 1. bis 7. November. Er wurde der Schutzgruppe einverleibt, einer Organisation, in der deutsche Männer durch eine Anzahl von kürzeren Übungen ausgebildet wurden, um im Notfall in den Niederlanden eingesetzt werden zu können. Zwischen- durch wurde er vom 18. bis 25. Juli 1942 für den Wachdienst aufgerufen. Siebörger bekam den Grad eines Schützen. Am Ende des Jahres 1942 wurde deutlich, daß es nicht bei kürzeren Übungen bleiben würde, sondern daß er für längere Zeit eingezogen werden sollte. Eine Unabkömmlichkeitserklärung der Direktion änderte daran nichts, und am 8. März, am gleichen Tag, an dem die große Kirchglocke eingefordert wurde, mußte Siebörger einrücken. Bis Kriegsende ist er in der Armee geblieben. Hing Siebörgers Einberufung etwa mit seinem Verhalten den Behörden gegenüber zusammen? Von den deutschen Pfarrern in den Niederlanden war er der einzige, der eingezogen wurde. Das wurde ihm klar bei der jährlichen deutschen Pfarrerkonferenz, die im Mai 1942 in Zeist stattfand und an der er als Gast teilnahm.⁷¹

Die letzten Kriegsjahre

Mit der Einberufung Siebörgers 1943 fing für die Zeister Brüdergemeinde eine schwierige Zeit an. Zum Stellvertreter hatte die Direktion den Brüdergemeinprediger von Haarlem, Hermann Bielke, ernannt, der jedoch in Haarlem wohnen blieb. Es wurde vereinbart, daß er alle zwei Wochen von Donnerstagnachmittag bis Sonntagmittag nach Zeist kommen sollte. Bielke wurde zur Seite gestanden von dem in Zeist wohnenden Missionsprediger Peter Martin Legêne, der Siebörger früher während den kürzeren militärischen Übungen vertreten hatte. Die Direktion fand Bielke wegen seiner ruhigen Art mehr für die Vertretung geeignet als Legêne. Legêne, der aus Dänemark stammte, hatte sich in Suriname in der Hindustanermision verdient gemacht. Als Vorsitzender und

⁷⁰ W. Baudert an Siebörger, 3. Mai 1941.

⁷¹ Siebörger an W. Baudert, 28. Mai 1942. Über die deutsche evangelische Pfarrerkonferenz, siehe oben.

Sekretär der Zeister Missionsgesellschaft war er ein fähiger Organisator und eifriger Propagandist für die Herrnhuter Mission, aber er war sehr antideutsch und dickköpfig.⁷²

Bielke versuchte im Sinne Siebörgers zu arbeiten. Die schwachen Stellen der Zeister Gemeinde, die er im Jahresbericht 1943 erwähnt, stimmen mit Siebörgers Kritik überein: die innerliche Uneinigkeit und die Lust einander zu kritisieren; den schlechten Gottesdienstbesuch – eine lebendige Gemeinde muß doch das Bedürfnis haben, sich um das Wort zu scharen und Gemeinschaft zu üben –; und die Gefahr der Politisierung. Er versuchte, in Herrnhut Verständnis für die große Zerrissenheit des niederländischen Volkes und die Abneigung gegen alles Deutsche seit dem deutschen Einmarsch zu wecken. Wie Siebörger fand er, daß Politik keinen Platz in der Gemeinde hatte: »Ich habe es mir zum Grundsatz gemacht, jedenfalls in den Versammlungen so wenig möglich diese Angelegenheiten zu berühren. Eine Wunde wird schlimmer, wenn man sie stets wieder berührt.«⁷³

Bielke predigte auf deutsch, aber seitdem Siebörger nicht mehr in Zeist war, wurde der Wunsch nach niederländischen Gottesdiensten immer lauter. Bielke war gewiß kein Befürworter der Einführung der niederländischen Sprache, aber es war schwierig, deutschsprachige Prediger für die Sonntage, an denen er nicht in Zeist war, zu finden. 1943 wurde zweimal von Gastpredigern eine niederländische Predigtversammlung gehalten. Gesungen wurde in diesen Gottesdiensten aus dem niederländischsprachigen surinamischen Gesangbuch, von dem eine große Zahl im Keller des Missionsbüros lagerte. Sie konnten wegen des Krieges nicht verschifft werden.

Die Direktion beschwerte sich im November 1943 bei Siebörger (der Soldat war) darüber, daß aus Zeist keine Nachrichten mehr kamen. Aus der dänischen Gemeinde Christiansfeld hörten sie mehr, und die Brüder in Herrnhut vermuteten, daß der Zeister Ältestenrat einen selbständigeren Kurs fahren wollte.⁷⁴ Bielke war durch seine häufige Abwesenheit nur in begrenztem Maße in der Lage, den niederländischen Kurs beizusteuern. Für ihn war die deutsche Sprache eine Garantie für eine enge Verbindung mit den anderen Gemeinden in Europa. Der Verlust des Gesangbuches und Liturgienbuches würde den Herrnhuter Charakter der Zeister Gemeinde beeinträchtigen. In den Kriegsjahren implizierte die Entscheidung für das Niederländische eine Entscheidung gegen

⁷² Siehe über Legêne den Beitrag von Aart de Groot im *Biografisch Lexicon voor de Geschiedenis van het Nederlandse Protestantisme*, III, Kampen 1988, 248–249.

⁷³ Ergänzungsbericht 1943.

⁷⁴ S. Baudert an Siebörger, 29. Nov. 1943.

das Deutsche. Die Einführung des Niederländischen schien darum eine Loslösung aus dem Ganzen der Brüder-Unität zu bedeuten. Obwohl hierüber keine konkreten Angaben zu finden sind, bekommt man den Eindruck, daß eine Entscheidung über die Kirchensprache bis nach Kriegsende verschoben wurde.⁷⁵

Legêne war dagegen ein Befürworter des Gebrauches des Niederländischen. Nach September 1944 spielte er eine große Rolle in der Gemeinde. Durch den Eisenbahnerstreik, der in jenem Monat ausbrach und bis zum Ende des Krieges dauerte, war es Bielke unmöglich geworden, nach Zeist zu kommen. Legêne übernahm nun die Leitung der Gemeinde. Zugleich kam durch den Kampf um Arnheim und die gezwungene Evakuierung ein Strom Flüchtlinge aus dem Osten des Landes in Bewegung, der zum Teil nach Zeist kam. Der Saal der Brüdergemeinde wurde für die Unterbringung gefordert und als zentraler Evakuierungsposten eingerichtet. Schon bald benötigte man mehr Raum, und die Schulen, der Speisesaal des Schwesternhauses, der Chorsaal und verschiedene Zimmer im Witwenhaus und ein großer Teil der Mädchenschule wurden angefordert. Auch in den Häusern wurden Flüchtlinge untergebracht. »Was wir dabei erlebt haben, werden wir nie vergessen«, schrieb Legêne. »Das Elend, das sich hier abgespielt hat, ist nicht zu beschreiben. Alles wurde aber getan um diesen armen Menschen zu helfen. Jeder verfügbare Platz auf den Pleinen wurde abgegeben und für die Flüchtlinge eingerichtet.«⁷⁶ In der Kirche bekamen die Flüchtlinge, die meist nicht länger als eine Nacht blieben, Mahlzeiten und Kleidung. Ungefähr 50.000 Flüchtlinge müssen insgesamt durch Zeist gegangen sein. Geistlich wurden sie vom Ehepaar Kits versorgt.⁷⁷

Die Versammlungen der Gemeinde wurden in dieser Zeit im kleinen Saal gehalten. Weil auch die Flüchtlinge diese Gottesdienste besuchten, wurde hinforn auf niederländisch gepredigt. Als der kleine Saal durch die Zahl der besuchenden Flüchtlinge zu klein geworden war, bekam man die Genehmigung, die Predigtversammlung am Sonntag wieder im großen Saal zu halten. Auch durch andere Umstände wurde der normale Verlauf der Gottesdienste gestört. Durch die Stromverbrauchseinschränkungen, die seit dem Dezember 1944 galten, wurden die Abendversammlungen auf den Nachmittag verschoben, was sich

⁷⁵ Bielke schreibt im Jahresbericht 1943: »Der Wunsch ..., das Holländische als gottesdienstliche Sprache einzuführen ..., hat aber seinen Grund in der gegenwärtigen Weltlage und ist demnach un-Herrnhutterisch.«

⁷⁶ Jahresbericht 1944.

⁷⁷ J. Kits, später einer der Gründer der Evangelischen Omroep, schreibt in seiner Autobiographie über die Arbeit mit den Flüchtlingen: J. Kits, *Dit is pas leven ... Het vijfjarig avontuur van een evangelist*, Hilversum-Amsterdam 1978, 130–151.

sehr nachteilig auf die Besucherzahl auswirkte. Einmal wurde eine Versammlung wegen einer Razzia abgesagt. Weil die jungen Männer sich nicht mehr auf der Straße zu zeigen getrauten, konnten die Bläser beim Ostermorgengottesdienst 1945 der Gemeinde auf dem Wege zum Gottesacker nicht vorangehen. Einmal fiel während einer Singstunde eine Bombe in der Nähe des Gemeinviertels, wodurch viele Fenster zerstört wurden. Der Schade betrug 25.000 Gulden. Vor weiterer Kriegsgewalt blieb die Gemeinde verschont.

Die Nachwirkung des Krieges

Mit dem Großreinemachen des KirchsaaIs durch einige Schwestern im Mai 1945 nach dem Abzug der letzten Flüchtlinge, war keineswegs das größte Problem, vor dem die Zeister Brüdergemeine nun stand, aus dem Wege geräumt. Viele Angelegenheiten verlangten eine Lösung. Hierbei stand die Zeister Gemeinde ziemlich alleine. Die Verbindung mit der Kirchenleitung in Deutschland war in den letzten Kriegsmonaten gänzlich verloren gegangen. Erst im Mai 1946 konnten die Kontakte mit dem Teil der Direktion, der nach Bad Boll (Württemberg) geflüchtet war, wieder hergestellt werden. Von Bad Boll sollten die Gemeinden außerhalb der russischen Zone verwaltet werden. Der andere Teil der Direktion war in Herrnhut geblieben und leitete seitdem die Brüdergemeinen im Osten Deutschlands.

Am 8. Mai 1945 konnte Fortgens sein Amt als Geschäftsinspektor von Van Wees & Weiss wieder übernehmen. Die Buchhaltung der letzten fünf Jahre wurde von einem Rechnungsprüfer untersucht. In der ersten Ältestenratssitzung am 24. Mai wurde beschlossen, Müller Lehning und seine nächsten Mitarbeiter wegen Verrat am Arbeitgeber ihres Amtes zu entheben. Erst Wochen später wurde bekannt, daß Müller Lehning im Mai oder Juni 1945 in Wassenaar Selbstmord begangen hatte.⁷⁸

In der gleichen Ältestenratssitzung am 24. Mai wollte man auch etwas gegen die Gemeindeglieder tun, die Mitglied der NSB oder der niederländischen SS gewesen waren, oder die diese Gruppen aktiv unterstützt hatten. Der Ältestenrat kam zu dem Schluß, daß diese Geschwister Unruhe in der Gemeinde verursacht und die Gemeinde in Verruf gebracht hätten. Der Ältestenrat beschloß darum,

⁷⁸ J.J. van Bolhuis nennt als Datum 7. oder 8. Mai (»Aantasting van het verenigingsleven«, 473). Aus einer Akte im RIOD (dossier Doc-I Hans Werner Müller Lehning) geht hervor, daß seine Leiche am 13. Juni 1945 in Wassenaar gefunden wurde. An anderen Stellen in dieser Akte wird dieses Datum auch als Sterbedatum genannt. (Schriftliche Mitteilung RIOD).

die betreffenden Mitglieder von der Gemeinde auszuschliessen und hierfür die Kirchenzucht 3. Grades anzuwenden.⁷⁹ Man stützte sich dabei auf § 267,2 der Kirchenordnung, der vorschreibt, daß im Falle fortgesetzten anstößigen Lebenswandels, absichtlichen Fernhaltens von aller seelsorgerlichen Einwirkung und bei dauernder Nichtachtung der Kirchenzucht ersten und zweiten Grades Personen ihre Mitgliedschaft in der Brüder-Unität verlieren können. Es handelte sich um 27 Mitglieder, Kinder eingeschlossen.

Bielke war in dieser Ältestenratssitzung am 24. Mai nicht anwesend. Erst im Juli 1945 konnte er das erste Mal seit dem September 1944 wieder nach Zeist kommen. Er fand den Ausschluß der NSB-Mitglieder keine richtige Entscheidung. Auch die Direktion konnte das Handeln des Zeister Ältestenrates nicht billigen. Im ersten Brief von Samuel Baudert, der von Bad Boll aus die westlichen Brüdergemeinen leitete, gab er außer seiner tiefen Scham über alles, was im Namen seines Volkes passiert war, auch seine Verwunderung über den Ausschluß der NSB-Mitglieder zum Ausdruck.⁸⁰ Erst im März 1947 bekam Baudert die Gelegenheit, diese Angelegenheit bei einem Besuch, an Zeist – davor hatte er kein Visum bekommen – mit dem Ältestenrat zu besprechen. Zu dem Zeitpunkt unterlagen noch sechs Gemeindeglieder der Kirchenzucht. Die anderen waren inzwischen in die Gemeinde zurückgekehrt. In der Sitzung am 6. März 1947 erkannte der Ältestenrat seine Schuld an, daß die Kirchenzucht erst nach dem Krieg ausgeübt wurde und nicht früher, obwohl man schon damals davon überzeugt war, daß es sich um eine christusfeindliche Macht handelte.⁸¹ Auch die Form der Zucht: Ausschluß statt einer anderen Form, wurde bedauert und als Schritt angesehen, der nicht aus Liebe geschehen war. Außerdem sah der Ältestenrat ein, daß dieser Schritt nicht die beabsichtigte Wirkung gehabt, sondern die Betroffenen eher verbittert hatte.⁸²

Obwohl hierdurch der Weg zur Gemeinde wieder geöffnet worden war, auch für diejenigen, die noch auf ein gerichtliches Urteil warteten, war die Sache damit nicht wirklich erledigt. Die Frage der NSB-Mitgliedschaft und des Ausschlusses aus der Gemeinde blieb eine Wunde, die bei den Betroffenen noch lange Zeit brannte.

⁷⁹ Ältestenratsprotokoll, 24. Mai 1945.

⁸⁰ S. Baudert an Bielke, 31. Mai 1946.

⁸¹ In der katholischen Kirche waren Personen, die die NSB in belangrijke mate unterstützten, durch ein bischöfliches Schreiben vom 6. Mai 1936 von den Sakramenten ausgeschlossen. Auch in den reformierten Kirchen wurden schon vor dem Krieg NSB-er unter Zucht gestellt. Dam, *NSB en de kerken*, 140, 142.

⁸² Ältestenratsprotokoll 6. März 1947.

Als Bielke Ende Juli 1945 wieder nach Zeist kam, war außer dem Problem der politischen Spannungen auch das Problem der Kirchensprache zu lösen. Bielke wünschte eine Rückkehr zum Deutschen in den Predigtversammlungen. Obwohl ihm der Ältestenrat versicherte, daß es sich bei den niederländischen Gottesdiensten nur um eine vorübergehende Maßnahme handelte, war der Gebrauch des Niederländischen nicht mehr aufzuhalten. Vor allem unter der Jugend war die antideutsche Stimmung stark. Am 22. September beschloß der Ältestenrat, hinfort auf niederländisch zu tagen. Das Protokoll jedoch wurde noch bis zum Mai 1947 auf Deutsch geführt.

Am 7. Oktober 1945 fand der erste Gemeinrat der Nachkriegszeit statt, auf dem die Frage, ob die Gottesdienste hinfort ausschließlich auf niederländisch sein sollten, auf der Tagesordnung stand. Der Gemeinrat fand, daß die Predigtversammlungen noch ein Jahr zur Probe auf niederländisch gehalten werden sollten. Die anderen Versammlungen, wie Singstunden, Liturgien, Liebesmahl und Abendmahl sollten auf deutsch gehalten werden. Bei Taufen, Trauungen und Begräbnissen sollte der Wunsch der Familie berücksichtigt werden. Der Ältestenrat übernahm den Beschluß des Gemeinrates. Von einem radikalen Übergang zum Niederländischen war also keine Rede. Gerade die Versammlungen, in denen der Gesang der Gemeinde eine wichtige Funktion hatte, erfolgten in deutscher Sprache. Vermutlich sah die Gemeinde die Abschaffung der deutschen Lieder als einen wesentlichen Verlust ihrer Identität. Auch konnte das surinamische Gesangbuch, in dem viele niederländische Übersetzungen von Herrnhuter Liedern standen, die Lücke nicht füllen.

Obwohl Bielke Ende 1946 feststellen konnte, daß der Gottesdienstbesuch seit Einführung der niederländischen Sprache erfreulich zugenommen hatte, waren viele noch nicht zufrieden. Manche Gemeindemitglieder strebten eine schnelle und gänzliche »Niederländisierung« der Zeister Brüdergemeinde an. Auch bei der Frage des Predigers, auf die unten noch eingegangen wird, spielte diese Gruppe eine wichtige Rolle. Obgleich die Predigtversammlungen nun besser besucht wurden, blieben immer noch manche Geschwister der Samstagabend Singstunde und der Liturgie fern.⁸³ Zwei Mädchen hatten sich im Frühling 1946 geweigert, sich ins Schwesternchor aufnehmen zu lassen, weil das Schwesternchorfest auf deutsch gehalten wurde.

Zu einer Lösung der Frage der Kirchensprache kam es erst während des erwähnten Besuchs von Unitätsdirektor S. Baudert im März 1947. Während der Ältestenratssitzung am 7. März lenkte er das Gespräch auf die Kirchensprache. Baudert war der Meinung, daß der Übergang zum Niederländischen nicht mehr

⁸³ Jahresbericht 1946 [von Bielke].

aufzuhalten wäre. Schon in den dreißiger Jahren hätte er festgestellt, daß der Anteil der Mitglieder, die in den Niederlanden aufgewachsen waren, zugenommen hätte und daß die Zahl der Deutschen, die sich in Zeist niederließen, stark im Abnehmen wäre. Schon damals hätte er zur Einführung des Niederländischen in den Zeister Gottesdiensten gedrängt. Deswegen riet er den Zeistern, bald mit der Zusammenstellung eines niederländischen Gesangbuches und der Übersetzung der Liturgien anzufangen. Die Umstellung sollte jedoch allmählich geschehen. Das Übersetzen von Zinzendorfliedern und von anderen Versen aus der eigenen Tradition brauchte einfach Zeit. Da nun auch die Direktion die Niederländisierung der Zeister Brüdergemeinde wünschte, konnten auch die bisherigen Gegner, die die Abschaffung des Deutschen als das Abschneiden der Beziehungen mit den anderen Gemeinden betrachtet hatten, dem zustimmen. Mit Begeisterung wurde seitdem an der Übersetzung gearbeitet. Das Erscheinen des niederländischen Gesangbuches der Brüdergemeinde im Jahre 1969, das nebst vielen Liedern aus der Brüdergemeinde auch Lieder aus den niederländischen Kirchen enthielt, bildete einen Höhepunkt und zugleich den Abschluß dieser Arbeit.⁸⁴

Am letzten Tag des Besuches von Baudert in den Niederlanden traf in Amsterdam ein Schiff aus Suriname mit 56 Mitarbeitern der Brüdergemeinde ein. Diese Personen – Missionare, Lehrer und Mitarbeiter der Firma Kersten & Co. mit ihren Familien – waren wegen ihrer deutschen Staatsangehörigkeit am Anfang des Krieges in Suriname interniert worden. Nach Kriegsende wurden sie ausgewiesen und nach den Niederlanden verschifft. Dort wurden sie, in Erwartung ihrer Weiterreise nach Deutschland, im Lager Marienbosch bei Nimwegen interniert. Vorläufig wollten aber die Alliierten in Deutschland sie nicht einreisen lassen. Während der Internierung war es ihnen nicht erlaubt, mit ihren Angehörigen in Deutschland zu korrespondieren. Von Bad Boll und Zeist aus wurde bei verschiedenen Behörden für sie vermittelt. Bielke konnte sie einige Male besuchen. Erst am Ende des Jahres 1947 konnten die Letzten nach Deutschland ausreisen.⁸⁵

Ein neuer Pfarrer

Nach Kriegsende stellte sich heraus, daß Siebörger nicht so bald nach Zeist zurückkehren würde. Am 12. Mai 1945 schickte er seiner Gemeinde einen Ab-

⁸⁴ *Gezangboek van de Evangelische Broedergemeente in Nederland, 's-Gravenhove 1969.*

⁸⁵ Siehe den Briefwechsel zwischen Zeist und Bad Boll, PA II R.2.B.1.z (1120).

schiedsbrief, bevor er als Kriegsgefangener die Niederlande verlassen mußte. Seine Frau und Kinder blieben im Zeister Pfarramt zurück. Wie es in Zeist weitergehen sollte, war vorerst unklar. Bielke blieb Stellvertreter, aber seine eigentliche Gemeinde war Haarlem. Hier behielt er auch seinen Wohnsitz. Jeglicher Kontakt mit der Direktion, die in Berufungsangelegenheiten das Sagen hatte, war abgebrochen. Nach Anhörung des Gemeinrates beschloß der Ältestenrat im Oktober 1945, daß Bielke und seine Frau nach Zeist umziehen sollten.

Inzwischen versuchte Siebörger zu seiner Gemeinde zurückzukehren. Ein Brief vom 21. Juli 1945, in dem er den Ältestenrat bat, seine Rückkehr bei den zuständigen Behörden zu befürworten, kam niemals an. Erst im März 1946 erreichte den Ältestenrat ein Schreiben, in dem Siebörger nochmal um Vermittlung bat.⁸⁶ Für den Ältestenrat war Siebörgers Bitte eine schwierige Sache. Konnte man in Den Haag um die Rückkehr eines Mannes bitten, der in der deutschen Wehrmacht gedient hatte? Abgesehen davon, daß diese Bitte schon deswegen sinnlos war, fürchtete man großes Unverständnis bei den vielen niederländischen Freunden, die die Missionsarbeit unterstützten. Der Ältestenrat beschloß Siebörgers Rückkehr nicht aktiv zu unterstützen: »Wir wollen die Angelegenheit von Br. Siebörger in Gottes Hand legen.« Sollte er ohne Zutun des Ältestenrates trotzdem die Erlaubnis, nach Zeist zurückzukehren, bekommen, dann wollte man die Folgen abwarten.⁸⁷ Man kann sich des Eindrucks nicht entwehren, daß der Ältestenrat den Pfarrer, der während den ersten Besetzungsjahren mit großer Mühe versucht hat, seine Gemeinde zusammenzuhalten und der ohne sein Zutun und entgegen seinem Wunsch zur Wehrmacht einberufen wurde, hat fallen lassen. Das antideutsche Gefühl war gleich nach dem Krieg in den Niederlanden und innerhalb der Brüdergemeine so stark, daß der Ältestenrat es nicht wagte, etwas zu unternehmen, das prodeutsch gedeutet werden konnte.⁸⁸

Siebörger ist als Pfarrer nicht mehr nach Zeist zurückgekehrt. Im Oktober 1946 bekam er eine Berufung, die Arbeit in Alexisdorf bei Nordhorn unter den deutschen Flüchtlingen aus Polen auf sich zu nehmen.⁸⁹ Hier war er seitdem

⁸⁶ Hierbei auch ein Durchschlag des Briefes vom 21. Juli 1945. RAU, Vorsteherarchiv (VA), vorl. inv.nr. 249.

⁸⁷ Ältestenratsprotokoll 6. März 1946.

⁸⁸ Fortgens schrieb Siebörger: »Es wird Dir gewiss bekannt sein, dass sich leider in der Gemeine 2 Parteien gebildet haben, die eine lehnt alles, was deutsch ist, schroff ab, die andere steht dieser Frage bedeutend freundlicher gegenüber. Um die Gemeine nun nicht noch mehr zu beunruhigen, hat der Ä.R. gemeint, in der Angelegenheit Deiner event. Rückkehr nicht handelnd aufzutreten, sondern die Sache ihren Lauf gehen zu lassen.« 16. Apr. 1946, VA vorl. inv.nr. 249.

⁸⁹ S. Baudert an Ältestenrat Zeist 3. Okt. 1946, PA II R.1.B.IV.1.e (1069).

tätig bei dem Aufbau der Brüdergemeine Neugnadenfeld. Seine Frau und Kinder durften die Niederlande erst im August 1947 verlassen.

Bielke, der am 1. März 1947 in Rente gehen sollte, konnte nicht Siebörgers Nachfolger werden. Es war jedoch nicht einfach, einen geeigneten Prediger für Zeist zu finden. Fast alle Herrnhuter Pfarrer waren Deutsche. Es gab nur zwei geeignete Kandidaten. Der Brüdergemeinpfarrer im dänischen Christiansfeld, Paul Fabricius, hatte eine niederländische Mutter und hatte an der reformierten Vrije Universiteit in Amsterdam studiert. Er war des Niederländischen mächtig. Der andere Kandidat war Günther Hasting, der als Sohn von Fortgens' Vorgänger Rudolph Hasting in Zeist geboren war. Hasting hatte bei seiner Geburt die britische Nationalität gehabt; er war aber später als Deutscher naturalisiert worden. Wenn er die Naturalisation rückgängig machen könnte, würde er als Brite eine Aufenthaltsgenehmigung für die Niederlande bekommen. Auf Wunsch des Zeister Ältestenrates wurde Hasting im September 1946 von der Direktion als zweiter Gemeinhelfer nach Zeist berufen. Obwohl Hasting in der schwierigen Lage seine Heimat nicht gerne verlassen wollte, war er bereit, der Berufung doch zu folgen.

Als die Berufung in der Zeister Gemeinde bekannt wurde, entstand große Erregung. Der »besonders holländisch empfindende« Teil der Gemeinde widersetzte sich der Berufung eines deutschen Pfarrers heftig. Es zirkulierte aber auch eine Unterschriftsliste für die Berufung in der Gemeinde. Aus Suriname, wohin Legêne kurz nach der Befreiung gegangen war, kamen Protestbriefe. Nach Legêne konnte sowohl die Kirchenleitung der surinamischen Brüdergemeine wie das Gouvernement kein Verständnis für die Berufung eines Deutschen nach Zeist aufbringen und würde die Berufung der Missionsarbeit schaden. Der Ältestenrat beachtete Legênes Briefe nicht. In dieser Angelegenheit wollte Zeist selbst entscheiden.

Hasting konnte aber nicht nach Zeist kommen. Es gelang ihm nicht, die britische Staatsbürgerschaft zurückzuerlangen.⁹⁰ Die Direktion überließ es dann Zeist, einen Pfarrer zu finden.⁹¹ Bielke, der in Erwartung des Ergebnisses von Hastings Berufung auf Wunsch der Direktion auch nach Erreichung der Altersgrenze im Amt verblieben war, besuchte darauf in Antwerpen das Ehepaar Lutjeharms. Wilhelm Lutjeharms war protestantischer Pfarrer in Belgien und war mit der Brüdergemeine sehr vertraut. Er hatte am Seminar in

⁹⁰ Auch in den fünfziger Jahren wollte die Direktion ihn nach Zeist berufen. Er wollte aber damals seine Gemeinde, die in der DDR unter dem Joch des Kommunismus lebte, nicht im Stich lassen.

⁹¹ Ältestenratsprotokoll 30. Jan. 1947.

Herrnhut studiert und hatte 1935 über die Geschichte der Herrnhuter in den Niederlanden im achtzehnten Jahrhundert promoviert.⁹² Lutjeharms, der gehofft hatte, der Brüdergemeinde als Missionar dienen zu können, erklärte sich bereit, eine Berufung anzunehmen. Deswegen schlug der Ältestenrat der Direktion vor, ihn ab 1. Juni 1947 nach Zeist zu berufen. Bielke blieb noch bis zum 1. Mai 1948 als zweiter Prediger in Zeist.

Schluß

Mit dem Amtsantritt von Lutjeharms fing ein neuer Zeitabschnitt für die Zeister Brüdergemeinde an. Die Jahre des Zweiten Weltkriegs und seiner unmittelbaren Nachwirkung waren vorbei. Lutjeharms war der erste Niederländer aus der reformierten (hervormden) Kirche, der in Zeist Gemeinhelfer wurde. Die Umstellung auf das Niederländische wurde in seiner Amtszeit durchgeführt.

Schon früher waren Zeichen der Neubelebung zu beobachten. 1946 waren innerhalb eines Jahres 51 Personen in der Gemeinde aufgenommen worden.⁹³ Zweimal hatte man am Samstagabend besondere Aufnahmeversammlungen gehalten, wobei einmal 20 und ein anderes Mal 11 Personen aufgenommen wurden. Obwohl dem auch 15 Austritte gegenüber standen, bleibt die Zahl bemerkenswert. Vielleicht hatten viele ihre Entscheidung bis nach Kriegsende verschoben. Die Schulen wurden gut besucht. Das Kinderheim hatte Ende 1945 16 Kinder und das Mädcheninternat mußte sogar Anmeldungen zurückweisen. Man erwog auch neue Aktivitäten: die Gründung einer Bibelschule mit Tagungsstätte, die Eröffnung eines Altenheims unter brüderlicher Leitung und eine engere Zusammenarbeit mit dem Nederlands-Christelijke Gemeenschapsbond, dessen Vorsitzende Legêne war.⁹⁴ Obwohl die Pläne nicht zur Ausführung kamen, zeigt sich, daß die Gemeinde, trotz der politischen Gegensätze, die auch nach dem Krieg fortwährten, noch genügend Elan besaß.

Die Jahre der deutschen Besetzung sind für die Zeister Brüdergemeinde eine einschneidende Periode gewesen. Während die deutschen Besatzer die Brüdergemeinde unter Druck setzten, sich auf die deutsche Seite zu stellen, wollte ein großer Teil der Gemeinde selbst, daß sich die Brüdergemeinde als niederländi-

⁹² Siehe auch: W. Lutjeharms, *Onze dagen tellen. Autobiografie*, Horebeke 1982, 33–39. Seine Dissertation: W. Lütjeharms, *Het philadelphisch-oecumenisch streven der hernhutters in de Nederlanden in de achttiende eeuw*, Zeist 1935.

⁹³ Jahresbericht 1946.

⁹⁴ Ebd.

sche Kirche darstellte. Die deutsche Kirchensprache erregte unter vielen Geschwistern Widerstand und man fürchtete, durch seine Mitgliedschaft in dieser Kirche von Außenstehenden als deutschfreundlich angesehen zu werden. Wurden die Squares der Brüdergemeinde in Zeist nicht von jeher »der deutsche Hof« und die Kirche »die deutsche Kirche« genannt? Am Anfang der Besetzungszeit erfuhren die Schulen einen merkbaren Schülerrückgang. 1941 mußte eine Lehrerin der Mädchen-ULO deswegen entlassen werden. Die Knabenschule konnte eine Stelle, die im März 1942 frei wurde, nicht wieder besetzen. Siebörger schrieb die Abnahme der Schülerzahl außer dem Wegfallen der Transportmöglichkeiten auch »dem misslichen Schein [zu], den die politische Beteiligung einzelner Gemeinmitglieder auf die ganze Gemeinde und alle ihre Werke wirft«.⁹⁵ Im Jahre 1943 nahm die Schülerzahl jedoch wieder zu. Daß die Brüdergemeinde empfindlich auf die Meinung der Außenwelt reagierte, geht auch aus der Weigerung hervor, Siebörgers Bitte um Vermittlung bei seinen Rückkehrversuchen zu unterstützen.

Durch die Erfahrungen der deutschen Besatzung ist die Zeister Brüdergemeinde definitiv eine niederländische Gemeinde geworden. Die Direktion der Brüdergemeinde hatte schon seit Anfang des zwanzigsten Jahrhundert auf die Einführung des Niederländischen gedrängt, aber sie war dabei immer wieder auf den Widerstand der Zeister Gemeinde gestoßen. Durch den Zweiten Weltkrieg waren die Befürworter des Deutschen als Kirchensprache sehr in die Minderheit geraten. Als sich herausstellte, daß auch die Direktion die Umstellung auf das Niederländische als Bedingung für das Weiterbestehen dieser Gemeinde ansah, stand einer Niederländisierung der Zeister Brüdergemeinde nichts mehr im Wege.

Die politische Uneinigkeit, die in der Gemeinde während der Besetzung geherrscht hatte, wurde nicht leicht vergessen. Vor allem diejenigen, die wegen ihrer Mitgliedschaft in der NSB aus der Gemeinde ausgeschlossen waren, haben eben wie zahllose andere Niederländer, die als »fout« (kollaborierend) angesehen wurden, noch jahrelang darunter gelitten. Man kann sich fragen, ob der Ältestenrat in dieser Sache richtig entschieden hat. Die Direktion in Deutschland fand den Ausschluß keine gute Entscheidung. Sie argumentierte aus der Sicht eines Staates, in dem sich viele Menschen, auch aus der Brüdergemeinde, der nationalsozialistischen Ideologie angeschlossen hatten. Von Ausschluß dieser Personen aus der Brüdergemeinde konnte in Deutschland nicht die Rede sein. Wäre man aber 1945 zu einer Annäherung in der Lage gewesen? Wäre ein offenes und freimütiges Gespräch in dieser Zeit, in der viele ihren gesammelten Haß

⁹⁵ Ergänzungsbericht 1941.

auf NSB-Mitglieder und andere Kollaborateure abreagierten, möglich gewesen? Daß ein versöhnendes Gespräch sogar in einer christlichen Gemeinschaft nicht möglich war, daß die zerreißende politische Uneinigkeit vor den Toren der Gemeinde keinen Halt machte, ist vielleicht das Bitterste in dieser Geschichte.

TABELLE: Staatsangehörigkeit der Mitglieder in Zeist und Umgebung nach den Chören (1940)

	NL	D	GB	Tsch.	S-Afr.	DK	CH	Dts.- Russ	Total
ledige Brüder	23	1							24
ledige Schwestern	48	7	2	1					58
Witwen	10	2							12
Witwer	2	1							3
Verheiratete (mit Staats- angehörigkeit vor der Ehe)	116 (100)	6 (13)	2 (1)	(3)	2	2	(2)	(1)	128
Total	199	17	4	1	2	2			225

Quelle: Schreiben von Siebörger an Unitätsdirektor S. Baudert 12. Nov. 1940 (Durchschlag), RAU, EBG, PA II R.2.B.1.z (1120). Die Direktion hatte Siebörger um diese Daten gebeten.

Aus dieser Tabelle geht nicht hervor, ob und in welchem Maße die Mitglieder deutsche Vorfahren hatten.

Summary of the Article by Br Peucker about Zeist in the Second World War

The Moravian congregation in Zeist (near Utrecht, Netherlands) belongs to the European Continental Province of the Moravian Church. In order to maintain its links with the German language liturgical tradition of the province as a whole, the Zeist congregation retained German as its church language, although the Moravians in Zeist very much saw themselves as Dutch and did not want to be regarded as a German congregation outside Germany. When German forces invaded the Netherlands on 10 May 1940, the congregation and its minister since 1934, Theodor Siebörger, came into a precarious situation. Siebörger came from Germany and was a German citizen. He tended to be critical of the National Socialists, and succeeded in resisting the occupying power's pressure to portray the Moravian congregation in Zeist as a German congregation and align it with National Socialism. The occupying power also attempted to gain control of the textile wholesale firm ›van Wees und Weis‹. The percentage of members of the Dutch equivalent of the National Socialist Party in the Zeist congregation was no greater than in the population at large – about ten per cent. These members were temporarily expelled from the congregation after the War. Attendance at the services, which continued to be held in German, dropped. Siebörger attempted to maintain the unity of the congregation despite all the tensions. In 1943 he was conscripted for service in the German Army. In the autumn of 1944 refugees flooded into Zeist after the Battle of Arnhem; the church was requisitioned to accommodate them. In the small hall the services were held in Dutch. After the War the use of Dutch increased, beginning with the preaching services. Siebörger had to leave Zeist as a prisoner of war. From 1 June 1947 a new minister was found for Zeist – the Revd Wilhelm Lutjeharms, a Dutch citizen who knew the Moravian Church well. The wounds caused by the War healed only gradually. It had been a great blow for the Zeist Missionary Society, which was based in Zeist, that during the War communication with Surinam could not be maintained. During this time the Moravian Church in America had taken over support for the mission there.

Bibliographische Übersicht der Neuerscheinungen über die Brüdergemeine

Zusammengestellt von Paul Peucker

Meldungen von Titeln oder Belegexemplare für die Bibliographie werden erbeten an: Unitätsarchiv, Postfach 21, 02745 Herrnhut.

Email: peucker@ebu.de.

Die Arbeit an dieser Bibliographie wurde abgeschlossen am 1. Oktober 1996. Großer Dank gilt Dr. Matthias Meyer (Mannheim) und Peter Vogt (Kittery Point, USA), die mich auf viele Publikationen hingewiesen haben.

Auf die Aufnahme von Buchbesprechungen wurde diesmal verzichtet.

Abkürzungen

- BBKL *Biographisch-Bibliographisches Kirchenlexikon*, Hg. von Friedrich Wilhelm Bautz, fortgeführt von Traugott Bautz, Herzberg: Verlag Traugott Bautz, ... Bd. X (1995).
- LL *Literatur-Lexikon. Autoren und Werke deutscher Sprache*. Hg. von Walther Killy, Gütersloh – München ...
- LTK *Lexikon für Theologie und Kirche*, Bd. II, Freiburg [u.a.]: Herder, 1994.
- UF *Unitas Fratrum. Zeitschrift für Geschichte und Gegenwartsfragen der Brüdergemeine*. Hamburg: Wittig. Ab Nummer 39: Königsfeld: Herrnhuter Verlag.

I. Bibliographien, Archiv, Buchwissenschaft

- 1 Arends, Jacques. »An Inventory of Sranan and Saramaccan Material in the Moravian Archives in Utrecht«. *Amsterdam Creole Studies* XII (1995): 73-86.

- 2 »Bibliographie 1994 zur Geschichte der Freikirchen (mit Nachträgen)«. *Freikirchen Forschung* 5 (1995): 188-212.
- 3 Hinskens, Frans. »Some of the documents concerning Negerhollands in the Archives of the Moravian Brethren in Bethlehem, Pennsylvania. A first impression«. *Amsterdam Creole Studies* 12 (1995): 87-96.
- 4 Stein, Peter, u. Matthias Perl (with supplementary information by Jacques Arends). »The Sranan and Saramaccan Documents in the Unitäts-Archiv (Archives of the Moravian Brethren) at Herrnhut. A Commented Bibliography«. *Amsterdam Creole Studies* 12 (1995): 49-72.
- 5 Sträter, Udo, u. Christel Butterweck. »Pietismus-Bibliographie«. *Pietismus und Neuzeit. Ein Jahrbuch zur Geschichte des neueren Protestantismus* 20 (1994): 267-298.

II. Allgemeine Darstellungen

- 6 Geiger, Gottfried. »Pietismus in der Oberlausitz: Graf Zinzendorf und Herrnhut. Ein Gang durch Herrnhut«. *Deutschland und Europa* 28 (1994): 23-27, 48.
- 7 Geldbach, Erich. *Freikirchen – Erbe, Gestalt und Wirkung*. Bensheimer Hefte, 70. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht, 1989. S. 231-238: Die Evangelische Brüder-Unität (Herrnhuter Brüdergemeine).
- 8 *Die Herrnhuter Brüdergemeine. Eine kurze Information*. 3., überarb. Aufl. Bad Boll-Herrnhut: Direktion der Brüder-Unität, 1995. 60 S.
- 9 Koch, Siegfried. *Auf den Spuren Zinzendorfs. Eine Führung durch die Geschichte der Herrnhuter Brüdergemeine*. Berthelsdorf: Selbstverlag, 1995. 16 S.
- 10 Meyer, Dietrich. »Zinzendorf und Herrnhut«. *Der Pietismus im achtzehnten Jahrhundert*. Hg. von Martin Brecht u. Klaus Deppermann. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht, 1995, 5-106.
- 11 *Moravian History Magazine* 9 (1995).
Inhalt: H. Jannasch, A Labrador Child in London 105 Years Ago; M. Doerfel, Memoirs of Charles Beresford Painter; E. Cooper, William Gunn Malin; R. Hasse, Memories of Woodford 1896-1907; R. Morris, Moravian Chapel in Chowbent 1773-1799; J. Mason, Cranz's Greenland History; J. Cooper, Moravian Work in Sarepta, Russia; L. West, Report of his Journey to and Visit at Keld in Swaledale, N. Yorkshire.
- 12 *Moravian History Magazine*. 10 (1996).
Inhalt: Ruth Strong, How the Moravians came to Fulneck; Rosalind Davey, Laying the foundation stone; Ron Davey, Baking in Fulneck; Joslyn Baker,

- Whitwork embroidery; Margaret Connor, Moravian settlements to garden cities. John Wesley and Fulneck Chapel; Eunice Harrison, Fulneck Museum; Margaret Connor, Museum exhibits; Joyce Jones, Sr. Rosina Anderson; Geoffrey Stead, Zinzendorf visit; Harold Jones, The Fulneck organ; Margaret Stead, Under the same moon; Ruth Strong, More about Edward Stillman of Keld; Margaret Connor, Frederick Diemer at Fulneck.
- 13 *Moravian History Magazine*. 11 (1996).
Inhalt: E. Cooper, Old Man of Makkovik (Hermann Jannasch); L. Jackson, Memories of my father; H. Weber, An Alaska Saga; J. Hinchcliffe, A Yorkshire School Teacher; John Worthington (from his memoir); Martha and Torstensen Nyberg (from Martha's memoir).
 - 14 Motel, Hans-Beat. »Brüderunität. II. Die erneuerte Brüderunität«. *LTK* II, 722.
 - 15 Peucker, P.M., u. R.F. Polanen, »Evangelische Broedergemeente (Herrnhutters)«. In: *Gemeenschapsvorming van Aziatische, Afrikaanse en Midden- en Zuidamerikaanse christenen in Nederland. Een geschiedenis in wording*. Hg. J.A.B. Jongeneel, R. Budiman u. J.J. Visser. Zoetermeer: Boekencentrum, 1996. 237–249.
 - 16 Philipp, Guntram. »1722. 275. Gedenkjahr [der] Gründung Herrnhuts«. *Ostdeutsche Gedenktage 1997. Persönlichkeiten und historische Ereignisse*. Bonn: Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen, 1996, 298–304.
 - 17 *Der Pietismus im achtzehnten Jahrhundert*. Hg. Martin Brecht u. Klaus Deppermann. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht, 1995. 826 S.
Enthält außer D. Meyer, »Zinzendorf und Herrnhut« (s.o.) auch Beiträge zum Herrnhuter Pietismus in den einzelnen Teilen Deutschlands, Norwegens, Schwedens, Finnlands und Nordamerikas.
 - 18 Podmore, Colin. »Essays in Moravian and Anglican History«. *Anglican-Moravian Conversations*. Council for Christian Unity, Occasional Paper 5. o.O., The Church of England and The Moravian Church in Great Britain and Ireland, 1996. 35–82.
 - 19 Robert Daniel, »Moraves (Frères)«. *Encyclopédie du protestantisme*. Hg. Pierre Gisel. Paris: du Cerf; Genève: Labor et Fides, 1995. 1043–1044.
 - 20 Schneider, Rolf. »Die wirkliche Utopie: Die Herrnhuter Brüdergemeine«. *Frankfurter AllgemeineMagazin* 680 (12. Mai 1993): 36–46.
 - 21 *Transatlantische Moravische Dialog-Korrespondenz TMDK* 9 (Mrz. 1996).
Inhalt: Helge Heisler, »Die Beziehungen der Psychotherapie zur Seelsorge«; Michael Charlton, »Selbstliebe und Selbsthaß«; Walther Günther, »Auf der

Suche nach dem »Ich«; Peter C. Keller, »Seele und Selbst. Auf der Jahrhundertspur zweier Wortantipoden«; Arthur Freeman, »Spiritualität und Geisteskrankheit«; und andere kleinere Beiträge und Leserzuschriften. Erscheint auch auf Englisch.

- 22 *Transatlantische Moravische Dialog-Korrespondenz TMDK* 10 (Juli 1996).

Inhalt: Gordon Sommers, »Die Neuordnung der Struktur der Nördlichen Provinz der Brüder-Unität in Nordamerika«; C. Daniel Crews, »Fragen der brüderischen Identität. Eine historische Betrachtung«; und andere kleinere Beiträge und Leserzuschriften. Erscheint auch auf Englisch.

III. Alte Brüder-Unität

- 23 Comenius, Johann Amos. *Vindictio Famae et Conscientiae. Schutzschrift zur Verteidigung von Ruf und Gewissen. Lateinisch – deutsch.* Hg. Jürgen Beer. Schriften zur Comeniusforschung 23. Sankt Augustin: Academia, 1994.
- 24 Frost, Ursula. »Comenius, Johann Amos«. *LTK* II, 1270–1271.
- 25 Nipkow, Karl Ernst. *Jan Komenskij segodnja: Religiozno-pedagoški aspekt krizisa christianstva i kult'ury epochy moderna. Cikl leksij* [Johann Comenius heute: Der religionspädagogische Aspekt der Christentums- und Kulturkrise der Epoche der Moderne. Vorlesungsreihe]. Übs. aus dem Deutschen von D.F. Bumažnov. St. Petersburg: Glagol, 1995. 99 S. In Kyrill. Schrift.
- 26 Smolík, Josef. »Böhmische Brüder«. *LTK* II, 553–555.

IV. Zinzendorfzeit (1722–1760)

- 27 Beuning, Catharina. »De levensloop van Catharina Beuning (1705–1764)«. *Reformatiorica. Teksten uit de geschiedenis van het Nederlandse protestantisme.* Hg. C. Augustijn [u.a.]. Zoetermeer: Meinema, 1996. 207–208. [Auszug]
- 28 Bouttier, Michel. »Zinzendorf, Nikolaus Ludwig von (1700–1760)«. *Encyclopédie du protestantisme.* Hg. Pierre Gisel. Paris: du Cerf; Genève: Labor et Fides, 1995. 1674–1675.
- 29 Cooper, J.H. *Extracts from the Journals of John Cennick: Moravian Evangelist.* Glengormly, Co. Antrim: [1996], 64 S.
- 30 Cranz, David. *Reise durch Graubünden im Jahre 1757. Ein Zeugnis aus der Geschichte der Herrnhuter in der Schweiz mit historischen und*

- biographischen Erläuterungen. Hg. Holger Finze-Michaelsen. Zürich: Theologischer Verlag, 1996. 199 S.
- 31 Fabian, Daniel. *Abraham und David Roentgen. Das noch aufgefundene Gesamtwerk ihrer Möbel- und Uhrenkunst in Verbindung mit der Uhrmacherfamilie Kinzin in Neuwied. Leben und Werk. Verzeichnis der Werke. Quellen.* Unter Mitarbeit von Ekkehart Fabian [u.a.]. Bad Neustadt/Saale: Internationale Akademie für Kulturwissenschaften, 1996. 422 S.
- 32 Faull, Katharina. »Faith and Imagination: Nikolaus Ludwig von Zinzendorf's Anti-Enlightenment Philosophy of Self«. *Anthropology and the German Enlightenment: Perspectives on Humanity: Perspectives on Humanity.* Hg. Katharina Faull. *Buchnell Review* 38 (1992): 23–48.
- 33 Faull, Katharina. »The American *Lebenslauf*: Women's Autobiography in Eighteenth-Century Moravian Bethlehem«. *Yearbook of German-American Studies* 27 (1992): 23–48.
- 34 Faull, Katharina, »How the Memoir was uncovered«. *Humanitas: The Magazine of the National Endowment for the Humanities* 15.1 (Jan./Febr. 1994): 23–24.
Betrifft den Lebenslauf von Maria Höcht (vgl. *Nachrichten aus der Brüdergemeine* I [1819]: 793–798.)
- 35 Jung, Martin H. »Zinzendorfs letzter Besuch in Tübingen (29.11.–2.12.1757). Eine Ergänzung zum Thema ›Zinzendorf und Württemberg««. *UF* 39 (1996): 69–76.
- 36 Mannsbart, Claus. *David Nitschmann. Erster Bischof der erneuerten Brüderkirche. Gedenkschrift zum 300. Geburtstag.* o.O.: [Eigenverlag C. Mannsbart, 1996. 16 S.
- 37 Mannsbart, Claus. *David Nitschmann. První Biskup obnovené Jednoty Bratrské,* Suchdol 1995. 25 S.
- 38 Meyer, Dietrich. »David, Christian«. *LL* 2 (1989): 525–526.
- 39 Meyer, Dietrich. »Nitschmann, Anna«. *LL* 8 (1990): 441–442.
- 40 Meyer, Dietrich. »Rothe, Johann Andreas«. *LL* 10 (1991): 43–44.
- 41 Meyer, Dietrich. »Schwedler, Johann Christoph«. *LL* 10 (1991): 456–457.
- 42 Meyer, Dietrich. »Spangenberg, August Gottlieb«. *LL* 11 (1990): 84–85.
- 43 Meyer, Dietrich. »Zinzendorf, Christian Renatus«. *LL* 12 (1992): 514.
- 44 Meyer, Dietrich. »Zinzendorf, Erdmuth(e) Dorothea«. *LL* 12 (1992): 514.
- 45 Peucker, Paul. »Was las der Graf von Zinzendorf? Eine unbekannte Bücherliste aus dem Jahre 1758«. *UF* 38 (1995): 31–49.

- 46 Pietsch, Roland. »Zinzendorf«. *Dictionnaire de spiritualité ascétique et mystique* 16. Paris: Beauchesne, 1994. 1642–1646.
- 47 Podmore, Colin John. »The Role of the Moravian Church in England: 1728–1760«. Unveröff. Ph. Dissertation, Oxford 1994.
- 48 Raupp, Werner. »Georg Schmidt«, *BBKL* IX. [1995]: 452–455.
- 49 Raupp, Werner. »Samuel Lieberkühn«. *BBKL* V [1993]: 34–37.
- 50 Reinitzer, Heimo. »Zinzendorf, Nikolaus Ludwig von«. *LL* 12 (1992): 514–516.
- 51 Říčan, Gustav Adolf. *Die Mährischen Brüder aus Suchdol*. Suchdol [1995]. 19 S.
Dieser Titel ist 1970 schon einmal, u.d.T. *Der Same des Comenius in Zauchtel* erschienen. In Jednota bratrská ist die Tschechische Übersetzung 1970/1971 erschienen.
- 52 Rüttgardt, Jan Olaf. »Zinzendorf, Nikolaus Ludwig von (1700–1760)«. *Evangelisches Lexikon für Theologie und Gemeinde*. Hg. Helmut Burkhardt u. Uwe Swarat, Bd., Wuppertal – Zürich: Brockhaus, 1994. 2111–2213.
- 53 Schneider-Böklen, Elisabeth. »Henriette Luise von Hayn«. In: *Der Herr hat Großes mir getan. Frauen im Gesangbuch*, Stuttgart: Quell, 1995. 61–74.
- 54 Schrader, Karin. *Der Bildnismaler Johann Georg Ziesenis (1716–1776). Leben und Werk mit kritischen Oeuvrekatalog*. Göttinger Beiträge zur Kunstgeschichte 3. Münster: Lit, 1995. 378 S.
- 55 Steele, Richard B. »John Wesley's Synthesis of the Revival Practices of Jonathan Edwards, George Whitefield, Nicholas von Zinzendorf«. *Wesleyan Theological Journal* 30 (1995): 154–172.
- 56 Vollprecht, Frieder. »Von der Schloßekklesiola zur Ortsgemeinde. Ein Beitrag zum Entstehungsprozeß der Brüdergemeine Ebersdorf«. *UF* 39 (1996): 7–51.
- 57 Westmeier, Karl Wilhelm. »Zinzendorf at Esopus: the Apocalyptic Missiology of Count Nicolaus Ludwig von Zinzendorf. A Debut to America«. *Missiology* 22 (1994): 419–436.
- 58 Zimmerling, Peter. »Christliche Maßstäbe für das Wirtschaftsleben bei Zinzendorf und der Herrnhuter Brüdergemeine«. *Gott lieben und seine Gebote halten – Loving God and Keeping His Commandments. In memoriam Klaus Bockmühl*. Hg. von Markus Bockmuehl und Helmut Burkhardt. Giessen – Basel: Brunnen, 1991. 107–121.
- 59 Zimmerling, Peter. »Glauben und Nach-Denken. Leben und Werk Nikolaus Ludwig von Zinzendorfs als Herausforderung an uns heute«.

Gemeinsam unterwegs. Zeitschrift des evangelischen Gnadauer Gemeinschaftsverbandes. (Juni 1995): 4–9.

- 60 Zimmerling, Peter. »Spener, Francke, Zinzendorf – Erneuerung der Gemeinde in der Volkskirche«. *Gemeinde gründen in der Volkskirche. Modelle der Hoffnung.* Moers: Brendow, 1992. 87–93.
- 61 Zimmerling, Peter. *Starke fromme Frauen. Begegnungen mit Erdmutter von Zinzendorf, Juliane von Krüdener, Anna Schlatter, Friedrike Flidner, Dora Rappard-Gobat, Eva von Tiele-Winckler, Ruth von Kleist-Retzow.* Giessen – Basel: Brunnen, 1996. S. 9–21.
- 62 Zimmerling, Peter. »Zinzendorf und die Brüdergemeinde. Erneuerung in der Volkskirche«. *Glaubend leben. Gerhard Ruhbach zum 60. Geburtstag.* Wuppertal – Zürich: Brockhaus; Giessen – Basel: Brunnen, 1994. 153–162.
- 63 Zinzendorf, Nikolaus Ludwig von. »On Reason and Experience«; »On Saving Faith«. *The Christian Theology Reader.* Hg. von Alister E. McGrath. Oxford – Cambridge (USA): Blackwell 1995. 62, 237–239.

V. Zeit der Ortsgemeine (1760–1900)

- 64 Augustin, Stephan. »Johann Jakob Bossarts ›Kurze Anweisung Naturalien zu sammeln.« – Der Beginn wissenschaftlicher Sammlungstätigkeit innerhalb der Evangelischen Brüder-Unität«. *Abhandlungen und Berichte des Staatlichen Museums für Völkerkunde Dresden. Forschungsstelle* 48 (1994): 99–122.
- 65 Crews, C. Daniel. *Through Fiery Trials. The Revolutionary War and the Moravians.* Winston-Salem: Moravian Archives, 1996, 60 S.
- 66 Finze-Michaelsen, Holger. »Da entschloss ich mich, zur Gemeinde zu gehen«. Über die Beweggründe von Bündner Männern und Frauen im 18. Jahrhundert, nach Kolonien der Herrnhuter Brüdergemeinde auszuwandern«. *Bündner Monatsblatt. Zeitschrift für bündnerische Geschichte und Landeskunde* (1996): 35–59.
- 67 Halama, Jindřich. »Die Anfänge der Erneueren Brüderunität in Böhmen«. *UF* 39 (1996): 77–90.
- 68 Pleve, I.R. *Sarepta.* Saratov: Izdatel'stvo Saratovskoj Universiteta, 1995. 96 S. [Russisch]
- 69 Reinitzer, Heimo. »Albertini, Johann Baptist«. *LL* 1 (1988): 88–89.
- 70 Schwinge, Gerhard. *Jung-Stilling als Erbauungsschriftsteller der Erweckung: eine literatur- und frömmigkeitsgeschichtliche Untersuchung*

seiner periodischen Schriften 1795–1816 und ihres Umfelds. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht, 1994.

Mit vielen Angaben zu seinem Verhältnis zur Brüdergemeine.

- 71 Weigelt, Horst. »Die Diasporaarbeit der Herrnhuter Brüdergemeine in Franken während des Alten Reiches. Burghardts Bericht von 1790 als Paradigma«. *ZbKG* 64 (1995): 43–69.

VI. 20. Jahrhundert

- 72 Becker, Ludwig. »Das Kriegsende 1945 in Herrnhut«. *UF* 38 (1995): 7–30.
- 73 »The Fetter Lane Common Statement. Towards Visible Unity between the Church of England and the Moravian Church in Great Britain and Ireland«. *Anglican-Moravian Conversations*, (Council for Christian Unity, Occasional Paper, 5), o.O.: Church of England and Moravian Church in Great Britain and Ireland, 1996. 1–33.
- 74 »In der DDR gibt es keine Zensur«. *Die Evangelische Verlagsanstalt und die Praxis der Druckgenehmigung 1954–1989*. Hg. Siegfried Bräuer u. Clemens Vollnhals. Leipzig: Evangelische Verlagsanstalt, 1995.
S. 349–350: die Zensur der Losungen.
- 75 Peucker, P.M. »De Broedergemeente Zeist in de Tweede Wereldoorlog. Een Duitse kerk tijdens de Duitse bezetting.« In: *Jaarboek voor de geschiedenis van het Nederlandse protestantisme na 1800* IV (1996): 121–159.
- 76 Reichel, Karl. *Člověk. Der Mensch*. Praha: Bonuventura, 1995, 85 S.
Zweisprachige Ausgabe seiner Lebensbeschreibung.
- 77 Welschen, Johannes, »Die Bedeutung der surinamesischen Einwanderung in die Niederlande für die Europäisch-Festländische Brüder-Unität«. *Freikirchen Forschung* 5 (1995): 169–187.
- 78 Weperen, Judith E. van. »Die Erde ist des Herrn. Die Siedlungsgeschichte der Herrnhuter Brüdergemeine Neugnadenfeld«. *UF* (1996): 52–68.
- 79 Wolfes, Matthias. »Theophil August Steinmann«. *BBKL* X, 1317–1329.

VII. Mission und (ehemalige) Missionsgebiete

- 80 Aceto, Michael. »Epenthesis in Saramaccan: a non-linear approach with implications for the Atlantic creoles«. *Amsterdam Creole Studies* XII [1995]: 19–32.
Fußt auf C.L. Schumann, *Saramaccanisch Deutsches-Wörter Buch* (Hs. 1778).

- 81 Arends, Jacques, u. Matthias Perl. *Early Suriname Creole Texts. A Collection of 18th-Century Sranan and Saramaccan Documents*. Bibliotheca Ibero-Americana 49. Frankfurt: Vervuert; Madrid: Iberoamericana, 1995, 388 S.
- 82 Arnold, Bernd. *Steuer und Lohnarbeit im Südwesten von Deutsch-Ostafrika, 1891 bis 1916. Eine historisch-ethnologische Studie*. Europa – Übersee 4. Münster – Hamburg: Lit. 1994, 415 S.
Fußt zu einem großen Teil auf Quellen aus dem Unitätsarchiv.
- 83 Conrad, Steffen. »Der Einfluß der Herrnhuter Missionare auf Wirtschaft und Kultur im vorindustriellen Kapland unter besonderer Berücksichtigung der Khoikhoi und Kap-Nguni« (unveröff. Magisterarbeit am Institut für Afrikanistik Universität Leipzig, 1996): 75 S.
- 84 *Die Creol Taal. 250 Years of Negerhollands texts*. Hg. Cefas van Rossem u. Hein van der Voort, Amsterdam: Amsterdam University Press, 1996. XIX + 325 S.
- 85 Freise, Reinhilde. »Zeitzeugen Hartmut und Erika Beck. Mission im Wandel des 20. Jahrhunderts«. *Darum* (März 1996): 16–20.
- 86 Grope, Leslie B. »Fruit that Remained: Zinzendorf's Influence on the Australia Lutheran Church«. *Lutheran Theological Journal* 22 (1988): 123–128.
- 87 Haslam, David. *Faith in Struggle. The Protestant Churches in Nicaragua and their Response to the Revolution*. London: Epworth Press, 1987. S. 25–28: The Moravian Church.
- 88 Meier, Gudrun. »Die Oldendorp-Manuskripte – ein Bericht zum Stand der Arbeiten«. *Abhandlungen und Berichte des Staatlichen Museums für Völkerkunde Dresden. Forschungsstelle* 48 (1994): 123–134.
- 89 Oldendorp, Christian Georg Andreas. *Criolisches Wörterbuch. Erster zu vermehrender und wo nöthig zu verbessernder Versuch [1767/68]*. Hg. Peter Stein. *Sowie das anonyme, Johann Christopher Körbitz Thomsen Kingo (J.C. Kingo) zugeschriebene, Vestindisk Glossarium*. Hg. Hein van der Voort. Tübingen: Max Niemeyer Verlag, 1996. VIII + 192 S.
- 90 Oldendorp, Christian Georg Andreas. *Geschichte der Mission der evangelischen Brüder auf den caraimischen Inseln S. Thomas, S. Croix und S. Jan*. Hg. Johann Jakob Bossart. Reprint der Ausgabe Barby 1777. Hildesheim: Olms, 1995. Mit einer Einführung von Erich Beyreuther.
- 91 Reeh, Friedmann. »Die Bedeutung der Laien in der Moravian Church in Südafrika West«. *UF* 38 (1995): 50–108.

- 92 Royzcki, William, Robert G. Service u. John R. Krueger. »Two Oirat-Script Letters of German Authorship«. In: *Zentralasiatische Studien des Seminars für Sprach- und Kulturwissenschaft Zentralasiens der Universität Bonn* 25 (1995): 116–130.
Über zwei kalmykische Briefe geschrieben von Herrnhuter Brüdern aus Sa-repta.
- 93 Schmidt, Karl. *Zum Umdenken bereit. Aufzeichnungen über Erfahrungen mit der Apartheid in Südafrika, den Kampf gegen sie in Deutschland und das Werden des neuen Südafrika 1966–1995*. Idstein: Komzi Verlag, 1996. 230 S.
Karl Schmidt war Missionar der Brüdergemeinde in Shiloh (Südafrika).
- 94 Stein, Peter. »Auf der Suche nach einem kreolischen Sprachwandelmodell«. *Indogermanische Forschungen. Zeitschrift für Indogermanistik und allgemeine Sprachwissenschaft* 95 (1990): 208–216.
Ausführliche Besprechung von Thomas Stolz, *Gibt es das kreolische Sprachwandelmodell? Vergleichende Grammatik des Negerholländischen*. Europäische Hochschulschriften R. XXI, Linguistik, Bd. 46. Frankfurt [e.a.] 1986.
- 95 Stein, Peter. »Early Creole Writing and its Effects on the Discovery of Creole Language Structure. The Case of Eighteenth-Century Negerhollands«. *The Early Stages of Creolization*. Hg. Jacques Arends. Creole Language Library 13. Amsterdam – Philadelphia: John Benjamins, 1995. 43–61.
- 96 Stein, Peter. »Heydt, Ludwig«. *Bio-bibliographisches Handbuch zur Sprachwissenschaft des 18. Jahrhunderts. Die Grammatiker, Lexikographen und Sprachtheoretiker des deutschsprachigen Raums mit Beschreibung ihrer Werke* 4. Tübingen 1996. 258.
- 97 Zeisberger, David. *Herrnhuter Indianermission in der Amerikanischen Revolution. Die Tagebücher von David Zeisberger von 1772 bis 1781*. Hg. Hermann Wellenreuther u. Carola Wessel. Selbstzeugnisse der Neuzeit, 3. Berlin: Akademie Verlag, 1995. XIV + 661 S.

VIII. Liturgie, Musik, Verfassung

- 98 *Für Gedenktage und Festzeiten. Zwölf liturgische Formen der Herrnhuter Brüdergemeinde* [Herrnhut: Direktion der Brüder-Unität], 1996. unpag.
- 99 Henkys, Jürgen. »Die Transformationen der Pfingstleise »Nun bitten wir den Heiligen Geist« bei Ludwig von Zinzendorf und in der Herrnhu-

- ter Brüdergemeinde«. *Gemeinsame Arbeitsstelle für gottesdienstliche Fragen*. 24 (1995): 45–55.
- 100 *Koraalboek der Evangelische Broedergemeente*. Fotomech. Nachdruck der Ausgabe Zeist 1953 [= Fotomech. Nachdruck der Ausg. Gnadau 1927] [Paramaribo?] 1991. (5) + 342 S.
- 101 *Moravian Book of Worship*. Bethlehem – Winston-Salem: Moravian Church, 1995. VI + 954 S.
- 102 *The Moravian Book of Worship. Manual for Worship Planners*. Hg. von Robert T. Burcaw. Bethlehem: Interprovincial Hymnal Committee, 1995. 81 + 46 S.
- 103 Zinzendorf, N.L. von. *Be Now and Evermore our Head. Six Hymns by Nicholas Ludwig von Zinzendorf*. Übers. von C. Daniel Crews u. Nola Reed Knouse, Winston-Salem: Moravian Archives, Moravian Music Foundation, 1996. 24 S.

IX. Die Gemeinden: Europa

- 104 Strong, Ruth. *A History of Fulneck Girls' School 1741–1994*. Fulneck: Fulneck School, 1995. 96 S.
- 105 White, Rosalie. *A History of Gracehill*, o.O. o.J. [1996]. 40 S.
- 106 Krieg, Dieter. »Braxmeyers und Bonns Häuser in der Engerser Straße. Zur Baugeschichte Neuwieds«. *Heimat-Jahrbuch des Landkreises Neuwied* (1996): 111–115, (1997): 70–74.
- 107 *Een school met traditie. Honderd jaar lager onderwijs aan Zeister Broedergemeentescholen*, [Zusammengest. Agnes Amelink u. Karen Veenland-Heinemann], Zeist: Jubileumcommissie Comeniuschool, 1996. 96 S.
Übers. d.T.: Eine Schule mit Tradition. Hundert Jahre Grundschülerziehung an Zeister Brüdergemeinschulen.

X. Die Gemeinden: Amerika

- 108 Wied, Maximilian Prinz zu. *Reise in das innere Nordamerika*. 2 Bde. München: Lothar Borowsky, o.J.
S. 39–44: »Aufenthalt in Fryburg und Bethlehem in Pennsylvanien vom 30. Juli bis zum 23. August 1832«; S. 68–75: »Beschreibung von Mauch-Chunk und seinen Kohlenbergwerken, Reise durch das Lechatal nach Bethlehem und letzter Aufenthalt daselbst vom 31. August bis zum 16. September 1832«.

- 109 Herr, Patricia T. »The Ornamental Branches«. *Needlework and Arts from the Lititz Moravian Girls' School between 1800 and 1865*. Lancaster: Heritage Center Museum, 1996. 87 S.

XI. Verschiedenes

- 110 Gärtner, Burkhard. *Wenn das Vollkomene kommen wird, wird das Stückwerk aufhören (1. Korinther 13,10)*. Neun Predigten. Herrnhut: Comeniusbuchhandlung, 1995. 45 S.

Buchbesprechungen

Comenius-Jahrbuch. Im Auftrag der Deutschen Comenius-Gesellschaft hg. v. Gerhard Michel, Sankt Augustin: Academia Verlag, Band 1/ 1993, 134 S., Band 2/ 1994, 158 S., Band 3/ 1995, 158 S.

Anlässlich des 400. Geburtstags von Johann Amos Comenius im Jahre 1992 wurde neben zahlreichen Feierlichkeiten, Tagungen und Ausstellungen auch eine Deutsche Comenius-Gesellschaft begründet, die die Anregung zu einem neuen Comenius-Jahrbuch gab. Inzwischen liegen drei Bände vor, und es wird höchste Zeit, daß dieses für die Brüderforschung wichtige Unternehmen hier endlich angezeigt wird. In der Tat füllen die Bände eine Lücke aus, und es ist verwunderlich, daß erst fast 60 Jahre nach dem Ende der älteren Comenius-Gesellschaft (1934) wieder ein ähnlicher Versuch gemacht wird. Professor Dr. Gerhard Michel, Düsseldorf, der Vorsitzende der neuen Gesellschaft, möchte freilich nicht an dieser heute vergessenen Bildungsgesellschaft anknüpfen, sondern an den Arbeiten und Veröffentlichungen der Comeniusforschungsstelle der Universität Bochum von Professor Dr. Klaus Schaller, die 1992 ihre Arbeit einstellen mußte. Faktisch wurde die bisherige deutsche Comeniusforschung durch die in Bochum erscheinenden Veröffentlichungen, das »Mitteilungsblatt« und die Reihe »Schriften zur Comeniusforschung«, die seit 1970 im Academia Verlag erschien, weitgehend repräsentiert und zusammengefaßt. 1993 wurde nun eine neue Comeniusforschungsstelle an der Universität Düsseldorf unter Professor Michel begründet, die sowohl die Sammlung und Übersetzung der Werke von Comenius als auch die Studien über ihn weiterführen und die Bochumer Schriftenreihe fortführen will. Das neue Jahrbuch dokumentiert die Arbeiten an der Düsseldorfer Forschungsstelle und erfüllt in recht ausgeglichener und sympathischer Weise die Anforderungen eines wissenschaftlichen Periodikums. Der Aufsatzteil unterscheidet zwischen Beiträgen von aktueller, öffentlicher Bedeutung und wissenschaftlichen Abhandlungen. Das Jahrbuch möchte also bewußt nicht nur den reinen Wissenschaftler ansprechen, sondern auch den größeren Kreis der an Comenius Interessierten, also z.B. die Mitglieder der Brüdergemeinde und die Leser dieser Zeitschrift. Es enthält einen ausführlichen Berichtsteil mit Nachrichten der Deutschen Comenius-Gesellschaft, der Comeniusforschungsstelle in Düsseldorf und der internationalen Comeniusforschung sowie eine umfassende Bibliographie mit Rezensionen vor allem der wichtigsten deutschsprachigen Publikationen.

Das Gesagte soll nun am Inhalt der einzelnen Bände verdeutlicht werden. Band 1 enthält an Beiträgen die Begrüßungsansprache bei der Gründung der Deutschen Comenius-Gesellschaft von Manfred Motel, einen Bericht über die Comenius-Ausstellungen an 26 Orten der BRD im Jubiläumsjahr 1992, eine Schilderung von Albert Schönleber über den Weg des Comenius-Denkmal

nach Berlin-Neukölln und eine kurze Anzeige über einen provozierenden tschechischen Zeitschriftenartikel zu Comenius' Panorthosia, der dessen Echtheit bestreitet. Aus diesen Beiträgen ergibt sich augenfällig der starke Anteil der Neuköllner (=Rixdorfer) Brüdergemeinde an Begründung und Arbeit der Comeniusgesellschaft.

Die wissenschaftlichen Beiträge beziehen sich natürlich zunächst auf das pädagogische Werk des Comenius. Sowohl Gerhard Michel wie Klaus Schaller zeigen eindrucklich, welche Entwicklung Comenius auf dem Feld der Didaktik genommen und wie er diese später in einer umfassenden Sicht der Universalbildung und -kultur, in der »Pansophie«, verankert hat. Jürgen Beer stellt die wenig bekannte Schutzschrift des Comenius: *Lux in tenebris* (1657) durch ein ausführliches Inhaltsreferat mit Berücksichtigung des zeitlichen Hintergrundes vor und weist auf deren biographische wie inhaltliche Bedeutung für die Forschung hin. Karel Rýdl geht auf die Wirkungsgeschichte von Comenius im 19. Jahrhundert ein und belegt damit die inspirierende Kraft seiner *Consultatio Catholica*, der *Via lucis* und des *Triërtium catholicum* für die Weltsicht und politische Vision des Naturwissenschaftlers und Pädagogen František Tilšer (1825–1913). Und Hartmut Hecht skizziert anhand der handschriftlichen Fassungen des Gedichtes von Leibniz über Comenius das Verhältnis beider mit knappen und treffsicheren Linien. Für den Leser sind die vielfältigen Informationen über die Comenius-Gesellschaften in aller Welt (Kanada, Japan, Tschechien), über die verschiedenen Festveranstaltungen im Jubiläumsjahr bis hin zur Gründung einer Comenius-Stiftung in Weinheim für notleidende Kinder im Jahr 1992 und vieles andere außerordentlich anregend (S. 109–124). Der Wissenschaftler schuldet besonderen Dank für die Fortführung der internationalen Bibliographie (S. 103–108).

Band 2 des Jahrbuchs bringt fünf allgemeine Beiträge und nur drei wissenschaftliche Aufsätze zu Comenius. Es wird eine Serie von Artikeln eröffnet für Leser, die Comenius wenig kennen, und zwar wird Comenius 1994 als Pädagoge, 1995 als Theologe vorgestellt – kurz, zupackend und in sein Werk einführend. Ferner werden in den kommenden Jahrbüchern einzelne Einrichtungen, die den Namen des Comenius tragen, bekannt gemacht: 1994 die Leipziger Comenius-Bücherei und das Pädagogische Museum in Prag, 1995 das Comenius-Institut für Erziehungswissenschaften in Münster (1954 gegründet). Unter den Beiträgen möchte ich besonders auf den Aufsatz von Henning Schröer »Das Paradies des Herzens« hinweisen, der die spirituelle Dimension im Leben und Werk des Comenius anhand der gleichnamigen Schrift anschaulich entwickelt. Der Mensch soll lernen, die Lebenslügen und das Labyrinth von Verirrungen dieser Welt zu durchschauen und in die Wohnstatt seines Herzens zurückkehren, um den Ruf Gottes zu hören und sich die Sehnsucht und Hoffnung auf Besserung der Welt zu bewahren.

Die wissenschaftlichen Aufsätze des Bandes haben Gewicht. Klaus Schaller

verdeutlicht in Anknüpfung an die gegenwärtige Diskussion, wie Comenius zum Asylanten wurde, äußerlich durch den Brand von Lissa 1656, vor allem aber innerlich durch die Kritik des anerkannten holländischen Theologen Samuel Maresius, der seine chiliastischen Vorstellungen als lächerlich verwarf. In dieser existentiellen Situation des Asylantenschicksals entstehen seine gesellschaftlichen Utopien, die von Pauline van Vliet auf dem Hintergrund der niederländischen Situation betrachtet werden. Uwe Voigt beschreibt die Nähe und zugleich Spannung von Comenius zu Augustins Geschichtsdenken in einem erhellenden geistesgeschichtlichen Vergleich. Das Jahrbuch enthält neben vielfältigen Berichten, Rezensionen und der Comeniusbibliographie auch eine Anschriftenliste internationaler Comeniusforschungsstellen.

Band 3 (1995) bietet neben der gekonnten Zusammenfassung der Theologie des Comenius eine umsichtige Würdigung des Vorsitzenden der kanadischen Comenius-Gesellschaft von Comenius' pansophischer Schule in Sárospatak (Ungarn), die er selbst als ein Wagnis empfand. Unter den fünf wissenschaftlichen Aufsätzen befassen sich drei mit Comenius: Jürgen Beer schildert den Versuch einer Universalsprache in der Panglottia; Werner Korthaase geht der Editions-geschichte der 1934 wiederentdeckten *Consultatio catholica* im Dritten Reich nach und liefert zugleich eine Würdigung des damals in Halle lebenden Ukrainer Gelehrten Dmitrij Tschizewskij (1894–1977); Antonin Měšťán verdeutlicht die Toleranz des Comenius an seinem Umgang mit den Unitariern, die als Häretiker galten, von Comenius aber recht wohlwollend, später kritischer beurteilt wurden. Der Aufsatz von Peter Drews über Kokoschka und Comenius behandelt eigentlich Kokoschkas dankbare, aber im Grunde recht freie Verwendung von Leben und Werk des Comenius. Uwe Kordes gibt einen Bericht über die Erforschung von Leben und Werk des pädagogischen Lehrers von Comenius, Wolfgang Ratke (1561–1635), anhand der sehr verdienstvollen, nicht veröffentlichten Habilitation von Max Luckow (1892–1966). Der Band enthält eine willkommene Würdigung der Arbeiten von Klaus Schaller und von Dagmar Capková, die beide 1995 ihren 70. Geburtstag feierten.

Das trockene Inhaltsreferat wollte Eigenart und Reichtum der Jahrbücher vorstellen. Den Reiz erblicke ich vor allem in den vielfältigen Informationen über heutige Comeniusforschung in aller Welt. Hier wurde nicht nur eine neue wissenschaftliche Zeitschrift gegründet, sondern ein Organ, das pädagogisch geschickt und einladend an die Comeniusforschung heranführt, das mit heutigen Forschern und Forschungszielen bekannt macht und über die Wirkung von Comenius und die mit seinem Namen verbundenen Einrichtungen informiert. Schade ist nur, daß das Jahrbuch bisher auf ein Register verzichtet, was seine Brauchbarkeit noch verbessern würde und was ich mir für die Zukunft erhoffe.

Dietrich Meyer

Personen-, Orts- und Sachindex

- Alexisdorf bei Nordhorn 141
Ältestenfest der Bgm 43
Althaus, Paul, Theologe 25
Amsterdam 121, 140, 142
Angst und Widerstand 93-95
Ansbacher Ratschlag 1934 31
Antwerpen/Belgien 142
Arbeitsgemeinschaft der missionarischen und diakonischen Verbände 50, 66f, 70, 72, 101
Arendsee, Fritz, Kirchenältester 28
Arnheim/ Niederlande, Kampf um 136
Augsburger Bekenntnis 1530 90
Augustusburg, Jugendtreffen der Bgm 1929 99
- Bachmann, Lore verh. Siebörger 115
Bad Boll, Bgm 138
Ballein, S. 12
Bamm, Peter 104
Barger, C.M., Schulleiterin 131
Barmen, Bekenntnissynode 1934 30f
Barmer Theologische Erklärung 1934 8, 10, 30, 51, 56, 58-62, 64-67, 69, 70, 80, 83, 86, 100, 106
Bartels, Heinrich, brüderischer Diasporaarbeiter 33
Barth, Karl, Theologe 25, 30, 89
Basel 34, 89
Baudert, Samuel, Unitätsdirektor 36, 38, 42, 53, 55-65, 68-71, 73, 81-84, 138-140
- Baudert, Fritz, Direktor 121, 123f
Beck, Helmut in Gnadenfrei 101
Bekennende Kirche und Bgm 66-72, 82
Bekenntnis und Bgm 89f
Berlin 15
– Olympiade 19
– Reichstagung der DC 1933 22
– Sportpalastkundgebung 1933 27, 46
– Nationalsynode 1934 41
– Predigerkonferenz der Bgm 1934 48
Berliner Morgenblätter 27
Bern 34
Bernhard, Carl, Schulleiter 64f, 68
Bernhard, Prinz, Niederlande 124
Bernhard, Eberhard, Unitätsdirektor 105
Bethel, Kirchentag 40
Bettermann, Gertraut 105
Beyer, Hermann Wolfgang, Kirchenhistoriker 27
Biedermann, Klaus, Pfarrer 42
Bielke, Hermann, Prediger 134-136, 138, 140-143
Bischoftitel und Bgm 75
Bismarck, Otto von, Reichskanzler 15, 96
Bistümer, evangelische 24
Bloemendaal, G.A. van, Prokurist 122
Bodenschwingh, Friedrich von, Reichsbischof 23, 50, 67, 70, 72, 101
Bodenbach/CSSR 35

- Boeckh, Hans von, Ministerialrat 126
- Böhmisch-Mährisches Werk 35
- Bolsward/Niederlande 121
- Bonhoeffer, Dietrich, Theologe 24f
- Brahts, Walther, Prokurist 122f
- Brandes, Leiter der Deutschen Kolonie in Utrecht 124, 131
- Brauer, Dietrich 37, 54
- Breslau, Bgm 40, 44, 46, 67, 84
- Brüdergemeinde als Bewegung 95–106
- Brüderunität, Direktion 39–42, 48–50, 89, 103f, 118, 127–129, 132, 137, 144
- Brüning, Heinrich, Reichskanzler 14
- Buber, Martin, Philosoph 103
- Burckhardt, Werner, Pfarrer 54
- Buttmann, Rudolf, Ministerialdirektor 30
- Christiansfeld, Bgm 34, 135, 142
- Colijn, niederländischer Ministerpräsident 114
- Cornell, Lydia 120
- Dahrendorf, Rolf 108
- Dawes-Plan 1924 14
- Den Haag, niederländische Regierung 119, 127, 131
- Deutsche Christen 22–26, 42f, 66–72, 92, 100f
- Reichstagung 1933 22
- Deutsche Evangelische Kirche (DEK) und Bgm 67–72, 85, 89
- Dingemans, Daisy verh. Müller 122f
- Döblin, Alfred 93
- Doetinchem/Niederlande 121
- Döllensradung, Bgm 48
- Dortmund, Gemeindetag 1934 30
- Driesen, Diasporaarbeit 33
- Dürninger, Firma in Herrnhut 116
- Ebersdorf, Bgm 34, 36
- Jahrestagung der UF 1993 9
- Edwards, Elisabeth Marion, verh. Fortgens 116
- Eisenach, Versammlung der Kirchenführer 1933 23
- Elert, Werner, Theologe 25, 31
- Erbe, Hans-Walter 96
- Fabricius, Paul, Pfarrer 142
- Felder, Josef 105
- Fezer, Karl, Theologe 26f
- Fickweiler, Friedrich Arnold, Leiter der Knabenschule 124, 126, 132
- Fiedler, Fritz 36, 57, 72, 91
- Forst/Niederlausitz 34
- Förster, Erwin, Unitätsdirektor 36, 47, 56f, 62f, 71f, 101
- Fortgens, Hendrik, Vorsteher 116, 121–124, 126, 128, 133, 137, 141
- Francke, August Hermann 97
- Frankfurt/Main 94
- Frauenwahlrecht 12, 13
- Freikirche, Bgm als 75, 78, 86
- Frick, Wilhelm, Reichsinnenminister 22, 28, 32
- Fries, Jakob Friedrich, Philosoph 98
- Führerprinzip 83
- Fürstenberger, Hans Georg, Pfarrer 70, 101
- Gaertner, Friedrich, Pfarrer 38, 44–47, 51, 55–59, 65, 67, 70–75, 80, 84–86, 89, 91, 99f

- Gammert, Harald, Brüderpfleger 89
 Gandhi, Mahatma 103
 Garve, Hellmuth, Beamter 63, 68, 71, 91, 101
 Garve, Heinrich, Beamter 57f, 72, 86f, 100
 Gedenktag 13. August 78, 84f
 Gesangbuch in Zeist 113
 Glöckler, Gottfried, Ältestenrat Zeist 133
- Gnadau, Bgm 34
 – Gemeintag 1934 46f, 99
 – polit. Wahlen 1930–1933 20
 Gnadenfeld, Bgm 34, 36
 Gnadenfrei, Bgm 40, 100f, 118
 – Knabenanstalt 40
 Göbbels, Joseph 17
 Goerlitz, Woldemar, Schulleiter 35, 54, 57, 71–75, 90f
 Göring, Hermann, Ministerpräsident 22, 29
 Göteborg/Schweden 34
 Groß-Reichenau/Polen, Diasporaarbeit 34
 Gruppenbewegung, Oxforder 101f
 Guben, Bgm 1920 aufgelöst 40
 Günther, Klaus 101
 Günther, Th., Schriftführer 91
- Haag, deutsche Gm 114
 Haarlem, Bgm 40, 113, 116, 124, 141
 Hafa, Walter, Direktor 46, 86
 Hahn, Hans-Christoph 93–109
 Hamburg, Bgm 40
 Hannover, Bgm 34
 Hans, Bruno, Diasporaarbeiter 33
 Harju Madise/Estland 33
- Hartmann, Wilhelm, Prediger 36, 59, 63, 65, 67
 Hasting, Rudolph, Pfarrer 142
 Hasting, Günther, Pfarrer 142
 Hatt, W., Ältestenrat Zeist 133
 Hauer, Jakob Wilhelm, Dt. Glaubensbewegung 26
 Haugk, Wolfgang in Gnadenfrei 101
 Hausdorf, Bgm 40
 Herrnhut, Bgm 34
 – Besprechung jüngerer Prediger 1933 45
 – politische Wahlen 20
 – Generalsynode 1931 40
 – Provinzialsynode 1935 8, 39–110, 118
 – Provinzialsynode 1937 89–92
 ›Herrnhut‹, Zeitschrift 12, 13, 42, 44–46, 48, 89
 Herrnhuter Synode 1935 s. Herrnhut
 Heß, Rudolf, Stellvertreter des Führers 17, 19, 26
 Heyde, Gerhard, Pfarrer 61, 64, 72
 Hindenburg, Reichspräsident 14, 15, 17–20, 24, 29, 32
 Hirsch, Emanuel, Theologe 27
 Hitler, Adolf 13–32, 39–51, 54
 Holzminden, Landschulheim 96
 Hossenfelder, Joachim, Bischof der DC 22, 26–28
 Hoy, Frederik 38, 58, 72, 86, 101
 Humburg, Paul, Präses 30
- Interkerkelijk Overleg 113
 Israel, Verhältnis zu 8, 73, 77, 80f
 Jacobi, Gerhard, Pfarrer 27
 Jäger, August, Kirchenkommissar 23f, 28f, 31f, 44, 49

- Jahresberichte 117
- Jakubski, Karl, Pfarrer in Berlin 42, 66
- Jannasch, Wilhelm, Pfarrer 12
- Jansa, Ferdinand, Missionar 36, 57, 86f
- Jerusalem 36
- Juden im Dritten Reich 103f, 109
- Judenmission 56
- Judenverfolgung 18, 19
- Jung, Friedrich, Kaufmann 57, 86f
- Kachler, Theodor, Sattlermeister 57, 86f, 91
- Kapler, Hermann, Präsident des EOK 22f
- Kersten, Wilhelm, Vorsteher 57, 86f
- Keßler, Werner, Dozent 45, 92
- Kietz s. Küstrin
- Kirchentage 1924, 1927, 1930 41
- Kirchenzucht 138
- Kissingner, Henry, amerik. Außenminister 13
- Kits, J., Ehepaar in Zeist 136
- Kleinwelka, Bgm, polit. Wahlen 20
- Klemperer, Victor 98
- Knothe, Joachim, Pfarrer 33–38
- Kodalle, Klaus M. 103
- Kölbing, Gottfried, Pfarrer 62, 67, 91, 104
- Königsberg 34
- Hitlers Wahlrede 1933 21
- Kirchentag 1927 41
- Königsfeld, Bgm 72
- politische Wahlen 1930–1933 20
- Konkordat mit dem Vatikan 1933 16
- Krause, Reinhold, Gauobmann der DC 27f
- Krüger, Konrad, Pfarrer 36, 65
- Kube, Wilhelm, Gauleiter 22
- Küstrin-Kietz, Bgm 33, 48, 72
- Landsberg, Diasporaarbeit 33
- Lausanne 34
- Legéne, Peter M., Missionar 36, 56, 101, 119, 133f, 136, 142f
- Leipzig, Staatsgerichtshof 23
- Leonberg/Polen, Diasporaarbeit 34
- Lietz, Hermann 96
- Locarno-Vertrag 1925 14
- Lodz/Polen, Diasporaarbeit 34
- Loerer, Fritz, Pfarrer 44
- Loewenheim, Walter 105
- Lutjeharms, Willem, Pfarrer 142f
- Mälärhöjden/Schweden 34
- Marahrens, August, Bischof 29, 32, 50, 56, 67, 69, 85, 100
- Marienbosch, niederländisches Lager bei Nimwegen 140
- Märtyrertum 104
- Marx, Theodor, Unitätsdirektor 36, 41, 42, 44, 47, 53, 55, 57–61, 66f, 70–72, 80, 92, 116
- Marx, Kurt, Finanzdirektor 36, 50, 60, 63f
- Meiser, Hans, Bischof 29–32
- Meißner, Otto, Staatssekretär 32
- Mendel, Hermann 124
- Menziken, Bgm 34
- Merian, Hanna 37, 54, 66, 72
- Missionsfest in Zeist 114
- ›Mitteilungen aus der Bgm‹ 117
- Mohrmann, Wolfgang in Gnadenfrei 101
- Montmirail, Bgm 34
- Mosau, Brandenburg 115

- Müller Lehning, Hans Werner, Verwalter 121-129, 132, 137
- Müller Lehning, Arthur 121
- Müller, Lic. Karl 36
- Müller, Friedrich Johann, Direktor in Zeist 121-125, 133
- Müller, Ludwig, Reichsbischof 23f, 26-29, 32, 42, 49f, 85
- Müller, Hermann, Reichskanzler 14
- München, Feldherrenhalle 13
- Mussert, NSB-Führer 131
- Naschke, Frieda, Schwesternpflegerin 116, 119f, 129, 133
- Naumann, Friedrich 11
- Neudietendorf, Bgm 34
- Neudresden, Diasporaarbeit 33
- Neugnadenfeld, Bgm, Studienseminar 1995 9
- Neusalz, Bgm 48, 71f
- Neusulzfeld/Nowosolna/Polen, Diasporaarbeit 34
- Neuwied 44, 47, 71, 117, 118
– Knabenanstalt 40
- Niemöller, Martin, Pfarrer 25, 27, 29, 118, 124
- Niemöller, Wilhelm, 27
- Niesky, Bgm 34f, 39
– Diakonissenanstalt Emmaus 36, 53, 67, 99
– politische Wahlen 1930-1933 20
- Nischwitz, Georg, Kaufmann 53, 57, 67, 86f
- NSB (= Nationaal-Socialistische Bewegung), Partei 117, 119, 129, 132, 137f
- Nürnberg, Kirchentag (1927) 41
– Parteitag 1934 31
- Nürnberger Gesetze 1935 20
- Oberheid, Heinrich, Bischof 28f
- Owens, Jesse 19
- Pabianice/Polen, Diasporaarbeit 34
- Padel, Harald, Pfarrer 34
- Papen, Franz von, Reichskanzler 14, 16
- Peseux/Schweiz, Bgm 34
- Peucker, Paul M., Archivar 111-145
- Pfarrkonferenz, Deutsche Evangelische 113
- Pfeffer, Franz von, Hauptmann 30
- Pfundtner, Hans, Staatssekretär 24
- Poincaré, Raymond, frz. Ministerpräsident 12
- Polen und Bgm 59
- Potsdam, Tag von 1933 15, 19, 39
- Pötzsch, Arno, Marinepfarrer 126f
- Präger, Alfred, Pfarrer 35, 37, 61, 101
- Prangins/Schweiz, Knabenanstalt der Bgm 40
- Predigerkonferenz 1934 48
- Prüser, Hermann 94
- Raillard, Samuel 37
- Rapallo-Vertrag 1922 13
- Reichel, Waldemar 37, 54, 73
- Reichel, Paul-Arved in Gnadenfrei 101
- Reichel, Gerhard, Pfarrer 36, 44, 57, 60, 63, 69, 71-76, 80f, 92, 104
- Reichel, Heinrich Samuel, Pfarrer 42, 59
- Reichel, Hellmut, Bischof 21-32, 39-56, 79-81, 89-92
- Renkewitz, Heinrich, Dozent 45, 47, 55, 65, 68, 70, 89f

- Röhm, Ernst 17, 19f
 Röhm-Revolution 31
 Roon, Gerd van, Historiker 112
 Rosenberg, Alfred 32, 63f, 66, 84
 Roth, Jakob aus Gnadenfrei 125–127
 Rotterdam, deutsche Gm 114
 Rust, Bernhard, Kultusminister 23
- Sahl, Hans 102
 Sasse, Hermann, Theologe 31
 Scheuber, Helmut 37, 54, 68
 Schiewe, Emanuel 37, 59, 101
 Schirach, Baldur von 28
 Schleicher, Kurt von, Reichskanzler 14
 Schleiermacher, Friedrich Daniel Ernst, Theologe 98
 Schlüter, Viktor, Rechtsanwalt 54
 Schmidt, Walter Eugen, Pfarrer 12
 Schmidt, Gerhard, Vorsteher 57, 86f
 Schmidt, Theodor, Vorsteher 53f, 57f, 67–69
 Schmitt, C. 17
 Schmole, Gertrud 105
 Schöffel, Simon, Bischof, Geistliches Ministerium 26
 Scholder, Klaus 22, 75, 106f
 Schoorl, Internierungslager/Niederlande 120
 Schröder, H., Kammergerichtsrat 126
 Schröter, Alfred, Pfarrer 46, 47, 86
 Schubert, Walter, Tischler 57, 86f
 Schübler, Paula verh. Müller 122
 Seyss-Inquart, Reichskommissar 121
 Shirer, William L. 94
- Sieböcker, Theodor, Pfarrer 111, 113, 115–144
 Smidt, Udo, Reichswart 28
 Sölle, Dorothee 106
 Sommer, Siegfried 125
 Sonnenburg, Friedrich in Gnadenfrei 101
 Sprachenfrage in Zeist 130, 135f, 139, 143f
 Stange, Erich, Reichswart 28
 Stanislawow/ Polen, Diasporaarbeit 34
 Staude, Gustav, Färbermeister 57f, 86f
 Steinberg, Rudolf 47
 Steinmann, Paul, Direktor 56, 67
 Stern, Fritz 108
 Stöcker, Adolf, Theologe 11
 Stockholm 34
 Stoltenhoff, Ernst, Generalsuperintendent 23
 Stresemann, Gustav 13
 Substitutionstheorie 8
 Suriname 114, 120, 140, 142
 Synoden, Generalsynode der Bgm in Herrnhut 1931 40
 – Nationalsynode der DEK 41
 – Provinzialsynoden der Bgm s. Herrnhut
- Tiel/Niederlande 121
 Tietzen, Theodor, Kaufmann 36, 57, 86f
 Trendelenburg, Friedrich, Minister 23
 Troeger, Heinrich, Jurist 128
- Uhlmann, Herbert in Gnadenfrei 101

- Ulmer Erklärung 1934 30
 Unitätsdirektion s. Brüderunität
 Utrecht 119, 134
 – Rijksarchief 123
 Uttendörfer, Otto, Unitätsdirektor 8,
 36, 42, 58f, 64, 67, 91, 105
 Van Wees & Weiss, Textilfirma in
 Zeist 120–129, 132f, 137
 Vaterland 83f
 Veen, J. van, Prokurist 122
 Veil, Gerhard in Gnadenfrei 42
 Veith, Assessor in Den Haag 123f
 Versailler Vertrag 12, 17
 Vogt, Johannes, Mitglied der Uni-
 tätsdirektion 36, 64, 68, 90
 Wagner, Josua 37, 54
 Warburg, Max 109
 Wassenaar/Niederlande 137
 Weber, August 13
 Weber, Max 98
 Weber, Ernst, Direktor 36, 61, 68,
 70, 72, 91f
 Weber, Otto, Professor, Geistliches
 Ministerium 26
 Weide, T.O. van der, Parteifunktio-
 när 131
 Wellhouse/Yorkshire 116
 Weltwirtschaftskrise 1929/30 14
 Werner, Jurist 26
 Wichern, Johann Hinrich 99
 Widerstand gegenüber dem Staat
 10, 19, 93f, 107
 Wietersbach, Walter von 36
 Wilhelm II., deutscher Kaiser 114
 Winter, Gustav, Drucker 57f, 86f
 Wittenberg, Nationalsynode 1933
 25, 41
 Wohlfahrt, Friedrich, Dr. ing., 54,
 60, 63, 70
 Wolf, Christa 93
 Wolff, Jan Abel, Ältestenrat Zeist
 133
 Wurm, Theophil, Bischof 29-32
 Wurr, Rudolf, Direktor 36, 57, 64,
 86f
 Young-Plan 1929 14
 Zänker, Otto, Bischof 49
 Zeist/ Niederlande, Bgm 34, 111–
 145
 – Gesangbuch 135
 – Kirchenglocke 134
 Zeister Missionsgesellschaft 135
 Ziegenbalg, Bartholomäus 97
 Zielenzig, Diasporaarbeit 72
 Zimmermann, Theophil 37
 Zimmermann, Th., Textilfabrik 125
 Zimmermann, Wolf-Dieter 95, 105
 Zinzendorf, Nikolaus Ludwig von
 45, 58, 60f, 83, 86, 90, 97f
 Zinzendorf-Lieder 140
 Zoellner, Wilhelm, Generalsuper-
 intendent 75
 Zürich 34